

Wagner, Silvio

**Inklusive und barrierefreie Bürgerbeteiligung von
Menschen mit Behinderung bei politischen
Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen
der Stadt Chemnitz**

MASTERARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2023

Wagner, Silvio

**Inklusive und barrierefreie Bürgerbeteiligung von
Menschen mit Behinderung bei politischen
Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen
der Stadt Chemnitz**

eingereicht als

MASTERARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida, 2023

Erstprüfer: Prof.in. Dr.in. phil. Patricia Kröber

Zweitprüfer: Prof.in. Dr.in. phil. Isolde Heintze

Bibliographische Beschreibung und Referat

Wagner, Silvio:

Inklusive und barrierefreie Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

85 S. Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fakultät Soziale Arbeit, Masterarbeit, 2023

Referat:

Die Masterarbeit befasst sich mit der Beteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Entscheidungsprozessen in der Stadt Chemnitz. Der Autor dieser Arbeit, der seit über zehn Jahren in der Stadt Chemnitz bei einem freigemeinnützigen Träger beschäftigt ist und mit Menschen mit Behinderung für deren Belange aktiv ist, möchte herausfinden, inwieweit Diese an Beteiligungsprozessen partizipieren können. Dafür sprach er mit Politik, Verwaltung, Interessenvertreter:innen von Menschen mit Behinderung und professionell im Feld Tätigen. Ein weiterer Fokus lag darauf, ob sich bei den Vertreter:innen der Stadt ein Bewusstsein identifizieren lassen würde, für die Wichtigkeit der Expertise von Menschen mit Behinderung bei der Weiterentwicklung der Stadt Chemnitz.

Inhaltsverzeichnis

Bibliographische Beschreibung und Referat	I
Inhaltsverzeichnis	II
Abbildungs- Abkürzungsverzeichnis	IV
1 Einleitung	1
1.1 Einführung in die Thematik.....	1
1.2 Zielsetzung.....	4
1.3 Aufbau der Arbeit.....	4
2 Menschen mit Behinderung	5
2.1 Behinderung – eine mehrdimensionale Begriffsbestimmung.....	5
2.2 Behinderung im Kontext von Heterogenität und Intersektionalität.....	7
2.3 Behinderung und seine gesellschaftliche Biografie.....	8
3 Inklusion	14
3.1 Inklusion und Gesellschaft.....	14
3.2 Inklusion im Kontext Sozialer Arbeit.....	21
3.3 Inklusion gestalten.....	24
4 Bürgerbeteiligung	27
4.1 Bürgerbeteiligung – Was ist das?.....	27
4.2 Bürgerbeteiligung und ihre Wirkung auf politische Entscheidungsprozesse.....	29
4.3 Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung.....	32
5 Die Stadt Chemnitz	35
5.1 Ein Blick auf Chemnitz.....	35
5.2 Bürgerbeteiligung in Chemnitz.....	36
5.3 Menschen mit Behinderung in Chemnitz.....	37
5.4 Der Aktionsplan „Chemnitz inklusiv 2030“.....	39
6 Forschungsdesign	45
6.1 Forschungsleitende Frage und Hypothesen.....	45
6.1.1 Fragestellung.....	45
6.1.2 Hypothesen.....	46

6.2	Methodik	48
6.2.1	Literaturrecherche	48
6.2.2	Expert:inneninterviews	49
6.2.3	Feldzugang und Auswahl der Interviewpartner	53
6.2.4	Transkription.....	55
6.2.5	Kategoriegestützte freie Interpretation	55
7	Ergebnisse und Auswertung.....	57
7.1	Kernaussagen der aus den Interviews gewonnenen Datensätze.....	57
7.2	Interpretationen der Kernaussagen	71
8	Abschließende Betrachtungen.....	77
9	Best Practice Beispiel.....	81
	Literaturverzeichnis	86
	Erklärung zur Selbstständigen Anfertigung der Arbeit.....	91
	Anhang	V

Abbildungs- Abkürzungsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 01:	Organigramm der Stadtverwaltung Chemnitz.....	35
Abbildung 02:	Interviewleitfaden.....	52

Abkürzungsverzeichnis

ASB	Arbeiter-Samariter-Bund
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BTHG	Bundesteilhabegesetz
DESTATIS	Statistisches Bundesamt
DIMR	Deutsches Institut für Menschenrechte
PID	Präimplantationsdiagnostik
PND	Pränataldiagnostik
UN-BRK	UN-Behindertenrechtskonvention
UPIAS	The Union of the Physically Impaired Against Segregation
VdK	Sozialverband VdK Deutschland e.V

1 Einleitung

1.1 Einführung in die Thematik

Menschen mit Behinderung leben, lernen und arbeiten noch immer oft in konstruierten Sonderwelten, die charakteristisch für das Fürsorgesystem sind, welches Deutschland mit großer Akribie seit den fünfziger Jahren aufgebaut hat. Eines das vordergründig auf die zu erbringenden Leistungen nach innen und weniger auf den gesellschaftlichen Mehrwert gerichtet ist, den die Betroffenen einbringen wollen und können. Die Verantwortung für den Ausbau dieses Systems trugen und/oder tragen selbst Interessenvertreter:innen mit und beteiligten sich aktiv mit daran. Wie in den sechziger Jahren die Bundesvereinigung der Lebenshilfe e.V. mit der Gründung der Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die als eine der größten Errungenschaften dieser Zeit gefeiert wurde.

Es ist seitdem Usus, dass ein Teil der Gesellschaft von eben dieser sekretiert wurde und immer noch wird. Als Mensch mit Behinderung lebt man in Wohneinrichtungen, in denen hochspezialisierte Hilfen erbracht werden, arbeitet in geschützten Bereichen, die durch ihren besonderen Charakter der Entlohnung Menschen mit Behinderung ihre Teilhabe an der Gesellschaft verunmöglichen und letztendlich ist die Teilnahme an Sport und Kultur nur in besonderen Kontexten möglich. Menschen mit Behinderung nehmen an speziellen, extra konzeptionell auf deren, von vornherein herabgestufte, Leistungsfähigkeit zugeschnittenen Sportveranstaltungen teil. Bei kulturellen Veranstaltungen werden sie an speziellen Orten platziert; meist aus der Notwendigkeit der baulichen Voraussetzungen heraus, vor dem Publikum an extrovertierten Orten, so dass sie zum Schauspiel vor dem Schauspiel werden. Geschieht das auch aus dem guten Gedanken heraus, ihnen die Möglichkeit der Teilhabe zu geben, so werden sie außerhalb der Gesellschaft platziert. Sie werden exkludiert.

Die Gesetzgebung für Menschen mit Behinderung, seit der Einführung des Bundessozialhilfegesetzes im Jahr 1961, dem Schwerbehindertengesetz von 1974, 2001 mit dem neunten Sozialgesetzbuch und zuletzt 2016 mit dem Bundesteilhabegesetz, hat immer wieder die Rechte und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung gestärkt, aber eben die Teilhabe in den Vordergrund

gestellt und nicht die wirkliche Beteiligung. Ihr eigenes Wirken wurde nicht oder nur teilweise gestärkt.

Lothar Böhnisch, Soziologe, Ökonom und emeritierter Professor für Sozialpädagogik und Sozialisation der Lebensalter, versteht allerdings unter gelingender Lebensbewältigung das per se uns allen inne liegende Streben nach Handlungsfähigkeit, welches über soziale Anerkennung, Selbstwirksamkeit und die Stärkung des Selbstwertgefühls zu verwirklichen ist (vgl. Böhnisch 2016, S. 20). Selbstwirksam ist ein Mensch dann, wenn er sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen in gesellschaftliche Prozesse einbringen kann und er in seiner Wirksamkeit wahrgenommen wird.

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die 2008 unisono vom Deutschen Bundestag ratifiziert wurde, bestimmt schon in der Präambel unter anderem, dass der wertvolle Beitrag, „den Menschen mit Behinderung zum allgemeinen Wohl und zur Vielfalt ihrer Gemeinschaft leisten und leisten können [...] zu erheblichen Fortschritten in der menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft [...] führen wird“ (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung 2018, S. 6). Und ferner sollen „Menschen mit Behinderung die Möglichkeit haben [...], aktiv an Entscheidungsprozessen über politische Konzepte und über Programme“ (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung 2018, S. 6) mitzuwirken. Insbesondere dann, wenn sie von den zu erwartenden Ergebnissen direkt betroffen sind (vgl. Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung 2018, S. 6). Spezieller geht die Konvention in ihrem Verlauf in den verschiedensten Artikeln auf Bewusstseinsbildung (Artikel 8), Barrierefreiheit (Artikel 9) und politische Partizipation (Artikel 29) ein, die maßgeblichen Einfluss auf das Thema der vorliegenden Arbeit haben und im theoretischen Teil näher beleuchtet werden sollen.

Bürgerbeteiligung ausgehend von, mit und für Menschen mit Behinderung kann es ermöglichen politische Willensbildung für eine inklusive Gesellschaft zu gestalten. Ihren Themen Raum zu geben und sie aktiv in wesentliche Entscheidungen einzubeziehen, kann zeigen, wie wichtig es ist Menschen mit Behinderung und deren Vertreter:innen an diesen Prozessen zu beteiligen, damit sie mit ihren Bedarfen als Expert:innen in eigener Sache gehört werden.

Kontakte zu Menschen mit Behinderung, die bisher nur selektiv und partiell wahrgenommen werden, gilt es auszubauen. Die Betroffenen selbst müssen mehr auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen, um auf sich aufmerksam zu machen und Begegnungen zu schaffen. In den entstehenden Interaktionen muss deutlich werden, mit welchem Potenzial Menschen mit Behinderung an gesellschaftlichen Beteiligungsprozessen teilnehmen können und wie wertvoll sich dieser Beitrag auf Entscheidungsprozesse für den Sozialraum auswirken kann.

Beteiligung von Menschen mit Behinderung und deren wichtiger gesellschaftlicher Ressource, ist gewünscht und wird gebraucht. Sie sind Expert:innen in eigener Sache, erkennen Handlungsbedarfe für ihre Belange und können gleichzeitig als Ansprechpartner fungieren. Deutlich wird allerdings auch, dass 13 Jahre nach Unterzeichnung der Europäischen Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) Menschen mit Beeinträchtigung im gesellschaftlichen Miteinander häufig nur temporär wahrgenommen werden. Zu erleben ist es immer dann, wenn neue Projektvorstellungen und Ideen ins Leben gerufen werden, unabhängig davon, ob es bauliche Veränderungen oder Beteiligungsformate betrifft. Hier zeigt sich oft, dass es noch nicht als selbstverständlich betrachtet wird, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt in Beteiligungsprozessen mitgedacht werden.

Mit dem Aktionsplan „Chemnitz inklusiv 2030“, der Maßnahmen zur Umsetzung der Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention beschreibt, hat sich die Stadt Chemnitz dazu verpflichtet Menschen mit Behinderung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu beteiligen. Wenn sie sich aktiv an der inhaltlichen Umsetzung gesellschaftlicher Prozesse beteiligen, können unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und Generationen ebenso voneinander partizipieren und profitieren, wie Institutionen, Vereine und die Stadt, in der sie leben.

Die Beteiligungskultur von Menschen mit Behinderung steckt vielerorts allerdings noch in den Kinderschuhen und ist von Fürsorgegedanken und entsprechendem Handeln getragen. Selbstbewusstes Agieren, insbesondere von körperlich schwerstbehinderten Menschen, wird in der Gesellschaft wenig wahrgenommen. Man muss Mut haben sich zu beteiligen, damit man gehört und mit seinem Anliegen verstanden wird. Menschen mit Behinderung demokratische Beteiligungsprozesse zu ermöglichen, ist dann verstanden,

wenn wir es als Gesellschaft und als Entscheidungsträger in unserem Denken zulassen. Dazu braucht es von den Expert:innen in eigener Sache und deren Interessenvertreter:innen Aufklärung und exemplarisches Handeln. Das gemeinsame Handeln und daraus resultierende Ergebnisse müssen in eine fachliche Beratung und inklusive Leitbilder überführt werden, um den Erfahrungstransfer und damit eine gelingende Beteiligung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu gewährleisten.

1.2 Zielsetzung

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es herauszufinden, inwieweit Menschen mit Behinderung bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in der Stadt Chemnitz mitgedacht und beteiligt werden. Lässt sich bei den Vertreter:innen und Vertretern der Stadt ein Bewusstsein und ein Wille dafür ableiten, dass Menschen mit Behinderung, als Expert:innen für sich selbst, nicht wegzudenkende Akteur:innen bei der Entwicklung der Stadt sind?

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Kapitel zwei bis fünf dieser Arbeit sollen einen fundierten Überblick über die einschlägige Theorie in Literatur und Praxis in Bezug auf das Thema verschaffen. Hierbei werden etablierte Konzepte und aktuelle Entwicklungen in Fachliteratur und -praxis beleuchtet. Im sechsten Kapitel wird die Vorgehensweise und Methodik im Forschungsprozess im Kontext der Forschungsfrage vorgestellt. Die gewonnenen Forschungsergebnisse werden im Anschluss daran in Kapitel sieben präsentiert. Die Arbeit abschließen wird ein Best-Practice-Beispiel, welches einen Einblick ermöglichen soll, wie die theoretischen Erkenntnisse auf konkrete Szenarien angewandt werden können und um die Relevanz der Forschung für die Praxis zu unterstreichen.

2 Menschen mit Behinderung

2.1 Behinderung – eine mehrdimensionale Begriffsbestimmung

Dem Gesetzgeber folgend definiert sich Behinderung wie folgt: „Menschen mit Behinderung sind Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können“ (§ 2, Satz 1, BTHG). Mit dieser Definition, die er so im am 23. Dezember 2016 in Kraft getretenen Bundesteilhabegesetz (BTHG) festgehalten hat, schafft er in erster Linie den Zugang zu den Leistungsgesetzen der Sozialgesetzbücher. Er beschreibt die Art der Beeinträchtigung und gibt ihr einen zeitlichen Rahmen. Erfüllt der jeweilige Betroffene diese, so erhält er die Berechtigung zu den vielfältigen (Fürsorge-)Leistungen.

Eine allgemeingültige Definition zu finden, erweist sich als schwierig, da Behinderung nicht homogen ist und intersektionell betrachtet werden muss und damit unter sich die unterschiedlichsten Perspektiven, bis hin zu Wechselwirkungen mit Gesellschaft und Umwelt, subsumiert.

Der Begriff ‚Behinderung‘ ist oft negativ besetzt. So wird er mit Mangel, Bildungsunfähigkeit, Patienten, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Problemfällen in Verbindung gebracht und noch 2005 weist ein Standardwerk der Psychiatrie drauf hin, dass bei schwerer Behinderung nur eine ‚Dauerhospitalisierung‘ denkbar sei (vgl. Becker 2016, S.12). Popescu-Willigmann schreibt von einer komplexen und mehrdimensionalen Problematik im Kontext von Behinderung (vgl. Popescu-Willigmann 2014, S. 33).

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist Behinderung geprägt von eingeschränkter Funktionsfähigkeit und einem negativen Körperschemata. Behinderung wird nicht etwa als Varianz gesehen, sondern in der Differenzierung von Behinderung und Nichtbehinderung als Diskrepanz zur Normalität wahrgenommen (vgl. Behrisch 2016, S. 438). Sie ist eine mit wenig positiven Adjektiven bewertete Dimension, insbesondere im Kontext von Leistungsfähigkeit und Ästhetik. Dennoch werden von Menschen mit Behinderung, die in ihren,

insbesondere auch in den sozialen, Fähigkeiten als eingeschränkt gelten „[...] ganz selbstverständlich enorme Leistungen in Bezug auf Anpassung, Rücksichtnahme und Verständnis im Zusammenleben erwartet – Leistungen, die ‚normale‘ Menschen nicht ohne weiteres in diesem Ausmaß zu erbringen bereit wären.“ (Pfortner 2015, S. 107). Das wird vorausgesetzt, da Behinderung in einem System aus hochspezialisierten Fachrichtungen und Sonderwelten in Deutschland verortet und da separaten Orten und Spezialisten zugewiesen ist. Dieser Umstand führt dazu, dass bei anderen Organisationen und Fachrichtungen kaum Sensibilität für die Bedarfe und Belange von Menschen mit Behinderung besteht, da sie aus deren Aufmerksamkeitsfokus fällt (vgl. Behrisch 2016, S. 438). Dabei ist der Aspekt, dass, neben dem medizinischen Element, Behinderung eine emanzipatorische und soziologische Komponente enthält, in den Köpfen der Gesellschaft noch nicht zur Gänze angekommen (Steven-Bartol 2018, S. 215). Heinz Becker überspitzt dies, indem er Wolfgang Jantzen mit den Worten: „[...] aber Behinderung ist die Unterdrückung von Behinderten durch Nichtbehinderte“ (Jantzen 2005, s. 10, zit. n. Becker 2016, S.12) zitiert. Er hebt damit auf das soziale Modell von Behinderung ab. Dieses besagt, dass dort wo Menschen ausgesondert werden und an gesellschaftliche Barrieren stoßen, Behinderung erst entsteht (vgl. Becker 2016, S. 12). Verdeutlicht wird dies noch einmal damit, dass die Schwere von Behinderung nicht abhängig ist von der körperlichen und/oder seelischen Beeinträchtigung, sondern in engen Zusammenhang mit den vorzufindenden Umweltbedingungen steht. Diesen Zusammenhang hat die Weltgesundheitsorganisation¹ weiterentwickelt und in der International Classification of Functioning, Disability and Health² veröffentlicht und 2001 verabschiedet. (vgl. Melzer 2015, S. 148). Behinderung als Begriff verwendet die ICF dabei gar nicht mehr in ihren Ausführungen, sondern benutzt stattdessen den der Behinderung positiv entgegenwirkenden Begriff der Funktionsfähigkeit, was einen positiveren Charakter hat als Behinderung, da dabei von einer grundsätzlichen Fähigkeit und nicht von Unfähigkeit ausgegangen wird (vgl. Melzer,

¹ Weltgesundheitsorganisation (engl.: World Health Organisation) wird im weiteren Verlauf des Textes immer als WHO benannt.

² International Classification of Functioning, Disability, and Health (dt.: Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit) wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit immer mit ICF benannt.

2015, S. 148) und „[...] alle Aspekte der funktionalen Gesundheit“ (DIMDI 2005, S. 4, zit. n. Melzer 2015, S. 148) eines Menschen umfasst.

In der breiten Masse findet sich allerdings die dazu ambivalente Denkweise weit verbreitet wieder, dass Menschen mit Behinderung krank seien und es der Arzt ist, der in erster Linie helfen kann (vgl. Becker 2016, S. 12). Und selbst in der Profession ‚Soziale Arbeit‘ hat sich der „[...] Wechsel vom medizinischen zum sozialen Modell [...]“ (ebd.) noch nicht gänzlich vollzogen, obwohl gerade dahingehend in der UN-BRK ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat. In den in ihr zu findenden Ausführungen ist die Sichtweise, weg von der medizinischen defizitorientierten hin zur barriereorientierten sozialen, vollzogen (vgl. Eikötter 2017, S. 51). „Behinderung entsteht erst, wenn Menschen auf gesellschaftliche Barrieren stoßen, wenn sie ausgesondert und diskriminiert werden.“ (Janzen 2005, S. 10)

2.2 Behinderung im Kontext von Heterogenität und Intersektionalität

Die Verwendung des Begriffs "behinderte Menschen" oder auch „Menschen mit Behinderung“³ verschleiert die erhebliche Vielfalt innerhalb dieser Gruppe. Sie umfasst Personen mit verschiedenen Arten von Behinderungen, darunter Sehbeeinträchtigungen, Gehörlosigkeit, Beeinträchtigungen des Bewegungsapparates, Lernschwierigkeiten, psychische Beeinträchtigungen, Kleinwüchsigkeit, Organstörungen und viele andere. Diese Vielfalt führt dazu, dass sie oft wenig Anreiz haben Gruppenidentitäten oder -interessen als die Gruppe der "behinderten Menschen" zu entwickeln. In einer intersektionalen Perspektive müssen auch die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen sozialen Kategorien berücksichtigt werden, was die Vielfalt der Lebenssituationen von Menschen mit Behinderungen weiter erhöht (vgl. Behrisch 2016, S. 444).

³ Anzumerken wäre hier, dass in der Fachdiskussion sehr verschiedene Ansichten über die tatsächliche richtige Verwendung der Begrifflichkeit herrschen. Zum einem negiert der Begriff „Menschen mit Behinderung“, dass Behinderung durch umweltbedingte und gesellschaftliche Barrieren entsteht, da er aussagt, dass die Behinderung ein Merkmal des betreffenden Menschen ist und den Umstand, dass die Kausalität auch äußerliche Faktoren miteinschließt, außer Acht lässt. Andererseits wird die Begrifflichkeit „behinderte Menschen“ als diskriminierende Zuschreibung verstanden. Offen bleibt, was die richtige zu wählende ist.

Menschen mit Behinderung können Frauen oder Männer sein, oder diese Klassifizierung spielt für sie eine geringe Rolle. Sie können Migrationshintergrund haben, unterschiedliche Erfahrungen in Ost- und Westdeutschland gemacht haben oder verschiedene kulturelle Hintergründe haben. Die Lebenssituationen von Menschen mit Behinderungen können sich in Bezug auf ihre sozioökonomische Situation oder ihre Bildungserfahrungen stark unterscheiden. Was Menschen mit Behinderungen als Gemeinschaft verbindet, ist die Erfahrung von Diskriminierung aufgrund ihrer Behinderung. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass diese negativen sozialen Reaktionen behinderte Menschen je nach Art ihrer spezifischen Beeinträchtigung unterschiedlich treffen. Menschen mit kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen stoßen auf die größten Vorbehalte, während Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen (wie Blinde, Gehörlose und sprachbeeinträchtigte Menschen) weniger Distanz erfahren. Körperlich behinderte und chronisch kranke Menschen werden in der Regel am besten akzeptiert (vgl. Behrisch 2016, S. 444).

2.3 Behinderung und seine gesellschaftliche Biografie

Menschen mit Behinderung sehen sich in ihrem Alltag sehr oft den verschiedensten Hindernissen gegenübergestellt, die ihnen die Teilhabe an der Gesellschaft verunmöglichen. Dies geschieht in sozialen, kulturellen, materiellen und nicht zuletzt in politischen Kontexten, in denen die Betroffenen ihre Rechte nicht oder nur unzureichend wahrnehmen können. Hirschberg und Papadopoulos sprechen dabei von „strukturellen gesellschaftlichen Exklusionsprozessen“ (Hirschberg; Papadopoulos 2017, S. 103). Sie definieren einen Exklusionsbegriff, der ausgehend, von der individuellen Lebenslage, beschreibt wie einzelne Menschen von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen werden (ebd.).

Man kann der Gesellschaft nicht per se vorwerfen, einige ihrer Mitglieder zu exkludieren. Eher ist hier die Frage zu stellen, welche Partizipationsmöglichkeiten sie dieser Personengruppe bietet oder auch eben nicht. Dazu ist es notwendig die gesellschaftliche und politische Biographie von Behinderung zu beleuchten (ebd.).

Menschen mit Behinderung haben bereits in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit der sich entwickelnden ‚Selbstbestimmt-Leben-Bewegung‘ die Forderung nach Partizipation gestellt und mit der ‚People-First-Bewegung‘, in den 1990er Jahren in Deutschland, diesem Appell Nachdruck verliehen (Hirschberg; Papadopoulos 2017, S. 103).

Mit dem Unterzeichnen der UN-Behindertenrechtskonvention hat Deutschland 2009 der Forderung nach Partizipation von Menschen mit Behinderung einen rechtsverbindlichen Rahmen gegeben. So bestimmt die UN-BRK in ihrem ersten Artikel: „Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zu den Menschen mit Behinderung zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können“ (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung 2018, S. 7).

Partizipation wird da verhindert und Menschen mit Behinderung werden diskriminiert, wo unüberwindbare Barrieren entstehen oder bereits vorhanden sind. Ist dieser Umstand begründet in der individuellen Funktionseinschränkung des einzelnen Betroffenen, handelt es sich um Diskriminierung gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention: „[...] jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird. Sie umfasst alle Formen der Diskriminierung“ (ebd., S. 8).

Sollen die Ziele des ersten Artikels der UN-BRK umgesetzt werden, bedarf es, folgt man der Konvention, insbesondere dreier Dinge, und zwar: eine Partizipation an der Gesellschaft, die sich als vollständig und wirksam erweist, Barrierefreiheit und die Nichtdiskriminierung (ebd.).

Für Deutschland wird durch die Ratifizierung der UN-BRK „volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft [engl. full and effective participation in society⁴]“ (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung 2018, S. 9) zu einem gesamtgesellschaftlichen, rechtsverbindlichen und alle Regierungsorgane und Ebenen betreffenden Commitment. Dabei wird Partizipation in der UN-BRK ganz genau wie folgt beschrieben: „Die Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderung betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderung, einschließlich Kindern mit Behinderung, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein“ (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung 2018, S. 10). Das macht Partizipation zum Normativ, welches in enger Bindung steht mit „Nichtdiskriminierung und der Einbeziehung in die Gesellschaft (engl. inclusion in society)“ (Hirschberg; Papapopoulos 2017, S. 104). Die Behindertenbewegungen lehnten sich an dieses Paradigma an und formulierten so in den 1970er Jahren ein Bild von Behinderung, welches Behinderung nicht als persönliches leidvolles Los, sondern als gesellschaftlich konstruiert zeichnet. Erst durch die gesellschaftliche Exklusion wird dem Betroffenen die eigene Behinderung als sozial segregierendes Merkmal bewusst gemacht. So beschrieb die Union of the Physically Impaired Against Segregation (UPIAS) bereits 1976 in ihrem Positionspapier 'Fundamental Principles of Disability' diesen Umstand mit "Our own position on disability is quite clear, [...] In our view, it is society which disables physically impaired people. Disability is something imposed on top of our impairments, by the way we are unnecessary isolated and excluded from full participation in society⁵" (UPIAS 1975, S. 4).

⁴ Englisch gehört, im Gegensatz zu Deutsch, zu einer der sechs Amtssprachen der UN-Behindertenrechtskonvention, in der sie rechtsverbindlich ist. (vgl. Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung 2018, S. 36)

⁵ „Unsere eigene Position zur Behinderung ist ziemlich klar und steht voll und ganz im Einklang mit den vereinbarten Grundsätzen. Aus unserer Sicht ist es die Gesellschaft, die körperlich behinderte Menschen behindert. Behinderung ist etwas, das zusätzlich zu unseren Beeinträchtigungen auferlegt wird, so dass wir unnötig isoliert und von der vollen Teilnahme an der Gesellschaft ausgeschlossen sind.“

Dieses soziale Modell von Behinderung stand dem medizinischen Modell entgegen. Diese Basis prägte maßgeblich die Verhandlungen um die Entstehung der UN-Behindertenrechtskonvention und nahm großen Einfluss auf die in ihr enthaltenen Artikel. Darüber hinaus enthält die Konvention einen starken menschenrechtlichen Ansatz. „Das menschenrechtliche Modell von Behinderung basiert auf der Erkenntnis, dass die weltweite desolate Lage behinderter Menschen weniger mit individuellen Beeinträchtigungen als vielmehr mit gesellschaftlich konstruierten Entrechtungen (gesundheitlich) beeinträchtigter Menschen zu erklären ist“ (Degener 2009, S. 200). Das mit der UN-BRK ein Paradigmenwechsel, weg vom medizinischen Modell von Behinderung hin zum sozialen, herbeigeführt wurde, soll allerdings nicht bedeuten, dass es eine vollständige Abkehr von allen anderen Modellen von Behinderung gegeben hat. Im Gegenteil, es „besteht zum Beispiel gleichzeitig in der Gesellschaft eine Haltung gegenüber Behinderung als »vermeidbarem Übel«, die unter anderem im Bereich der Reproduktionsmedizin zur Verfeinerung technischer Selektionsinstrumente führt (zum Beispiel Präimplantationsdiagnostik/PID, Pränataldiagnostik/PND) und eng verbunden ist mit einem gesellschaftlichen Ideal körperlicher Leistungsfähigkeit“ (Hirschberg; Papadopoulos 2017, S. 105). Inklusion, als soziologischer Begriff, der eher die passiven Partizipationsmöglichkeiten meint, und Partizipation, worunter man die aktive Möglichkeit von Teilhabe an der Gesellschaft versteht, sind Grundsätze der UN-BRK und können deshalb nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Diese beiden Maximen können und/oder müssen in der UN-Behindertenrechtskonvention, als Menschenrechtskonvention, auf alle Menschenrechte Anwendung finden (ebd.).

Menschen mit Behinderung sind in der tatsächlichen aktiven Ausübung ihrer Rechte, die die gleichen sind wie von jedem Staatsbürger, oft eingeschränkt. Die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung sind geprägt von oftmals starken Einschränkungen bei Bildung, Gesundheitsversorgung, politischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe. Ihre sozioökonomische Situation lässt sie meist am äußeren Rand der Gesellschaft zurück und ihr Alltag ist geprägt von sozialer Isolation und Diskriminierung. Gleichfalls erfahren sie Teilhabebeschränkungen dadurch, dass sie auf mehr Barrieren stoßen als andere Teile der Bevölkerung, sei es im Baulichen, im Willentlichen und nicht zuletzt im Gesellschaftlichen.

Dazukommend wird ihnen in vielen Fällen die Fähigkeit abgesprochen, als Träger von Rechten (und auch Pflichten), diese auch in Eigenverantwortung wahrzunehmen und somit teilhabendes und teilgebendes Mitglied der Gesellschaft zu sein (Hirschberg; Papadopoulos 2017, S. 105).

Als die UN-BRK 2009 in Kraft getreten ist, waren die Arbeit mit Menschen mit Behinderung und auch die Behindertenpolitik Gegenstand von hochspezialisierten Fachgebieten und sie fanden in Sonderwelten statt. Auch durch das 1994 mit der Verfassungsreform⁶ eingeführte Benachteiligungsverbot von Menschen mit Behinderung wurde Inklusion nicht praktikabel umgesetzt. Dabei spielte in der Umsetzung der Rechtsnorm das Verbot der Benachteiligung die größere Rolle als die Beteiligung von Menschen mit Behinderung. Das heißt, wenn die Menschen nicht benachteiligt wurden, war der Sache genüge getan (ebd.).

Was dabei nicht mit in die Aufmerksamkeit der Akteur:innen einbezogen wurde, ist dass Menschen in der Breite von gesellschaftlichen Prozessen nicht mitgedacht wurden und somit deren Benachteiligung, die dieser Breite nicht sichtbar wurde. Mit der Verabschiedung des Sozialgesetzbuch IX, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen⁷ 2009, begab man sich in Richtung selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft. Dass allerdings die „Rechte von Menschen mit Behinderung als ein Menschenrechts- und Querschnittsthema zu begreifen sind, was alle Lebensbereiche erfasst und von allen Politikfeldern zu gestalten ist“ (Aichele 2019, S. 4), lag noch weit ab der gestalterischen Realität. Wahrhaben, dass Menschen dadurch behindert werden, weil sie auf Barrieren stoßen, die vermeidbar wären, wollten nur wenige der gesetzest gestaltenden Akteur:innen. Genauso wollten wenige von ihnen Menschen mit Behinderung das Recht anders zu sein zubilligen. Sie wurden durch eine Fürsorgepolitik in die passive Dynamik von Leistungsempfänger:innen gebracht. Ihnen wurde von der Administration ein Existenzminimum zugesprochen und sie sollten und mussten diesen Zustand als ihre Lebensrealität akzeptieren (ebd.).

⁶ 1994 wurde mit der Verfassungsreform im Grundgesetz (GG) im Artikel 3 unter Absatz 3 das Verbot aufgenommen, Menschen wegen ihrer Behinderung zu benachteiligen. (vgl. Aichele 2019, S. 4)

Sonderwelten- und -strukturen⁷, in denen Menschen mit Behinderung von Beginn ihres Lebens oder dem Erwerb der Beeinträchtigung ein Leben geschützt und abseits der Gesellschaft führen konnten und/oder mussten, wurden von der Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik, zu dieser Zeit, als wertvoller Gewinn betrachtet. Für die meisten waren diese Sonderwelten allerdings keine Entscheidung, sondern alternativlose Opportunität und wurden von kritisch reflektierten Professionellen, Eltern, autonomen Behindertenverbänden und der Wissenschaft als nicht hinzunehmender Zustand gesehen. Andererseits, im Gegensatz zu Ländern, in denen es außerhalb des Familienverbundes überhaupt keine Strukturen für Menschen mit Behinderung gibt, sind die in Deutschland, ab 1945 immer weiter ausgebauten, als sozialstaatliche Leistung zu honorieren. Durch das widersprüchliche Wesen dieser Sonderwelten ist ein Spannungsfeld zwischen struktureller Ausgrenzung und Schutzraum geschaffen und mit Einführung der UN-BRK noch verstärkt wurden, das auf Abschaffung drängt (vgl. Aichele 2019, S. 4ff.).

Subsummiert sprechen wir hier von einer Marginalisierung von etwa 7,8 Millionen Menschen in Deutschland (vgl. DESTATIS 2023), die diese teilhabeverunmöglichenden Bedingungen als ihre Rahmenbedingungen vorfinden und bewältigen müssen.

⁷ Gemeinschaftswohneinrichtungen, Sonderschulsystem, Sonderkindergärten, Tagesförderstätten und Werkstätten für Menschen mit Behinderung

3 Inklusion

3.1 Inklusion und Gesellschaft

Setzt man sich mit den Begriffen Behinderung und Gesellschaft auseinander und möchte diese beiden Dimensionen zusammenbringen, dann kommt man an dem Begriff Inklusion nicht vorbei. Doch was meint Inklusion? Inklusion hat sich mit der Ratifizierung der UN-BRK zu einem zentralen und einem der meistgebrauchten Begriffe, insbesondere in der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung, entwickelt. Inklusion ist „en vogue“ und, neben der Energiewende und dem Klimawandel, eines der großen politischen Themen unserer Zeit.

Eine einfache Definition von Inklusion zu formulieren, fällt allerdings schwer. Sie als Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigung zu spezifizieren, wird der Vielschichtigkeit, die dem Begriff inne liegt, nicht gerecht. Mehr noch: „wenn man sich aus wissenschaftlicher Perspektive dem Begriff Inklusion nähert, stellt man schnell fest, dass es eine eindeutige Definition nicht gibt“ (Wernig; Avic-Wernig 2015, S.15). Möchte man Inklusion einfach beschreiben, so kommt man zu dem Schluss, dass es nicht möglich ist, die gesamte Variationsbreite, die man in dem Begriff findet, auf eben diese Weise zu beleuchten. Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben, die oft in Verbindung mit Inklusion aufgeführt und als Erklärungsansatz verwendet wird, bildet nur einen Teilaspekt dieser ab und kann als Verdeutlichung nicht ausreichend sein, da dies der Relevanz von Inklusion nicht entspricht (vgl. Schwalb; Theunissen 2009, S. 9). Darüber hinaus birgt dieser Begriff die Gefahr in sich, da er als deutsche Übersetzung des sich in der Originalversion der UN-BRK wiederfindenden Begriffes ‚participation‘ verwendet wird, das Potential, welches Partizipation in sich trägt, zu nehmen. Mitbestimmung, Mitsprache und wirkliche reale Mitgestaltung stehen unter dem Label von Partizipation und nicht bloß „aktive Beteiligung in einem sozialen System oder [...] Teil oder Mitglied einer Gemeinschaft oder Gesellschaft“ (Schwalb; Theunissen 2009, S. 9) zu sein, was Teilhabe meint (ebd.).

Um sich dem Inklusionsbegriff weiter anzunähern, muss zunächst seine Entwicklung näher beleuchtet werden. Folgt man dem Schweizer Alois Bürli (Heilpädagoge), findet man in der Geschichte der Arbeit mit Menschen mit Behinderung

vier begrifflich und damit inhaltlich geprägte Phasen: Exklusion, Segregation, Integration und Inklusion (ebd., S. 11 ff.).

In der ersten Phase wurden Menschen mit Beeinträchtigung aus- und ausgeschlossen. Von Teilhabe an der Gesellschaft und in Einrichtungen für Menschen, die von der Norm abweichen. In der zweiten Phase, in der weiterhin die Notwendigkeit gesehen wurde, dass die betreffenden Menschen behandelt und versorgt werden mussten und als krank galten, rückte der Fürsorgegedanke in den Mittelpunkt. Eigens für sie konzipierte soziale Einrichtungen wurden geschaffen, in denen sie, wenn auch separiert von der Gesellschaft, Förderung erfahren haben. Für die Schaffung dieser Einrichtungen gab es unterschiedliche Gründe. Waren es einerseits Initiativen von christlicher Barmherzigkeit und Nächstenliebe, so gab es andererseits wirtschaftliche Beweggründe. Es gab Bestrebungen diese Menschen zu erziehen und zu heilen, damit sie einen Nutzen für die Gesellschaft hatten. Dabei stellte sich allerdings heraus, dass einige Menschen so sehr beeinträchtigt waren, dass sie nur gering bis überhaupt nicht in der Lage waren die damit verbundenen Erwartungen zu erfüllen. Das führte zu einer Vorgehensweise, die es als sinnvoll erachtete Menschen mit Behinderung in zwei Gruppen zu differenzieren. In ‚erzieh- und bildbare‘ und ‚Erziehungs- und Bildungsunfähige‘ (vgl. Schwalb; Theunissen 2009, S. 11 ff). Dementsprechend wurden auch die Einrichtungen danach konzipiert. In „Anstalten oder Abteilungen für »bildbare« Personen [...] und in Pflegeheime oder Pflegeabteilungen für »bildungs- und erziehungsunfähige« Menschen“ (Schwalb; Theunissen 2009, S. 11). Diese zwei Klassen stützende Dynamik etablierte sich und wurde unbegrenzt weiterentwickelt. Allerdings kam es, gerade in skandinavischen Ländern und den Vereinigten Staaten, zu harscher Kritik daran, dass damit Menschen mit Beeinträchtigung von der Gesellschaft abgesondert wurden. Vor allem vermehrte sich die kritische Haltung gegenüber den staatlichen Einrichtungen zur Unterbringung von Menschen mit Behinderung. Ihnen wurde „»totaler Charakter« (Goffman) attestiert“ (ebd., S. 12). An diese zweite Phase schloss sich die Phase der Integration an, in der man annahm und erkannte, dass die bei den Menschen festgestellten Mängel so weit durch Förderung reduziert werden können, dass es ihnen möglich sei, sich an reguläre Lebensumstände anzunähern. Das Prinzip der Integration, insbesondere als gesellschaftliche Integration, entwickelte sich in der

Arbeit mit Menschen mit Behinderung zum Leitprinzip und hatte über einen langen Zeitraum Bestand. Doch wurden in diesem Prozess auch Probleme deutlich, die eine Evolution des Integrationskonzeptes erforderlich machten. Von den in der Behindertenhilfe aktiven Akteur:innen, insbesondere von denen, die die Rahmenbedingungen der Leistungserbringung gestalten, wird Integration in erster Linie als strukturelle Eingliederung gesehen, als ein „Input-Prinzip“ (Schwab/Theunissen), was man auch als räumliche Integration verstehen kann. Das sichert aber den Betroffenen noch keine funktionelle Integration zu, in der Menschen mit Behinderung soziokulturell integriert sind und an der Gesellschaft partizipieren (vgl. Schwab; Theunissen 2009, S. 13).

Wie stark der Begriff Eingliederung in der Integration verankert ist, lässt sich beispielsweise daran erkennen, dass die Leistungen der Sozialhilfe, die erbracht werden, um Menschen mit Behinderung Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und die Folgen von Behinderung zu mildern oder zu beseitigen, unter dem Begriff ‚Eingliederungshilfe‘ subsumiert werden. Auch in der handlungspraktischen Dimension verliert Integration, vermindert man sie auf strukturelle Eingliederung, an Wirksamkeit, da sie dabei die Zusammenhänge vernachlässigt. Wird zum Beispiel beim Wohnen eine Einrichtung der Behindertenhilfe im Stadtzentrum installiert, ohne dabei die „infrastrukturelle[n], soziale[n] und kulturelle[n] Bedingungen sowie eine Vernetzung und Einbettung [...] in einem eng umschriebenen Sozialraum (Stadtteil, Wohnviertel) zu beachten“ (Schwab; Theunissen 2009, S. 13f.), so wird nicht mehr als ein räumlich integriertes Wohnen geschaffen, in der die Menschen in einer Blase leben, isoliert von der Gesellschaft und den Dynamiken des Sozialraumes (ebd.).

Sieht man den Integrationsbegriff hauptsächlich als Eingliederung, muss man feststellen, dass dabei das Paradigma entsteht, dass sich Menschen mit Behinderung in die Welt der Menschen ohne Behinderung eingliedern müssen. Dabei entsteht ein Habitus von einer Gesellschaft, in der Behinderung die Abweichung von der Norm ist und sich ausschließlich Menschen mit Beeinträchtigung dieser anpassen müssen, um integriert zu werden. Den Gesichtspunkt, dass sich auch eine Gesellschaft verändern muss, lässt man dabei gänzlich außer Sicht. Das Fehlen von Behinderung definiert somit die Norm (ebd., S.14). Dabei wird genau das Gegensätzliche in der UN-BRK auf Grundlage der in ihr enthaltenen

Definition von Behinderung gefordert. So schon in der Präambel unter Punkt e), wo die Autoren feststellen, „[...] dass das Verständnis von Behinderung sich ständig weiterentwickelt und dass Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigung und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren entsteht, die sie an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern, [...]“ (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange für Menschen mit Behinderung 2018, S. 5). Was klar die Aussage trifft, dass es eben nicht die Gesellschaft gibt, in der Menschen ohne Behinderung das Normativ bilden, sondern dass in ihr selbst zumindest ein nicht unerheblicher Teil der Kausalität liegt. Führt man die vorangegangenen Gedanken fort, kommt man nicht umhin festzustellen, dass wenn man Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft zu integrieren als Auftrag definiert, dann zumindest hinnimmt, dass sie, bevor man sich diese Aufgabe gestellt hat, von einer Vielzahl gesellschaftlicher Prozesse exkludiert worden sind.

Und trotz dessen, dass mit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes der Gesichtspunkt anerkannt wird, dass die Menschen selbst ihren Hilfebedarf beschreiben können, da sie selbst am besten einschätzen können, was sie benötigen, um an Gesellschaft teilhaben und teilgeben zu können, sich Professionelle, Kostenträger und Organisationen nur schwer aus dem über Jahrzehnte gewachsenen Fürsorge-Prinzip lösen können und Leistungen und Angebote weiter aus der Profession heraus geplant und umgesetzt werden, besteht in diesem Kontext weiterhin ein Regelsystem in der Behindertenhilfe, indem beispielsweise Wohnangebote, die außerhalb von institutionellen Strukturen konzipiert sind und Arbeitsangebote, die auf dem ersten Arbeitsmarkt stattfinden, wenn auch mit Assistenz, als alternativ und ergänzend betrachtet werden. Auf diese Weise wird das Bild von Behinderung und die daraus resultierende Notwendigkeit der Sonderbehandlung aufrechterhalten, was schlussendlich die fortwährende Institutionalisierung von Menschen mit Behinderung stützt (Schwab; Theunissen 2009, S. 15).

Der Umstand, dass genau diese Praxis von der Monitoring-Stelle der UN-Behindertenrechtskonvention nach den erfolgten Staatenprüfverfahren, zuletzt veröffentlicht im Parallelbericht an den UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung zum 2./3. Staatenprüfverfahren Deutschlands im Juli 2023, zum wiederholten Male angemahnt wird, führt bisher nicht zur wirklichen

Inklusionspraxis. Die Monitoring-Stelle subsummiert, dass zwar seit dem letzten Überprüfungsbericht aus dem Jahr 2015 Fortschritte zu verzeichnen sind, wie Neuregelungen in verschiedenen Rechtsgebieten (Wahl-, Sozial-, Betreuungs- und Gleichstellungsrecht), die Umsetzungsdynamik jedoch deutlich abgeschwächt ist (vgl. DIMR 2023, S. 8). Der in der UN-BRK postulierte Paradigmenwechsel hat in Deutschland, weder in Gesellschaft noch in Politik, wirklich stattgefunden. Es gibt immer noch ein sehr gut etabliertes Netzwerk von spezialisierten Sonderwelten, sowohl im schulischen Bereich als auch in Form von Werkstätten für Menschen mit Behinderung und großen stationären Wohnanlagen. Obwohl Inklusion viel diskutiert wird, wird sie nicht konsequent in die Praxis umgesetzt. Die Monitoring-Stelle verfolgt mit Besorgnis, wie weit die Inklusionsrhetorik in Deutschland von der in der UN-BRK entfernt ist. Dabei bezeichnen verschiedene Akteur:innen aus Politik und Gesellschaft Sonderwelten als integralen Bestandteil eines inklusiven Systems. Doppelstrukturen werden flächendeckend beibehalten, ohne wesentliche Veränderungen anzustreben. Die Empfehlungen des Ausschusses von 2015, schrittweise Sondersysteme abzubauen, wurden bestenfalls teilweise umgesetzt und teilweise sogar abgelehnt (ebd.).

Unter diesem Eindruck entsteht der Gedanke, inwieweit die vierte Phase⁸, in der Inklusion zu Leitkultur werden soll, in der der Fokus darauf gerichtet ist, dass Menschen mit Behinderung ihren Hilfe-, Unterstützungs- und Assistenzbedarf selbst bestimmen sollen und Experten ihrer selbst sind, in der es zu einer Umkehr der Definitionsmacht, weg von den helfenden fürsorgenden Professionellen, hin zu den Betroffenen selbst kommen soll, tatsächlich in die Praxis Einzug gehalten hat. Die Kritik, dass die Akteur:innen⁹ der Behindertenhilfe ihr Interesse dem der Betroffenen, ihrer Handlungsmotivation vorangestellt haben und/oder weiterhin stellen, besteht zumindest teilweise weiter. Die Fremdbestimmung, die durch die Profession selbst ausgeübt wird, ist ein weiterer Kritikpunkt, der die Inklusionsbemühungen hemmt. Menschen mit Behinderung sind eben durchaus dazu in Lage, nicht trotz ihrer Behinderung, sondern eben wegen ihrer Behinderung, an Gesellschaft teilzuhaben und diese nachhaltig mitzugestalten, weil sie eben ganz

⁸ die Phase der Inklusion

⁹ „[...] Kostenträger, Wohlfahrtsverbände und Organisationen der Behindertenhilfe [...]“ (Schwalb; Theunissen 2009, S. 12)

besondere spezifische Fähigkeiten in Gesellschaft einbringen können (vgl. DIMR 2023, S. 8).

Doch was bedeutet Inklusion? Inklusion ist ein fortschreitender Prozess, dessen Ziel die wirklich erlebbare gleichberechtigte Teilnahme und Teilgabe aller Menschen an spezifischen Gemeinschaften und der Gesellschaft ist. Dabei betrachtet man sowohl die Gemeinschaft als auch die Gesellschaft als kommunikative Räume, in denen die Menschen kontinuierlich mit dem entsprechenden Diskurs interagieren. Dies bedeutet, dass die Subjekte diese Diskurse nicht nur beeinflussen, sondern auch von ihnen geprägt werden. Letztendlich muss Inklusion, als ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess, an der Lebensrealität umgesetzt werden. Dies erfordert die Überwindung persönlicher Ängste und Vorurteile sowie die Neubewertung von Ansichten und Annahmen. Vor diesem Hintergrund stellt Inklusion eine Herausforderung für alle Beteiligten dar, insbesondere weil sie die vorhandenen Diskurse selbst weiterentwickelt und dadurch strukturelle Veränderungen bewirkt (vgl. Trescher 2015, S. 333).

Inklusion bedeutet den Abbau von Barrieren, die es verhindern, dass dieser Prozess stattfinden kann. Barrieren, die es verhindern, „[...] an gesellschaftlichen Diskursen zu partizipieren [...]“ (ebd.). Inklusion bedeutet, dass die (sozialarbeiterische) Profession Menschen mit Behinderung dazu befähigt, an diesen gesellschaftlichen Austauschprozessen teilhaben und teilgeben zu können. Darüber hinaus meint Inklusion, dass „[...] die versorgenden (totalen) Institutionen derart zurückgebaut werden, dass sie ihre (totale) Wirkmächtigkeit als Inklusionschranken verlieren“ (ebd.). Inklusion ist ein komplexer Verhandlungsprozess, der nicht einseitig geführt werden kann. Sie bedeutet immer eine Verschiebung der Diskurse. Die Aufgabe der im Feld tätigen Professionellen ist es, alle Beteiligten proaktiv zu begleiten und zu unterstützen. Dies umfasst nicht nur die spezifische Unterstützung von Menschen mit Behinderung, sondern auch eine gesellschaftspolitische Rolle. Bevor diese Aufgabe angegangen werden kann, ist es wichtig empirische und theoretische Handlungsoptionen zu identifizieren und zu reflektieren. Dies stellt einen wichtigen Auftrag der Wissenschaft im Kontext der Inklusion dar, da Theorie dazu dient, die Praxis kritisch zu hinterfragen (vgl. ebd., S334).

Zusammenfassend kann man die Aussage treffen, dass Inklusion bedeutet, in sozialen Bezugsrahmen zu leben, in allen Bereichen des Lebens teilhaben und teilgeben zu können, sei es in der Bildung, in Arbeit, Kultur, Sport und/oder Politik und an der aktiven Gestaltung dieser Lebensräume partizipieren zu können (vgl. Schwalb; Theunissen 2009, S. 12).

Dafür lassen sich folgende Schlüsselprinzipien nach Helmut Schwalb und Georg Theunissen ableiten:

1. Recht auf Zugehörigkeit, Selbstbestimmung und Partizipation: Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkannt wird und das Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat. Dies schließt das Recht auf persönliche Wahlmöglichkeiten eng mit ein.
2. Akzeptanz von Heterogenität und Individualität: Inklusion strebt eine Gesellschaft an, in der die Vielfalt der Menschen und ihre individuellen Lebenswege akzeptiert und unterstützt werden.
3. Barrierefreiheit: Eine inklusive Gesellschaft erfordert, dass wichtige soziale und kulturelle Systeme für alle zugänglich sind, unabhängig von individuellen Einschränkungen und/oder Bedürfnissen.
4. Kontextuelle Veränderungen und Anpassungen: Inklusion zielt darauf ab, die Strukturen und Institutionen der Gesellschaft so zu verändern, dass sie die Bedürfnisse aller Mitglieder berücksichtigen und uneingeschränkte Teilhabe ermöglichen.
5. Nicht-Aussonderung und Ressourcenorientierung: Inklusion bedeutet, Selektion und Separation zu vermeiden und stattdessen individuelle und soziale Ressourcen zu nutzen, um die Teilhabe aller Menschen zu fördern.

(vgl. Schwalb; Theunissen 2009, S. 17-21)

6. Bürger:innenzentrierung: Die Förderung von Netzwerken und die Sensibilisierung nicht behinderter Bürgerinnen und Bürger für die Akzeptanz und Unterstützung von Menschen mit Behinderung sind wesentliche Elemente von Inklusion.
7. Kontextorientierung: Inklusion berücksichtigt den sozialen und räumlichen Kontext, in dem Menschen leben, und stellt sicher, dass infrastrukturelle Bedingungen, Umweltbarrieren und Ressourcen berücksichtigt werden.
8. Überwindung der Zwei-Welten-Theorie: Inklusion zielt darauf ab, die Trennung zwischen den verschiedenen Lebenswelten zu überwinden und eine Vielfalt von heterogenen Lebensarten- und -weisen innerhalb einer Gesellschaft zu akzeptieren.
9. Angebote aus der Betroffenen-Perspektive: Inklusion erfordert, dass Angebote und Unterstützungssysteme auf die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen ausgerichtet sind, anstatt von oben nach unten gestaltet werden

(vgl. Schwalb; Theunissen 2009, S. 17-21)

3.2 Inklusion im Kontext Sozialer Arbeit

Inklusion findet im Kontext der Sozialen Arbeit eine vielfältige Verwendung und wird dadurch zuweilen missverstanden. Trotz ihrer scheinbaren Einfachheit kann sie bei genauerer Betrachtung viele verschiedene Bedeutungen und Konsequenzen haben. Diese reichen von unterschiedlichen Interpretationen des Begriffs bis hin zur politischen Vereinnahmung. Inklusion wird oft zu wenig präzise und theoretisch unzureichend behandelt, besonders wenn soziologische und pädagogische Sichtweisen nicht angemessen berücksichtigt werden. Sie wird in der Sozialen Arbeit auf verschiedene Arten verstanden und bewertet, sowohl positiv als auch negativ. Es ist wichtig zu beachten, dass der Begriff in verschiedenen Kontexten unterschiedlich interpretiert werden kann und dass seine politischen Auswirkungen sorgfältig analysiert werden sollten. Die soziale Praxis ist oft von einer vereinfachten Vorstellung von Inklusion geprägt und es gibt viele verschiedene Meinungen und Ansichten dazu. Diese reichen von idealistischen Vorstellungen bis zu kritischen Positionen gegenüber Inklusion (vgl. Dannenbeck 2021, S. 82ff.).

Das kann die Politik, Institutionen und verschiedenen Interessengruppen dazu verleiten Inklusion für sich zu instrumentalisieren, sei es zur Legitimation bestimmter Maßnahmen oder zur Vereinnahmung von Inhalten. Dabei kann es vorkommen, dass die tatsächliche Bedeutung von Inklusion verwässert und verzerrt wird. Diese Umstände machen es notwendig, die politischen Implikationen der Inklusionsdebatte in der Praxis der Sozialen Arbeit kritisch zu reflektieren (vgl. Dannenbeck 2021, S. 82ff.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Inklusion, oder genauer gesagt, die Diskussion über Inklusion, von erheblicher Bedeutung ist. Bisher wurde Inklusion von verschiedenen Seiten und aus unterschiedlichen Interessen sehr unterschiedlich interpretiert. Es kommt jedoch darauf an, eine Praxis zu entwickeln, die dem menschenrechtlich verankerten Anspruch auf uneingeschränkte und diskriminierungsfreie Teilhabe gerecht wird und das unabhängig von der Person. Auch in der Praxis der Sozialen Arbeit beschränkt sich dies oft darauf, die Integration von Menschen mit Behinderung auf individueller Ebene zu verbessern oder zumindest als persönliche Herausforderung anzuerkennen.

Dies spiegelt im Allgemeinen den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs zum Thema "Inklusion" wider. Dieser repräsentiert zum einen die vereinfachte Wahrnehmung und die gängige Übersetzung der Bedeutung der UN-BRK durch Politik und Öffentlichkeit und zum anderen die Bandbreite der öffentlich akzeptierten gesellschaftlichen Einstellungen zur sozialen Ungleichheit, Vielfalt, Zugehörigkeit und Solidarität. Diese Vielfalt an öffentlichen Positionen spiegelt sich wiederum in Praktiken institutioneller Diskriminierung, strukturellem Rassismus und weitgehend akzeptierten oder zumindest tolerierten sozialen Ungleichheitsverhältnissen, die den Rahmen für die Möglichkeiten und Grenzen sozialer Teilhabe vorgeben (ebd., S. 85).

Daher liegt es nahe, dass Soziale Arbeit, abhängig davon, wie sie sich im Inklusionsdiskurs positioniert, eine Mitverantwortung für die Auseinandersetzung mit Fragen der gesellschaftlichen Kohäsion und Solidarität trägt und den Konsens, eine offene Gesellschaft zu gestalten, unterstützen sollte. Inklusion darf nicht nur als eine methodische Herangehensweise betrachtet werden, die je nach Situation auf eine bestimmte Gruppe von Menschen abzielt, sondern als eine Frage von gesellschaftstheoretischer Relevanz. Es handelt sich daher um die Analyse

der Gesellschaft, in der wir leben und wie diese (politisch) gestaltet werden soll. In reflexiver Hinsicht geht es darum, welche Rolle die Interpretation der eigenen Disziplin und das praktische fachliche Handeln in Bezug auf Inklusion spielen (vgl. Dannenbeck 2021, S. 85).

In der Praxis kann die Vielschichtigkeit eines solchen Problemverständnisses wie folgt veranschaulicht werden: Behinderung wird immer noch als eine Unterscheidungskategorie betrachtet, die mit struktureller Benachteiligung und dem Risiko sozialer Ausgrenzung verbunden ist. Die erreichten Integrationsniveaus von Menschen, die sich selbst als behindert betrachten, sind potenziell bedroht und könnten umgekehrt werden. Darüber hinaus bergen aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen das Risiko von Stigmatisierung und Diskriminierung, die Integrationserfolge infrage stellen können. Die alleinige Betonung der Zuschreibung von Behinderung ist nicht ausreichend, um die Dynamik sozialer Ungleichheit, struktureller Benachteiligung und die Verbreitung autoritärer und rassistischer Weltanschauungen zu verstehen, da diese in modernen, hochgradig differenzierten Gesellschaften immer im komplexen Zusammenspiel verschiedener bedeutungsvoller Unterscheidungskriterien entstehen. Daher erfordert die Analyse des "Problems" der Inklusion einen theoretischen und analytischen Ansatz, der Intersektionalität berücksichtigt. Dies ist notwendig, wenn eine sektorale und zielgruppenfixierte Perspektive auf Integration, die immer an einer (variablen) Grenze des nicht Integrierbaren orientiert ist, tatsächlich überwunden werden soll (ebd., S. 87).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine inklusive Ausrichtung, wie sie von der UN-BRK vorgesehen ist, nicht nur darauf abzielt, die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen schrittweise zu verbessern, indem sie individuelle Nachteile und Defizite ausgleicht. Sie provoziert vielmehr eine kritische Perspektive, die sich mit den politisch-rechtlichen, gesellschaftlichen und praktischen Bedingungen befasst, unter denen die Zuschreibung von Behinderung stattfindet und fortgesetzt wird. Diese kritische Perspektive bleibt über die Zeit hinweg relevant und dient als Maßstab für die Qualität der Inklusion. Sie wird daher nicht als ein idealer gesellschaftlicher Zustand betrachtet, sondern als ein Prüfkriterium, das sich in sich wandelnden Verhältnissen zwischen Ausschluss und Inklusion realisiert. Es erfordert eine gesellschaftstheoretische Interpretation, da die

Barrieren für die gesellschaftliche Teilhabe strukturell und institutionell verankert sind und ihre Effekte wie Vorurteile und Diskriminierung aus den institutionalisierten Bedingungen resultieren. Inklusionsquoten und die Rhetorik einer inklusiven Gesellschaft verlieren daher an Aussagekraft. Stattdessen liegt der Fokus darauf, wie gesellschaftliche Strukturen und soziale Praktiken unter gegebenen Bedingungen inklusiver gestaltet werden können. Inklusion in der sozialen Praxis erfordert demokratische Mechanismen und eine offene Gesellschaft, in der die Bedingungen für gesellschaftliche Teilhabe grundsätzlich verhandelbar sind (vgl. Dannenbeck 2021, S, 88ff.)

Die Begriffe Vielfalt und Differenz sind in der Sozialen Arbeit von großer Bedeutung, wobei Vielfalt als positive Unterschiedlichkeit und Differenz als betonte Abgrenzung verstanden werden. Soziale Arbeit sollte nicht nur auf Effekte sozialer Differenzierung reagieren, sondern Vielfalt selbst in ihrer Praxis erzeugen und reproduzieren. Dies erfordert einen intersektionalen Blick, der die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Differenzkategorien berücksichtigt und die Herausforderungen der Inklusion auf professionelle und transprofessionelle Weise angeht (ebd.).

3.3 Inklusion gestalten

In der aktuellen Debatte über das Thema 'Behinderung' und der vorangegangenen Auseinandersetzung mit dem Begriff "Inklusion" und dessen Entwicklung im Kontext der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen, wird deutlich wie entscheidend es ist, den Fokus auf die Förderung positiver Wertschätzung und Anerkennung von Menschen mit Behinderungen zu legen, um langfristige gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen herbeizuführen. Ein Schwerpunkt der UN-BRK ist daher die Bewusstseinsbildung (Artikel 8), die Maßnahmen zur positiven Wahrnehmung von Menschen mit Behinderungen sowie zur Steigerung des gesellschaftlichen Bewusstseins für ihre Anliegen und zur Reduzierung von Vorurteilen, Klischees und schädlichen Praktiken fördert. Besonders Bildung, Arbeitswelt und Medien sind in diesem Zusammenhang in der Verantwortung. Die Ziele sind die Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und die Förderung von Respekt durch eine kritische Auseinandersetzung mit

eigenen Werten und Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderungen (vgl. Behrisch 2016, S. 440).

Setzt man sich weiter mit dem Begriff "Inklusion" und dessen Entwicklung im Kontext der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen auseinander, wird die Vielschichtigkeit und fehlende klare Definition von Inklusion deutlich. Man muss darauf hinweisen, dass Inklusion nicht nur die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben bedeutet, sondern auch eine Veränderung der Gesellschaft selbst erfordert. Die Bedeutung von Barrierenabbau, Akzeptanz von Vielfalt, Kontextanpassung und Bürgerbeteiligung für die Inklusionspraxis arbeitet sich deutlich heraus. Bei der Diskussion, wie Inklusion im Kontext der Sozialen Arbeit verstanden und umgesetzt ist, wird offensichtlich, dass die Interpretation von Inklusion vielfältig ist und politisch vereinnahmt werden kann. Daher darf Inklusion nicht nur als methodische Herangehensweise betrachtet werden, sondern muss als gesellschaftstheoretisches Konzept, das sich mit struktureller Benachteiligung, sozialer Ungleichheit und Vorurteilen auseinandersetzt, verstanden werden. Eine kritische Perspektive auf die Zuschreibung von Behinderung und die Notwendigkeit demokratischer Mechanismen und eine offene Gesellschaft ist dabei für eine gelingende Inklusion unabdingbar. Dazu muss betont werden, wie wichtig es ist, mittels Bewusstseinsbildung und positiver Wertschätzung von Menschen mit Behinderungen, Vorurteile und Stereotypen abzubauen, um die Inklusionsforderung der UN-BRK zu fördern.

Dabei ist die Aufgabe, die sich Menschen mit Behinderungen stellt, ihre Potenziale und Ressourcen offenzulegen, um ihren Mehrwert für eine vielfältige und inklusive Gesellschaft sichtbar zu machen, von entscheidender Tragweite. Sie sind nicht nur passive Empfänger von Fürsorge, sondern besitzen individuelle Fähigkeiten und Talente, die sie in die Lage versetzen, aktiv zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft beizutragen. In der Bemühung, eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, ist es entscheidend, Begegnungen und Berührungspunkte zu fördern. Diese Momente des Miteinanders ermöglichen es, Vorurteile abzubauen und Verständnis zu schaffen. Menschen mit Behinderungen müssen die Gelegenheit haben, ihre ganz speziellen Fähigkeiten und Potenziale in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zu entfalten, sei es in Bildung, Arbeit, Kultur oder Politik. Bürgerbeteiligung spielt bei diesem Prozess eine zentrale Rolle. Menschen

mit Behinderungen müssen aktiv an Entscheidungsprozessen und Diskussionen teilnehmen können, die ihre Belange betreffen. Dies erfordert barrierefreie Zugänge und eine inklusive Herangehensweise in der politischen Landschaft. Bürgerbeteiligung ermöglicht es, Gesetze und Politik so zu gestalten, dass die Bedürfnisse und Potenziale von Menschen mit Behinderungen angemessen berücksichtigt werden. Insgesamt muss Gesellschaft begreifen, dass Menschen mit Behinderungen nicht nur Empfänger von Hilfeleistungen sind, sondern aktive Akteur:innen einer gemeinsamen Zukunft sein können und müssen. Ihre Vielfalt an Fähigkeiten und Perspektiven bereichert die Gesellschaft. Es liegt an allen Beteiligten, diese Möglichkeiten zu erkennen und zu fördern, um eine wirklich inklusive und diverse Gesellschaft zu schaffen.

4 Bürgerbeteiligung

4.1 Bürgerbeteiligung – Was ist das?

Bürgerbeteiligung wurde im letzten Abschnitt des vorgegangenen Kapitels als zentraler Bestandteil auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft, von der Menschen mit Behinderung ein selbstverständlicher, selbstwirksamer und nicht mehr wegzudenkender Teil sind, benannt. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger sind aktiv daran interessiert, ihre Lebensumgebung, sei es ihr Stadtviertel, ihre Gemeinde oder Region, aktiv mitzugestalten. Sie möchten nicht nur politischen Vertretern die Entscheidung überlassen, sondern wollen bei öffentlichen Planungen und Entwicklungen mitreden (vgl. Nanz; Fritzsche 2012, S. 19).

Dieser Trend zur Bürgerbeteiligung hat in den letzten Jahren stark zugenommen, sowohl durch direktdemokratische Instrumente wie Bürgerbegehren und Volksentscheide als auch durch dialogorientierte Verfahren zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Die Anzahl der kommunalen Plebiszite hat sich seit den Neunzigerjahren verdreifacht, und es gibt eine wachsende Vielfalt an partizipativen Beteiligungsformen. Politische Mandatsträger:innen und Verwaltungsmitarbeiter:innen können diese Bewegung nicht mehr ignorieren, da Bürgerinnen und Bürger aktiv Veränderungen herbeiführen und ihre Anliegen einbringen wollen (vgl. ebd).

Im Laufe der Zeit haben viele politische Entscheidungsträger ihre anfängliche Zurückhaltung gegenüber dem Dialog mit der Bevölkerung überwunden. Stattdessen erkennen sie nun die Vorteile einer engen Zusammenarbeit mit einer interessierten Bürgerschaft. Diese Kooperation ermöglicht es, Einblicke in die Bedürfnisse und Meinungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu gewinnen und das lokale Wissen der Menschen zu nutzen. Dadurch können mögliche Hindernisse bei der Umsetzung von Projekten frühzeitig erkannt werden. Unterschiedliche Interessen können miteinbezogen werden, und Entscheidungen können gemeinsam getroffen werden, was zu einer verbesserten Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern führt. Auf diese Weise kann das Vertrauen in die Politik und die Verwaltung gestärkt werden und möglicherweise das Interesse an politischen Angelegenheiten insgesamt geweckt werden. Nicht nur bei denen, die

skeptisch gegenüber Parteien sind, sondern bei allen beteiligten Gruppen zu schärfen, einschließlich Kindern und Jugendlichen, die noch nicht wahlberechtigt sind, sowie Menschen mit Behinderung und/oder Migrationshintergrund, die oft schwer zu beteiligen sind (ebd., S. 20).

Seit den Neunzigerjahren haben sich weltweit neue Formen der Bürgerbeteiligung entwickelt, zusätzlich zu den traditionellen Mitteln direkter Demokratie wie Volksentscheiden und Referenden. Obwohl viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass ihr Einfluss auf die Politik auf das bloße Wählen begrenzt ist, zeigen sie dennoch Interesse und Engagement in politischen Angelegenheiten. Dies legt nahe, dass eher von einer Ermüdung gegenüber politischen Parteien und Politikern gesprochen werden sollte, anstatt von einer allgemeinen Politikverdrossenheit. Tatsächlich hat sich das bürgerschaftliche Engagement verändert und ist jetzt stärker auf bestimmte Themen gerichtet und zeitlich begrenzt. Es ist weniger an politische Parteien gebunden und konzentriert sich direkter auf individuelle Interessen (vgl. Nanz; Fritzsche 1012, S. 21).

Unter Bürgerbeteiligungsverfahren versteht man kommunikative Abläufe, bei denen Personen, die keine formelle Position oder Amtsbefugnis zur Teilnahme an gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen haben, die Chance haben, durch die Bereitstellung von Informationen, Vorlieben, Einschätzungen und Ratschlägen einen direkten oder indirekten Einfluss auf kollektive Entscheidungsprozesse auszuüben (vgl. Renn 2011, S. 32). Das bedeutet, dass sie sich auf Handlungen und Verhaltensweisen von Bürgerinnen und Bürgern bezieht, die sie freiwillig ausführen, um Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politisch-administrativen Systems zu beeinflussen. Bürgerbeteiligung beinhaltet, dass alle Bürgerinnen und Bürger, die von öffentlichen Projekten betroffen sind oder ein Interesse daran haben, die Chance haben, ihre Interessen und Anliegen zu vertreten und einzubringen (vgl. Paust 2016, S. 4). Sie umfasst die Möglichkeit, an einem Planungs- und Entscheidungsprozess teilzunehmen oder diesen mitzugestalten. Dies kann durch Informationsbereitstellung, Konsultation oder Kooperation erfolgen und kann sowohl gesetzlich vorgeschriebene als auch zusätzliche informelle Beteiligungsformen einschließen (vgl. BMVI 2014, S. 113).

Bürgerbeteiligung beinhaltet jegliche Form der Integration von Bürgerinnen und Bürgern in politische Entscheidungsprozesse. In solchen Beteiligungsprozessen können nicht nur Sie, sondern auch Kommunen, Länder, der Bund sowie wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteur:innen involviert sein. Es ist von entscheidender Bedeutung für die Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern an Beteiligungsprozessen, dass sie selbst aktiv mit einbezogen werden, nicht nur "Funktionsträger" wie Experten, gewählte Vertreter oder Institutionen, und dass die Beteiligten einen Beitrag leisten können und nicht nur passive Empfänger sind. Dabei muss das Verfahren von der Politik und/oder Verwaltung initiiert oder zumindest begleitet werden (vgl. Paust 2016, S. 4).

Im Zentrum steht der Dialog, bei dem Argumente ausgetauscht werden, um gemeinsam zu einer Meinungsbildung zu gelangen und idealerweise eine einvernehmliche Entscheidung zu treffen. In diesen Diskussionen bewerten die Teilnehmer alternative Standpunkte, wobei sie sich darauf konzentrieren, auch andere Ansichten zu berücksichtigen. Diese Verfahren sind oft sehr komplex und erfordern mehrere Durchgänge, wobei Moderator:innen und Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis eine wichtige Rolle bei der Unterstützung spielen (vgl. Nanz; Fritzscht 2012, S. 23).

4.2 Bürgerbeteiligung und ihre Wirkung auf politische Entscheidungsprozesse

Eine aktive funktionierende Bürgerbeteiligung auf politische Entscheidungsprozesse kann positive Effekte auf die damit verbundenen gesellschaftlichen Errungenschaften haben. Folgt man dabei Dr. Andreas Paust, lassen sich diese wie folgt abbilden:

- **Allgemeine Demokratieverbesserung:** Hierzu gehört die Stärkung der demokratischen Kompetenz der Bürger, was bedeutet, dass Bürger besser in der Lage sind, politische Prozesse zu verstehen und an ihnen teilzunehmen. Die Bürgerbeteiligung trägt auch zur Identifikation mit politischen Entscheidungen bei und fördert bürgerschaftliches Engagement sowie den Aufbau von sozialem Kapital. Darüber hinaus weckt sie das

Interesse an politischer Teilhabe und trägt zur Belebung der Demokratie bei (vgl. Paust 2016, S. 11ff.).

- **Kommunikations- und Verständnisverbesserung:** Die Bürgerbeteiligung fördert den^[1]_{SEP} Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Sie trägt dazu bei, die Verantwortungsbereiche der beteiligten Gruppen klar darzustellen und wahrzunehmen. Zudem sind Beteiligungsprozesse gemeinsame Lernprozesse, die zur Bewusstseinsbildung beitragen (ebd.) Sie verbessern das Verständnis für unterschiedliche Standpunkte und die zu lösenden Probleme. Dies fördert einen verbesserten Informationsfluss und eine lösungsorientierte und bedarfsgerechte Verwaltung (ebd.).
- **Individueller Nutzen und Qualifizierung persönlicher Kompetenzen:** Selbst, wenn die Bürgerbeteiligung nicht unmittelbar politische Entscheidungsprozesse beeinflusst, können Bürger:innen dennoch individuellen Nutzen daraus ziehen. Sie erweitern ihr Wissen, verfeinern ihre demokratischen Fähigkeiten und knüpfen Kontakte zu Gleichgesinnten. Die Beteiligung ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, die Hintergründe und Zusammenhänge von politischen Verfahren besser zu verstehen. Sie fördert das Denken in Szenarien und die Fähigkeit, Konsequenzen und zukünftige Entwicklungen abzuschätzen (ebd.).
- **Transparenz von Werten, Präferenzen und Bedürfnissen:** Die Bürgerbeteiligung macht die Werthaltungen, Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten sichtbar. Sie hilft dabei, Bedürfnisse und Probleme zu identifizieren (ebd.).
- **Gegenseitige Wertschätzung, Vertrauensstärkung und Gemeinschaft:** Die^[1]_{SEP} Öffentlichkeitsbeteiligung trägt zur Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft bei. Sie fördert die Gemeinschaft und den gegenseitigen Respekt zwischen den beteiligten Gruppen sowie unter den Bürger:innen selbst. Dies trägt dazu bei, dass Leistungen stärker anerkannt werden (ebd.).
- **Aktivierung und Dynamisierung von Debatten und Planungen:** Die Bürgerbeteiligung baut bürgerschaftliches Engagement und soziales Kapital auf. Sie aktiviert und dynamisiert Entwicklungsprozesse und Beteiligungsprojekte. Zudem kann sie zur Initiierung und Bereicherung

öffentlicher Debatten beitragen, selbst wenn sie keinen direkten Einfluss auf politische Entscheidungen hat (vgl. Paust 2016, S. 11ff.).

- **Transparentmachung des Planungs- und Entscheidungsprozesses:** Bürgerinnen und Bürger sind in die Prozesse der Planung und Entscheidungsfindung integriert. Sie erhalten Einblicke in die Unterlagen und können den Prozess nachvollziehen und beeinflussen (ebd.).
- **Qualitätssicherung und Kosteneinsparung:** Die intensive Kommunikation zwischen den^[SEP]Beteiligten ermöglicht die Integration verschiedener Perspektiven, was die Qualitätssicherung und Umsetzung verbessert. Dies kann Zeit- und Kosteneinsparungen bewirken (ebd.).
- **Verbesserung von Problemlösungen:** Bürgerbeteiligung ermöglicht die Konsultation von Bürger:innen und die Nutzung lokalen Wissens. Sie führt zu neuen Ideen und Vorschlägen für Maßnahmen und hilft Umsetzungshürden für Vorhaben zu entdecken. Die Beteiligung trägt zu innovativen Lösungen bei, da alle Beteiligten ihr Wissen, ihre praktischen Erfahrungen und ihre Kreativität einbringen (ebd.).
- **Erkennen und Abbau von Konfliktpotenzialen:** Die Öffentlichkeitsbeteiligung ermöglicht das frühzeitige Erkennen von Konfliktpotenzialen und trägt dazu bei, diese abzubauen. Dies kann gerichtliche Auseinandersetzungen und Verfahrensverzögerungen vermeiden (ebd.).
- **Verbesserung von Legitimation, Akzeptanz und Umsetzung:** Bürgerbeteiligung erhöht die Legitimation der Planung und der Entscheidungsfindung, da Einwände der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt oder gut begründet werden. Dies führt zur Stärkung der Akzeptanz von Vorhaben und ermöglicht eine bessere Umsetzung (ebd.).
- **Entlastung des Erwartungsdrucks von Interessengruppen:** Die Kooperation zwischen der öffentlichen Verwaltung und den relevanten Interessengruppen hat zur Folge, dass der Druck von Erwartungen und Lobbyarbeit einzelner Interessenvertreter verringert wird (vgl. Paust 2016, S. 11ff.).

Insgesamt trägt die Bürgerbeteiligung zu einer stärkeren und effektiveren Demokratie bei, indem sie die Einbeziehung der Bürger:innen in politische

Entscheidungsprozesse fördert und eine breitere Legitimation und Akzeptanz von politischen Maßnahmen ermöglicht.

4.3 Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung

Fasst man an diesem Punkt das bisher geschriebene zusammen, kommt man zu dem Resümee, dass Bürgerbeteiligung ein Eckpfeiler jeder funktionierenden Demokratie ist. Sie ermöglicht es den in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürgern aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen, ihre Meinungen und Interessen zu artikulieren und so die Entscheidungsprozesse ihrer Gemeinschaft mitzugestalten. In den letzten Jahren hat die Bedeutung der Bürgerbeteiligung immer mehr an Bedeutung gewonnen, und es wurden innovative Formen der Bürgerbeteiligung entwickelt, um die demokratische Teilhabe zu fördern. In diesem Zusammenhang ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Bürgerbeteiligung inklusiv ist und auch Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit bietet, aktiv an diesen Prozessen teilzunehmen und somit auf ihre Belange aufmerksam zu machen und entscheidend an Lösungen partizipieren zu können.

Menschen mit Behinderungen stellen eine bedeutsame, nicht wegzudenkende und einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffende Bevölkerungsgruppe dar, die oft mit besonderen Herausforderungen und Barrieren konfrontiert ist. Es ist jedoch unabdingbar zu erkennen, dass sie ebenso Bürger:innen sind und daher das Recht haben, ihren Stimmen in politischen Angelegenheiten Gehör zu verschaffen. Im Folgenden soll erörtert werden, weshalb Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung von größter Wichtigkeit ist, um ein neues gesellschaftliches Bewusstsein zu formen:

- **Inklusion und Chancengleichheit:** Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung fördert die Inklusion und Chancengleichheit. Sie ermöglicht es ihnen, ihre Anliegen, Bedürfnisse, Bedarfe und Perspektiven einzubringen, was zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft führt. Inklusion bedeutet nicht nur physische Zugänglichkeit, sondern auch aktive Teilhabe und Teilgabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.

- **Abbau von Vorurteilen und Stereotypen:** Bürgerbeteiligung bietet die Chance, Vorurteile und Stereotypen gegenüber Menschen mit Beeinträchtigung abzubauen. Wenn sie aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen, wird deutlich, dass sie wertvolle Mitglieder der Gesellschaft sind und die Fähigkeiten und Ressourcen besitzen, um einen positiven Beitrag zu leisten. Dies trägt zur positiven Veränderung der Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung bei.
- **Sensibilisierung der Gesellschaft:** Die Beteiligung von Menschen mit Behinderung an politischen Prozessen sensibilisiert die Gesellschaft für die Herausforderungen und Bedürfnisse dieser Gruppe. Dies kann zu einem besseren Verständnis und einer größeren Empathie führen. Eine inklusive Gesellschaft erkennt die Vielfalt und Stärken aller Mitglieder.
- **Gesetzliche und politische Veränderungen:** Durch die aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderung können wichtige gesetzliche und politische Veränderungen vorangetrieben werden, die ihre Lebensqualität verbessern. Dies kann die Zugänglichkeit öffentlicher Einrichtungen, die Bereitstellung von angemessenen Dienstleistungen, die Förderung von Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen und Barrierefreiheit umfassen.
- **Stärkung der Demokratie:** Die Demokratie wird gestärkt, wenn eine breite Vielfalt von Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen teilnimmt. Menschen mit Behinderung haben das Recht, an der Gestaltung ihrer Gesellschaft mitzuwirken und somit die Grundprinzipien der Demokratie zu verwirklichen.

In einer Zeit, in der Inklusion und Vielfalt als Grundwerte unserer Gesellschaft anerkannt werden, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Bürgerbeteiligung keine Grenzen kennt. Menschen mit Behinderung müssen die gleichen Chancen haben, ihre Meinungen und Ideen einzubringen und somit zu einem neuen, inklusiveren Gesellschaftsbild beizutragen. Ihre Beteiligung ist nicht nur ein Akt der Gerechtigkeit, sondern auch ein wichtiger Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der jeder Mensch in seiner Vielfalt geschätzt und respektiert wird. Es stellt sich ein großer Auftrag an die Profession Soziale Arbeit, an die Institutionen

der ‚Behindertenhilfe‘, Interessenvertretungen und alle Teilnehmenden an Gesellschaft, sicherzustellen, dass die Stimmen von Menschen mit Behinderung in den demokratischen Prozessen gehört werden und dass ihre Teilhabe und Teilgabe an unserer Gesellschaft selbstverständlich wird, damit eine Diskussion von Inklusion im Kontext von Menschen mit Behinderung obsolet wird.

5 Die Stadt Chemnitz

5.1 Ein Blick auf Chemnitz

Chemnitz, als die drittgrößte und am schnellsten wachsende Stadt in Sachsen, befindet sich am Fuß des Erzgebirges und hat sich von ihrem ursprünglichen Standort im Tal des Flusses Chemnitz aus in die westlichen und östlichen Hügellagen ausgedehnt (vgl. Stadtverwaltung Chemnitz 2023, o. S.). In der Stadt Chemnitz, die sich auf einer Fläche von etwa 220 km² erstreckt, leben insgesamt 250.284 Einwohner. Diese Bevölkerung setzt sich aus 123.380 männlichen und 126.904 weiblichen Bewohnern zusammen. In der Stadt ist eine, mit 33.105 Menschen aus dem Ausland, was etwa 13,23% der Gesamtbevölkerung entspricht, vielfältige internationale Gemeinschaft beheimatet, was die kulturelle Vielfalt der Stadt widerspiegelt (vgl. ebd.). Die Stadt Chemnitz ist die kleinste von drei kreisfreien Städten in Sachsen (vgl. Landesdirektion Sachsen 2023, o. S.) und ihre Verwaltungsstruktur setzt sich, wie im untenstehenden Organigramm dargestellt, zusammen.

Stand: 01.11.2022

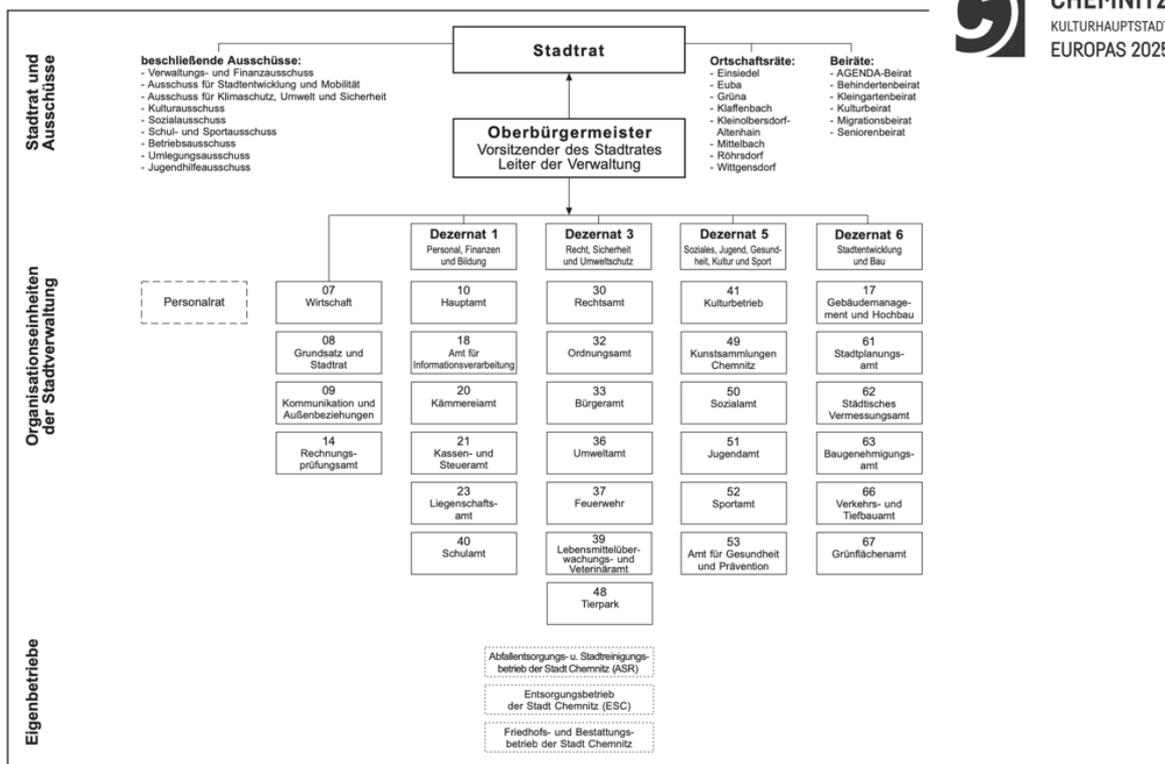


Abbildung 1: Organigramm der Stadtverwaltung Chemnitz; Quelle: https://chemnitz.de/chemnitz/media/rathaus/dezernate-und-buergermeister/organigramm_20221101.pdf

5.2 Bürgerbeteiligung in Chemnitz

In Chemnitz haben Bürgerinnen und Bürger zahlreiche Möglichkeiten, aktiv auf kommunaler Ebene an der Gestaltung der Stadt teilzunehmen. Dafür stehen vielfältige Plattformen und Veranstaltungen zur Verfügung, die eine breite Beteiligung ermöglichen. Wichtiger jährlicher Höhepunkt ist die Einwohnerversammlung, bei der die Bürger:innen direkt mit den städtischen Vertretern in Kontakt treten können. Zudem bietet die monatliche Bürgermeistersprechstunde eine regelmäßige Gelegenheit für den persönlichen Austausch mit den Stadtverantwortlichen. Die Bürger:innendialoge dienen als offene Foren für Diskussionen und Ideenaustausch. Verschiedene Gremien bieten den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, aktiv an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen und ihre Anliegen vorzubringen. Umfragen sind ein weiteres Instrument, um Meinungen und Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfassen. Zusätzlich können sich die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Auslegung von Bebauungsplänen zu stadtplanerischen Fragen äußern (vgl. Stadt Chemnitz 2023, o.S.). Ein besonderes Merkmal der Bürgerbeteiligung in Chemnitz sind die acht Bürgerplattformen, die ihren jeweiligen Koordinator:innen geleitet werden. Diese Plattformen bieten Raum für Diskussionen, Projektideen und die Zusammenarbeit der Bürgerinnen und Bürger. Zusätzlich zu den Bürgerplattformen sind in den verschiedenen Stadtteilen Gemeinwesenkoordinator:innen und Stadtteilmanager:innen tätig, um lokale Anliegen und Entwicklungen zu fördern (ebd.).

In Chemnitz wird somit ein breites Spektrum an Möglichkeiten geboten, um aktiv an der kommunalen Entwicklung teilzunehmen und die Stadt mitzugestalten. Diese vielfältigen Beteiligungsformen unterstreichen die Bedeutung der Bürgerinnen und Bürger als aktive Partner in der Weiterentwicklung einer lebendigen Stadt (vgl. ebd).

Exkurs Bürgerplattform

Eine Besonderheit für die Stadt Chemnitz sind ihre Bürgerplattformen. Sie stellen bedeutende Akteure im lokalen Gemeinwesen dar und sollen nicht ausschließlich in der Hand des Staates und politischer Parteien liegen. Um effektiv in den politischen Meinungsbildungsprozess eingreifen zu können, benötigen zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Familien und intermediäre Institutionen wie Vereine,

religiöse Gemeinschaften und Initiativgruppen eigene unabhängige Plattformen, von denen aus sie gemeinsam und öffentlich handeln können. In der heutigen individualisierten und anonymisierten Gesellschaft ist es entscheidend, öffentliche, aber persönliche Beziehungen von Respekt und Vertrauen aufzubauen, um diese Plattformen erfolgreich zu etablieren (vgl. Stiftung Mitarbeit 2023, o.S.). Diese Beziehungen, die durch gezielte Einzelgespräche und Gruppentreffen entwickelt werden, unterscheiden sich wesentlich von anderen bekannten politischen Aktionsmethoden. Durch sie können Schlüsselpersonen identifiziert und aufgebaut werden, die ein wichtiges Kapital für lebendige Beteiligung darstellen. Bürgerplattformen bringen unterschiedliche Institutionen, Organisationen und Gruppen unabhängig von sozialen und ethnischen Unterschieden in vertrauensvollen Beziehungen zusammen. Diese basieren auf gemeinsamen Interessen, die über ideologische Differenzen hinweggehen. Bürgerplattformen legen großen Wert auf finanzielle Unabhängigkeit, politische Unparteilichkeit und ideologische Freiheit. Sie sind langfristig angelegt und setzen auf eine breite Beteiligung ehrenamtlicher Schlüsselpersonen, während die Anzahl der Hauptamtlichen und die Infrastruktur auf ein Minimum reduziert ist (vgl. Stiftung Mitarbeit 2023, o.S.).

Ein weiteres Merkmal ist, dass Bürgerplattformen ihre eigenen Themen definieren und nach praktikablen Lösungen suchen, ohne sich auf Projekte, Dienstleistungen oder Programme zu beschränken. Schließlich zeichnen sich diese Plattformen durch ihre entschlossene und erfolgsorientierte Handlungsfähigkeit aus, die durch Aktionen und Kampagnen gestärkt wird. Sie sind sowohl konfliktbereit als auch bereit zum Kompromiss und setzen sich das Ziel, eigenständig und gemeinschaftlich zu handeln, anstatt nur reaktiv zu agieren und isoliert zu bleiben (vgl. Stiftung Mitarbeit 2023, o.S.).

5.3 Menschen mit Behinderung in Chemnitz

In Chemnitz sind Menschen mit Behinderungen ein integraler Bestandteil der Gesellschaft. Tatsächlich beträgt der Anteil von Menschen mit Behinderungen etwa ein Fünftel der Bevölkerung (vgl. Stadt Chemnitz 2023, o. S.). Das bedeutet, dass jede fünfte Bürgerin oder jeder fünfte Bürger in der Stadt mit einer Beeinträchtigung lebt, was diese Bevölkerungsgruppe zu einem Bestandteil der Stadt macht,

der bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen nicht zu ignorieren ist.

Die Bandbreite der Behinderungen in Chemnitz ist äußerst vielfältig und umfasst oft unterschiedliche, miteinander verwobene Merkmale, die individuelle Bedürfnisse und Herausforderungen bedingen. Es ist unabdinglich, dass die Erfordernisse an die Stadt Chemnitz, die dieser Umstand mit sich bringt, aus der Gruppe der betroffenen Menschen heraus mitdefiniert werden muss. Die großen Institutionen, die sich professionell und/oder ehrenamtlich in der Behindertenhilfe engagieren, sind in Chemnitz aktiv und engagieren sich für die Inklusion von Menschen mit unterschiedlichen Formen von Behinderungen. Diese Einrichtungen spielen eine wichtige Rolle in der Versorgungslandschaft von Menschen mit Behinderungen in der Stadt. Dennoch ist es wichtig anzumerken, nicht kritiklos auf diese zu schauen, insbesondere wenn es darum geht, die Selbstbestimmung und die individuellen Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen angemessen zu berücksichtigen. Auch in Chemnitz wurden und werden sogenannte Sonderwelten, wie sie von der Monitoring-Stelle der UN-Behindertenrechtskonvention im letzten Prüfbericht angemahnt worden sind, weiterhin aufrechterhalten und ausgebaut. Es gibt große institutionelle Wohneinrichtungen, Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Sonderschulmodelle. Wobei diese Einrichtungen ihre Berechtigung haben, da sie spezielle Unterstützung und Bildung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen bieten, die so in anderen Strukturen von Chemnitz derzeit nicht leistbar sind.

Der Diskurs, ob diese Lebenswelten nicht eher Isolation und Ausgrenzung fördern, anstatt inklusionsverwirklichend zu sein, muss in den Köpfen aller Akteur:innen präsent sein. Trotz dessen, muss positiv anmerkt werden, dass die Stadt Chemnitz mit ihrem Behindertenbeirat, einer außergewöhnlich engagierten Behindertenbeauftragten und der Landesgeschäftsstelle des Sozialverbandes VdK Sachsen e.V. eine lebendige, aktive Selbstvertretung für die Belange von Menschen mit Behinderung hat.

Daneben findet sich eine Stadtverwaltung, die sich offen gegenüber den unterschiedlichsten Inklusionsbemühungen zeigt. Große Fortschritte sind bei der Abschaffung von baulichen Barrieren zu verzeichnen. Die Offenheit gegenüber Initiativen, die die Interessen von Menschen mit Behinderung in die Mitte der

Gesellschaft bringen und somit gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse anstoßen, ist enorm, wie im Verlauf der Arbeit ein ‚Best-Practice-Beispiel‘ zeigen soll.

Ein Bekenntnis zur UN-Behindertenrechtskonvention ist der lokale Aktionsplan „Chemnitz inklusiv 2030“, in dem die Stadt Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention verbindlich festgehalten hat. Der Plan ist ein wichtiger Wegweiser in die richtige Richtung und zeigt das Engagement der Verantwortungsträger:innen in Chemnitz, eine inklusive und barrierefreie Lebenswelt für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

5.4 Der Aktionsplan „Chemnitz inklusiv 2030“

Aufgrund des Antriebs, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu fördern, wurden in den vergangenen Jahren spezielle Aktionspläne und Programme entwickelt, um die Verpflichtungen, die Deutschland mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention angenommen hat, gezielter und effektiver umzusetzen. Aktionspläne stellen ein grundlegendes Instrument dar, um die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) kontinuierlich und koordiniert umzusetzen.

Bereits in den 1990er Jahren haben die Vereinten Nationen die Verwendung von menschenrechtlichen Aktionsplänen empfohlen, um diese speziellen Rechte gezielt und effektiv zu schützen und zu fördern. Dieser Ansatz beinhaltet eine Strategie mit klaren Zielen und entsprechenden Maßnahmen, deren Umsetzung regelmäßig überwacht wird (vgl. DIMR 2023, o. S.).

Wenn staatliche Stellen einen Aktionsplan entwickeln und verabschieden, drücken sie damit ihre politische Prioritätensetzung aus und ihren festen Willen, gezielte Maßnahmen in diesem Politikbereich zu ergreifen. Die spezielle Absicht von menschenrechtlichen Aktionsplänen besteht darin, die Ziele und Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte zu realisieren. Während der Entwicklung, Begleitung und Umsetzung eines solchen Plans werden die Grundsätze der Menschenrechte wie Partizipation, Nichtdiskriminierung und Transparenz berücksichtigt und angewandt (ebd.).

Seit ihrer Gründung engagiert sich die Monitoring-Stelle intensiv für die Entwicklung, Umsetzung, Aktualisierung und Überprüfung von menschenrechtlichen Aktionsplänen. Kurz nachdem Deutschland die UN-BRK ratifiziert hatte, haben Rheinland-Pfalz (2010) und später der Bund zusammen mit Brandenburg (2011) Aktionspläne zur Realisierung der Konvention beschlossen (ebd.). Inzwischen haben alle Bundesländer in Deutschland in einem breiten Kontext diese eingeführt. Zusätzlich existieren Aktionspläne auf kommunaler Ebene und in Organisationen und Institutionen, wie in Behörden, in Unternehmen und in Universitäten. Der Bund und einige Bundesländer haben ihre Aktionspläne bereits zu einem großen Teil evaluiert und/oder entsprechend der gewonnenen Ergebnisse fortgeschrieben. Die Auswertung durch die Monitoring-Stelle zeigt, dass im Laufe der Zeit kontinuierliche Verbesserungen in den Aktionsplänen erfolgt sind und die Bundesländer voneinander profitiert haben (vgl. DIMR 2023, o. S.).

Der aktuelle Diskurs in Deutschland betrifft die Frage, ob man in Zukunft auf unverbindliche Leitlinien statt auf Aktionspläne setzen sollte. Die Monitoring-Stelle spricht sich jedoch vehement für die Beibehaltung, Umsetzung und Weiterentwicklung dieser aus. Die UN-BRK setzt voraus, dass die Staaten beispielsweise über Programme, Konzepte und Strategien zur Umsetzung der Konvention verfügen und obwohl nicht explizit vorgeschrieben ist, die Konvention durch Aktionspläne umzusetzen, besteht eine generelle Verpflichtung, geeignete Maßnahmen, (gemäß Artikel 4 UN-BRK), zur Umsetzung der Konvention zu ergreifen. Diese können unterschiedlichster Art sein, jedoch erweist sich in der Praxis die Verwendung von Aktionsplänen als nahezu unumgänglich. Die Komplexität der Inklusionspolitik in Deutschland erfordert ein strategisches, planerisches und koordinierendes Instrument sowie erhebliche Ressourcen. Angesichts des Fortschritts in den Bundesländern und der verbleibenden Aufgaben, die noch zu bewältigen sind, erscheint der Einsatz von Aktionsplänen als die praktikabelste Option. Zusätzlich wird in den 2015 veröffentlichten Empfehlungen (Abschließende Bemerkungen des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen) betont, dass Aktionspläne auf den Prinzipien der Menschenrechte basieren sollten und im Einklang mit der UN-BRK stehen müssen, wobei ein menschenrechtliches Verständnis von Behinderung zugrunde gelegt werden muss (ebd.).

Eine entscheidende Rolle bei der Erstellung, Umsetzung, Überprüfung und Aktualisierung der Aktionspläne spielt die umfassende Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Vertretungsorganisationen. Dafür müssen angemessene Ressourcen bereitgestellt werden (vgl. Aichele; Litschke; Striek; Vief 2020, S. 12f).

Des Weiteren müssen sie besonders schutzbedürftige Gruppen berücksichtigen, wie beispielsweise Menschen mit Behinderungen in Armut, in Wohnungslosigkeit, in institutionellen Kontexten und mit hohem Unterstützungsbedarf oder Flüchtlinge mit Behinderungen. Dieser ganzheitliche Ansatz ist entscheidend für eine inklusive Umsetzung der Menschenrechte für alle Menschen mit Behinderungen. Die Aktionspläne, die seit 2009 in Deutschland auf verschiedenen Ebenen zur besseren Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention entwickelt wurden, sollten unabhängig von ihrer konkreten Wirksamkeit als äußerst positive Entwicklungen betrachtet werden. Sie spiegeln die politische Prioritätensetzung wider, die auf die Förderung von Inklusion von Menschen mit Behinderungen abzielt (vgl. Aichele; Litschke; Striek; Vief 2020, S. 12f).

Sie sind nicht nur Ausdruck politischer Entschlossenheit, sondern zeichnen sich auch durch ihre sektorübergreifende Partizipation und Kommunikation aus und ihre Entstehung und Umsetzung erfolgte in enger Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen und Ressorts. Dieser Prozess geht über die bisherige Praxis der Behindertenpolitik hinaus und eröffnet neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und Koordination (ebd.).

Die Aktionspläne haben darüber hinaus den Vorteil, dass sie politische Vorhaben klar bündeln und somit für Transparenz und Klarheit sorgen. Sie versprechen eine höhere Partizipation, indem sie die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Vertretungsorganisationen fördern. Diese Herangehensweise schafft Räume für die Zusammenarbeit über verschiedene Ressorts hinweg und setzt klare Regeln für eine verbesserte Koordination bei der Umsetzung. Diese Fortschritte werden von einem wachsenden Verständnis begleitet, was sowohl die fachliche Ebene als auch die gesellschaftliche Wahrnehmung von Behinderungen betrifft. Dieses erweiterte Verständnis sieht Behinderungen nicht mehr nur als individuelle Defizite, sondern als das Ergebnis einer komplexen Interaktion zwischen Umweltfaktoren und den individuellen Bedürfnissen von Menschen

mit Behinderungen. Diese Erkenntnis erfordert eine tiefgreifende Reflexion und die Anwendung dieses Verständnisses auf neue politische Handlungsfelder, um sicherzustellen, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen angemessen geschützt und gefördert werden (vgl. Aichele; Litschke; Striek; Vief 2020, S. 12f).

Die Aktionspläne tragen ein beträchtliches Potenzial für die Zukunft in sich, was sich darin zeigt, dass sie unerfüllte Versprechen einlösen können, wenn ein Plan noch nicht umgesetzt wurde oder die darin festgelegten übergeordneten Ziele noch nicht erreicht sind. Während der Umsetzung dienen sie auch als Referenzpunkt, um staatliche und gesellschaftliche Rechenschaftspflicht zu fördern und die Fortschritte an den Zielen zu messen, die in den Plänen gesetzt wurden. Darüber hinaus bieten die spezifischen Rahmenbedingungen, die für die Entwicklung, Umsetzung und Weiterentwicklung der Pläne geschaffen wurden, Möglichkeiten für zukünftige Initiativen. Diese Rahmenbedingungen, darunter Interaktionsräume, Partizipationsmöglichkeiten und Maßnahmen zur Förderung der Inklusion, können dazu beitragen, dass die gesellschaftspolitischen Ziele der Inklusion von Menschen mit Behinderungen schneller und effizienter erreicht werden, sowohl aktuell als auch in der Zukunft (vgl. Aichele; Litschke; Striek; Vief 2020, S. 12f).

Die gezielt geschaffenen Strukturen und erweiterten institutionellen Befugnisse schaffen optimale Bedingungen für die Entwicklung und Umsetzung von Aktionsplänen. Dazu gehören die Benennung einer führenden Stelle innerhalb einer Landesregierung, die Einrichtung von Kompetenz- und Koordinationsstellen in verschiedenen Ressorts der Länder, die Schaffung von Beratungsgremien durch zivilgesellschaftliche Organisationen, die Sicherstellung barrierefreier Kommunikation und Partizipation sowie die Schaffung von sektorübergreifenden Kommunikationsplattformen zur konstruktiven Lösung von Meinungsverschiedenheiten. Darüber hinaus sollte der bereits etablierte Kontakt zu Menschen mit Behinderungen und ihren Vertretungsorganisationen als wertvolles Potenzial für die Weiterentwicklung von Aktionsplänen genutzt werden. All diese Faktoren tragen dazu bei, die Umsetzung der Pläne effizienter und inklusiver zu gestalten. In vielen Fällen haben staatliche Stellen erfolgreich den Kontakt zu Menschen mit Behinderungen und ihren Interessenvertretungen gesucht und hergestellt, um von deren Erfahrungen und Fachwissen zu profitieren. Diese Schnittstelle nicht oder

nicht mehr zu nutzen, würde darauf hinauslaufen, eine effiziente Form der Kooperation aufzugeben (ebd.).

Alle diese Faktoren berücksichtigen nicht nur die rechtliche Verpflichtung von Deutschland, sowohl auf Bundesebene als auch in den Ländern, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, sondern ihr Hauptziel besteht darin, die Grundsätze und Ziele der Konvention, wie die Unterstützung legitimer Partizipation, Schaffung von Transparenz, Vermeidung von Diskriminierung, Gewährleistung von Barrierefreiheit und Durchführung geeigneter Maßnahmen, in die praktische Umsetzung von Inklusion auf staatlichem Level einzubinden (vgl. Aichele; Litschke; Striek; Vief 2020, S. 12f).

Auch die Stadt Chemnitz hat einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention entwickelt und damit einen bedeutenden Schritt in die Richtung einer inklusiven Stadtgesellschaft gemacht. „Chemnitz inklusiv 2030“, so der Titel des lokalen Aktionsplanes, befindet sich derzeit in der Umsetzungsphase und verfolgt das Ziel, die Rechte und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in der Stadt zu stärken und zu schützen (vgl. Galda; Krause u.a. 2020, S. 5f.).

Das Bestreben der Stadt Chemnitz ist es, eine inklusive Stadt für alle zu werden, in der Vielfalt geschätzt und gelebt wird und jeder sich willkommen und wertgeschätzt fühlt. Dabei wird eine aktive Beteiligungsstrategie verfolgt, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung teilhaben können. Der Aktionsplan wurde nach einer gründlichen Beteiligung von mehr als 60 Mitwirkenden in verschiedenen Arbeitsgruppen entwickelt und in öffentlichen Workshops sowie online der Öffentlichkeit vorgestellt. Er enthält sorgfältig ausgearbeitete und konkrete Maßnahmen, um Barrieren abzubauen und die Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern (ebd.).

Diese Maßnahmen, determiniert im lokalen Aktionsplan, sind spezifischen Handlungsfeldern und Querschnittsthemen zugeordnet, um sicherzustellen, dass die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in allen relevanten Bereichen der Gesellschaft gewährleistet wird. Damit hat Chemnitz für sich einen lebendigen Fahrplan zu Papier gebracht, der das Engagement und den Willen der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft zeigt, die Bedürfnisse von Menschen mit

Behinderungen zu berücksichtigen und ihre volle und reale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern. Dabei sind kurzfristig umsetzbare Maßnahmen bereits ohne zusätzliche Ressourcen realisierbar (vgl. Galda; Krause u.a. 2020, S. 6).

Andere wiederum erfordern jedoch finanzielle Unterstützung und konkrete Arbeitsschritte, die noch nicht vollständig definiert sind. Die Priorisierung der Maßnahmen ist entscheidend, und es ist erforderlich festzulegen, wann und in welchem Umfang die Umsetzung bis 2030 erfolgen soll, wobei die Finanzierung durch Fördermittel und andere Geldquellen zu klären ist. Dazu muss eine realistische zeitliche Planung der Umsetzung erfolgen (vgl. Galda; Krause u.a. 2020, S. 8).

Der Aktionsplan ist ein sich entwickelndes Dokument, das Wege zur Zukunft der Vielfalt in Chemnitz aufzeigt und kontinuierlich weiterentwickelt werden muss. Die Stadt ermutigt ihre Bürgerinnen und Bürger, aktiv an dieser Entwicklung teilzunehmen und sich für positive Veränderungen einzusetzen. Der Aktionsplan betrifft die gesamte Stadt und erfordert die Zusammenarbeit von verschiedenen Akteur:innen, darunter städtische Einrichtungen, Institutionen, private Unternehmen und Träger. Die Umsetzung ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der die Beteiligung von Sportvereinen, freien Trägern, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften erfordert. Allerdings muss die jeweilige Autonomie der Partner berücksichtigt werden (vgl. ebd., S. 9). Dabei muss man die besondere Bedeutung von Barrierefreiheit für das Wohl aller betonen. Barrieren müssen identifiziert und abgebaut werden. Während sich der Aktionsplan weiterhin in der Umsetzungsphase befindet, ist es entscheidend, dass die Stadt Chemnitz ihre Anstrengungen in diesem Bereich fortsetzt und sicherstellt, dass die Maßnahmen erfolgreich realisiert werden, um die Lebensqualität der Menschen mit Behinderungen zu verbessern (vgl. ebd., S. 6). Wissenschaftlich erwiesen ist es, dass Barrierefreiheit für die Teilhabe aller von grundlegender Bedeutung ist. Sie ist für zehn Prozent unserer Bevölkerung unerlässlich, für 40 Prozent notwendig und für alle zu 100 Prozent komfortabel (vgl. ebd., S. 6).

6 Forschungsdesign

Da es sich um ein wissenschaftliches Forschungsprojekt handelt, ist die Anwendung von Forschungsmethoden unerlässlich, um aussagekräftige Erkenntnisse zu gewinnen. Bevor die zentrale Forschungsfrage untersucht wird, spielt die sorgfältige Überlegung, welche Erhebungsmethoden- und Untersuchungsmethoden geeignet sein können, eine entscheidende Rolle. Diese Überlegungen beeinflussen maßgeblich den weiteren Verlauf der Untersuchung. Im Folgenden soll beschrieben werden, wie bei dieser Arbeit vorgegangen worden ist.

6.1 Forschungsleitende Frage und Hypothesen

In den folgenden beiden Kapiteln sollen die forschungsleitenden Fragen und die sich daraus ableitenden Hypothesen vorgestellt werden.

6.1.1 Fragestellung

Die zentrale Fragestellung der Arbeit lautet:

Wie ist der Stand der Verwirklichung von Inklusion und der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Stadt Chemnitz und wie werden in diesem Kontext Menschen mit Behinderung bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in der Stadt Chemnitz mitgedacht und beteiligt? Und lässt sich des Weiteren bei den Vertreterinnen und Vertretern der Stadt ein Bewusstsein und ein Wille dafür ableiten, dass Menschen mit Behinderung, als Expert:innen für sich selbst und nicht wegzudenkende Akteur:innen bei der Entwicklung der Stadt sind?

Im theoretischen Teil dieser Arbeit sind:

- a) die Beteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen,
- b) die Gestaltung einer barrierefreien Umwelt und
- c) ein entsprechender Wille in der Stadtgesellschaft für die Verwirklichung von Inklusion

als zentrale Gesichtspunkte für die Gestaltung des in der Fragestellung formulierten Forschungsinteresses herausgearbeitet worden. Wobei die Punkte b.) und c.) wiederum entscheidend für die Gestaltung von Punkt a.) sind, welcher als Hauptgestaltungsmerkmal für die Realisierung von wirklicher partizipativer Teilhabe, also Inklusion, im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, angesehen werden kann.

6.1.2 Hypothesen

Um bestimmte Antworten auf die formulierten forschungsleitenden Fragen zu erhalten, werden Hypothesen formuliert. Diese dienen dazu in der qualitativen Sozialforschung den Prozess der empirischen Datenerhebung und -auswertung zu lenken. Sie präzisieren das Interesse an Erkenntnissen und verdeutlichen Annahmen. Auf der Grundlage der unter Kapitel 6.1.1 konzipierten Forschungsfrage und basierend auf den theoretischen Grundlagen, wurden folgenden Hypothesen formuliert:

1. Hypothese

Es wird angenommen, dass die Vorstellungen von Inklusion sowie einer inklusiven Gesellschaft individuell variieren und durch persönliche Erfahrungen, soziale Kontexte und kulturelle Einflüsse geprägt sind. Diese Vielfalt in den Auffassungen könnte zu unterschiedlichen Umsetzungsansätzen und -prioritäten führen.

2. Hypothese

Auf Grund von mangelnder Definitionsschärfe in verschiedenen Kontexten wird auch in der Stadt Chemnitz Inklusion uneinheitlich interpretiert, was zu potentiellen Schwierigkeiten bei der konkreten Umsetzung inklusiver Maßnahmen führt.

3. Hypothese

Trotz des klaren Auftrags der UN-Behindertenrechtskonvention und dem klaren Bekenntnis dazu, welches mit deren Ratifizierung dafür abgelegt wurde, könnte die Umsetzung dieses Auftrags in der Gesellschaft nach wie vor unvollständig sein. In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass bestimmte Herausforderungen oder Hemmnisse eine vollständige Realisierung der Ziele der UN-BRK beeinträchtigen könnten.

4. Hypothese

Die Wahrnehmung von Barrierefreiheit ist stark individuell geprägt. Dabei bestehen zum einen signifikante Unterschiede in den Auffassungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung und zum anderen weitere innerhalb der heterogenen Gruppe der Menschen mit Behinderung. Diese Differenzen könnten auf unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Bedürfnissen und Perspektiven beruhen, was zu vielfältigen Definitionen und Interpretationen des Begriffs Barrierefreiheit führt.

5. Hypothese

Die Einschätzung des Standes von Barrierefreiheit in Chemnitz, wird stark von individuellen Perspektiven und Erfahrungen abhängen. Dabei könnte die Wahrnehmung unterschiedlich ausfallen, basierend auf persönlichen Lebensumständen, dem Grad der Sensibilisierung für Barrierefreiheit, sowie der individuellen Interaktion mit der Umwelt.

6. Hypothese

Bürgerbeteiligung hat einen entscheidenden Stellenwert für die zukünftige Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt Chemnitz.

7. Hypothese

Menschen mit Behinderung spielen eine bedeutende Rolle in diesem Prozess, da ihre Partizipation an Bürgerbeteiligung maßgeblich zur Gestaltung inklusiver und barrierefreier gesellschaftlicher und politischer Strukturen beiträgt.

8. Hypothese

Die Beteiligung von Menschen mit Behinderung am politischen und gesellschaftlichen Leben in der Stadt Chemnitz hängt von der Umsetzung gezielter Maßnahmen zur Barrierefreiheit, inklusiven politischen Strukturen und einer bewussten Sensibilisierung in der Stadt ab.

9. Hypothese

Eine aktive Beteiligung von Menschen mit Behinderung an Bürgerbeteiligungsformaten kann dazu führen, dass Menschen mit Behinderung verstärkt wahrgenommen werden, insbesondere wenn die Bürgerbeteiligungsprozesse selbst inklusiv und barrierefrei gestaltet sind.

10. Die Vertretung der Interessen von Menschen mit Behinderung in der Stadt Chemnitz hängt vermutlich von effektiven und aktiven Interessenvertretungen, der Einbindung in politische Entscheidungsprozesse und einem generellen gesellschaftlichen Engagement für diese Belange ab.

11. Hypothese

Die Wirksamkeit des lokalen Aktionsplans "Chemnitz inklusive 2030" in Bezug auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), hängt von der umfassenden Berücksichtigung und adäquaten Umsetzung aller erforderlichen Maßnahmen innerhalb des Plans ab.

6.2 Methodik

Als Methodik wurde für die vorliegende Arbeit eine Kombination aus Literaturrecherche, Experti:inneninterviews und eine kategoriegestützte, abgeleitet von den Hypothesen und den daraus resultierenden Fragen im Experti:inneninterview, freie Interpretation gewählt. In den folgenden Kapiteln sollen diese Methoden vorgestellt und erörtert werden. Des Weiteren wird Bezug zum Interviewleitfaden und dessen Entstehung genommen, sowie auf den Feldzugang und die Auswahl der Interviewpartner.

6.2.1 Literaturrecherche

Für die vorliegende Arbeit wurde eine Literaturrecherche durchgeführt, um einen fundierten Überblick über die relevanten theoretischen Ansätze und das bereits vorhandene Wissen im Zusammenhang mit dem Thema der Arbeit zu erlangen. Diese systematische Suche nach einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten, Büchern und Fachartikeln diene dazu, die theoretischen Grundlagen zu stärken und einen aktuellen Stand des Wissens zu gewährleisten. Durch die Recherche wurden relevante Konzepte, Modelle und Forschungsergebnisse identifiziert, die als Grundlage für die Entwicklung und Ausführung der Arbeit dienen. Damit wird nicht nur eine solide Basis für die Argumentation und Diskussion geschaffen, sondern auch sichergestellt, dass die Arbeit auf dem neuesten Stand der Forschung basiert und einen Beitrag zum bestehenden Wissensstand leisten kann.

6.2.2 Expert:inneninterviews

Die Probanden sollten offen und ausführlich antworten können, während gleichzeitig eine Struktur in die Abfolge der Fragen gebracht werden sollte. Um diesen Aspekt sicherzustellen, wurde das Expert:inneninterview gewählt. Es handelt sich dabei um eine strukturierte Form des Leitfadeninterviews, die vor allem die Sicht- und Vorgehensweisen der Expert:innen in den Vordergrund stellt und weniger den Fokus auf die individuellen Personen legt (vgl. Flick 2016, S. 115). Die Ausgestaltung des Interviews erfolgt unter Berücksichtigung der erarbeiteten theoretischen Grundlagen und wird durch die in Kapitel 6.1.2 formulierten Hypothesen unterstützt. Im Gegensatz zu einem Fragebogen bestehen Leitfragen aus offenen Fragen und ermöglichen den Interviewten, ihre Erzählungen frei zu entfalten. Dies schafft Raum, um Faktenwissen, unterschiedliche Perspektiven und individuelle Einschätzungen preiszugeben. Dadurch hat die Interviewpartnerin oder der Interviewpartner die Freiheit, ausführlich und ungehindert aus ihren oder seinen eigenen Erfahrungen zu erzählen. Die vorbereiteten Fragen können dabei flexibel an den Erzählstrang der Befragten angepasst werden und von der vordefinierten Stellung im Fragenkatalog kann abgewichen werden.

Interviewleitfaden

Die aus der Theorie abgeleiteten Erkenntnisse bilden die Grundlage für den Leitfaden, wobei die Forschungsfrage (vgl. Kapitel 6.1.1) und die Hypothesen (vgl. Kapitel 6.1.2) in der Erstellung Berücksichtigung fanden. Die Hypothesen wurden in fünf Hauptkategorien aufgeteilt:

- Kategorie 1: Inklusion
- Kategorie 2: UN-Behindertenrechtskonvention
- Kategorie 3: Barrierefreiheit
- Kategorie 4: Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung
- Kategorie 5: Die Lage von Menschen mit Behinderung, in den Kontexten der vorangegangenen Kategorien, in der Stadt Chemnitz.

Unter den jeweiligen Kategorien finden sich folgende Hypothesen wieder, wobei es zu Mehrfachnennungen kommen kann, da Hypothesen 5, 6, 8, 9 Annahmen zu Querschnittsthematiken enthalten bzw. inhaltlich mehrere Kategorien in ihren Vermutungen subsummieren:

Kategorie 1: Hypothese 1, Hypothese 8, Hypothese 9

Kategorie 2: Hypothese 3

Kategorie 3: Hypothese 4, Hypothese 5, Hypothese 9

Kategorie 4: Hypothese 6, Hypothese 7, Hypothese 9

Kategorie 5: Hypothese 2, Hypothese 5, Hypothese 6, Hypothese 8,
Hypothese 10, Hypothesen 11

Zu den jeweiligen Kategorien wurden bezugnehmend zu den Hypothesen folgenden Hauptfragen entwickelt (wobei nicht zu jeder Kategorie eine Hauptfrage entwickelt wurde, da einige Kategorien Querschnittsthemen behandeln, welche Einfluss auf weitgehend alle anderen Kategorien haben bzw. zwei Kategorien in einer Hauptfrage zusammengefasst werden konnten, um Doppelungen zu vermeiden, so zum Beispiel das Thema Barrierefreiheit und Bürgerbeteiligung):

Kategorie 1 und 3: ‚Was verstehen Sie unter Inklusion und/oder einer inklusiven Gesellschaft?‘

Kategorie 2: ‚Wir haben als Gesellschaft einen klaren Auftrag bekommen und diesen auch mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention angenommen. Und das nun vor mittlerweile 13 / fast 14 Jahren. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung ein?‘

Kategorie 4 und 5: ‚Welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt Chemnitz?‘

Dazu wurden zu den verschiedenen Kategorien folgende Unterfragen entwickelt, um gegebenenfalls tiefer in die Thematik vordringen zu können:

Kategorie 1: ‚Haben Sie im Arbeitsleben regelmäßigen Kontakt mit Menschen mit Behinderung?‘

 ‚Haben Sie darüber hinaus Kontakt zu Menschen mit Behinderung?‘

Kategorie 2: ohne Unterfrage

Kategorie 3: ‚Was bedeutet für Sie Barrierefreiheit und/oder wo stoßen Sie in ihrem Alltag auf Barrieren?‘

 ‚Was glauben sie, bedeutet für Menschen mit Behinderung Barrierefreiheit?‘

Kategorie 4: ohne Unterfrage

Kategorie 5: ‚Wie schätzen Sie den momentanen Status Quo von Barrierefreiheit aus ihrer Sicht ein?‘

 ‚Welche Rolle spielen dabei Menschen mit Behinderung?‘

 Wie gelingt es der Gesellschaft in unserem Land/Stadt Chemnitz, Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen?‘

 ‚Haben Sie dafür Beispiele?‘

 ‚Wie werden die Interessen und Belange von Menschen mit Behinderung in Chemnitz vertreten / bzw. geschieht dies in einem ausreichenden Maße?‘

 ‚Sind Ihnen Bürgerbeteiligungsformate dazu bekannt?‘

 ‚Und/oder nehmen oder haben Sie selbst schon daran teilgenommen?‘

 ‚Wie nehmen sie da Menschen mit Behinderung wahr?‘

Aus dieser Dynamik ergibt sich dann der folgende Interviewleitfaden:

<p>Interviewleitfaden:</p> <ul style="list-style-type: none"><input type="checkbox"/> Können Sie mir schildern, welche Rolle als Expertin Sie ausfüllen, was Ihre Aufgaben darin sind und was aus dieser Perspektive Behinderung für Sie bedeutet? <input type="checkbox"/> Haben Sie im Arbeitsleben regelmäßigen Kontakt mit Menschen mit Behinderung?<input type="checkbox"/> Haben Sie darüber hinaus Kontakt zu Menschen mit Behinderung? <input type="checkbox"/> Was verstehen Sie unter Inklusion und/oder einer inklusiven Gesellschaft? <input type="checkbox"/> Was bedeutet für Sie Barrierefreiheit und/oder wo stoßen Sie in ihrem Alltag auf Barrieren?<input type="checkbox"/> Was glauben Sie, bedeutet für Menschen mit Behinderung Barrierefreiheit?<input type="checkbox"/> Wie schätzen Sie den momentanen Status Quo von Barrierefreiheit aus ihrer Sicht ein? <p><i><u>Jetzt haben wir über Inklusion gesprochen. Dieser Begriff kommt aber ja nicht von ungefähr.</u></i></p> <input type="checkbox"/> Wir haben als Gesellschaft einen klaren Auftrag bekommen und diesen auch mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention angenommen. Und das nun vor mittlerweile 13 / fast 14 Jahren. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung ein? <p><i><u>Kommen wir nun zur Bürgerbeteiligung:</u></i></p> <ul style="list-style-type: none"><input type="checkbox"/> Welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt Chemnitz? <input type="checkbox"/> welche Rolle spielen dabei Menschen mit Behinderung?<input type="checkbox"/> Wie gelingt es der Gesellschaft in unserem Land/Stadt Chemnitz, Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen?<input type="checkbox"/> Haben Sie dafür Beispiele?<input type="checkbox"/> Wie werden die Interessen und Belange von Menschen mit Behinderung in Chemnitz vertreten / bzw. geschieht dies in einem ausreichenden Maße?<input type="checkbox"/> Sind Ihnen Bürgerbeteiligungsformate dazu bekannt?<input type="checkbox"/> Und/oder nehmen oder haben Sie selbst schon daran teilgenommen?<input type="checkbox"/> Wie nehmen sie da Menschen mit Behinderung wahr? <p><i><u>Und zum Schluss nun eine letzte Frage. Die Wunderfrage:</u></i></p> <ul style="list-style-type: none"><input type="checkbox"/> Stellen Sie sich vor, sie wachen morgen früh in einer perfekten Welt auf, in der die Auseinandersetzung mit Inklusion und deren Realisierung obsolet geworden ist. <input type="checkbox"/> Wie sähe diese Welt für Sie aus?<input type="checkbox"/> Was müssten wir für diese Welt tun?<input type="checkbox"/> Und was hat uns bis jetzt davon abgehalten, es tatsächlich zu tun?

Abbildung 2: Interviewleitfaden

6.2.3 Feldzugang und Auswahl der Interviewpartner

Nachfolgend wird beschrieben, unter welchen Kriterien die Interviewpartner:innen ausgewählt wurden und wie sich der Feldzugang gestaltet hat.

Auswahl der Interviewpartner

Folgende Kriterien kamen bei der Auswahl der Interviewpartner:innen zur Anwendung:

- Die jeweiligen Interviewpartner:innen haben einen das Forschungsgebiet betreffenden professionellen Kontext.
- Die jeweiligen Interviewpartner:innen haben einen Bezug zur Stadt Chemnitz.
- Es sollte ein möglichst guter Querschnitt aus Politik, Verwaltung, im Feld professionell Tätigen und Interessenvertretungen der Stadt Chemnitz abgedeckt werden.
- Daraus ergaben sich folgende Interviewpartner:innen (Anstatt der Namen wurden Datensatznummern vergeben und im Datensatz aufgelistet.)

Datensatz	Professioneller Kontext	Bezug zu Chemnitz
IP_1_VW	koordiniert Bürgerbeteiligung von Kindern und Jugendlichen	Mitarbeiter:in im Team Bürgerbeteiligung der Stadt Chemnitz
IP_2_P	Mitarbeiter:in im Sächsischen Landtag und da unter anderem Sprecher:in ihrer/seiner jeweiligen Partei	lebt in Chemnitz und einzige/-er Abgeordnete/-er, die/der aus Chemnitz ist und im Landtag für die jeweilige Partei für Inklusion zuständig ist
IP_3_VW_IV	Behindertenbeauftragte/-er	Behindertenbeauftragte/-er der Stadt Chemnitz
IP_4_SO	Leiter:in einer mobilen Behindertenhilfe	Lebt und arbeitet in Chemnitz

IP_5_IV	Landesgeschäftsführung eines Sozialverbandes, der sich für die Belange von Menschen mit Behinderung einsetzt	lebt und arbeitet in Chemnitz
---------	--	-------------------------------

Feldzugang

Nach Auswahl der Interviewpartner:innen wurden diese entweder persönlich, telefonisch oder per E-Mail kontaktiert, um Termine für die Interviews zu vereinbaren. Alle Interviews fanden in den Geschäftsräumen der jeweiligen zu Interviewenden statt. Zu Beginn jedes Interviews wurden die Teilnehmer über den Zweck und das Thema der Befragung informiert. Es wurde erläutert, warum sie ausgewählt wurden und wie die erhobenen Daten weiterverarbeitet werden. Dies diente dazu, Transparenz und Verständnis für den Forschungsprozess zu schaffen. Um den Redefluss aufrechtzuerhalten, wurden während der Interviews sowohl Zwischenfragen, Aufrechterhaltungsfragen als auch Nachfragen gestellt. Dies ermöglichte nicht nur eine vertiefende Exploration der Themen, sondern trug auch dazu bei, sicherzustellen, dass alle relevanten Aspekte umfassend behandelt wurden. Am Ende jedes Interviews wurde eine sogenannte Wunderfrage gestellt. Diese Frage zielte darauf ab, einen Einblick in die Haltung der Probanden zu gewinnen. Konkret wurde gefragt, wie sich ihre Arbeit gestalten würde, wenn sie in einer Welt erwachen würden, in der die Auseinandersetzung mit dem Forschungsfeld obsolet wäre, weil die angestrebten Ziele vollständig erreicht worden wären. Diese Frage eröffnete einen reflexiven Raum für die Interviewpartner und trug dazu bei, tiefere Einsichten in ihre Perspektiven und Einstellungen zu gewinnen.

Datenschutz

Den Interviewteilnehmern wurde mitgeteilt, dass die Interviews aus Datenschutz- und Anonymitätsgründen nicht mit ihren Namen verknüpft werden. Es wird nur

die Funktion oder Aufgabe in oder für die Stadt Chemnitz im Zusammenhang mit den Interviews im Kontext des Forschungsinteresses transparent. Das auf Grund des etwaigen Alleinstellungsmerkmals Rückschlüsse auf die jeweilige Identität der Person gemacht werden können, ist den Interviewpartner:innen bekannt. Ihre Einwilligung zur Aufzeichnung des Interviews mit einem Mobiltelefon und dessen Diktierfunktion und zur Verarbeitung der Daten für die zu erstellende Masterarbeit wurde eingeholt. Dazu wurde eine Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung zur Unterschrift vorgelegt. Diese wurde von allen Teilnehmenden unterzeichnet.

6.2.4 Transkription

Die Transkripte, einzusehen im Anhang dieser Arbeit, der aufgezeichneten Interviews wurden mittels der Transkriptionssoftware F4X erstellt und anschließend händisch überarbeitet und dabei Transkriptionsfehler berichtigt. Dazu wurden die Interviews abgehört und mit den erstellten schriftlichen Transkripten verglichen. Den Transkripten wurden Datenbezeichnungen zugeordnet (vgl. Kapitel 6.2.3). Des Weiteren wurden die Transkripte mit Zeilennummern versehen und der Interviewer mit P1 und die oder der Interviewte jeweils mit P2.

6.2.5 Kategoriegestützte freie Interpretation

Die freie Interpretation ist eine Methode, bei der Forscher qualitative Daten, wie sie oft in Interviews gesammelt werden, analysieren und ist in der Forschungspraxis oft zu finden. Anstatt der Verwendung von vorab festgelegten Kategorien oder Strukturen, erlaubt die freie Interpretation den Forschern offen auf die Daten zuzugehen und Muster oder Themen auf eine organische Weise zu entdecken. Diese Methode bietet Raum für die Vielfältigkeit der Perspektiven der Interviewten und ermöglicht eine tiefere Erfassung der Komplexität der Informationen. Die während der Befragung gemachten Aussagen werden vom Untersuchenden zu relevanten Interpretationen zusammengefasst, um damit das Forschungsinteresse zu beantworten. Die Kritik an diesem Vorgehen ist, dass es für den Prozess keine klaren Verfahrensregeln gibt und nicht vollständig transparent dargestellt werden kann, wie man von den empirisch erhobenen Daten zu den daraus resultierenden Ergebnissen gelangt (vgl. Gläser; Laudel 2010, S. 44). Kritiker weisen,

„insbesondere [auf den] nicht bewußt gesteuerten Prozess der stillschweigenden Verkodung“ (ebd.) hin, in dem Fehler durch „selektive [...] Wahrnehmung und Erinnerung“ (ebd.) auftreten können. Dabei besteht die Möglichkeit, „dass auch solche Forscher, die nach Anschluß ihrer Erhebungsarbeiten meinen, ihr Material sehr gut zu kennen, es tatsächlich nicht gut kennen, weil sie in dem nicht durchweg rationalen gesteuerten Prozess [...] bestimmte Aspekte ihres Forschungsfeldes stereotypisiert haben und die ‚nicht passenden‘ Informationen weniger präsent haben als die ‚passenden‘“ (ebd.). Trotz dieser Kritik wird freie Interpretation in der Forschungspraxis angewandt, da sie trotz dessen interessante und aussagekräftige Ergebnisse produzieren kann, welche zu interessanten Spekulationen führen können, die wiederum weitere Fragen für einen nachfolgenden Forschungsprozess produzieren können. Um allerdings den Bedenken gegenüber der freien Interpretation entgegenzuwirken, wurde ein weiterer methodischer Ansatz gewählt. Statt einer unstrukturierten Vorgehensweise wurde der Inhalt der Interviews systematisch in Kategorien unterteilt. Die Aussagen der Interviewten wurden entsprechend in die passenden Kategorien eingeordnet, um eine geordnete Datenerhebung zu gewährleisten. Diese kategorisierte Struktur ermöglichte eine präzisere Analyse, da sie eine klarere Organisation und Vergleichbarkeit der Informationen schuf. Dies erleichterte die Interpretation und machte den Analyseprozess nachvollziehbarer.

7 Ergebnisse und Auswertung

Um die gewonnenen Daten auszuwerten, wurden als Erstes Kategorien gebildet. Dafür wurden die Kategorien übernommen, die sich aus der Literaturrecherche für die Entwicklung des Leitfadens für die durchgeführten Interviews ergeben haben (vgl. Kapitel 6.2.2). Auf Grundlage dieser wurden die Interviewtranskripte wie folgt durchsucht. Die Kategorien wurden auf ein Schlagwort reduziert, soweit dies notwendig war und anhand dessen wurden in den Transkripten alle Textpassagen, die Schlagworte enthielten, identifiziert, so dass sich eine auf die jeweilige Kategorie passende Aussagensammlung erstellen ließ (vgl. Anhang). Dazu wurde die Schlagwortsuche in der Software MAXQDA (Version 2022) genutzt. Anschließend wurden die entsprechenden Textpassagen zusammengefasst, um das Material zu verdichten. Daraus ergeben sich aus den durchsuchten Datensätzen die im folgenden Kapitel zu findenden Kernaussagen, welche im darauffolgenden Kapitel interpretiert werden.

7.1 Kernaussagen der aus den Interviews gewonnenen Datensätze

Kategorie 1 - Inklusion

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_2_P

Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an politischen Entscheidungen: Insbesondere bei der Bearbeitung von Gesetzesvorhaben zur Inklusion, wie Inklusionsgesetzen, muss der Grundsatz ‚nichts über uns, ohne uns!‘ Anwendung finden. Es wird dabei die Bedeutung der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen bei politischen Entscheidungen betont, um immer wieder rückkopeln zu können. Der Begriff Inklusion wird als gesellschaftlicher Auftrag betrachtet, der durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention angenommen wurde.

Verständnis von Inklusion: Inklusion wird als die Schaffung von Bedingungen, in denen Menschen mit Behinderungen ohne zusätzliche Anstrengungen oder

spezielle Leistungen vollständig teilhaben können, beschrieben. Gesellschaftliche Teilhabeleistungen sollen von nichtbehinderten Menschen erbracht werden, um die Bedingungen zu gestalten, anstatt dies von der betroffenen Personengruppe zu fordern.

Verantwortung von betroffenen Gruppen: Um aktiv an der Verwirklichung von Inklusion mitzuwirken, wird Menschen mit Behinderung, als Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelt, eine Rolle als Hinweisgeber und Berater zugeschrieben. Um das zu realisieren, muss die Möglichkeit von positiver Begegnung von nichtbehinderten und behinderten Menschen gegeben sein.

Fehler in der Inklusionsdiskussion: Kritisch zu sehen ist, dass die Inklusionsdiskussion zu lange auf schulische Bildung beschränkt war. Es war ein Fehler, den Fokus anfangs zu sehr auf diesen Bereich zu richten. Dabei wird der Mangel an spezialisiertem Fachpersonal als ein Hauptproblem identifiziert.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_1_VW

Definition von Inklusion und inklusiver Gesellschaft: Eine Gesellschaft, in der Inklusion verwirklicht ist, fragt nicht mehr nach dem Einzelnen. In einer inklusiven Gesellschaft finden die individuellen Unterschiede keine besondere Beachtung mehr.

Offenheit und Inklusion: Die Gesellschaft gibt ihr Bekenntnis für Vielfalt und Inklusion, indem sie alle Menschen so akzeptiert, wie sie sind. Die Betonung liegt darauf, Menschen als Individuen zu sehen und nicht nur im Kontext ihrer jeweiligen Behinderungen.

Vision einer perfekten Welt ohne Inklusionsbemühungen: Die Frage nach einer perfekten Welt ohne Notwendigkeit für Inklusionsbemühungen stellt eine Vision dar. Die Person (P1) möchte wissen, wie diese Welt aussehen würde und was getan werden müsste, um dorthin zu gelangen. Es reflektiert die Vorstellung einer Gesellschaft, in der Inklusion bereits selbstverständlich und vollständig umgesetzt ist.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_4_SO

Inklusion als Schaffung von Wahlmöglichkeiten: Inklusion bedeutet das Schaffen von Wahlmöglichkeiten. Jeder Mensch sollte zwischen verschiedenen Optionen wählen und selbst entscheiden können, was er wann wie möchte oder auch nicht.

Lernprozess in Bezug auf Inklusion in der Schule: Innerhalb von Inklusion muss es einen Lernprozess im Zusammenhang mit inklusiver Bildung geben. Es wurde vermutet, dass inklusive Schule bedeutet, dass alle Kinder mit und ohne Beeinträchtigung gemeinsam lernen. Durch den Bau einer neuen Schule für körperbehinderte Kinder und den Widerstand der Eltern gegen Veränderungen, wurde allerdings deutlich, dass es unterschiedliche Bedürfnisse gibt und sowohl geschützte Räume als auch barrierefreie Möglichkeiten in normalen Schulen existieren müssen.

Inklusion zwischen verschiedenen Behinderungsgruppen: Inklusion betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen Menschen mit und ohne Behinderung, sondern auch zwischen verschiedenen Behinderungsgruppen. Unterschiedliche Bedürfnisse und Perspektiven müssen Berücksichtigung finden.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_3_VW_IV

Klarer gesellschaftlicher Auftrag für Inklusion: Der Begriff Inklusion wird nicht zufällig verwendet, sondern resultiert aus einem klaren gesellschaftlichen Auftrag, der durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention angenommen wurde.

Inklusion als Ideal einer inklusiven Gesellschaft: Inklusion wird als Ideal einer inklusiven Gesellschaft beschrieben, von der jeder Mensch ein Teil ist und die gleiche Aufmerksamkeit verdient wie sein Nachbar.

Bedingungen für gleichberechtigte Teilhabe schaffen: Inklusion bedeutet für alle die Bedingungen zu schaffen, durch die gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht wird. Dazu gehört die Möglichkeit, sich für Teilhabe und auch die Freiheit, sich dagegen zu entscheiden.

Entwicklung von Inklusion im Zeitverlauf: Die Diskussion um Inklusion hat sich im Laufe der Zeit entwickelt. Anfangs gab es einen großen Diskurs um die deutsche Übersetzung der UN-BRK, in der Partizipation mit Integration übersetzt wurde, mittlerweile hat sich aber immer der Inklusionsbegriff durchgesetzt.

Zeit als Verbündeter für Inklusion: Die Zeit spielt für Inklusion. In Sachsen gibt es seit 2021 einen Beauftragten der sächsischen Staatsregierung für Inklusion im Hauptamt, was als ein großer Fortschritt betrachtet wird. Dadurch wurde der Umsetzungsdruck auch in der Landesregierung verwurzelt.

Inklusion und Prioritäten: In der Umsetzung von Inklusion, die ein langer Weg ist, müssen Prioritäten geschaffen werden. Welche Maßnahmen sind umsetzbar und welche zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht?

Vision einer perfekten Welt ohne Inklusionsbemühungen: Es wird von einer Welt geträumt, in der jeder wertgeschätzt wird. Dies wird allerdings für ein großes Ziel gehalten, welches einen langen Weg erfordert.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_5_IV

Inklusion als gemeinsames Ziel der Profession: Inklusion wird als gemeinsames Ziel der Profession beschrieben. Inklusion als Begriff ist allerdings sehr plakativ und besetzt.

Verständnis von Inklusion: Inklusion ist die Möglichkeit, unabhängig von Behinderungen, Gesundheitseinschränkungen, Alter oder anderen Faktoren aktiv am Leben und Arbeiten teilzuhaben.

Betrachtungsweise des Begriffs Inklusion: Inklusion wird als gesellschaftlicher Auftrag betrachtet, den sich die Gesellschaft gegeben hat.

Sichtbarkeit in Bezug auf Inklusion: Der Sichtbarkeit von Menschen mit verschiedenen Einschränkungen wird kein besonderer Stellenwert zugeschrieben. Es ist wichtiger, die Belange der Betroffenen aufzunehmen und einzubringen, anstatt sich nur auf äußerliche Merkmale zu fokussieren.

Kritik an Exklusivbeteiligung: Inklusion darf nicht nur die exklusive Beteiligung für Menschen mit Behinderung sein. Inklusion bedeutet für sie, dass sich jeder überall beteiligen kann, unabhängig von den persönlichen Umständen.

Kategorie 2 – UN-Behindertenrechtskonvention

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_2_P

Positive Veränderungen durch die UN-Behindertenrechtskonvention: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und damit verbundene Gesetze sowie dafür freigemachte Finanzmittel haben positive Veränderungen bewirkt. Vor allem Barrierefreiheit ist stärker ins Bewusstsein der Gesellschaft gerückt.

Stand der Umsetzung der UN-BRK: Es wird darauf hingewiesen, dass trotz Fortschritten noch Herausforderungen bestehen, insbesondere im Bereich der Wunsch- und Wahlfreiheit für Kinder und Eltern mit Behinderung.

Die Einschätzung des Standes der Umsetzung zeigt, dass besondere Herausforderungen im Bereich der schulischen Bildung und des Personalbedarfs gesehen werden. Der Stand der Umsetzung wird kritisch betrachtet und es wird auf den klaren Auftrag der Gesellschaft hingewiesen, der sich aus der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention ergibt.

Herausforderungen im Arbeitsleben (Artikel 27 d. UN-BRK): In der Teilhabe am Arbeitsleben werden, trotz positiver Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, große Defizite beschrieben. Menschen mit Behinderung können nicht angemessen von den positiven Entwicklungen profitieren. Eine weitere Herausforderung ist, dass Menschen mit Behinderung trotz guter Abschlüsse keine ausreichende Beachtung auf dem Arbeitsmarkt finden.

Lücken in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Es werden Lücken in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, insbesondere im Bereich der Wunsch- und Wahlfreiheit sowie im Arbeitsleben, hervorgehoben, die noch nicht angemessen umgesetzt und/oder bearbeitet wurden.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_1_VW

Klarer Auftrag durch Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention: Dass die Gesellschaft einen klaren Auftrag durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention angenommen hat, zeigt ein deutliches Engagement für die Umsetzung von inklusiven Prinzipien.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_4_SO

Inklusion und Barrierefreiheit als gesellschaftlicher Auftrag: Die Diskussion über Inklusion und Barrierefreiheit wird als gesellschaftlicher Auftrag betrachtet.

Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Die Herausforderungen und die damit verbundenen Verzögerungen betreffen nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch politische Entscheidungsträger, Behörden und Ämter. Exemplarisch dafür wird aufgeführt, dass auch die kommunalen Sozialverbände Maßnahmen ergreifen müssen, um die UN-BRK umzusetzen.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_3_VW_IV

Veränderung in der Sprachverwendung: Es wird auf die deutsche Übersetzung der Behindertenrechtskonvention eingegangen. Die ursprüngliche Verwendung des Begriffs ‚Integration‘ wurde kritisiert, und es wird betont, dass nun von ‚Inklusion‘ gesprochen wird.

Bewusstseinswandel und Klarstellung: Der Reformpädagoge Otto Herz findet mit seiner Aussage in einer Veranstaltung Erwähnung, in der er den Bewusstseinswandel hinsichtlich der Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention und ihrer Gültigkeit für Menschen mit Behinderungen verdeutlicht. Es wird betont, dass es dieser Konvention bedurfte, um die gleichen Menschenrechte für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_5_IV

Klare gesellschaftliche Verpflichtung durch die Behindertenrechtskonvention: Die Umsetzung wird als klarer gesellschaftlicher Auftrag angesehen.

Stand der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention: Fortschritte in verschiedenen Bereichen wurden zwar bis jetzt erreicht, allerdings wird der Stand als noch nicht ausreichend gesehen.

Unerfüllbare Forderungen oder Zeit- und Willensfrage: Die Forderungen der Behindertenrechtskonvention, insbesondere in Bezug auf die Teilhabe am Arbeitsleben, dürfen nicht als unerfüllbar angesehen werden, sondern es muss ein Verständnis entwickelt werden dafür, dass eher die Faktoren Zeit und vor allem Willen dafür erforderlich sind.

Breite Auslegung der Forderungen: Die Forderungen der UN-BRK dürfen nicht ausschließlich als Auftrag an die Gesellschaft, der für die betroffene Personengruppe zu erfüllen ist, angesehen werden, sondern müssen breiter ausgelegt werden. Auch die von den Forderungen Betroffenen müssen den Auftrag der Realisierung annehmen.

Kategorie 3 – Barrierefreiheit

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_2_P

Unterscheidung von der Art der Barriere: Es wird zwischen kommunikativen, baulichen und sozialen Barrieren unterschieden.

Bauliche Barrieren: Diese beziehen sich auf physische Hindernisse in Gebäuden, die für Menschen im Rollstuhl oder mit Gehhilfen den Zugang erschweren oder unmöglich machen. Dies schließt den Zugang zu Toiletten und allen Räumlichkeiten ein.

Kommunikative Barrieren: Hierzu gehören Maßnahmen wie die Bereitstellung von Audiodeskription in Kultureinrichtungen, Gebäudebeschilderungen in

Brailleschrift und die Verfügbarkeit von Gebärdensprachdolmetschern für gehörlose Menschen.

Soziale Barrieren: Soziale Barrieren existieren dann, wenn Dinge für bestimmte Bevölkerungsgruppen zu elitär werden. Diese Barrieren werden insbesondere im Bildungssystem als problematisch angesehen, wenn Bildungsangebote kostenpflichtig sind und Kinder mit Behinderungen an staatlichen Schulen keine Plätze finden, sondern sich an private Schulen wenden müssen.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_1_VW

Barrierefreiheit im Alltag: Die Barrierefreiheit wird im Kontext von physischen Hindernissen genannt, wie nicht abgesenkte Fußwegkanten, holpriges Pflaster und fehlender Zugang zu Gebäuden, insbesondere zu historischen Gebäuden.

Vielfältige Barrieren: Neben physischen Barrieren werden auch geistige Barrieren angesprochen, wie eine komplizierte Sprache, die den Zugang zu Informationen erschweren kann. Einfache Sprache ist hinsichtlich dieser Problematik der Lösungsansatz.

„Nichts sehen können“ als Barriere: Etwas nicht sehen zu können, kann zu Konflikten in der Kommunikation mit der Umwelt führen.

Abbau von Barrieren: Der Abbau von Barrieren ist von essentieller Wichtigkeit, insbesondere im Zusammenhang mit der allgemeinen Beteiligung, um sicherzustellen, dass sich alle Menschen in vielen verschiedenen Situationen beteiligen können.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_4_SO

Denken über Barrieren hinaus: Es ist wichtig, über vorhandene Barrieren hinauszudenken. Dies bezieht sich auf die Notwendigkeit, im Vorfeld zu überlegen, welche Barrieren existieren könnten und wie man Angebote zugänglicher machen kann.

Abbau von Barrieren in der Gesellschaft: Eine inklusive Gesellschaft erfordert den Abbau von Barrieren, sowohl baulich als auch in den Köpfen der Menschen.

Dies bedeutet, Möglichkeiten des Zugangs zu schaffen, damit jeder Mensch wählen kann, wie und ob er am gesellschaftlichen Leben teilnehmen möchte.

Erkenntnisse über Barrieren: Bauliche Barrieren werden immer mehr beseitigt bzw. entstehen von vornherein nicht. Allerdings bleiben die Barrieren in den Köpfen der Menschen bestehen. Das kann als ein Mangel an Wissen und Neugier betrachtet werden, der jedoch durch Aufklärung und Bildung überwunden werden kann. Offenheit dafür wird dann erlebbar, wenn direkter Kontakt zu Menschen mit Behinderungen entsteht.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_3_VW_IV

Definition von Barrierefreiheit: Barrierefreiheit wird definiert als die Zugänglichkeit zu Angeboten in formeller, technischer, konzeptioneller Art und zum Orte des Angebotes selbst. Zentral dabei ist, dass Angebote für alle erreichbar, zugänglich und nutzbar sein müssen.

Erfahrungen mit Barrieren: Hat man es als Mensch oft mit baulichen Maßnahmen zu tun, die die Herstellung von Barrierefreiheit betreffen, entwickelt sich ein Verständnis für die rechtlichen Rahmenbedingungen von Barrierefreiheit. Barrieren werden im Umgang mit Menschen erlebt, die wenig Kontakt mit Menschen mit Behinderung haben. Es ist eine Herausforderung, dort Zugang zu erhalten und einen Willen für und ein Wissen über Barrierefreiheit zu entwickeln.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_5_IV

Barrieren und Behinderungsbegriff im SGB IX: Die neue Definition von Behinderung im SGB IX basiert auf der ICF und deren komplexer Sichtweise. Sie berücksichtigt nicht nur die eigene körperliche Einschränkung des jeweiligen Betroffenen, sondern auch umweltbedingte Einschränkungen und Barrieren in der Teilhabe.

Barrierefreiheit und Barrieren im Alltag: Barrierefreiheit bedeutet, dass Angebote für alle erreichbar, zugänglich und nutzbar sein müssen. Das meint nicht nur bauliche Barrieren, sondern auch im Digitalen und in den Köpfen der Menschen.

Digitalisierung und Barrierefreiheit: Digitale Barrierefreiheit gewinnt zunehmend an Bedeutung. Dieser Umstand ist allerdings nicht allen bewusst. Mit fortschreitender Aufklärung könnte es aber zu einer Zunahme der digitalen Barrierefreiheit kommen.

Blickwinkel auf Barrieren: Verschiedene Gruppen von Menschen haben unterschiedliche Blickwinkel auf Barrieren.

Wertvoller Beitrag zum Abbau von Barrieren: Die richtige Herangehensweise beim Abbau von Barrieren ist Normsetzung und Regulierung. Einheitliche Normen und Regulierungen helfen Einheitlichkeit herzustellen und ein Bewusstsein zu schaffen.

Prozess des Barriereabbaus: Barrieren werden nie vollständig abgebaut werden können, da Behinderung und Funktionseinschränkungen heterogen sind und sich ständig wandeln. Das Bewusstsein dafür und der gemeinsame Prozess des Barriereabbaus sind daher wichtiger, als die Illusion von vollständiger Barrierefreiheit.

Kategorie 4 – Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_2_P

Wachsende Bedeutung von Bürgerbeteiligung: Bürgerbeteiligung wird, im Kontext immer stärker werdender Unzufriedenheit mit demokratischen Entscheidungsträgern und politischen Prozessen, immer wichtiger. Das Vertrauen in die Politik nimmt ab und es entsteht der Wunsch nach stärkerem Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie nach neuen Beteiligungsformen.

Umweltbedingungen für Bürgerbeteiligung: Es müssen Umweltbedingungen geschaffen werden, die eine Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung ermöglichen.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_1_VW

Sensibilisierung: Verwaltung, Politik und Bürgerschaft muss dafür sensibilisiert werden, wie wichtig es ist Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Das schließt auch die Kinder und Jugendlichen mit einer Einschränkung ein.

Stellenwert von Bürgerbeteiligung: Bürgerbeteiligung hat einen großen Stellenwert für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt Chemnitz. Die Verwaltung und Politik gestalten nicht für sich selbst, sondern für die Bürgerinnen und Bürger.

Rolle von Menschen mit Behinderung: Menschen mit Behinderungen spielen die gleiche Rolle wie alle anderen in der Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung ist für alle und Menschen mit Behinderung gehören zu hundert Prozent dazu.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_3_VW_IV

Selbstverständlichkeit: Hier wird die ganz selbstverständliche kurze und pragmatische Aussage getroffen, dass Menschen mit Behinderung natürlich an politischen Willensbildung- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen sind.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_4_SO

Begriff der Bürgerbeteiligung: Der Begriff der Bürgerbeteiligung wird nicht nur mit politischen Entscheidungen in Verbindung gebracht, sondern sieht sie als umfassender, beginnend mit Teilnahme und Teilhabe in verschiedenen Kontexten, wie Konzerten und anderen Veranstaltungen.

Wichtigkeit der Beteiligung von Menschen mit Behinderung: Bürgerbeteiligung beginnt bereits in einfachen, alltäglichen Aktivitäten. Es ist sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen ganz selbstverständlich in diesen Prozessen berücksichtigt und einbezogen werden.

Einbeziehen in Strukturen: Es ist unabdingbar, Menschen mit Behinderungen aktiv in gesellschaftliche und politische Strukturen einzubeziehen.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_5_IV

Bürgerbeteiligung und Demokratie: Bürgerbeteiligung ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Werden Bürgerinnen und Bürger bei Entscheidungen beteiligt und ein Bewusstsein für direkte Einflussnahme geschaffen, so führt dies zu einem höheren Engagement.

Rolle von Menschen mit Behinderung: Menschen mit Behinderung sind integraler Bestandteil der Gesellschaft und müssen in der Bürgerbeteiligung repräsentiert werden oder sich aktiv einbringen.

Selbstbeteiligung von Menschen mit Behinderung: Es liegt auch in der Verantwortung jeder und jedes Einzelnen, sich in den Beteiligungsprozess einzubringen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, sich zu beteiligen.

Kategorie 5 – Die Lage von Menschen mit Behinderung, in den Kontexten der vorangegangenen Kategorien, in der Stadt Chemnitz

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_2_P

Probleme bei Interessenvertretungen: In Chemnitz gibt es gut funktionierende Instrumente in der Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung, wie der Behindertenbeirat, welcher wirksam agiert. Da aber viele Mitglieder bereits seit langem dabei sind und älter werden, kommen verstärkt Nachwuchsprobleme auf den Beirat zu. Jüngere Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen oder zum Beispiel mit einer Gehörlosigkeit müssen motiviert werden, sich an der Arbeit in derartigen Gremien der Interessen- und Selbstvertretung zu engagieren.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_1_VW

Schulen und integrative Kindertagesstätten: In Schulen und Kindertagesstätten in Chemnitz werden Kinder mit verschiedenen Fähigkeiten und Einschränkungen zusammen betreut und verbringen so einen Großteil ihrer Zeit miteinander.

Inklusive Spielplätze: Ein inklusiver Spielplatz im Pleißen-Park wurde geplant, an dessen Entstehung im Vorfeld Menschen mit und ohne Behinderung beteiligt waren. Ganz explizit wurden ihre Expertisen abgefragt. Als Vorbild dienten dafür andere bereits unter inklusiven Gesichtspunkten geplante Spielplätze.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_4_SO

vielfältige Angebote: In Chemnitz gibt es Angebote, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Dafür stehen Pflege- und Assistenzdienste zu Verfügung. Darüber hinaus gibt es verschiedene Angebote im Bildungs- und Freizeitbereich.

Wunsch nach Normalität: Menschen mit Behinderungen sollten am ganz normalen Leben in Chemnitz teilhaben können, angefangen beim Wohnen, über Bildung und Arbeit, bis hin zur Freizeit

Schwierigkeiten bei Rechtsansprüchen: Obwohl Rechtsansprüche von Menschen mit Behinderung in Gesetzen verbrieft sind, gibt es Schwierigkeiten bei der Umsetzung und Einhaltung dieser Ansprüche.

Priorisierung: In Chemnitz werden oft andere Maßnahmen als wichtiger erachtet, als beispielsweise einen lokalen Aktionsplan zur UN-BRK umzusetzen. An dieser Stelle ist mehr visionäres Denken und Vorausplanen notwendig. Ansonsten wird die Umsetzung von Konventionen und Plänen für Menschen mit Behinderungen in der Stadt Chemnitz hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_3_VW_IV

Netzwerke und Initiativen: Chemnitz ist eine Großstadt, die es ermöglicht, Netzwerke zu knüpfen und Initiativen für Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung voranzutreiben.

hoher Anteil von Betroffenen: Bürgerbeteiligung hat einen hohen Stellenwert für die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Chemnitz. Der hohe Anteil von Menschen mit Behinderung in Sachsen sollte sich in politischen Entscheidungsprozessen widerspiegeln.

Fachausschüsse: In den Fachausschüssen des Stadtrats gibt es die Möglichkeit für sachkundige Einwohner, die keine Stadträte sind, sich einzubringen. Es gibt große Bemühungen, dass Menschen mit Behinderung in diesen Gremien vertreten sind.

Aktionsplan: Die Stadt Chemnitz hat einen Mobilitätsplan und einen lokalen Aktionsplan ‚Chemnitz inklusiv 2030‘; diese müssen umgesetzt und kontinuierlich evaluiert werden.

positive Entwicklungen: Es wird betont, dass in Chemnitz viele positive Entwicklungen stattfinden, bei denen der Blick nicht nur auf Barrierefreiheit fällt, sondern bei denen auch die Vielfalt der Bevölkerung berücksichtigt wird.

Zusammenfassung der Aussagen aus Datensatz IP_5_IV zu Kategorie

Bewertung der Barrierefreiheit: Die Bewertung der Barrierefreiheit auf einer Skala von 0 bis 10 (10 als vollkommene Barrierefreiheit) wird als schwierig angesehen. Es wird betont, dass Chemnitz Fortschritte gemacht hat, aber noch nicht alle Barrieren abgebaut sind.

Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK: Der Aktionsplan in Chemnitz zur Umsetzung der UN-BRK wird als ein wichtiges Instrument betrachtet. Die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an politischen Entscheidungsprozessen, wie in Artikel 29 der UN-BRK gefordert, muss umgesetzt werden. Allerdings wurde dieser Artikel im Aktionsplan nicht ausreichend berücksichtigt.

Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderungen: Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderungen wird zwiespältig betrachtet. Einerseits liegt es in der Verantwortung aller Bürger:innen sich zu beteiligen, andererseits muss die Stadt Chemnitz auch die Rahmenbedingungen für eine aktive Beteiligungskultur schaffen.

Erfolge durch langfristiges Engagement: Die Umsetzung von Verordnungen, Gesetzen und Richtlinien erfordert eine große Ausdauer. Erfolge, wie zum Beispiel die Befreiung von Eigenmitteln bei Förderungen und Zuschüsse zum Wohnraumumbau, sind Ergebnisse des langfristigen Engagements von Menschen mit Behinderungen und ihren Vertreter:innen. Die Umsetzung von Forderungen, wie sie im Aktionsplan enthalten sind, erfordert Ressourcen und den Willen der Stadt Chemnitz.

7.2 Interpretationen der Kernaussagen

Interpretation Kategorie 1 – Inklusion

In den Aussagen der Interviewten wird die Komplexität des Themas Inklusion deutlich. Es zeichnet sich eine Definition ab, die über die Schaffung des bloßen Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen hinausgeht. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die es Menschen mit Behinderung ermöglicht, ohne zusätzliche Anstrengungen vollständig an der Gesellschaft teilzunehmen. Beziehungsweise sollten sie nicht größere Aufwendungen erbringen müssen als jeder andere Mensch. Um diese Bedingungen herzustellen, ist ein gesamtgesellschaftlicher Gestaltungsprozess erforderlich. Dieser Ansatz verschiebt die Verantwortung von den Betroffenen, seien es die Menschen mit Behinderung selbst, im Feld professionell Tätige oder den Verbänden der Interessenvertretungen, auf die Gesellschaft als Ganzes. Allerdings ist es von entscheidender Bedeutung, dass Menschen mit Behinderung im Prozess der Realisierung von Inklusion eine aktive Rolle einnehmen. Dazu fordert es eine Abkehr vom passiven Leistungs- und Fürsorgeempfänger, hin zu konstruierenden Akteur:innen. Das bedeutet, dass sie sich an politischen Entscheidungen beteiligen müssen und dies auch wollen. Sie müssen Bedarfe transparent machen und Impulsgeber für

Gesetzesentwürfe sein, die auf diese Bedarfe abheben. Dabei darf es nicht nur beim Impuls bleiben, sondern eine inhaltliche Mitwirkung ist zwingend erforderlich. Weiterführend ist eine Mitarbeit bei der Evaluation der Wirksamkeit der Gesetze unabdinglich. Diese Mechanismen müssen integraler Bestandteil eines inklusiven politischen Prozesses sein. Nur so können sie getreu dem Grundsatz der UN-Behindertenrechtskonvention „Nicht über uns ohne uns“ (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung 2018, S. 2), die Voraussetzungen mitgestalten, die tatsächlich inklusionsverwirklichend sind. Kritisch anzumerken ist, dass die Inklusionsdiskussion über einen langen Zeitraum sehr einseitig geführt wurde, insbesondere in Bezug auf schulische Bildung, was eine breitere Perspektive auf Inklusion, mit ihren Dimensionen, erschwert hat. Insgesamt kann man bei den interviewten Expert:innen davon ausgehen, dass ein vertieftes Verständnis von Inklusion besteht, welches nicht nur auf theoretischen Konzepten basiert, sondern insbesondere auch die praktischen Herausforderungen und Erfahrungen der Betroffenen berücksichtigt. Die Betrachtung von Inklusion als gesellschaftlicher Auftrag verdeutlicht, dass die Akzeptanz und Umsetzung inklusiver Prinzipien nicht als isoliertes Anliegen betrachtet wird, sondern vielmehr als eine Verpflichtung.

Interpretation Kategorie 2 – UN-Behindertenrechtskonvention

Man kann postulieren, dass die Herausforderungen, die im Kontext der UN-Behindertenrechtskonvention transparent geworden sind, die Auswirkungen oder besser die Erfolge derzeit überwiegen. Positiv anzumerken ist, dass die Forderungen der UN-BRK in vielen Gesetzen verwirklicht wurden, negativ wiederum ist, dass sie kaum Auswirkungen in der Praxis zeigen. Besonders in Bezug auf die Wunsch- und Wahlfreiheit muss man dies anmerken. Das verbriefte Recht besteht zwar (§ 8, SGB IX), lässt sich aber in vielen Fällen nicht umsetzen, da es an Alternativen fehlt. Speziell sind dabei Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen immer noch gezwungen in institutionellen Wohneinrichtungen zu leben. Noch deutlicher wird dies bei der Teilhabe am Arbeitsleben. Menschen mit Behinderung können nicht angemessen von den positiven Entwicklungen am ersten Arbeitsmarkt profitieren. Selbst sehr gute Bildungsabschlüsse sind dabei nicht funktionell, da der Arbeitsmarkt mit seinen Anforderungen,

insbesondere die Faktoren kontinuierliche Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Mobilität, kaum auf die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung eingehen kann. Im Umkehrschluss dazu kann der Arbeitsmarkt allerdings auch nicht auf die speziellen Fähigkeiten und Ressourcen von Menschen mit Behinderung zurückgreifen. Positiv zu vermerken ist, dass das Thema Barrierefreiheit in der Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen und umgesetzt wird. Das weist darauf hin, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen vermehrt anerkannt und aktiv berücksichtigt werden. Die eher kritisch ausfallende Betrachtung des aktuellen Umsetzungsstandes zeigt, dass zwar Fortschritte erzielt wurden, aber noch ein weiter mit großen Anstrengungen verbundener Weg erforderlich ist, um die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention zu verwirklichen. Um die komplexen Anforderungen zu bewältigen, sind kontinuierliche Prozesse erforderlich, die immer wieder anzupassen und zu überprüfen sind.

Interpretation Kategorie 3 – Barrierefreiheit

Barrierefreiheit geht weit über bauliche Anpassungen hinaus, betrachtet man sie aus einer umfassenden Perspektive, die die vielfältigen Dimensionen, die in ihr enthalten sind, mitdenkt. Neben den benannten baulichen Barrieren existieren kommunikative, soziale und insbesondere Barrieren in den Köpfen der Gesellschaft. Es reicht nicht aus, den bloßen Zugang zu Gebäuden und Orten zu gewährleisten. In oder an ihnen müssen auch Möglichkeiten geschaffen werden, die weitere nicht offensichtliche Barrieren überwinden. Dazu gehören Audio-deskriptionen, Blindenleitsysteme, Gebärdendolmetscher, Beschilderungen in Brailleschrift, automatisch öffnende Türen und Sprachausgaben in Fahrstühlen, nur um einige zu nennen, ohne dabei den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Ein entscheidender Aspekt dabei ist, dass diese Maßnahmen auch funktionstüchtig sind und/oder auch eingeschaltet bzw. nicht ausgeschaltet sind. Eine der größten Barrieren, die wohl zu überwinden ist, ist die in den Köpfen der Menschen. Ein Bewusstsein für die besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung muss gebildet werden. Es ist eben nicht barrierefrei, wenn immer jemand da ist, der die Tür zu Toilette öffnet. Wer will schon jedes Mal fragen müssen, wenn er ein WC aufsuchen muss. Barrierefrei ist, nicht fragen zu müssen nach Dingen, die für Menschen ohne Behinderung ganz selbstverständlich sind. Die

Anerkennung jedes Individuums, unabhängig von seinen Einschränkungen, steht im Mittelpunkt dieses Verständnisses von Barrierefreiheit. Um Barrieren im Verständnis zu überwinden, ist einfache Sprache ein entscheidender Punkt. Deutlicher wird dies noch einmal im Kontext digitaler Barrierefreiheit, wo Menschen mit Behinderung immer noch oft von Technologien und Innovationen ausgeschlossen werden, weil der Zugang zu digitalen Räumen durch Fachsprache erschwert wird. Das gleiche Phänomen lässt sich in der Verwaltung finden, wo bestimmte benötigte Formulare nur digital und dann nur schwer verständlich erhältlich sind. Diese Barriere exkludiert jeden Menschen, der keinen Zugang zum Digitalen hat, aus welchen Gründen auch immer. Diese vielfältigen Perspektiven auf Barrierefreiheit verdeutlichen, dass bei der Umsetzung individuelle Bedürfnisse und Perspektiven berücksichtigt werden müssen. Sie ist ganzheitlicher Ansatz, der als dynamischer Prozess zu betrachten ist und zeigt dass sich der Umgang damit ständig weiterentwickeln muss. Barrierefreiheit darf nicht nur als technische Anpassung verstanden werden, sondern muss als umfassendes soziales und gesellschaftliches Engagement gedacht werden. Eine inklusive Gesellschaft erfordert nicht nur physische Veränderungen, sondern auch einen bewussten und fortlaufenden Dialog sowie die Bereitschaft, alle Barrieren mitdenken und überwinden zu wollen.

Interpretation Kategorie 4 – Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung

Bürgerbeteiligung, als integraler Bestandteil von Demokratie, wird eine wachsende Bedeutung zugeschrieben. Das betrifft die Bürgerbeteiligung allgemein, sowie die Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung. Dieser Umstand ist auf eine wachsende Unzufriedenheit mit demokratischen Entscheidungsträger:innen und politischen Prozessen zurückzuführen. Das nachlassende Vertrauen in die Politik erzeugt Impulse für die Forderung einerseits und ein wachsendes Bedürfnis andererseits nach einem stärkeren Engagement der Bürgerinnen und Bürger an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Für gesellschaftliche und politische Entwicklung ist Bürgerbeteiligung ein nicht wegzudenkender Aspekt, da Verwaltung und Politik Gesellschaft nicht isoliert für sich selbst gestalten, sondern für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei kann eine

direkte Entscheidungsbeteiligung zu einem höheren Engagement für die Beteiligung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen führen. Das fordert die Selbstverantwortung jedes Einzelnen, sich aktiv an dem Prozess zu beteiligen. Das schließt Menschen mit Behinderung nicht aus. Sie sind selbstverständlich und unbedingt in diese Prozesse einzubeziehen, wenn es sich eine Gesellschaft zum Auftrag gemacht hat, sich inklusiv zu definieren und konstruieren. Mit der Ratifizierung der UN-BRK erhielt dieser Auftrag sogar Rechtsverbindlichkeit. Bürgerbeteiligung geht allerdings über politische Entscheidungen hinaus. Bürgerbeteiligung ist ein umfassender Prozess, der sich in allen gesellschaftlichen Kontexten wiederfinden muss, so auch in Kultur, Sport und Wirtschaft. Für Menschen mit Behinderung ist es unabdinglich sich in all den Bereichen aktiv zu beteiligen, um sicherzustellen, dass ihre Perspektiven berücksichtigt werden und sich ein Bewusstsein für ihre Bedarfe bildet. Durch die dabei entstehenden Begegnungen kann transparent werden, welche besonderen Mehrwerte sie in die Gesellschaft einbringen können. Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung ist für eine lebendige Demokratie und vielfältige Gesellschaft nicht zu ignorieren.

Interpretation Kategorie 5 – die Lage von Menschen mit Behinderung, in den Kontexten der vorangegangenen Kategorien, in der Stadt Chemnitz.

Die Lage von Menschen mit Behinderungen in Chemnitz wird durch verschiedene Aspekte geprägt, die einen Einblick in die Herausforderungen und Fortschritte der Stadt bieten. Auf Grund ihrer Komplexität lässt sich Barrierefreiheit im Allgemeinen nur sehr schwer bewerten. Deutlich wird allerdings, dass sich die Stadt anhaltenden Herausforderungen gegenübergestellt sieht, was die Abschaffung von Barrieren betrifft. Gute bauliche Fortschritte sind dabei erzielt worden, was nicht zuletzt der großen Offenheit für dieses Thema in der Verwaltung der Stadt geschuldet ist. Die Alltagserfahrungen zeigen jedoch, dass gerade bei den unsichtbaren Barrieren, denen in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger, ein scheinbar großer Bedarf zu Bearbeitung besteht. Diese Barrieren sind es aber, die die Inklusionsbemühungen erschweren. Das Engagement der Betroffenen selbst muss dahingehend hinterfragt werden. In Chemnitz gibt es einen aktiven Behindertenbeirat. Dieser hat allerdings große Schwierigkeiten, Nachwuchs zu

finden. Gerade junge Menschen mit Beeinträchtigung lassen sich offenbar derzeit schwer motivieren, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Festgehalten werden muss, dass sich die Menschen mit verschiedenen Behinderungsarten in Chemnitz nicht gemeinsam für ihre Belange engagieren, sondern getrennt, mit Fokus auf ihre speziellen Bedarfe. Im Gegensatz dazu hat die Stadt eine sehr aktive Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung. Hervorzuheben wäre hier die hauptamtliche Behindertenbeauftragte, die mit ihrer Arbeit große Fortschritte bei der Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt erreicht hat, der Sozialverband VdK Deutschland e.V., der seine sächsische Geschäftsstelle in Chemnitz hat und die vielfältige Landschaft von Leistungserbringern und ihren professionell Tätigen. Daneben existiert eine aktive Gruppe von Ehrenamtlichen, die sich im Feld engagieren. Ein zentrales Thema ist die Partizipation von Menschen mit Behinderungen in der Stadtgesellschaft. Dabei stehen die Maßnahmen des Aktionsplans ‚Chemnitz inklusiv 2030‘ zur Umsetzung der UN-BRK im Mittelpunkt. Allerdings findet die Beteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Prozessen in diesen Maßnahmen keine Berücksichtigung. Vor dem Hintergrund, dass die Aufnahme von Maßnahmen in den Aktionsplan und deren Umsetzung von Ressourcen und dem politischen Willen abhängig sind, ist es fraglich, warum gerade Maßnahmen zur politischen Willensbildung negiert wurden sind. Die Verantwortlichen der Stadt sind sich aber durchaus darüber im klaren, dass Bürgerbeteiligung bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen derzeit nur sehr rudimentär funktioniert. Es existieren große Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Ein deutlicher Wille dafür, diesen Umstand zu ändern, ist aber klar zu erkennen. Es ist ein Bewusstsein erkennbar, dass wirksame Maßnahmen implementiert und Ressourcen bereitgestellt werden müssen, um langfristige Verbesserungen und kontinuierliche Bürgerbeteiligung aller Menschen in Chemnitz zu erreichen.

8 Abschließende Betrachtungen

Diese Arbeit hatte zum Ziel herauszufinden, inwieweit Menschen mit Behinderung bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in der Stadt Chemnitz mitgedacht und beteiligt werden und ob bei den Vertreterinnen und Vertretern der Stadt ein Bewusstsein und ein Wille dafür erkennbar ist, dass Menschen mit Behinderung als Expert:innen für sich selbst und nicht wegzudenkende Akteur:innen bei der Entwicklung der Stadt sind. Das Ergebnis der Arbeit soll im folgenden abschließend betrachtet werden. Dabei kann man eingehend die Aussagen treffen, dass sich die in Kapitel 6.1.2 formulierten Hypothesen weitgehend bestätigt haben (Hypothesen 1, 3, 4 – 11). Die Hypothese 2 konnte nicht bestätigt werden. Bei den befragten Interviewpartner:innen ist eine klare Definitionsschärfe für Inklusion erkennbar und wird weitgehend einheitlich interpretiert. Umsetzungsschwierigkeiten von Inklusion sind an anderer Stelle zu suchen.

In der Stadt Chemnitz ist ein Bewusstsein für die Bedeutung der Beteiligung von Menschen mit Behinderung zu erkennen. Zumindest lässt sich die Aussage für die Menschen machen, die bereit waren, für diese Arbeit Einlassungen zu tätigen. Da sich in ihnen aber ein Querschnitt der Expert:innen abbildet, die in der Landschaft des Forschungsfeldes aktiv tätig sind, sei es als Interessenvertreter:innen, in der Verwaltung der Stadt, auf politischer Ebene oder direkt in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung, kann man sich aus ihren Aussagen einen Überblick verschaffen, was auch letztendlich dazu führte, dass man sie zur Thematik befragte. Es lässt sich bei ihnen ein fundiertes Verständnis von Inklusion erkennen, welches weit darüber hinausgeht, dass Menschen mit Behinderung einfach nur in die Gesellschaft einzugliedern sind oder sie zu integrieren. Welche Schwierigkeiten in den Begrifflichkeiten liegen, wurde im theoretischen Teil dieser Arbeit ausführlich beleuchtet. Dass bei den Probanden ein tiefes und professionelles Verständnis vorherrscht, lässt positive Rückschlüsse auf die Inklusionsbemühungen in der Stadt Chemnitz ziehen. Man weiß in der Stadt, was Inklusion bedeutet.

Die Perspektive der Umsetzung ist eine andere. Folgt man der Theorie, lässt sich eine inklusionsverwirklichende Dynamik herausarbeiten, die man wie folgt skizzieren kann: In der UN-Behindertenrechtskonvention, als eine

Menschenrechtskonvention, wurden Maßnahmen festgehalten, die Menschen mit Behinderung die Wahrnehmung dieser Rechte zusichert. Mit der Ratifizierung verpflichtete sich Deutschland, diese umzusetzen und dahingehend seine Gesetzgebung anzupassen. Das bedeutet, dass dieses Dokument auch verpflichtend für die Stadt Chemnitz wurde.

Eine der wohl entscheidendsten Maßnahmen in der Konvention ist die Forderung danach, dass Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft zu beteiligen sind. Als rechtswahnehmendes Mitglied, und insbesondere, als zur Mitgestaltung und Mitwirkung verpflichtetes Mitglied. Ein entscheidender Schritt bei der Umsetzung dieser Forderung ist es Barrieren abzubauen, wo sie vorhanden und keine neuen entstehen zu lassen, wo man es verhindern kann. Untermuert wird dieser Schritt damit, dass Barrieren als einer der maßgeblichen Teilhabe- und somit auch Inklusionsverhinderer angesehen werden, und als solche auch in der UN-BRK und der in ihr enthaltenen Definition von Behinderung verbrieft sind.

Betrachtet man sich Barrieren näher und folgt den Theorien, die in dieser Arbeit vorgestellt wurden und auch den Aussagen der für diese Ausarbeitung befragten Personen, stellt man fest, dass Barriere ein mehrdimensionaler Begriff ist und ein Querschnittsthema, was sich durch alle Bereiche der Gesellschaft zieht. Daraus wiederum lässt sich der Gedanke ableiten, dass für den Abbau von Barrieren, da, wo er vollzogen werden muss, ein breites Bewusstsein dafür entstehen muss; also in der Gesellschaft. Somit wird dieses Thema zum Politikum. Ein Instrument für eine Bewusstseinsbildung, wie in dieser Arbeit herausgearbeitet, ist die Einflussnahme auf gesellschaftsgestalterische Prozesse. Möchte man gesamtgesellschaftliche Prozesse nachhaltig gestalten, muss man alle ihre Mitglieder in diese einbeziehen, so auch Bürgerinnen und Bürger mit einer Beeinträchtigung. Das Mittel zur Wahl kann und muss an diesem Punkt Bürgerbeteiligung sein. Das bedeutet, dass Formate zur Bürgerbeteiligung für alle zugänglich und erreichbar sein müssen, damit in der Verwirklichung von Vorhaben der tatsächliche Querschnitt der Gesellschaft wiedergespiegelt werden kann. Zusammengefasst bedeutet das, dass Inklusion über den Abbau von Barrieren verwirklicht wird. Dafür muss ein Bewusstsein gebildet werden. Will man auf gesamtgesellschaftliche Prozesse einwirken und diese nachhaltig gestalten, muss man über das Instrument Bürgerbeteiligung alle Menschen einbeziehen.

Für die Stadt Chemnitz, in der jede fünfte Einwohnerin und Einwohner eine Beeinträchtigung hat, bedeutet das, dass sie ihre Bürgerbeteiligungsformate dementsprechend gestalten muss, will sie nicht ein Fünftel der Stadtgesellschaft von den Prozessen ausschließen. Der Stadt kann man keinesfalls unterstellen, sich diesem Thema zu verschließen. Gerade im Hinblick auf das Jahr 2025, dem Kulturhauptstadtjahr, wurde die Forderung nach der Verwirklichung von Inklusion noch einmal stärker in den Fokus gerückt. Anzumerken ist, dass es schon vorher weitreichende Aktivitäten gab, um dieser Forderung nachzukommen. Allerdings bringt die Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 eine neue Dynamik in den Prozess. Vor allem durch weitreichende Fördermöglichkeiten werden den Akteur:innen in der Stadt Ressourcen zu Verfügung gestellt.

In Chemnitz dient die UN-BRK als Leitlinie für die Umsetzung von Inklusion. Daher ist die Stadt ihrer Verpflichtung nachgekommen und hat einen lokalen Aktionsplan ‚Chemnitz inklusiv 2030‘ zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet und durch den Stadtrat verabschieden lassen. Betrachtet man sich den Umstand, dass Bürgerbeteiligung als ein entscheidendes Mittel zur Bewusstseinsbildung beschrieben wurde, ist es bemerkenswert, dass im Aktionsplan keine Maßnahmen zur Realisierung der Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Entscheidungen zu finden sind. Ausschließen lässt sich dabei, dass die Thematik vergessen wurde und/ oder nicht bekannt war. Im Gegenteil, sie wurde bewusst vernachlässigt. Belegen lässt sich das daran, dass in der Gesamtanalyse zum Aktionsplan, zu finden in der Anlage 2 zum Aktionsplan, Seiten 91 bis 100, dieses Thema ausführlich untersucht wurde. Mit dem Ergebnis, dass Chemnitz schon gute Strukturen der Zugänge zu politischen Prozessen bietet. Allerdings in den Strukturen unterhalb des Stadtrates, wie etwa Zugänge zu Ortschaftsräten, Stadtteilbüros und den Räumen von Bürgerplattformen, dort wo Bürgerbeteiligung stattfinden sollte und muss, noch große Handlungsbedarfe bestehen. Warum diese Bedarfe im Aktionsplan nicht berücksichtigt wurden, war nicht herauszufinden. Könnte aber zum Thema einer weiteren Erhebung gemacht werden.

Fasst man die Aussagen der befragten Expert:innen zusammen, muss man postulieren, dass Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen derzeit nur sehr unzureichend

stattfindet und hier unbedingt Prozesse auf den Weg gebracht werden müssen, um diesem Umstand entgegenzukommen. Ausdrücklich muss betont werden, dass es nicht Aufgabe der Arbeit war herauszufinden, wieso sich die Situation in dieser Ausprägung darstellt. Demzufolge ist der Stadt Chemnitz an dieser Stelle kein Vorwurf zu unterbreiten. Inklusion und die damit verbundenen Beteiligungsprozesse sind keine Einbahnstraße und demzufolge muss auch die Gruppe derer eingehend betrachtet werden, die sich beteiligen soll. Es muss gezielt untersucht werden, was die Gründe dafür sind, dass sich die Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Prozessen derzeit nur schlecht praktiziert. Daraus lässt sich ein weiteres Forschungsinteresse ableiten. Einen Lösungsansatz zur beschriebenen Problematik kann das im Anschluss folgende Best-Practice-Beispiel des ASB Ortsverbandes Chemnitz und Umgebung e.V. liefern.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Umsetzung inklusiver Prinzipien in der Stadt Chemnitz einen fortlaufenden, ganzheitlichen Prozess erfordert. Dieser Prozess muss an den Bedürfnissen und Erfahrungen der Betroffenen ausgerichtet sein und erfordert eine umfassende Bewusstseinsbildung, sowie die aktive Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft.

9 Best Practice Beispiel

Im Folgenden soll ein wegweisendes, partizipatives Projekt in Chemnitz vorgestellt werden, das darauf abzielt, Menschen mit körperlichen Behinderungen aktiv in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Stadt Chemnitz einzubinden. Dabei stehen die Menschen, die im ASB-Wohnzentrum leben und arbeiten, im Fokus. Sie sind allesamt körperlich beeinträchtigt, auf Rollstühle angewiesen und/oder weisen eine Kombination von mehreren Behinderungen auf.

Ausgehend davon, dass Menschen das Anliegen haben, sich in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen, wurde auf Grundlage der Förderrichtlinie Bürgerbeteiligung, von den Akteur:innen des ASB-Wohnzentrums, welches sich in Trägerschaft des ASB Ortsverbandes Chemnitz und Umgebung e.V. befindet, beim Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung ein Projektantrag zur Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen gestellt.

Die Projektidee entstand gemeinsam mit der sich damals noch im Amt befindlichen Stadtteilmanagerin des Reitbahnviertels in Chemnitz. Das Reitbahnviertel befindet sich im Zentrum von Chemnitz, ebenso wie das ASB-Wohnzentrum. Man konnte zu diesem Zeitpunkt schon auf eine sehr gute langjährige gemeinsame Arbeit zurückblicken. Aktivitäten zu gemeinsamen Veranstaltungen in unterschiedlichen Formaten wurden organisiert, die Begegnungen ermöglichten und zu gegenseitigem Kennenlernen führten. Kontakte, die bis dahin nur selektiv und partiell wahrgenommen wurden, konnten ausgebaut werden. Die Akteur:innen des ASB-Wohnzentrums gingen zunehmend mehr auf die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Quartier zu, um auf sich aufmerksam zu machen und mehr Begegnungen zu schaffen. In den entstandenen Gesprächen wurde deutlich, mit welchem Potenzial Menschen mit Behinderung an gesellschaftlichen Beteiligungsprozessen teilnehmen und wie wertvoll sich dieser Beitrag auf Entscheidungsprozesse für den Sozialraum auswirken kann. Dies gab Raum für vielfältige Kontakte, aus denen sich ein eindeutiger Wille ableiten ließ, dass eine

Beteiligung von Menschen mit Behinderung und deren wichtiger gesellschaftlicher Ressource eindeutig gewünscht und gebraucht wird.

Ziel des Projektes ist es, eine gemeinsame Vision zu entwickeln, die eine inklusive und barrierefreie Beteiligung an der Stadtentwicklung ermöglicht und umsetzt. Die formulierten Projektziele umfassen dabei nicht nur die Öffnung des ASB-Wohnzentrums für Bürgerbeteiligungsprozesse, um Begegnungen zu schaffen, sondern auch die direkte Kommunikation mit politischen Entscheidungsträgern, um besser an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Ein weiteres zentrales Ziel besteht darin, einen Erfahrungsprozess mitzugestalten, der ein gesellschaftliches Umdenken anregt. Hierbei geht es insbesondere darum, die Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderungen als eine wertvolle Ressource (an-)zuerkennen und gesamtgesellschaftliche (Denk-)Strukturen entsprechend zu verändern.

Dafür muss herausgefunden werden, welche Möglichkeiten von Bürgerbeteiligung in der Stadt Chemnitz zur Verfügung stehen, wie man als Bürger:in an diesen Formaten mitwirken kann und welche Barrieren ggf. vorhanden sind, um dieses Recht nicht proaktiv wahrnehmen zu können. In Gesprächen mit Betroffenen anderer Behinderungsarten, mit Politik und Verwaltung werden entsprechende Erfahrungen mit dem Thema ausgetauscht und gesammelt, um diese zukünftig formell festzuhalten. Das Projekt zeichnet sich durch eine Gestaltung aus, bei der die Bewohnerinnen und Bewohner des ASB-Wohnzentrums aktiv ihre Ressourcen und Expertise in diesen Prozess einbringen. Dabei erfolgt die Einbindung nicht isoliert, sondern in Kooperation mit einem breiten Netzwerk aus politischen, administrativen, kulturellen und wirtschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Das ASB-Wohnzentrum fungiert dabei nicht nur als aktiver Teilnehmer, sondern öffnet sich auch als Ort für Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern des Sozialraumes und der Stadt Chemnitz. Ein Konzept für eine niedrigschwellige Beteiligung von Bürger:innen wird in Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren des Stadtteils erarbeitet. Die Cafeteria des ASB-Wohnzentrums wird bewusst zu einem Raum für den Austausch und die Begegnung zwischen unterschiedlichen Gruppen.

Es wurden bereits mehrere Erfolge erzielt. Das Projekt wurde in Chemnitz bekannt gemacht, und es gibt Interesse von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus der Stadt an einer Zusammenarbeit. Die Gestaltung von Leitlinien für barrierefreie Kulturveranstaltungen ist in Arbeit, und die Umgestaltung von Zugängen zu verschiedenen Kulturbetrieben ist bereits im Gange.

Ein zentraler Meilenstein des Projekts war die Gründung eines Expert:innen-Netzwerks, das erfolgreich mit verschiedenen Interessenvertretungen, Politikerinnen und Politikern sowie Kulturbetrieben zusammenarbeitet. In Kooperation mit Betroffenen verschiedener Behinderungsarten werden Begehungstermine für die Entwicklung von Barrierefreiheit in kulturellen Räumen wahrgenommen. Beispielsweise unterstützen und beraten die Akteur:innen des ASB-Wohnzentrums die Daetz-Stiftung und den Dialogus e.V. bei der Konzipierung einer in Mittweida entstehenden barrierefreien Holzkunstaussstellung.

Die Cafeteria des ASB-Wohnzentrums ist nicht nur ein Raum für Bewohnerinnen und Bewohner, sondern ist zu einem Ort der Begegnungen zwischen Menschen aus dem Sozialraum und der Stadt geworden. Veranstaltungen und Workshops zur politischen Teilhabe sind geplant, und das Projekt hat sich aktiv an der Miteinanderkonferenz für ein demokratisches Chemnitz beteiligt, indem es dort einen Workshop geleitet hat. Auf Initiative der Projektverantwortlichen hat die Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 GmbH ihre Inklusionsbemühungen verstärkt und arbeitet nun mit dem ASB-Wohnzentrum zusammen, um eine Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 für alle zu gewährleisten.

Synergieeffekte ergeben sich dabei für ein Arbeitsangebot, welches ebenfalls im ASB-Wohnzentrum konzipiert wurde und im Jahr 2022 den Sächsischen Inklusionspreis gewann. Dabei handelt es sich um PC-Arbeitsplätze, die die spezifischen Voraussetzungen erfüllen, durch die für Menschen mit körperlichen Behinderungen ein barrierefreier Zugang zum digitalen Raum gewährleistet wird. Konzipiert ist dieses Arbeitsangebot für den Teil der Gesellschaft, der auf Grund der Schwere der Funktionseinschränkung nicht zu jeder Zeit und nicht über einen vordefinierten Zeitraum die Möglichkeit hat auf sein volles Leistungspotenzial zurückzugreifen. In den Ergebnissen soll sichtbar werden über welche Ressourcen Menschen mit schweren körperlichen Behinderungen verfügen. Gleichzeitig stellt ihre Arbeitsmotivation und Leistungsbereitschaft einen gewinnbringenden

Beitrag für das Quartier und den erweiterten Sozialraum dar. Mittels digital barrierefreier Arbeitsplätze für Menschen mit schweren körperlichen Behinderungen, kann die Bearbeitung von Projekt- und Fördermittelanträgen zur Barrierefreiheit, wie zum Beispiel über das Investitionsprogramm für Barrierefreies Bauen „Lieblingsplätze für Alle“, realisiert werden. So werden die Menschen mit Behinderung in eigener Sache aktiv. Barrieren, die bei stattgefundenen Begehungen und Gesprächen aufgedeckt wurden, können so selbstaktiv abgebaut werden, indem man für die Eigentümer der Barrieren Förderanträge stellt und den Prozess bis zur Beseitigung der Barriere begleitet. So konnten mehrere Ärztehäuser in Chemnitz barrierefrei gestaltet werden, ebenso wie die Zugänge zum Stadtteilbüro des Reitbahnviertels und der Oper Chemnitz. Derzeit sind die Akteur:innen des ASB-Wohnzentrums in Kontakt mit allen großen Kultureinrichtungen der Stadt. Diese wendeten sich aus eigener Initiative an das ASB-Wohnzentrum, auf Grund der sichtbar gewordenen Aktivitäten, um auf die dort existierende Expertise beim Herstellen von Barrierefreiheit der Bewohner:innen zurückzugreifen. Menschen mit Behinderung werden in diesem Prozess in einer vollkommen anderen Rolle wahrgenommen. Nicht mehr als Fürsorgeempfänger:innen, die Hilfe benötigen, sondern als Expert:innen mit Kompetenzen, die einen gesellschaftlichen Mehrwert generieren.

Im Hinblick auf die im nächsten Jahr stattfindenden Kommunal- und Landtagswahlen, soll gemeinsam mit den Stadtverantwortlichen realisiert werden, dass auch Menschen mit Behinderung ihr Wahlrecht aktiv vor Ort in ihrem Wahlbezirk ausüben können. Darüber hinaus wird an Formaten zur politischen Bildung im ASB-Wohnzentrum und im Stadtteil gearbeitet. Gespräche mit den Verantwortungsträger:innen sind im Gange. Bei den derzeit stattfindenden politischen Entwicklungen ist jede Stimme für Demokratie unverzichtbar.

Die erzielten und weiteren Ergebnisse sollen dazu beitragen, Impulse für die barrierefreie Gestaltung der Stadt Chemnitz zu liefern. Die gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse sollen in Gremien und Zukunftswerkstätten einfließen, um für Barrierefreiheit zu sensibilisieren und gesellschaftliche Denkstrukturen nachhaltig zu verändern. Das Projekt steht in einer engen Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern, darunter Ministerien, die Stadt Chemnitz, Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen, Vereine und

Kulturbetriebe. Die Ergebnisse des Projektes sollen verwendet werden, um Impulse für barrierefreie Stadtgestaltung zu kommunizieren und Lösungen für existierende Barrieren erarbeiten zu können.

Der besondere Erfolg des Projekts liegt in seinem dialogisch kooperativen Ansatz. Das ASB-Wohnzentrum fördert ein respektvolles und konstruktives Miteinander mit allen Akteurinnen und Akteuren. Die positiven Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderung tragen zu einer Sensibilisierung für Vielfalt bei und stärken die Kompetenz zur Selbstwirksamkeit der Menschen mit Behinderung.

Literaturverzeichnis

Aichele, Valentin (2019): Eine Dekaden UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Menschen mit Behinderung. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament. Jg. 69 (Heft 6-7), S. 4-10.

Aichele, Valentin; Litschke, Peter; Striek, Judith; Vief, Niels (2020): Zukunftspotenzial entfalten. Die Aktionspläne der Länder zu Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung (Hg.) (2018): Die UN – Behindertenrechtskonvention. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Demokratie Braucht Inklusion. Die amtliche, gemeinsame Übersetzung von Deutschland, Österreich, Schweiz und Lichtenstein. Bonn: BMAS.

Behrisch, Birgit (2016): Anerkennung von Menschen mit Behinderung als Thema von Diversity. In: Genkova, Petia; Ringeisen, Tobias (Hg.): Handbuch Diversity Kompetenz. Band 2: Gegenstandsbereiche. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 437-448.

BTHG vom 23.12.2016 (BGBl. I, S. 3234).

Becker, Heinz (2016): ... inklusive Arbeit! Das Recht auf Teilhabe an der Arbeitswelt auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Böhnisch, Lothar (2016): Lebensbewältigung. Ein Konzept für die Soziale Arbeit. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (2014): Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor. (https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile verfügbar am 09.09.2023).

Dannenbeck, Clemens (2021): Soziale Arbeit im Inklusionsdiskurs. Eine kritische Reflexion. In: Hericks, Nicola (HG.): Inklusion, Diversität und Heterogenität. Begriffsverwendung und Praxisbeispiele aus multidisziplinärer Perspektive. Frankfurt am Main: Springer VS, S. 79-93.

Degener, Theresia (2009): Die UN-Behindertenrechtskonvention als Inklusionsmotor. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens. Jg. 57 (Heft 2), S. 200-219 (<https://www.lechler-stiftung.de/wp-content/uploads/RdJB-Aufsatz-09.pdf> verfügbar am 14.06.2023).

Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) (2023): Rechte von Menschen mit Behinderungen. Aktionspläne. (<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/rechte-von-menschen-mit-behinderungen/aktionsplaene> verfügbar am 17.09.2023).

Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) (2023): Parallellbericht an den UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung zum 2./3. Staatenprüfverfahren Deutschlands. (<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/parallelbericht-an-den-un-ausschuss-fuer-die-rechte-von-menschen-mit-behinderungen-zum-23-staatenpruefverfahren-deutschlands> verfügbar am 12.09.2023).

Flick, Uwe (2016): Sozialforschung. Methoden und Anwendungen. Ein Überblick für die BA-Studiengänge. 3. Auflage. Hamburg: Rowohlt's Enzyklopädie.

Galda, Anna; Krause, Jennifer; Liebetrau, Petra; Steinert, Wilfried W.; Weiser, Ulrich (2020): Chemnitz Inklusiv 2030. Der lokale Aktionsplan zu Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Chemnitz (Teilhabplan). Chemnitz: Stadt Chemnitz.

Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hericks, Nicola (2021): Einleitung. In: Hericks, Nicola (HG.): Inklusion, Diversität und Heterogenität. Begriffsverwendung und Praxisbeispiele aus multidisziplinärer Perspektive. Frankfurt am Main: Springer VS, S. 1-9.

Hirschberg, Marianne; Papadopoulos, Christian (2017): Partizipation behinderter Menschen. In: Diehl, Elke (Hg.): Teilhabe für alle?!. Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Schriftenreihe Band 10155. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 103-129.

Jantzen, Wolfgang (2005): Es kommt darauf an, sich zu verändern. Gießen: Psychosozial Verlag.

Landesdirektion Sachsen (Hg.) (2023): Dienststellen in Sachsen. (https://www.lids.sachsen.de/?ID=4141&art_param=372 verfügbar am 12.09.2023).

Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Bauer, Nina; Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 3. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.

Melzer, Heidrun (2015): Behinderung. In: Otto, Hans-Uwe; Tiersch, Hans (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. 5., erweiterte Auflage. Münschen: Ernst Reinhardt Verlag, S. 145-152.

Pförtner, Marlis (2015): Ernstnehmen – Zutrauen – Verstehen. 10. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta.

Nanz, Patrizia; Fritzsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Paust, Andreas (2016): Grundlagen der Bürgerbeteiligung. Materialsammlung für die Allianz Vielfältige Demokratie. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Popescu-Willigmann, Silvester (2014): Berufliche Bewältigungsstrategien und ‚Behinderung‘. Undoing Disability am Beispiel hochqualifizierter Menschen mit einer Hörschädigung. Wiesbaden: Springer VS.

Renn, Ortwin (2011): Bürgerbeteiligung – aktueller Forschungsstand und Folgerungen für die praktische Umsetzung. In: Hilpert, Jörg (Hg.) (2011): Nutzen und Risiken öffentlicher Großprojekte. Bürgerbeteiligung als Voraussetzung für eine größere gesellschaftliche Akzeptanz. S. 19-42 (<https://elib.uni-stuttgart.de/handle/11682/5560> verfügbar am 09.09.2023).

SGB IX vom 23.12.2016 (BGBL. I, S. 3234).

Stadtverwaltung Chemnitz (Hg.) (2023): Bürgerplattformen. (<https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/rathaus/buergerbeteiligung/engagement-und-mitwirkung/buergerplattformen/index.html> verfügbar am 12.09.2023).

Stadtverwaltung Chemnitz (Hg.) (2023): Geschichte. Chronik. (<https://chemnitz.de/chemnitz/de/unsere-stadt/geschichte/chronik/index.html> verfügbar am 12.09.2023).

Stadtverwaltung Chemnitz (Hg.) (2023): Stadtteilarbeit. (<https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/rathaus/buergerbeteiligung/engagement-und-mitwirkung/stadtteilarbeit/index.html> verfügbar am 12.09.2023).

Stadtverwaltung Chemnitz (Hg.) (2023): Zahlen und Fakten. (<https://chemnitz.de/chemnitz/de/unsere-stadt/stadtportrait/zahlen-und-fakten/index.html> verfügbar am 12.09.2023).

Statistisches Bundesamt (DESTATIS) (2023): Schwerbehinderte: Deutschland, Stichtag, Geschlecht. (<https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=0&levelid=1686753954818&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werte-abruf&code=22711-0001&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf#abreadcrumb> verfügbar am 14.06.2023).

Steven-Bartol, Eckart (2018): § 2 Begriffsbestimmungen. In: Feldes, Werner; Kohte, Wolfhard; Steven-Bartol, Eckart (Hg.): SGB IX. Sozialgesetzbuch Neuntes Buch Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Teil 1 – Regelungen für Menschen mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Menschen, Teil 3 – Besondere Regelungen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen (Schwerbehindertenrecht). 4., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018. Frankfurt/M.: Bund-Verlag GmbH (Kommentar für die Praxis), S. 212-226.

Stiftung Mitarbeit (Hg.) (2023): Bürgerplattform. (<https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/community-organizing/wie-wird-es-eingesetzt/buergerplattform#die-arbeit-der-buergerplattformen> verfügbar am 12.09.2023).

Schwalb, Helmut; Theunissen, Georg (2009): Einführung: Von der Integration zur Inklusion im Sinne von Empowerment. In: Helmut Schwalb und Georg Theunissen (HG.): Inklusion, Partizipation und Empowerment in der

Behindertenarbeit. Best-Practice-Beispiele: Wohnen – Leben – Arbeit – Freizeit. Stuttgart: Kohlhammer (Heil- und Sonderpädagogik), S. 11-36.

Schwalb, Helmut; Theunissen, Georg (2009): Vorwort. In: Helmut Schwalb und Georg Theunissen (HG.): Inklusion, Partizipation und Empowerment in der Behindertenarbeit. Best-Practice-Beispiele: Wohnen – Leben – Arbeit – Freizeit. Stuttgart: Kohlhammer (Heil- und Sonderpädagogik), S. 7-10.

Trescher, Hendrik (2015): Inklusion. Zur Dekonstruktion von Diskursteilhabbarkeiten im Kontext von Freizeit und Behinderung. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

UPIAS [The Union of the Physically Impaired Against Segregation] (1975): The Union of the Physically Impaired Against Segregation and The Disability Alliance discuss Fundamental Principles of Disability. London. (<https://disability-studies.leeds.ac.uk/wp-content/uploads/sites/40/library/UPIAS-fundamental-principles.pdf> verfügbar am 14.06.2023).

Wernig, Rolf; Avci-Wernig, Meltem (Hg.) (2015): Herausforderung Inklusion in Schule und Unterricht. Grundlagen, Erfahrungen, Handlungsperspektiven. Seelze: Klett/ Klallmeyer.

Erklärung zur Selbstständigen Anfertigung der Arbeit

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Chemnitz, den 11.10.2023

Anhang

Interviews

1

2 *Interview 1 - IP_1_VW*

3

4

5 P1: Guten Morgen. Vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben für dieses
6 Interview. Ich schreibe eine Masterarbeit mit dem Thema „inklusive und barriere-
7 freie Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderungen bei politischen Willens-
8 bildung und in Entscheidungsprozessen der Stadt Chemnitz“. Ich habe sie als
9 Interviewpartnerin gewählt, weil sie im Team Bürgerbeteiligung der Stadt Chem-
10 nitz arbeiten. Ich würde gern mit dem Interview beginnen. Haben Sie eingehend
11 noch Fragen? #00:00:32-9#

12

13 P2: Nein, ich habe erst einmal keine. Danke. #00:00:35-0#

14

15 P1: Vielen Dank. Die erste Frage, können Sie mir schildern, welche Rolle als
16 Expertin Sie ausfüllen? Was ihre Aufgaben sind und was aus dieser Perspektive
17 Behinderung für Sie bedeutet? #00:00:45-3#

18

19 P2: Es ist wichtig, Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Und da gehören natürlich
20 alle Kinder und Jugendlichen dazu, also jeder mit seinen individuellen Bedürfnis-
21 sen und Fähigkeiten. Genau. #00:01:26-2#

22

23 P1: Haben Sie im Arbeitsleben regelmäßig Kontakt mit Menschen mit Behinde-
24 rung? #00:01:31-2#

25

26 P2: Leider nicht. Nee, also regelmäßigen Kontakt habe ich nicht. Ich stehe natür-
27 lich in Kontakt, auch jetzt durch das Projekt mit dem ASB Wohnheim, wir kennen
28 uns schon sehr lange. Auch mit der [REDACTED], die die

29 Behindertenbeauftragte ist in unserer Stadt ist, aber mit Personen mit Behinde-
30 rung habe ich leider keinen regelmäßigen Kontakt. Was natürlich nicht heißt,
31 dass ich jetzt keine kennen würde. #00:01:59-5#

32

33 P1: (...) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen? Gibt es einen spürbaren An-
34 teil von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung hier in Chemnitz?
35 #00:02:15-1#

36

37 P2: Also ich kenne einige natürlich, es gibt gerade, es gibt ja Schulen und auch
38 integrative Kitas, wo eben Kinder mit verschiedenen Fähigkeiten ja einen Großteil
39 ihrer Zeit verbringen. Und ich denke, da gibt es schon einen großen Anteil. Inwie-
40 weit sich das jetzt in Zahlen ausdrücken, kann ich natürlich nicht sagen.
41 #00:02:40-9#

42

43 P1: Okay, Danke. Haben Sie darüber hinaus, also außerhalb ihrer professionel-
44 len Rolle, Kontakt mit Menschen mit Behinderung? #00:02:49-6#

45

46 P2: (...) Wenig. Eigentlich zu wenig. Man müsse, ja also ich habe relativ wenig
47 Kontakt zu Menschen mit Behinderung. #00:03:08-3#

48

49 P1: Okay, danke. Was verstehen Sie unter Inklusion und oder einer inklusiven
50 Gesellschaft? #00:03:16-5#

51

52 P2: Eine inklusive Gesellschaft fragt nicht mehr nach den Einzelnen. Oder, Oder,
53 dass lässt sich schwer in einen Satz fassen. Inklusive Gesellschaft. (...) nimmt
54 alle Menschen mit, egal wie sie sind. Also egal welche Fähigkeiten und Fertigkeit-
55 en sie haben. Und ich denke, man denkt auch gar nicht so drüber nach. Na also,
56 nimmt einfach jeden mit, so wie er ist und macht es auch jedem leicht mitzuge-
57 hen. Sprich es gibt so wenig wie möglich Barrieren. Wir sind offen für alles. Wir
58 sind nicht übermütterlich und wir sind auch nicht ignorant, sondern leben einfach
59 zusammen und sehen den Menschen und sehen nicht die Behinderung.
60 #00:04:11-0#

61

62 P1: Okay, sie sprechen von wir. Wen meint sie da konkret damit? #00:04:16-2#

63

64 P2: Na, die Gesellschaft. Es ging ja um die Gesellschaft. Genau. Also alle Teil-
65 nehmer der Gesellschaft, sozusagen die Gemeinschaft und das Gemeinwesen.
66 Hm. #00:04:25-4#

67

68 P1: Sie sprachen schon von Barrierefreiheit. Was bedeutet für Sie Barrierefreiheit
69 und oder wo stoßen Sie in Ihrem persönlichen Alltag auf Barrieren? #00:04:35-3#

70

71 P2: (...) Also man denkt natürlich als erstes bei einem Rollstuhlfahrer an irgend-
72 welche Ecken und Kanten, wenn der Fußweg nicht abgesenkt ist, was wir vorhin
73 hatten, wenn das Pflaster huglisch ist, wenn es keinen Zugang gibt zu Gebäuden,
74 was natürlich auch bei historischen Gebäuden besonders oft so ist. Also ich habe
75 ja die Rolli-Tour mitgemacht und mich da mit einer jungen Rollstuhlfahrerin un-
76 terhalten, die dann auch meinte „ich würde auch so gerne mal in die Kirche ge-
77 hen. Aber ich komme da nicht rein.“ Das sind natürlich die Barrieren, die man auf
78 dem ersten Blick sieht. Das ist aber jetzt bloß auf die die körperliche Behinderung.
79 Aber es gibt ja auch geistige Behinderung. Eine komplizierte Sprache ist zum
80 Beispiel auch eine Barriere. Also da stoße ich auch manchmal an Barrieren, wenn
81 wenn Dinge zu kompliziert und zu verschwurbelt erklärt sind. Eine einfache Spra-
82 che ist für mich auch barrierefrei. Na dann natürlich auch Sichtbeziehungen. Also
83 Menschen mit einer Sehbehinderung. Die nehmen Kontraste ja ganz anders
84 wahr. Oder Farben als Menschen, die, die ein anderes Sichtfeld haben. Ich habe
85 auch mein Praktikum im SFZ oben gemacht, bei den Blinden und Sehbehinder-
86 ten. Da habe ich auch noch mal ein ganz anderes, ganz anderen Einblick bekom-
87 men in die Materie. Und wir haben jetzt auch eine Spielplatzbeteiligung gemacht,
88 eine inklusive und haben uns auch einen Spielplatz angeguckt für sehbehinderte
89 Kinder. Da wird dann schon auf ganz andere Dinge geachtet. #00:06:11-2#

90

91 P1: Könnten Sie mir über diese Spielplatzbeteiligung, also können Sie mir da
92 mehr dazu erzählen? Also, wie das gelaufen ist. Also wie der Prozess abgelaufen
93 ist. #00:06:23-6#

94

95 P2: Es soll eine. Es soll ein Spielplatz entstehen. Im Pleißen-Park. Und die Vor-
96 gabe ist jetzt sowieso oder die Stadt Chemnitz hat sich vorgenommen, dass alle
97 Spielplätze inklusiv gestaltet werden sollen. Dieser natürlich ganz besonders,
98 weil dort auch die Landesschule für Blinde und Sehbehinderte ist. Deshalb haben
99 wir uns im Vorfeld, also ich habe die Beteiligung organisiert und im Vorfeld haben
100 wir uns mal den Spielplatz dort in der Schule angeschaut. War auch sehr interes-
101 sant. Die haben zum Beispiel an den Eisenstangen mit vier unterschiedlichen
102 Farben gearbeitet und haben immer geguckt, dass da ein Kontrast da ist, also
103 zwischen, was weiß ich, Stange und Hintergrund. Also wenn das Gebäude zum

104 Beispiel grün war, ne gelb war, dann war die Stange vielleicht grün oder blau,
105 dass da ein Kontrast entsteht zum Hintergrund. Also das haben die beispiels-
106 weise gemacht und das war auch ganz toll zu sehen, die haben den da gerade
107 eröffnet, wie die Kinder den genutzt haben. Da war ein kleiner Junge, da hat sich
108 gefreut, dass das erste Mal in seinem Leben gerutscht ist. Der war vielleicht so
109 zehn Jahre alt. Es war aber ganz ergreifend. Die haben auch einen Basketball-
110 platz, wo der Korb ganz tief hängt und wo der Untergrund ganz weich ist. Trotz-
111 dem, wo die auch einfach Basketball spielen können, obwohl sie es sehr schlecht
112 sehen, die haben dann auch mit unterschiedlichen Farben gearbeitet und hatten
113 dort auch Landschaftsarchitekten. Die, es gibt wohl solche Brillen, die du aufset-
114 zen kannst, die die verschiedenen Augenkrankheiten nachempfinden. Und die
115 Landschaftsarchitektin hatte mir auch erzählt, die war total überrascht, als sie das
116 dann so gesehen hat, wie das dann ist. Und dann konnte dieses natürlich auch
117 anders planen. Naja, mit denen haben wir uns unterhalten und am Ende gab es
118 eine Umfrage. Wir haben einen Fragebogen erarbeitet, da ging es darum, welche
119 Spielfunktionen die Kinder gerne nutzen. Na, den habe ich in 18 Einrichtungen
120 verteilt. Kitas, die dort in der Umgebung waren und Grundschulen. Da waren
121 auch integrative Kitas dabei. Deshalb weiß ich, es gibt einige und man konnte es
122 auch im Amtsblatt machen. Man konnte es online ausfüllen. Ganz unterschiedlich
123 war so halbe halbe dann am Ende. Für mich war es auch mal interessant zu
124 gucken, wie füllen denn das die Leute aus? Haben die lieber ihren ihren Zettel?
125 Oder haben die lieber, machen die es lieber online auf der Rückseite? Ich kann
126 das dann noch mal holen, wie es aussah. Auf der Rückseite war ein kleiner La-
127 geplan. Da konnten die Kinder dann einmalen, wie sie sich ihren Spielplatz wün-
128 schen, was sie sich da rauf wünschen. Und dann kamen auch, habe auch liebe
129 E-Mails gekriegt von Menschen, die eben behinderte Kinder haben und die ha-
130 ben uns auch noch mal gute Hinweise gegeben, auf was man mit achten sollen.
131 Das habe ich alles ausgewertet. Also es gab insgesamt 450 Teilnahmen, was
132 schon sehr viel ist, für so eine Beteiligung. Genau, und so lief das. Und jetzt ist
133 es so, dass die, es läuft ja über unser Grünflächenamt, die schreiben jetzt so eine
134 Art Auftrag und der Auftrag geht dann raus an Spielplatzplaner. Die können sich
135 dann drauf bewerben und dann schauen wir mal, welcher Spielplatzplaner ge-
136 winnt. Dann wird es noch mal allen vorgestellt und die Kitas haben auch alle
137 einen Brief vom Oberbürgermeister bekommen, wo er sich bedankt für die tollen
138 Zuarbeiten. Manche haben gebastelt, manche haben mit Lego was gebaut, die
139 haben sich, sind dahin gelaufen, haben sich das angeguckt. Also waren alle viel
140 dabei und die waren auch sehr begeistert. Da habe ich ganz viel positive Rück-
141 meldungen bekommen, dass die sich beteiligen, beteiligen durften. Also gerade
142 die Kita Leiter. Die haben gesagt, das ist ja toll, dass wir mitmachen dürfen und
143 für die war das was völlig Neues, weil das haben wir bisher noch nicht so ge-
144 macht. Genau. Ja, das war so was, so die Beteiligung. Und dann gucken wir mal,
145 was am Ende rauskommt. Und ich weiß, am Schlossteich gibt es auch einen
146 behindertengerechten oder inklusiven Spielplatz, auch so mit einer langen

147 Rampe, wo man hochfahren kann. Es wird also jetzt immer darauf geachtet, dass
148 die Spielplätze inklusiv sind. #00:10:39-0#

149

150 P1: Sie haben für den Spielplatz eine Umfrage gemacht? Und diese Maßnahmen,
151 die ergriffen worden sind, um den Spielplatz so zu bauen, wie er ist? Weil ich
152 habe jetzt raus gehört, er war schon ein Stück weit fertig? Also wurde mit Farben
153 bereits gearbeitet. #00:10:55-7#

154

155 P2: Ist noch gar nicht. #00:10:56-3#

156

157 P1: Es ist noch gar nichts fertig? #00:10:56-8#

158

159 P2: Das was ich erzählt habe, das was schon fertig war, das war der von der
160 Landesschule für Blind. #00:11:00-5#

161

162 P1: Also da hat das Beispiel gegolten. #00:11:02-5#

163

164 P2: Genau den haben wir uns vorher mal angeguckt, wie so was aussehen kann.
165 #00:11:05-6#

166

167 P1: Haben Sie eine Ahnung, wo diese Hinweise hergekommen sind? Wie das
168 gebaut worden ist? Ist also wer, wie sag ich das? Ich sage jetzt mal, wer sich das
169 hat einfallen lassen oder... #00:11:16-7#

170

171 P2: Die haben selber ihre Kinder befragt. #00:11:17-3#

172

173 P1: Woher die Expertise gekommen ist. #00:11:20-1#

174

175 P2: Also, wenn Sie das interessiert, Ich kann Ihnen auch den Kontakt zu dem
176 Schulleiter geben, der [REDACTED], ist da, ganz offen dafür. Ist auch sicherlich ein
177 interessanter Interviewpartner. Und genau die haben auch die Kinder selber be-
178 fragt. Der hat mir die Befragungsergebnisse gegeben, hat teilweise auch noch
179 mal die Fragebögen ausfüllen lassen, mit den Betreuern zusammen.
180 #00:11:44-0#

181

182 P1: Ja schön. #00:11:45-4#

183

184 P2: Und daraufhin haben die dann den Spielplatz gemacht. Also mit ihren Kindern
185 zusammen. #00:11:49-3#

186

187 P1: Schön. Danke. Meine nächste Frage, [REDACTED], wie schätzen Sie denn
188 momentan den Status Quo von Barrierefreiheit in der Stadt Chemnitz aus Ihrer
189 Sicht ein? #00:11:59-8#

190

191 P2: Hmm, ich kann das glaube ich schwer beurteilen als jemand, der keine
192 Einschränkungen hat. Ähm, ich denke in den neuen Gebäuden wird auf jeden
193 Fall schon darauf geachtet, dass es barrierefrei ist. Aber ich denke, in den älteren
194 Gebäuden ist es schwierig. Na also, da gerade, was ich schon erzählt hatte, in
195 den in der Kirche oder ja, gerade hier im Rathaus müsste man auch noch mal
196 gucken, wie das aussieht. Vielleicht können Sie da heute, am Donnerstag bei der
197 Einwohnerversammlung mal gucken, wie das da aussieht mit der Barrierefreiheit.
198 Ich weiß auch, es gab mal so eine Veranstaltung vom weißen Stock aus, das ist
199 auch ein ganz großartiges Projekt. Da sind wir blind durch die Stadt gegangen
200 und das war schon sehr beeindruckend. Also wir hatten Augenklappen auf und
201 du bist unheimlich unsicher und du bist schon sehr gehemmt. Und es gibt viele
202 Dinge, die einem da Angst machen. Also gerade wenn man an einer stark befah-
203 renen Straße steht, zum Beispiel, man guckt, aber kann ja nicht gucken. Es gibt
204 jetzt auch immer diese Schalter an den Ampeln, für die Ampelschaltung. Ich weiß
205 nicht, ob es an jeder Ampel ist. Seit ich da war, habe ich immer geguckt, ob die
206 überall dran sind, an jeder Ampel. Manche Situationen sind auch schwierig, ge-
207 rade so, vorm SMAC, zum Beispiel. Dieses riesen Gleisdreieck. Ich müsste da
208 mal nachforschen, ob das wirklich. Also müsste man mal mit jemanden dort lang-
209 gehen, der sehbehindert ist. Ob das wirklich so gut ist, weil das ist so eine riesen
210 freie Fläche und die Bahn fährt dort lang. Na das, denke ich, ist auf keinen Fall
211 sicher und ich weiß auch nicht, diese lauten Autogeräusche immer in der Innen-
212 stadt. Ich kann mir auch vorstellen, dass das auch sehr ablenkt. Ansonsten haben
213 wir ja auch bei der Rolli Tour gesehen, dass es schon genug Hindernisse gibt,
214 wo man, also ich bin da mit nem Rollstuhl in der Bahnschiene fast hängengeblie-
215 ben und die Ampelzeiten sind zum Beispiel auch teilweise zu kurz. Also da kam
216 dann auch die Straßenbahn. Ich habe es bei Grün nie geschafft über die Straße
217 zu rollen. Das Problem ist, ich könnte es jetzt nicht bewerten in Noten, aber ich
218 denke, wir haben auf jeden Fall noch viel Platz nach oben, um da was zu verbes-
219 sern. Aber ich weiß auch, es gibt die AG barrierefreies Bauen, wo viele dran sind
220 und wo viel auch mit dran gedacht wird. Aber das ist halt das, was neugebaut
221 wird und ich denke, man kann da auf jeden Fall noch mehr machen. Ich weiß,

X

222 dass gerade unser Leiter vom Verkehrs und Tiefbauamt da wirklich auch hinter-
223 her ist. Da hat ja die Rolli Tour auch mitgemacht und hat sich auch mit geküm-
224 mert. Aber ich denke, da geht auf jeden Fall mehr. #00:14:57-2#

225

226 P1: Sie haben sich, sie haben gesagt, sie haben sich an der Rollitour beteiligt, an
227 Aktionen vom weißen Stock. Glauben Sie, dass solche Erfahrungswerte und sol-
228 che Begegnungen hilfreich sind? #00:15:11-0#

229

230 P2: Ja, in jedem Fall. Also ganz. Die sind eigentlich ganz, ganz wichtig. Das sollte
231 eigentlich jeder mal machen. Schon um. Schon um das nachzuempfinden. Ich
232 weiß noch das war damals. Wir sind dann noch an der Brückenstraße langgelau-
233 fen und dort hat gerade Pro Chemnitz demonstriert. Das war so gruselig und ich
234 wusste nicht, was da los war. Also einer hat immer geführt. Die Frau, Liebtrau,
235 hat mich geführt. Das war. Das war so beängstigend. Man kriegt dann Dinge
236 auch noch mal ganz anders mit. Naja, oder wir standen auf einem Brückengelän-
237 der und die haben mal an dem Geländer gewackelt oder haben uns auch mal so
238 geschubst. Das empfindest du ganz anders, wenn du zum Beispiel nicht siehst.
239 Oder wenn du so hilflos bist. Und man kommt natürlich gerade bei der Rolli Tour,
240 und das ist auch das Tolle, dass du eben mit den Menschen, die wirklich die
241 Behinderung haben, ins Gespräch kommst. Ich habe auch mit mit der Fatima
242 gesprochen von Radio D. Ich habe mir zum Beispiel gesagt, wenn sie mal raus-
243 fällt, das passiert immer mal! Die will da gar keine Hilfe haben. Also man ist dann
244 auch als Helfender gar nicht immer eine Hilfe, weil manchmal willst du helfen und
245 die wollen das am Ende gar nicht. Und deshalb dieses Gefühl dafür, na natürlich
246 muss man erst mal fragen. Auf der anderen Seite darf man, denke ich, auch nicht
247 so übermütterlich. Aber dass das Gefühl und das Gespür, das musst du ja erst
248 mal kennenlernen. Wenn du dich nicht mit den Menschen beschäftigst, mit dem
249 Thema allgemein, ja, dann kannst du selber nicht sensibel sein, was das Thema
250 angeht und kannst natürlich auch Beteiligung nicht so gestalten, dass sie wirklich
251 inklusiv ist. Und selbst mir fehlen da sicherlich und ich, also ich habe bestimmt
252 da auch nicht an alle gedacht und auch ein paar Fehler gemacht. #00:17:06-2#

253

254 P1: Okay, ich denke, ein gutes Beispiel für die Sensibilität sind immer solche
255 Beispiele aus meiner Erfahrung. Es sind Toilettentüren. Natürlich die Erfahrung
256 bei einem großen Veranstalter hier in Chemnitz, wofür wir den angesprochen
257 haben und haben den angeboten, diese Toilettentüren zu automatisieren. Über
258 dieses Förderprogramm Lieblingsplätze. Und da war am Anfang so die Meinung
259 da, wir haben doch Personal, was die Toiletten öffnen, die Toilettentüren jederzeit
260 öffnet. Wir haben immer Mitarbeiterinnen, die da stehen, die Türen öffnen. Und
261 dann habe ich halt die Frage gestellt, na wollen sie jedes mal, wenn sie ins The-
262 ater geht, ins Kino gehen oder auf einer Veranstaltung sind, jemanden

263 ansprechen und dem erst mal sagen müssen, ich muss auf Toilette. Da war die
264 Antwort: nee, nee. Ich sage sehen sie. #00:17:55-3#

265

266 P2: Ja. #00:17:58-0#

267

268 P1: Aber genau da gehen die Barrieren los. #00:17:58-7#

269

270 P2: Und das ist manchmal gar kein böser Wille. Nein, ich weiß, der Mario von
271 euch aus dem Wohnheim, der war, wollte das letzte Mal zur Einwohnerversamm-
272 lung. Und ich habe auch. Also die hatten das geplant. Und ich habe gesagt, ach-
273 tet bitte auf Barrierefreiheit dort in der Schule, das ist nicht barrierefrei, es war die
274 Industrieschule Open im Park. Genau. Na ja, und da musste dann auch da,
275 konnte gar keinen fragen, weil der Eingang ja auch schon mit Treppen versehen
276 war ist, bis er es dann das geschafft hat, jemanden zu fragen, die haben dann
277 einen Hausmeister geschickt, dann ist der Hausmeister mit dem Hintenrum ums
278 Haus gegangen, hat einen Fahrstuhl aufgeschlossen und selbst das, also die
279 Leute denken dann, der kommt doch irgendwie hoch, es gibt doch einen Fahr-
280 stuhl. Aber dieser ganze Weg dahin, dieses Fragen müssen, na dieses so Ande-
281 ren Umstände machen, das ist ja auch schon eine große Barriere. Und das ist
282 auch so, das kann ich mir vorstellen, erzeugt eben auch dieses Gefühl, das habe
283 ich bei Rollitour wohl gemerkt. Wenn ich dann gefragt, da kann mich mal jemand
284 schieben, weil ich wollte halt das wirklich durchziehen und nicht einfach aufste-
285 hen und hm, das ist schon dann auch anders. Du bist dann so ein Bittsteller und
286 ich finde, das ist auch schon eine große Barriere und deshalb für eine inklusive
287 Gesellschaft gehört es halt wirklich dazu, dass da keiner fragen muss.
288 #00:19:21-0#

289

290 P1: Dass man nicht fragen muss. Ja, glaube ich, dass man beim Stadtbad über
291 den Hintereingang rein reingeht. #00:19:28-4#

292

293 P2: Immer Hintereingang. Das ist ja schon... #00:19:30-7#

294

295 P1: Oder dass man in der neuen Universitätsbibliothek halt nicht den Lastenauf-
296 zug nehmen muss und man denkt so, ja, also das wurde uns angeboten, wir
297 haben doch einen Lastenaufzug. Aber ich glaube, man kann das den Menschen
298 nicht vorwerfen. Und ich glaube, das ist eine Aufgabe, dort die Begegnung und
299 die Erfahrungen herzustellen. #00:19:50-2#

300

301 P2: Auf jeden Fall. Na, ich sehe das auch, zum Beispiel bei meinen Kindern in
302 der Schule mit anderen Kindern mit Migrationshintergrund. Für uns ist das noch
303 was Seltenes, weil wir das ja früher gar nicht so oft hatten. Und jetzt ist das so,
304 die haben halt aus der Klasse Kinder, aus Vietnam, aus Lettland, wo die noch
305 alle herkommen, aus der Ukraine und die wachsen zusammen auf. Und dann ist
306 das da, wird, wie ich vorhin schon gesagt habe, wird halt das Kind gesehen und
307 der Mensch gesehen und nicht die Herkunft. Und wenn ich denke, so Stück für
308 Stück, wenn man noch mehr Begegnung schaffen kann, sieht man dann wirklich
309 immer mehr den Menschen und nicht die Beine, die nicht funktionieren oder die
310 Stimme, die nicht funktioniert oder die Augen, die nicht funktionieren.
311 #00:20:35-1#

312

313 P1: Okay, schön. Wir haben über Inklusion, über Inklusion gesprochen. Das ist
314 ja nun ein Begriff, der nicht von ungefähr kommt. Wir als Gesellschaft haben ja
315 einen klaren Auftrag bekommen und diesen haben wir auch angenommen mit
316 Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention. Das ist nun mittlerweile 13, 14
317 Jahre her, dass wir gesagt haben, Ja, wir wollen das, ja, wir machen das mit. Aus
318 Ihrer Sicht wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung ein? #00:21:05-3#

319

320 P2: Ich denke, es gibt mehr Menschen, die das wollen. Also ich bin da kein Ex-
321 pte. Ich kann jetzt wirklich bloß aus meiner ganz, ganz groben Laiensicht drüber
322 sprechen. Es kann natürlich auch sein, dass ich das nur so wahrnehme, weil für
323 mich das Thema auch wichtig ist, dass es Menschen gibt, die das wollen. Nicht
324 umsonst haben wir eine Behindertenbeauftragte oder ein Behindertenbeirat.
325 Aber wie ich vorhin schon gesagt habe, ich glaube, wir haben noch sehr viel Luft
326 nach oben. Und ich glaube, das ist halt auch ein gesellschaftliches Thema. Die
327 Menschen müssen das auch wollen und müssen das auch sehen. #00:21:47-3#

328

329 P1: Die Menschen mit Behinderung. Oder die Menschen ohne Behinderung.
330 #00:21:53-9#

331

332 P2: Alle. #00:21:54-4#

333

334 P1: Ich würde gern zur Bürgerbeteiligung kommen. #00:22:00-6#

335

336 P2: Ja. #00:22:01-3#

337

338 P1: Das sind eine ganze Menge Unterfragen. Aber die sich vielleicht doch im
339 Gespräch beantworten. Welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung für die wei-
340 tere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt
341 Chemnitz? #00:22:17-3#

342

343 P2: Also auf jeden Fall einen ganz großen Stellenwert. Deshalb machen wir das
344 ja. Es ist wichtig, dass die Menschen ihre Stadt mitgestalten. Weil wir brauchen
345 die Stadt, also die Verwaltung und Politik, braucht die Stadt hier nicht für sich zu
346 gestalten, sondern die macht das eben für ihre Bürgerinnen und Bürger. Ganz
347 wichtig ist auch das, dass es eben die jungen mitmachen, dass sie ihre Selbst-
348 wirksamkeit erleben, dass sie sehen können, meine Stimme wird gehört, meine
349 Stimme ist auch wichtig, gerade in den Angelegenheiten, die für mich da sind,
350 aus meiner Rolle, die für Kinder und Jugendliche wichtig ist. Ja, also ohne Bür-
351 gerbeteiligung geht es nicht. Sagen wir mal so. #00:23:02-7#

352

353 P1: Das ist eine Aussage. #00:23:04-0#

354

355 P2: Ja, ja. #00:23:05-0#

356

357 P1: Welche Rolle spielen dabei Menschen mit Behinderung. #00:23:08-2#

358

359 P2: Und spielen die gleiche Rolle wie alle anderen, also Menschen mit Behinde-
360 rung, die zählen für mich einfach zur Bürgerbeteiligung dazu. Das heißt Bürger-
361 beteiligung und nicht Beteiligung von gesunden Bürgern oder nicht behinderten
362 Bürgern, sondern ja, sie gehören hundert Prozentig dazu. #00:23:31-6#

363

364 P1: Wie gelingt es der Gesellschaft in unserer Stadt, Menschen mit Behinderun-
365 gen am gesellschaftlichen, politischen Leben zu beteiligen? Und haben Sie even-
366 tuell Beispiele dafür? #00:23:42-1#

367

368 P2: Also ich denke, es gelingt nicht gut. Ich kann natürlich nicht sagen, weil Be-
369 teiligung ist ja ein weites Feld. Man kann sich natürlich auch beteiligen, indem
370 man einen Brief an den Oberbürgermeister schreibt, in dem man bei Umfragen
371 mitmacht. Online Umfragen, da sehen wir ja nicht, ist dieser Mensch behindert
372 oder nicht? Na also, gerade eure, eure Bewohner, die nutzen ja auch das Inter-
373 net. Na, von daher kann man jetzt nicht sagen, der Anteil ist so und der Anteil ist
374 so, also das kann ich jetzt nur einschätzen. Ansonsten kann ich halt bloß mein

375 Beispiel bringen mit dem Spielplatz, wo wir wirklich sehr darauf geachtet haben,
376 was wir jetzt auch viel machen. Wir hatten auch eine Weiterbildung in einfacher
377 Sprache, dass wir also wirklich versuchen, dass vieles in einer einfachen Spra-
378 che zu formulieren, dass es wirklich viele Menschen verstehen. #00:24:43-8#

379

380 P1: Genau. #00:24:44-5#

381

382 P2: Genau. Aber ich denke, auf jeden Fall muss das noch viel stärker umgesetzt
383 werden. Man kann ja auch mal gucken, wir haben also, wenn man unseren Stadt-
384 rat anguckt, es ist kein Stadtrat im Rollstuhl dabei oder es ist kein Stadtrat mit
385 einer Sehbehinderung dabei. Da sehen wir ja, wie sie am politischen Leben teil-
386 nehmen. #00:25:08-1#

387

388 P1: Haben Sie eine Idee, warum, Entschuldigung, da kein Stadtrat im Rollstuhl
389 dabei ist? Warum nicht? #00:25:19-7#

390

391 P2: Das kann ich nicht einschätzen. #00:25:24-4#

392

393 P1: Okay. Ich glaube, dass. Wird jetzt eine Dopplung ergeben. Man muss ja
394 nochmal nachfragen. Ich Wenn ich mir die Fragen jetzt so angucke. Dann Frau
395 Günther, würde ich schon zum Schluss kommen. #00:25:50-1#

396

397 P2: Okay. #00:25:50-9#

398

399 P1: Mit der letzten Frage. Die sogenannte Wunderfrage. #00:25:56-1#

400

401 P2: Oh ja, die kenne ich. #00:25:58-4#

402

403 P1: Stellen Sie sich vor, Sie wachen in einer perfekten Welt auf und da hat die
404 Auseinandersetzung mit Inklusion und deren Realisierung nicht mehr notwendig
405 ist. Wie sähe diese Welt für Sie aus? Was müssten wir für diese Welt tun? Und
406 was hat uns bis jetzt davon abgehalten, dies zu tun? #00:26:15-1#

407

408 P2: Es wäre auf jeden Fall eine bessere Welt. Es wäre wahrscheinlich, das Um-
409 feld würde wahrscheinlich ein bisschen anders aussehen. Barrierefrei, was wir
410 schon besprochen haben. Menschen wären wahrscheinlich, ja rücksichtsvoller in
411 ihrem Wesen. Ja, was müsste man für die Welt tun? Ich denke, vieles hat auch
412 mit Haltung zu tun. Und die Haltung von Menschen zu ändern, das können die
413 Menschen ja nur selber. Also wir können ja niemandem was aufzwingen. Ich
414 denke, so Sachen wie die Rolltour zum Beispiel oder dieses Projekt von den
415 Blinden und Sehbehinderten, ich weiß es, ich glaube, das Bürgerhaus City hatte
416 das mit organisiert, mit dem weißen Stock zusammen. Solche Dinge. Es wäre
417 schön, solche Dinge mehr zu öffnen und öfter durchzuführen. Allerdings weiß ich
418 natürlich auch nicht, ob sich dann manche Menschen so zur Schau gestellt vor-
419 kommen. Das kann ich nicht einschätzen. Nein, es wäre schön, wenn wenn die
420 Mitmenschen einfach auch sehen, wenn wenn jemand gerade Hilfe braucht,
421 ohne dass er fragen muss. Aber wie gesagt, es hat alles mit Haltung, innerer
422 Einsicht und natürlich auch mit einer gewissen Aufmerksamkeit zu tun und einem
423 Blick für andere. Und das ist was, also was kann man dafür tun? Ich denke, da
424 hilft bloß die Auseinandersetzung und und natürlich der Perspektivwechsel.
425 Wenn man das selber nicht erfahren hat, kann man sich auch nicht vorstellen,
426 wie hilflos man sich da fühlen kann. Das fällt mir dazu ein. Und was hat uns bis
427 jetzt davon abgehalten, also eine Haltung zu ändern oder in Umgang mit einer
428 Sache? Das kann man natürlich nicht von außen machen, das kommt natürlich
429 von innen. Was wir tun können, ist, baulich darauf hinzuweisen, dass man das
430 und das baulich umsetzt und so, dass wir hier gucken, wenn es um Veranstal-
431 tungen geht, sind die barrierefrei. Ist das auch wirklich einfach für für Rollstuhl-
432 fahrer, für Sehbehinderte? Wie finden die uns? Brauchen die noch was? Brau-
433 chen wir zusätzlich einen Gebärdendolmetscher. Und selbst wenn wir den. Wenn
434 wir eine Veranstaltung haben und es ist niemand da, der den (Gebärdendolmet-
435 scher) eigentlich brauch. Weißt so ein Dolmetscher trotzdem darauf hin, dass es
436 eben Menschen mit Behinderung gibt, wie die Frau Schaub damals schon gesagt
437 hat. Na und vielleicht hilft uns auch, Menschen mit Behinderung konkret anzu-
438 sprechen, an Dingen teilzunehmen und sie einzuladen. Explizit, damit die einfach
439 mehr gesehen werden. #00:29:12-5#

440

441 P1: Gesehen werden. Diese Sichtbarkeit ist. #00:29:17-5#

442

443 P2: Genau. #00:29:18-1#

444

445 P1: Ein großer Schritt dahin. Also ich denke, es muss auch von den Menschen
446 aus den Menschen selber kommen, als das sich Menschen mit Behinderung
447 auch beteiligen und das auch zu wollen. #00:29:28-0#

448

449 P2: Wir haben ja nur. Wir müssen bloß gucken, dass wir die Barrieren dafür ab-
450 bauen. Also das sehen wir ja an der Beteiligung allgemein, dass sich bei man-
451 chen Sachen auch viele Leute nicht beteiligen. #00:29:39-2#

452

453 P1: Viel zu tun. Viel zu viel zu tun. #00:29:48-0#

454

455 P2: Ja, wir haben viel zu tun. Genau. #00:29:49-9#

456

457 P1: Frau Günther, vielen Dank für die interessanten Einblicke und Antworten.
458 Und. Ja, danke. #00:29:59-0#

459

460 P2: Bitte schön.

1 **Interview 2 – IP_2_P**

2

3 P1: Schönen guten Tag. Erst mal vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen für
4 dieses Interview. Was für eine wissenschaftliche Arbeit, für eine Masterarbeit sein
5 soll, mit dem Titel: „Inklusive und barrierefreie Bürgerbeteiligung für Menschen
6 mit Behinderung bei politischen Willensbildung sind Entscheidungsprozessen in
7 der Stadt Chemnitz. Ich habe mir vorgenommen, dafür Expertinnen Interviews zu
8 führen. Und sie sind eine davon, die ich angefragt habe und sehr dankbar bin,
9 dass das klappt heute. Es ist ein Leitfaden. Das Interview. Ich habe Fragen vor-
10 bereitet und wir beginnen einfach mal, wenn es ihnen recht ist. Haben Sie noch
11 Fragen dazu? #00:00:44-8#

12

13 P2: Wird die Arbeit veröffentlicht oder öffentlich zugänglich sein oder nicht?
14 #00:00:49-6#

15

16 P1: Die Arbeiten sind in der Hochschulbibliothek, also dies ist ein Projekt der
17 Hochschule Mittweida und die werden in der Bibliothek dort zu finden sein. Also
18 insofern man keinen Sperrvermerk macht, was ich nicht vorhabe, weil ich denke,
19 das ist ein wichtiges Thema, was dann auch Leuten zugänglich gemacht werden
20 soll. Ich bin aber auch gern bereit, ihnen ein Exemplar zur Verfügung zu stellen,
21 wenn sie dann geschrieben ist. Ja beginnen wir. Meine erste Frage wäre: Können
22 Sie mir schildern, welche Rolle als Expertin Sie ausfüllen, was Ihre Aufgaben
23 darin sind und was aus dieser Perspektive Behinderung für Sie bedeutet?
24 #00:01:27-5#

25

26 P2: Also ich bin Landtagsabgeordnete, seit 13 Jahren und habe seitdem auch
27 den Sprecherposten, Sprecherin für Inklusion inne. Und in dieser Funktion habe
28 ich es mir mit zur Aufgabe gemacht, neben vielen anderen Aufgaben, die ich
29 habe, dass Menschen mit Behinderung auch meine Art von Politik nachvollziehen
30 können sollen. Das heißt, ich versuche diejenige zu sein, die auch in meiner Par-
31 tei darauf achtet, dass zum Beispiel Wahlprogramme auch mal eingesprochen
32 werden, dass ich die Abgeordnete bin, die auch eine halbwegs barrierefreie, voll-
33 ständig würde ich jetzt nicht behaupten, aber einigermaßen barrierefreie Home-
34 page hat und auch immer wieder Kolleginnen und Kollegen darauf hinzuweisen,
35 an welcher Stelle wir Menschen auch nicht mitnehmen mit unserer Politik, weil
36 es eben für sie überhaupt nicht möglich ist, da Zugang dazu zu finden. Und ich
37 sehe das als Querschnittsaufgabe an, dass ich tatsächlich bei allen Themen, die
38 ich betreue, versuche, darauf aufmerksam zu machen, wo Barrierefreiheit eben
39 nicht genügend eingehalten wird. Gestern Abend zum Beispiel war ich beim Lan-
40 dessportbund. Da wurden Medaillen verliehen an Sportlerinnen und Sportler und

41 da gab es eben auch keine Vertreterinnen und Vertreter inklusiver Sportarten,
42 die sind da so ausgeschlossen und dann so was versuche ich halt, meine beruf-
43 liche Position als Abgeordnete zu nutzen, dass sozusagen im positiven Sinne
44 eine Lobbyistin zu sein. Genau. #00:02:53-5#

45

46 P1: Können Sie darauf, was aus Ihrer Perspektive Behinderung bedeutet, viel-
47 leicht noch mal näher darauf eingehen? #00:03:02-7#

48

49 P2: Ja, also Behinderung bedeutet für mich, dass man nicht ohne Hilfsmittel oder
50 ohne Weiteres sozusagen Zugang auch zum zum gesellschaftlichen Leben, zum
51 Arbeitsmarkt, ja zu allen möglichen Aspekten, die zum Leben dazugehören, zum
52 kulturellen Leben, also dass Teilhabe an Dingen, die für andere Menschen selbst-
53 verständlich sind, nicht ohne irgendwelche Formen von Assistenz oder Hilfen
54 möglich sind. Genau. #00:03:31-8#

55

56 P1: Okay, Danke. Haben Sie am Arbeitsleben regelmäßigen Kontakt mit Men-
57 schen mit Behinderung? #00:03:37-7#

58

59 P2: Ja. Ja. Also, ich versuche natürlich gemäß dem Grundsatz: „nichts über uns,
60 ohne uns!“ auch häufiger Rücksprache zu nehmen zu den politischen Entschei-
61 dungen, die wir treffen, wie die auch auf Menschen mit Behinderung wirken. Und
62 besonders natürlich, wenn es Vorhaben sind, die für die Menschen mit Behinde-
63 rung direkt, also Gesetzesvorhaben, die direkt direkt betreffen wie Inklusionsge-
64 setze. Aber am Ende muss man sagen, sind ja Menschen mit Behinderung von
65 allen politischen Entscheidungen betroffen, wie jeder andere Mensch auch. Und
66 ja, deswegen versuche ich auch sonst gut in Kontakt zu kommen. Eben. Einmal
67 habe ich einen Kurs zum Beispiel anfangs gemacht in Gebärdensprache und
68 mich auch mehr mit gehörlosen Menschen verständigen zu können und bin auch
69 häufiger an der Blindenschule. Habe da auch so eine Patenschaft und versuche
70 einfach mit den Leuten auch darüber zu sprechen, über Fragen wie Sensibilität
71 angehen, was ja ein ganz heikles Thema gesellschaftliches Thema ist. Wie
72 möchten Menschen angesprochen werden? Und da stelle ich natürlich fest, dass
73 Menschen mit Behinderung auch einfach eine ganz riesengroße, heterogene
74 Gruppe mit ganz vielen unterschiedlichen Meinungen sind. #00:04:46-5#

75

76 P1: Genau darüber hinaus Kontakt zu Menschen mit Behinderung, also fernab
77 vom Arbeitsleben. #00:04:53-9#

78

79 P2: Privat. Das muss ich gerade mal überlegen. Also ich habe selbst eine kleine
80 Einschränkung dadurch, dass ich MS habe. Da kenne ich natürlich auch durch
81 meine Erkrankung viele andere MS Erkrankte, die. Ich habe selbst auch ein Grad
82 der Behinderung und bei denen das schon ein bisschen stärker ausgeprägt ist.
83 Dadurch habe ich natürlich Kontakt durch diese Betroffenenkreise. Ob das. Ja.
84 Und ansonsten habe ich tatsächlich sowieso im Freundes und Bekanntenkreis
85 auch den einen oder anderen Menschen mit Handicap schon. Meistens auch tat-
86 sächlich, die ich über meine Arbeit dann kennengelernt habe. #00:05:33-3#

87

88 P1: Okay. Dankeschön. Was verstehen Sie unter Inklusion und und oder einer
89 inklusiven Gesellschaft? #00:05:44-8#

90

91 P2: Also ich verstehe unter Inklusion, dass die Menschen, die ein Handicap ha-
92 ben, sich nicht anstrengen müssen oder keine gesonderte Leistung erbringen
93 müssen, um ganz normal dabei zu sein. Also dass gesellschaftliche Teilhabe,
94 dass da die Teilhabeleistungen von den nichtbehinderten Menschen erbracht
95 wird, nämlich dass man die Bedingungen so gestaltet und nicht, dass man es
96 den Menschen, die ein Handicap haben und ihren Angehörigen zusätzlich noch
97 aufbürdet, da integrative Leistung zu vollbringen. Genau. Sondern das ist ich
98 finde, es ist eine ethische Verpflichtung und moralische Verpflichtung für
99 Menschen ohne Behinderung, die Gesellschaft so zu gestalten, dass sie für Men-
100 schen mit Behinderung barrierefrei zugänglich ist. Weil das ist ja auch das Privi-
101 leg, nicht behindert zu sein. Was einem mitgegeben wird, ist ja auch eine Ver-
102 pflichtung, finde ich. #00:06:39-1#

103

104 P1: Sind Sie die Verwirklichung von Inklusion nur auf gesellschaftlicher Seite ver-
105 ortet oder auch bei betroffenen Gruppen? #00:06:49-0#

106

107 P2: Na ja, natürlich können betroffenen Gruppen einen Beitrag leisten, zum Bei-
108 spiel indem sie uns Hinweise geben, also indem sie nicht behinderten Menschen
109 Hinweise geben, indem sie die Hinweise so geben, dass sie vielleicht auch gut
110 umsetzbar sind, indem sie vielleicht auch den Menschen, die kein Handicap ha-
111 ben, mit Wohlwollen begegnen. Dass das nicht immer böse gemeint ist und das
112 sie vielleicht ein bisschen Geduld mit uns haben. Ja, okay. #00:07:20-0#

113

114 P1: Sie haben die Barrieren angesprochen. Was bedeutet für Sie Barrierefreiheit
115 und oder wo stoßen Sie in Ihrem Alltag auf Barrieren? #00:07:32-3#

116

117 P2: Ja, ich unterscheide die Barrierefreiheit in kommunikative Barrieren und in
118 bauliche Barrieren. Ich glaube aber, dass es überdies auch noch soziale Barrie-
119 ren gibt und vielleicht auch kognitive, also die baulichen Barrieren, ist ganz klar.
120 Das ist all das, was an Gebäuden zugänglich gemacht werden muss, dass ein
121 Mensch im Rollstuhl oder mit einer Gehhilfe in der Lage ist, das Gebäude zu
122 betreten, dort auf eine Toilette zu gehen und dort alle Räumlichkeiten nutzen zu
123 können. So die Barrierefreiheit im kommunikativen Bereich, dass eben Audio-
124 deskription zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise an Kultureinrichtun-
125 gen, das in Brailleschrift auch Gebäude beschildert sind, aber eben auch das für
126 gehörlose Menschen Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung stehen. Sozi-
127 ale Barrieren gibt es, glaube ich, wenn Dinge für bestimmte Bevölkerungsgrup-
128 pen zu elitär werden. Und soziale Barrieren gibt es meines Erachtens leider in
129 unserem Bildungssystem ganz häufig. Also indem zum Beispiel auch Bildungs-
130 angebote kostenpflichtig sind. Um zum Beispiel Kinder mit Behinderungen an der
131 staatlichen Schule keinen Platz finden, dann sich an eine private Schule wenden
132 müssen. Die Eltern und das ist natürlich für manche eine soziale, auch finanzielle
133 Barriere. #00:08:52-2#

134

135 P1: Was glauben Sie, bedeutet für Menschen mit Behinderung Barrierefreiheit?
136 #00:08:59-0#

137

138 P2: Dass sie so wie Menschen ohne Behinderungen am Alltag teilhaben können,
139 Dass sie alles machen können, was Menschen ohne Behinderung auch machen
140 können. Selbstbestimmt leben. Und was ja auch teilweise sehr belastend und
141 auch entwürdigend sein kann: nicht ständig fragen zu müssen und nicht ständig
142 sozusagen eine ungewollte Rolle als Extrawurst sozusagen zu haben, das wollen
143 sie ja gar nicht. #00:09:24-9#

144

145 P1: Wie schätzen Sie den momentanen Status Quo von Barrierefreiheit ein? Viel-
146 leicht auch für die Stadt Chemnitz? #00:09:34-3#

147

148 P2: Also ich finde schon, dass durch die UN Behindertenrechtskonvention damit
149 verbundene Gesetze, damit verbundene Finanzmittel sich wirklich viel, viel, viel
150 zum Positiven verändert hat. Und ich glaube tatsächlich, ich habe das selbst vor
151 13 Jahren angefangen, das Thema politisch zu bearbeiten, dass es deutlich stär-
152 ker auch Barrierefreiheit ins Bewusstsein gerückt ist. Aber es gibt trotzdem immer
153 wieder diese Fälle von, dass es aus nicht bösem Willen vergessen wird. Also ich
154 glaube, das ist immer noch die die größte Baustelle sozusagen, dass man so im
155 täglichen wieder dran erinnert. Das ganz oft haben wir auch im Landtag zum Bei-
156 spiel wenn wir Gesetze beschließen, dass man wir haben jetzt zum Beispiel eine

157 neue Rundfunk irgendwas Medien Verordnung da aus Brüssel bekommen und
158 dann sollte die umgesetzt werden. Brüssel sagt ganz klar, es gibt diesen Acces-
159 sibility-Act, muss zugänglich sein und es wurde halt in der Umsetzung im Frei-
160 staat Sachsen einfach vergessen. Und dann sagen alle auch das tut uns aber
161 leid und das haben wir jetzt nicht dran gedacht. Also es ist gar kein böser Wille.
162 Es wird eben, gerade wenn es eine Barrierefreiheit im kommunikativen Bereich
163 gibt, einfach oft noch vergessen. Also da finde ich, ist einerseits die Veränderung
164 durch die UN BRK, die ich sehr positiv empfinde und auf der anderen Seite, dass
165 dieser Bewusstseinswandel, von dem immer die Rede ist, wo eben oftmals ein-
166 fach nicht dran gedacht wird. #00:10:59-8#

167

168 P1: Also hier ist im Prinzip die Bewusstseinsbildung eine sehr wichtige Ge-
169 schichte, oder wo? Wo wir wahrscheinlich mit unserer Arbeit groß ansetzen
170 müssten. #00:11:10-4#

171

172 P2: Das ist das dickste Brett aus meiner Sicht, weil Gesetze sind immer wichtig,
173 weil Gesetze auch Impulsgeber für Veränderungen sein können, die auch im öf-
174 fentlichen Raum sichtbar sind. Und die Sichtbarkeit ist das Wichtige, dass man
175 wirklich drauf achtet. Habe ich Gebärdensprachdolmetschen neben mir stehen
176 bei einer Veranstaltung. Auch wir im politischen Raum machen das nicht immer,
177 weil es auch teuer ist usw. aber es wirkt eben ins Bewusstsein hinein. Also so,
178 ich habe zum Beispiel meine Visitenkarten mit Brailleschrift und ich merke das
179 ganz oft, wenn ich die Marken gebe, dass dann die Leute drüber nachdenken,
180 ah, das könnte ich auch mal machen. So, und Bewusstseinswandel ist ja auch
181 das, was am längsten dauert bei jedem Thema. Wenn wir jetzt die Frauenbewe-
182 gung zum Beispiel nehmen oder so. Das hat ja auch ewig gedauert und dauert
183 auch immer noch an und so wird das ja auch sein. #00:11:57-3#

184

185 P1: Ja, ich glaube, das ist eine größere Aufgabe. Wir haben eben über Inklusion
186 gesprochen, und der Begriff kommt ja nicht von ungefähr. Das ist ja nicht so, dass
187 wir jetzt draufgekommen sind, wir machen jetzt mal Inklusion, sondern wir haben
188 ja einen klaren Auftrag bekommen als Gesellschaft und oder wir haben den an-
189 genommen mit der Ratifizierung der UN Behindertenrechtskonvention. Wir haben
190 schon kurz darunter gesprochen, aber das ist ja nun mittlerweile 13, fast 14 Jahre
191 her, dass wir die ratifiziert haben. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung
192 ein? #00:12:32-3#

193

194 P2: Also wir haben die, glaube ich, am 24. März, 25. März 2009 ist die, glaube
195 ich, im Bundestag ratifiziert worden. Der Stand der Umsetzung ist in allen Bun-
196 desländern sehr unterschiedlich. Also damals ist ja mit der Ratifizierung auch den

197 Bundesländern der Auftrag gegeben worden, dass sie einzeln für sich diese Ak-
198 tion so Maßnahmepläne erstellen müssen. Da gab es Bundesländer, die waren
199 sehr fix. Malu Dreyer, damals Sozialministerin in Rheinland Pfalz, hat das sehr
200 schnell gemacht und es gab Bundesländer wie Niedersachsen und Sachsen, die
201 waren sehr langsam so. Und es hat das hat auch Vor- und Nachteile mit dem
202 Tempo. Der Stand ist deswegen sehr verschieden in den einzelnen Ländern, weil
203 alle sich zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt aufgemacht haben, je nach politi-
204 scher Mehrheitslage auch, und die einen schon den Luxus hatten, wie wir jetzt in
205 Sachsen, zum Beispiel schon Erfahrungen von den anderen mit einfließen lassen
206 konnten. Also wir konnten quasi schon mit der Evaluation der anderen arbeiten,
207 weil wir so langsam waren. Das hat also auch Vorteile. Den Stand sehe ich noch
208 sehr, sehr kritisch, was den ganzen Bereich schulische Bildung angeht. Man hat
209 das Thema sehr, sehr lange nur von der schulischen Bildung her diskutiert. Ich
210 fand es ganz lange und das fand ich sehr schade. Die Inklusionsdiskussion hat
211 sich allein um Schule gedreht hat, weil das wahrscheinlich für die meisten Men-
212 schen am greifbarsten ist oder jeder war schon mal in der Schule und jeder ir-
213 gendwie Kinder oder kennt Kinder, die behinderte Kinder kennen. Da ist viel
214 falsch gemacht worden aus meiner Sicht. Und da ist tatsächlich aus meiner Sicht
215 auch einfach der Personalbedarf und der Bedarf an spezialisierten Fachpersonal
216 nach wie vor das Hauptproblem. Und das ist nach wie vor nicht so, dass es diese
217 Wunsch und Wahlfreiheit, die ich mir wünsche für Kinder und Eltern mit Behinde-
218 rung, dass es die wirklich gibt. Also da haben wir noch eine große Lücke. Mein
219 zweites Sorgenkind im Stand der UN Behindertenrechtskonvention Umsetzung
220 ist das Arbeitsleben. Und wir haben ja die Entwicklung, dass sich seit der UN
221 Behindertenrechtskonvention einerseits der Arbeitsmarkt total positiv entwickelt
222 hat in dem Sinne, dass wir immer weniger Arbeitslose haben, aber von dieser
223 positiven Entwicklung Menschen mit Behinderung nicht profitieren, obwohl sie
224 zum Teil sehr gute Abschlüsse haben. Das ist nach wie vor ein Riesenproblem,
225 dem wir überhaupt noch nicht Herr geworden sind. Es gibt da verschiedene Pro-
226 gramme. Ich bemühe mich, selber auch gerade eins zu etablieren in Meißen, wo
227 Menschen mit Behinderung für die Verwaltung fit gemacht werden sollen. Aber
228 hier sieht man, dass die Entwicklung für alle Gesellschaftsschichten, für Jugend-
229 liche, für über 55 (jährige) positiv ist. Nur für Menschen mit Behinderung nicht.
230 So, das ist ein Problem. Aber jetzt möchte auch mal was Schönes sagen. Positiv
231 ist die Entwicklung, was Teilhabe am kulturellen Leben angeht. Also ich sehe,
232 dass flächendeckend Theater in allen möglichen Bundesländern und Städten,
233 also große Stadttheater, Angebote mit Audiodeskription, mit Dolmetschern etc.
234 pp. anbieten. Also der ganze Kulturbereich ist deutlich inklusiver geworden. Das
235 ist ein tolles Verdienst der Kulturschaffenden, aber natürlich auch der Politik, die
236 das Geld dafür zur Verfügung gestellt hat. Da ist viel Gutes passiert. Ja, also Licht
237 und Schatten. #00:15:55-4#

238

239 P1: Licht und Schatten. Ich stell die Frage. Ich habe die Frage. Das hätte ich jetzt
240 nicht im Leitfaden drin. Ich stelle es einfach mal, weil es triggert mich auch etwas
241 an. Woran glauben Sie, dass das gerade im Arbeitsleben nicht funktioniert? Weil
242 ja, gerade die Teilhabe am Arbeitsleben ist ja ein maßgeblicher Faktor für Teil-
243 habe an der Gesellschaft und Teilhabe am Arbeitsleben, wo man vor allen Dingen
244 meint, die Erwerbsarbeit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch mit si-
245 chert, einfach über den Erwerb von Ressourcen, indem man einen Lohn verdient.
246 Was glauben Sie, worum es gerade in dem Bereich große Probleme gibt?
247 #00:16:37-6#

248

249 P2: Ich glaube, es gibt in dem Bereich große Probleme, weil der Arbeitsmarkt
250 generell auch für Menschen ohne Behinderung inzwischen sehr große Heraus-
251 forderung darstellt. Also wenn man sich anschaut, wie viele Menschen inzwi-
252 schen Burnout haben, also nicht Rede nur von Menschen ohne Behinderung, wie
253 viele Menschen inzwischen nur noch Teilzeit arbeiten wollen, wie viele Menschen
254 inzwischen zum Beispiel Tabletten abhängig sind, medikamentenabhängig, um
255 den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Da ist es für Men-
256 schen, die zusätzlich noch ein Handicap haben, sehr schwer, da reinzukommen
257 und auch aus dann immanent betrachtet nachvollziehbaren Gründen, der Platz
258 in einer Werkstatt manchmal einfach für Seelenheil sozusagen vorzuziehen. Also
259 wir haben auf der einen Seite das System Werkstatt, was ich nicht in toto ver-
260 dammen möchte. Auch einen Arbeitsplatz in der Werkstatt kann Menschen Teil-
261 habe bieten in einer gewissen Form. Aber natürlich ist es so, dass mit der Durch-
262 lässigkeit, obwohl die Werkstätten sich auch schon selber Mühe geben, Men-
263 schen auch in andere Arbeitsverhältnisse zu entlassen, ist hier noch nicht so ge-
264 geben und es ist eigentlich wie grundsätzlich in unserer Gesellschaft, dass die
265 Durchlässigkeit von unten nach oben immer schwierig ist. Das wie die Durchläs-
266 sigkeit von der Förderschule auf eine Regelschule schwer ist, so ist sie von der
267 Werkstatt in den ersten Arbeitsmarkt schwer. Das hat auch wieder viel was mit
268 dem Denken von Menschen zu tun. Auch mit dem Zutrauen. #00:18:09-3#

269

270 P1: Könnte man kritisch fragen, ob es vielleicht an dem bestehenden System an
271 sich auch liegt. Das, was vielleicht ohne Gewissen aus nachvollziehbaren Grün-
272 den in einem gewissen Selbsterhaltungszwang sich befindet. #00:18:25-2#

273

274 P2: Ja, also ich sage auch immer, Kritik an Werkstätten ist eigentlich auch immer
275 Kapitalismuskritik. Und das ist, das trifft die Werkstätten eigentlich sozusagen
276 weniger als das Gesamtsystem, weil wir wir müssten, um das aufzubrechen,
277 müssten wir den Begriff Arbeit neu definieren und müssten fragen: Was ist der
278 Wert von Arbeit? Wie schätzen wir Arbeit ein, was das bedeutet überhaupt Ar-
279 beit? Und wir haben uns ja als Gesellschaft entschieden, Arbeit eben messbar

280 zu machen, in Produkten, in Produktionsketten, in der Produktivität, die abre-
281 chenbar ist, und dass es in den Werkstätten eben auch so und solange dieses
282 System so funktioniert, sind Werkstätten angehalten, wirtschaftlich zu arbeiten,
283 sind Werkstätten angehalten, ihre Leute so zu bezahlen, wie sie sie momentan
284 bezahlen, weil im Grunde schon allein die Forderung nach einem Mindestlohn in
285 Werkstätten, würde mit der Produktivität einer Werkstatt realistischerweise nicht
286 übereinstimmen, so sehr ich sie verstehen kann. #00:19:25-3#

287

288 P1: Ja, da bin ich vollkommen bei Ihnen. #00:19:28-7#

289

290 P2: Das darf man nur auch so politisch kommt es auch nicht so gut an, weil ich
291 verstehe natürlich die Forderung total. #00:19:35-5#

292

293 P1: Ich habe mich auch mit dem Thema schon mal beschäftigt. Okay, deswegen
294 hat es mich angetriggert. Äh, ich würde mal versuchen auf ne andere... ne die
295 kommt dann später auch. Okay, Entschuldigung. Ich würde mal auf die Bürger-
296 beteiligung zu sprechen kommen, was ja Thema der Arbeit ist. Welchen Stellen-
297 wert hat Bürgerbeteiligung für die weitere Entwicklung der der gesellschaftlichen
298 und politischen Strukturen der Stadt Chemnitz? #00:20:05-5#

299

300 P2: Also Bürgerbeteiligung wird immer wichtiger. Das merken wir dadurch, dass
301 die Unzufriedenheit mit demokratischen Entscheidungsträger:innen oder auch
302 politischen Prozessen steigt. Das Zutrauen in die Politik sinkt, wächst der
303 Wunsch auch sich stärker als Bürgerinnen und Bürger einzubringen und der
304 Wunsch auch danach nach neuen Beteiligungsformen. Wir merken das zum Bei-
305 spiel im Petitionswesen und in diesem Eingabewesen sozusagen, dass es da
306 eine hohe Aktivität gibt und dass es mehr Menschen gibt, die sich an der Stelle
307 einbringen wollen. Allerdings stelle ich fest eher in Einzelaktionen als in einem
308 kontinuierlichen, kontinuierlichen Engagement, weil es ja auch viel Zeit kostet.
309 Ja, also es wird immer wichtiger, auch um Entscheidungen zu legitimieren. Das
310 sehen wir ja an so Sachen wie Stuttgart 24 oder so, dass eben immer mehr Dinge
311 auch infrage gestellt werden und. Protestformen immer wichtiger werden. Und
312 dann ist die Frage Wie wirke ich Protest entgegen? Indem ich mehr Beteiligung
313 schaffe? Ja. #00:21:09-0#

314

315 P1: Okay, danke. Welche Rolle spielen dabei Menschen mit Behinderung?
316 #00:21:14-2#

317

318 P2: Also im Moment eigentlich, finde ich, deswegen finde ich das mit dieser Arbeit
319 so spannend, überhaupt noch keine. Ich finde, die werden da so gut wie nicht
320 mitgedacht. Also man macht ja mal so extra Projekte für Menschen mit Behinde-
321 rung. Aber das in normalen Beteiligungsprozessen Menschen mit Behinderung
322 einfach mitbedacht werden, das findet aus meiner Sicht so gut wie überhaupt
323 noch nicht statt. #00:21:37-4#

324

325 P1: Okay, das war tatsächlich ein Anlass, sich in dieses Themenfeld zu begeben.
326 Die nächste Frage schließt daran an und es ist eigentlich schon beantwortet. Ich
327 stelle sie trotzdem: Wie gelingt es der Gesellschaft in unserem Land, in der Stadt
328 Chemnitz, Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen und politischen Le-
329 ben zu beteiligen? Oder wie könnte es gelingen? #00:22:01-2#

330

331 P2: Ja, also ich nehme jetzt mal ein Positivbeispiel, wie es zum Beispiel gut ge-
332 lingt. Es gibt jetzt ja seit kurzem dieses Format, der oder das gibt es schon eine
333 Weile, diese Stadtteilversammlungen, da kommt dann der Oberbürgermeister,
334 dann bringt er noch zwei, drei Bürgermeisterdezernatsleiter irgendwas mit für die
335 Themen, die dort gerade relevant sind. Da sind zum Beispiel immer Gebärden-
336 sprachdolmetscher dabei und das findet auch immer in barrierefreien Räumlich-
337 keiten statt. Das kann man sicherlich noch ausbauen, dass man vielleicht dort
338 auch auf leichte Sprache mehr achtet oder so. Das finde ich einen wichtigen
339 Punkt, dass man diese Bürgerversammlungen barrierefrei abhält. Wo Dinge noch
340 besser werden können, aber auch schon daran gearbeitet wird, ist auf jeden Fall
341 der Internetauftritt der Stadt, das ist gerade für Menschen mit Einschränkungen
342 hat es eine sehr hohe Bedeutung, sich über das Internet am Leben teilzuhaben.
343 Ich finde, dass hier auch die Gründerzeit viel Gutes gebracht hat durch die Kon-
344 ferenzen, weil das auch mobilitätseingeschränkten Menschen mehr Teilhabe an
345 politischen Veranstaltungen ermöglicht hat. Ja, genau. Also die Onlineformate
346 finde ich durchaus, ich habe festgestellt, dass wir viel mehr Beteiligung in der
347 SPD von Menschen mit Handicap hatten, als wir angefangen haben, unsere Ver-
348 sammlungen in den Zoom-Konferenzen durchzuführen, weil dann für die, diese
349 ganzen Fragen gibt es dort einen barrierefreien Bahnhof, wie komme ich dorthin
350 und so, oder ist das der Ort überhaupt der Veranstaltung Barrierefrei? Das ist,
351 völlig fehlt dann die Begegnung, die auch wichtig ist, aber es war mehr Teilhabe
352 möglich. #00:23:36-4#

353

354 P1: Was so im digitalen Raum ist, sind da tatsächlich die eine oder andere Be-
355 einträchtigung ganz anders wahrnehmbar. Dort sind also aus meiner Sicht Um-
356 weltbedingungen geschaffen worden, die eine, die eine Behinderung auch obso-
357 let machen können. Im Sinne von der Körperbehinderung zum Beispiel. Haben

358 Sie selbst schon an Bürgerbeteiligungsformaten teilgenommen, von denen Sie
359 jetzt gesprochen haben? #00:24:03-3#

360

361 P2: Ja. #00:24:04-4#

362

363 P1: Wie nehmen Sie da Menschen mit Behinderung wahr? #00:24:07-1#

364

365 P2: Also ich habe das so wahrgenommen, dass es, in dem Falle gehörlose Men-
366 schen sehr ermutigt hat, dass es halt Gebärdensprachdolmetscher gab und dass
367 sie dadurch auch selbstbewusst und offensiv waren, weil es für sie eben dieses
368 Angebot mit gab und dass sie sich dort gut vertreten haben. #00:24:28-1#

369

370 P1: Zu diesem Thema noch eine letzte Frage Wie werden die Interessen und
371 Belange von Menschen mit Behinderung in Chemnitz vertreten? Und geschieht
372 das in einem ausreichenden Maße. #00:24:41-5#

373

374 P2: Also ich finde, die werden durch die Beauftragte für die Belange von Men-
375 schen mit Behinderungen sehr sehr gut vertreten. Also die hat glaube ich eine
376 sehr starke Botschafter:innenfunktion und hat sich auch innerhalb der Verwaltung
377 und der Stadtspitze an sich einen derart guten Ruf erarbeitet, dass dieses Thema
378 auch sehr positiv angenommen wird. Also ich finde, sie ist eine sehr, sehr gute
379 Botschafterin für diese Zielgruppe. Aber das kann natürlich nicht alles auf den
380 Schultern von einer Person ruhen. Und insofern fände ich es manchmal sehr
381 schön, wenn zum Beispiel auch die Dezernatsleitungen, also die untergeordne-
382 ten Bürgermeister, die ja auch Menschen mit Behinderung in ihrem Ressort ha-
383 ben, sich da noch stärker für das Thema einsetzen würden. Weil das kann eine
384 Beauftragte nicht alleine. #00:25:32-5#

385

386 P1: Vielleicht doch noch daran anschließend. Ich höre raus, dass Sie sich in der
387 Landschaft vornehmlich sehr gut auskennen. Wie nehmen Sie die einzelnen be-
388 troffenen Gruppen in Chemnitz wahr? Von Ihrem Arrangement, sich beteiligen zu
389 wollen? #00:25:47-7#

390

391 P2: Also wir haben ja den Behindertenbeirat der Stadt Chemnitz, und da habe
392 ich den Eindruck, dass das gut funktioniert, dass es ein gutes Gremium ist. Aller-
393 dings ist auch mein Eindruck, dass wir wie überall Nachwuchsprobleme haben.
394 Also viele Leute, die das machen, machen das auch schon sehr lange und

395 werden jetzt alt und würden sich sicherlich auch wünschen, dass man zum Bei-
396 spiel jüngere Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung oder auch bei
397 den Gehörlosen, ob jüngere mehr jüngere nachrücken. Also auch da wird das
398 Engagement oft von Älteren getragen. Es sind oftmals gerade auch das Gehör-
399 losenzentrum, es sind gewachsene Strukturen, es sind ältere Menschen, die sol-
400 che Funktionen übernehmen und durch den Chor zum Beispiel kommen jetzt
401 paar Jüngere nach. Das finde ich gut, aber es ist gar nicht so einfach. Die haben
402 Nachwuchssorgen wie alle anderen auch. Aber ich nehme sie schon als starke
403 Stimmen wahr, aber auch nicht als geschlossene, sondern jede Gruppe für sich.
404 Also es kämpft auch so ein bisschen jeder für sich. Also ist mein Eindruck.
405 #00:26:55-5#

406

407 P1: Tatsächlich. Eine letzte Frage zum Schluss. Eine Wunderfrage. Stellen Sie
408 sich vor, Sie wachen morgen früh in einer perfekten Welt auf, in der die Ausei-
409 nandersetzung mit Inklusion und deren Realisierung obsolet geworden ist. Wie
410 sähe diese Welt aus? Was müssten wir für diese Welt tun und noch anhängend,
411 das sind viele Fragen auf einmal, was hat uns bis jetzt davon abgehalten, das
412 tatsächlich zu tun? #00:27:23-5#

413

414 P2: Also für mich würde unser Stadtbild ganz anders aussehen. Also für mich
415 wäre die tatsächlich schönste Veränderung, dass Menschen mit Behinderungen
416 viel, viel mehr in unserem Stadtbild auftauchen würden, weil wir nach wie vor
417 sehr separiert sind mit den Einrichtungen. Und das ist alles historisch gewachsen
418 und das hat alles Gründe und es muss alles so sein. Aber es gibt eben so viele.
419 Was hat uns bisher davon abgehalten? Genau, dass manche Sachen so histo-
420 risch gewachsen sind. Das es auch Schutzräume sind, in denen sich Menschen
421 wohlfühlen. Aber es hat uns auch davon abgehalten, dass es manchmal unbe-
422 quem ist und dass Menschen mit Behinderung halt manchmal Ja sagen, Um-
423 stände machen oder. Ähm, vielleicht im Restaurant oder so, Menschen unange-
424 nehm davon berührt sind. Und das kann sich ja nur ändern, wenn wir das öfter
425 machen, wenn es normal wird. So, also es wird so lange unnormale bleiben, wie
426 wir es nicht oft genug versuchen. Und ja, ich würde mir wünschen, morgen früh
427 aufzuwachen und es wären einfach, wenn ich durch die Straßen gehe, viel mehr
428 Menschen mit Behinderungen präsent. Es werden viel mehr Dinge in Läden, in
429 Restaurants so beschildert, dass völlig klar ist, hier sollen alle herkommen kön-
430 nen. Und ich würde auch beim Servicepersonal mehr Menschen mit Behinderung
431 sehen, wenn ich irgendwo hingehen, wenn ich einkaufen gehe zum Beispiel oder
432 essen gehe. Also es werden einfach viel mehr sichtbar. Das wäre schön.
433 #00:28:55-7#

434

435 P1: Okay. Das war tatsächlich meine letzte Frage. #00:29:01-6#

436

437 P2: Die schöne Frage. #00:29:03-0#

438

439 P1: Ich bedanke mich für Ihre Offenheit. Ja und ja, ich bin Ihnen sehr dankbar.

440 Na. #00:29:10-5#

441

442 P2: Das hat Spaß gemacht. Ja, darüber nachzudenken, wie das aussehen
443 würde. Schön würde das aussehen, schön bunt und lustig. #00:29:17-3#

444

445 P1: Wir würden über dieses Thema nicht mehr sprechen müssen. #00:29:21-0#

446

447 P2: Ja, stimmt. #00:29:22-1#

448

449 P1: Das ist einfach so mein Wunsch.

1 **Interview 3 – IP_3_VW_I**

2

3 P1: Schönen guten Tag. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen für das
4 Interview. Es geht um eine Masterarbeit mit dem Titel Inklusive und barrierefreie
5 Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderungen an politischen Willensbil-
6 dungs und Entscheidungsprozessen in der Stadt Chemnitz. Ich habe Sie als Ex-
7 pertin, als Behindertenbeauftragte, ausgesucht für dieses Interview und bin ich
8 sehr dankbar, dass Sie sich bereit erklären, mir dieses Interview zu geben. Es
9 wird ein leitfadengestütztes Interview und es sind fünf Leitfragen drin und ich
10 würde gern beginnen mit ihnen, wenn sie mögen. #00:00:35-3#

11

12 P2: Sehr gern. #00:00:36-5#

13

14 P1: Meine erste Frage wäre: Können Sie mir schildern, welche Rolle als Expertin
15 Sie ausfüllen, was Ihre Aufgaben darin sind und was aus dieser Perspektive Be-
16 hinderung für Sie bedeutet? #00:00:47-4#

17

18 P2: Okay, also ich bin die berufene Behindertenbeauftragte der Stadt Chemnitz,
19 jetzt aktuell in der Legislatur bis 2024. Seit 2014 wird die immer an die Legislatur
20 des Stadtrates gebunden. Seit 2008 bin ich aber schon auch Behindertenbeauf-
21 tragte, bin da sehr gern. Als Interessenvertreter für Menschen mit Behinderungen
22 habe ich die Aufgaben, alles, was gleichberechtigte Teilhabe zum Ziel hat, in die
23 Wege zu leiten, zu unterstützen, zu aktivieren, um das voranzutreiben und berate
24 der Stadtrat und Verwaltung und initiiere mit den Menschen mit Behinderung
25 gerne Projekte, um das zu befördern, um zu sensibilisieren und ein Bewusstsein
26 zu schaffen. #00:01:37-7#

27

28 P1: Okay. Ähm, im Arbeitsleben gehe ich davon aus, haben Sie regelmäßig Kon-
29 takt mit Menschen mit Behinderung? Haben Sie darüber hinaus noch Kontakt mit
30 Menschen mit Behinderung? #00:01:51-6#

31

32 P2: Also im Arbeitsleben ja, also ich muss es per se ja schon mal haben. Mir ist
33 es aber sehr wichtig, ganz eng in Kontakt mit den Menschen zu sein, für die ich
34 Interessenvertretung bin. Und das sehe ich nicht nur alleine Menschen mit Be-
35 hinderungen an sich, sondern auch Familienangehörige, die dazugehören und
36 die mit sicherlich auch da auf der einen oder anderen Art und Weise eine Behin-
37 derung erfahren. Und ja, Arbeit und dann gibt es manchmal schon auch fließende
38 Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit und Ehrenamt. Also ich habe tatsächlich

39 so schon auch Freizeiten begleitet, also selber Urlaub genommen, um Freizeiten
40 zu begleiten von Gruppen mit Menschen mit Behinderung. War mit der mobilen
41 Behindertenhilfe unterwegs. Tagesreisen aber auch auf Wochenreise und auch
42 selbst mit der Lebenshilfe unterwegs, um hautnah zu erfahren, was sind die Her-
43 ausforderungen im Leben eines Menschen mit einer oder mehreren Behinderun-
44 gen? Und habe auch schon ein Tandemwochenende mit Blinden und Sehbehin-
45 derten verbracht. Wo also ein Heizer, einen guten Heizer hinter mir hatte der
46 nichts gesehen hat, aber gut strampeln konnte. #00:03:05-1#

47

48 P1: War ein guter Motor. #00:03:05-9#

49

50 P2: Ja. #00:03:07-1#

51

52 P1: Okay, vielen Dank für die Frage. Die zweite Frage wäre: Was verstehen Sie
53 unter Inklusion und und oder einer inklusiven Gesellschaft? #00:03:23-3#

54

55 P2: Inklusive Gesellschaftz, das ist mein Ideal. Also wir alle sind Teil einer Ge-
56 sellschaft und wir gehören dazu. Und wir verdienen, oder jeder verdient die glei-
57 che Aufmerksamkeit wie sein Nachbar. Und Inklusion heißt also Bedingungen
58 schaffen, damit gleichberechtigte Teilhabe möglich wird. Dass alle informiert wer-
59 den, dass alle teilhaben können und aber auch die Chance haben, für sich zu
60 entscheiden, ich möchte gerade mal nicht Teil sein. Also Inklusion ja, aber nicht
61 um jeden Preis, sondern es dort auch jeder mal exklusiv für sich sein.
62 #00:04:00-0#

63

64 P1: Okay. In diesem Zusammenhang was bedeutet für Sie Barrierefreiheit und
65 oder wo stoßen Sie in Ihrem Alltag auf Barrieren? #00:04:09-7#

66

67 P2: Barrierefreiheit ist, also ich habe tatsächlich ja oft mit mit baulichen Maßnah-
68 men zu tun und weiß dann auch so Gesetzesdefinitionen, dass also Barrierefrei-
69 heit heißt, dass Angebote, die in formeller Art sind, in technischer Art, in Einrich-
70 tungen also ein konzeptioneller Art, aber auch die Gebäudestruktur selber. Also
71 immer bedeutet das, ein Angebot muss erreichbar sein, zugänglich und auch
72 nutzbar für alle. So, also so ganz plakativ mal hergestellt und selber erlebe ich
73 natürlich auch Barrieren. Also schon alleine mal so, ich arbeite ja viel mit Behin-
74 derten zusammen. Und es gibt also auch eine große Personengruppe, die zu
75 behinderten Menschen wenig Kontakt hat, wenig von ihnen weiß und dort vorzu-
76 stoßen und vorzudringen und für die Anliegen der Barrierefreiheit zu werben. Das

77 stellt an sich schon auch manchmal eine Hürde dar. Und ich hab's gelernt, hinten
78 rauszufliegen oder vorne wieder reinzukommen, also um so die Barrierefreiheit
79 tatsächlich herstellen zu können. #00:05:25-4#

80

81 P1: Was glauben Sie, bedeutet für Menschen mit Behinderung Barrierefreiheit?
82 #00:05:30-2#

83

84 P2: Ich denke, was für Menschen mit Behinderungen Barrierefreiheit bedeutet,
85 ist also macht sich im/am täglichen Leben fest. Wie kann ich das, was ich jetzt
86 vorhabe, tatsächlich auch umsetzen? Möglichst ohne fremde Hilfe. Also mit tech-
87 nischen Hilfsmitteln schon, aber doch so, ich muss nicht fragen: Können Sie jetzt
88 mal hier bitte dem Pförtner sagen: Ich bin jetzt da und da muss der den Hublift
89 runter lassen, damit ich eben auch das Gebäude betreten kann oder aber also
90 bitten muss wie den Busfahrer, wenn ich blind bin, wo fährt denn jetzt ihr Bus hin,
91 sondern dass die dynamische Fahrgastinformation Auskunft darüber gibt und da
92 kann auch die Information selber abgeholt werden. Und ja, ich denke, es gibt
93 viele Situationen, an die vielleicht ich jetzt auch als professionelle Interessenver-
94 treterin gar ne immer denk, was denn Barrierefreiheit für jeden Einzelnen auch
95 bedeutet. Ich habe ein schönes Beispiel, dass so ein Rollstuhlfahrer, der äußerst
96 sehr aktiv auch politisch engagiert war, mir gegeben hat, dass wenn, er konnte
97 seinen Rollstuhl verlassen mit mit Gehhilfen, und hatte aber auch also große Be-
98 wegungseinschränkungen an sich und er sagte, wenn man zum Beispiel Sanitär-
99 anlagen aufsucht, dann ist es für ihn also ganz gefährlich, wenn der Fußboden
100 nass ist und wenn sich viele, also wie es viele machen und wie ich es, bis zu
101 diesem Zeitpunkt auch gemacht habe also nicht die Hände abgetrocknet haben
102 nach dem Waschen, sondern einfach nur abgeschüttelt und es ist egal war wo
103 die Wassertropfen fallen. Na das mach ich jetzt tunlichst nicht mehr, aber also
104 manches ist uns gar nicht bewusst, was gemacht wird und da bin ich immer ganz
105 sehr auf Hinweise angewiesen und auch für Hinweise in solcher Art sehr dankbar.
106 #00:07:33-3#

107

108 P1: Also wir, also ich sag jetzt mal, Menschen ohne Behinderung müssen auch
109 lernen, was Barrierefreiheit tatsächlich bedeutet. #00:07:43-1#

110

111 P2: Welchen Umfang die einnimmt. Manchmal ist es nicht bloß damit getan, dass
112 da das Haus ein Lift hat und es heißt, es wird dann schnell auch mal die umfas-
113 sende Barrierefreiheit gerade für Wohnungen oder so, die ist tatsächlich, wenn
114 es für alle Behinderungsarten haben will, also das ist ja sehr umfangreich und da
115 vergesse ich dann auch keinen. Okay. Also jetzt Gehörlosen, dann sag ich mal,

116 der die optischen Signale brauch, um zu merken Klingelt jemand an der Woh-
117 nungstür oder droht Gefahr und dergleichen? #00:08:22-7#

118

119 P1: Sind Sie der Meinung, dass die Norm, die es dafür gibt, für Barrierefreiheit
120 Wir sind in einem Land, wo wir alles mit dieser deutschen Industrienormen gerne
121 regeln und auch gut regeln. Und die gibt es auch für Barrierefreiheit. Aber wenn
122 man die sich mal anguckt, glauben Sie, dass die Überarbeitungswürdig ist?
123 #00:08:39-0#

124

125 P2: Also ich glaube, es gibt ja sehr, sehr viele Normen und ich könnte jetzt nicht
126 sagen, welche Normen das alles sind und meine Wahrnehmung ist, meine per-
127 sönliche Wahrnehmung ist, dass wir uns es mit so vielen Normen auch immer
128 wieder, also es selber schwer machen, also alles einzuhalten. Wenn ich jetzt ge-
129 rade, also Sie sehen es ja vielleicht, ich bin gerade aus dem Urlaub gekommen,
130 also in Spanien war, da ist eben die Rampe da, die ist klein, die hat keine Neigung
131 von nur 6 % aber sie ist da und mir sagen, da darf nur 6 % Neigungen haben und
132 im schlimmsten Fall noch vielleicht darauf verzichten, weil es sonst ewig lang wär
133 oder so. Also manchmal steht sie uns im Wege, wenn es vielleicht schon seine
134 Berechtigung hat, diese Norm auch zu haben, weil mir halt einfach Normen brau-
135 chen, um uns selber, so den Rahmen abstecken. Und es ist schon so, Sie müs-
136 sen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden, ob es, ob es noch alles so
137 stimmig ist. Das denke ich schon. #00:09:48-8#

138

139 P1: Danke schön, Interessant. Als Beauftragte der Stadt Chemnitz, wie schätzen
140 Sie denn momentan Status Quo von Barrierefreiheit in der Stadt ein?
141 #00:09:59-2#

142

143 P2: Ich denke, es gibt immer viel zu tun, aber wir sind auf einem guten Stand. Ich
144 bin jetzt 15 Jahre Behindertenbeauftragte. Als ich vor 15 Jahren den Dienst an-
145 getreten habe, war meine Kollegin in Dresden schon elf Jahre im Dienst und
146 meine Kollegin aus Leipzig schon sechs Jahre und ich war die erste Behinder-
147 tenbeauftragte hier von Chemnitz und zu dem Zeitpunkt schon manchmal schon
148 ganz neidisch war, was so in Leipzig und Dresden passiert ist. Und wir in Chem-
149 nitz sind ja tatsächlich auch eine Großstadt, aber eine Großstadt von einer
150 Größe, die also es ermöglicht, schöne Netzwerke zu knüpfen und am Leben zu
151 halten. Das ich also ganz viel am Anfang auch meine Kontakte finden konnte und
152 wir gemeinsam Sachen auf den Weg bringen konnten für Sensibilisierung und
153 Bewusstseinsbildung, so dass mir zum Stand heute aus meiner Sicht auf einem
154 richtig guten Weg sind. Immer auch weitermachen, diesen Weg beschreiten, aber

155 uns keinesfalls hinter Leipzig oder Dresden verstecken müssen. Es gibt sogar
156 Situationen, da können die neidisch hier her gucken. #00:11:09-1#

157

158 P1: Wenn man sich Lieblingsplätze anguckt, glaube ich schon. Also so halt jetzt
159 die Aussage vom Sozialamt, dass wir die wirklich gut bespielen. Mittlerweile ist
160 da in Dresden und Leipzig nicht so viel passiert, was die Nutzung dieses Förder-
161 programm betrifft, so war seine Aussage. Dankeschön. Wir haben über Inklusion
162 gesprochen. Es ist ja nun nicht so, dass dieser Begriff von ungefähr herkommt
163 oder wir uns überlegt haben, das machen wir jetzt mal. Wir haben da als Gesell-
164 schaft einen klaren Auftrag bekommen und die mit der Ratifizierung der Behin-
165 dertenrechtskonvention auch angenommen. Damals im Bundestag war ist es uni-
166 sono beschlossen worden und das nur von mittlerweile 13, fast 14 Jahren. Wie
167 schätzen Sie den Stand der Umsetzung der Konvention ein? #00:11:53-4#

168

169 P2: Nicht gut genug. Um es mal diplomatisch auszudrücken. Was mir aber sehr
170 gefallen hat, ich war ja schon im Dienst, als die Behindertenrechtskonvention hier
171 in Deutschland ratifiziert worden ist und da hat sich zu dem Zeitpunkt der Ratifi-
172 zierung, also ganz viel Diskussion, daran festgemacht, dass die deutsche Über-
173 setzung nicht von Inklusion, sondern von Integration spricht. Wenn man nachliest
174 integrative Bildung. Und das war ein großer Aufschrei, den es da unter den Ex-
175 perten in eigener Sache gegeben hat und ihren Interessenvertretungen. Und das
176 hat sich alles nicht bewahrheitet. Also wir reden gar nicht mehr von Integration,
177 wir reden immer von Inklusion. Das finde ich schon mal, also richtig gut und ich
178 glaube das so immer größer werdend, also es schon auch das bewusst wird, was
179 will UN-Behindertenrechtskonvention. Und ich war mal in einer Veranstaltung im
180 Landtag und da war das auch so, so plakativ durch den, durch den Reformpädä-
181 gogen Otto Herz dargestellt worden, was eigentlich die UN-Behindertenrechts-
182 konvention ist, also an Größe, aber auch an Klarstellung weil es letzten Endes
183 nichts anderes ist als die Aussage, dass die Menschen, oder die Menschen-
184 rechtskonventionen, die 1948 geschrieben ist, nach dem blöden Zweiten Welt-
185 krieg mit seinen vielen, vielen Toten und den Menschen verachtenden Maßnah-
186 men, also dass diese Menschenrechtskonvention genauso gültig ist für Men-
187 schen mit Behinderung. Also einer Klarstellung, dieser hat es, so muss ich mal
188 klarstellen, bedurft. Sicherlich in anderen Ländern auch noch viel viel mehr als
189 von uns. Und wir mussten aber auch gesagt kriegen also, das ist abweichend
190 vom Fürsorgeprinzip, also schon auch jeder soll mitwirken kann, soll und gleich-
191 berechtigtes Mitglied unserer Gesellschaft ist. Und ich glaube es ist so so, die
192 Zeit spielt für uns, spielt für Inklusion. Wir können es im Land Sachsen auch ganz
193 einfach sagen, seit 2021 haben wir einen Beauftragten der sächsischen Staats-
194 regierung für Inklusion der Menschen mit Behinderung, der im Hauptamt arbeitet.
195 Bis dato war es ein Ehrenamtler. Er ist auch an die sächsische Staatskanzlei
196 angebunden, also wirklich an zentraler Position. Mit direkten Zugang zu unserem

197 Ministerpräsidenten und auch noch einer ganz anderen Stellung. So, und dann
198 wirkt das. Das wirkt genauso, wie eben auch ein Rollstuhlfahrer wirkt, wirken
199 kann, der sich in einer Einwohnerversammlung aktiv beteiligt und darauf hinweist,
200 ich habe einen besonderen Bedarf, aber das gleiche, den gleichen Wunsch, hier
201 teilzunehmen wie jeder andere auch. #00:14:48-7#

202

203 P1: Genau. Gutes Stichwort. Das nächste Themenfeld, das ich gern besprechen
204 würde, wäre tatsächlich Bürgerbeteiligung. Artikel 29 der Behindertenrechtskon-
205 vention fordert ja, dass die politische Teilhabe auch an Entscheidungsprozessen
206 realisiert werden soll. Und da wäre meine Frage dazu: Welchen Stellenwert hat
207 Bürgerbeteiligung für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politi-
208 schen Strukturen in der Stadt Chemnitz? #00:15:17-4#

209

210 P2: Wir haben also in Sachsen so generell, und ich glaube auch in Chemnitz
211 ganz speziell, einen relativ hohen Anteil von Menschen mit einer Behinderung
212 oder Schwerbehinderung. Und das muss sich natürlich bei solchen politischen
213 Entscheidungsprozessen auch widerspiegeln. In der Wahrnehmung und auch in
214 der in der Perspektive einfach, die die Entscheider einnehmen müssen, um ihre
215 Entscheidungen tatsächlich treffen zu können. Und da erscheint es mir sehr wich-
216 tig, ihnen auch die Möglichkeit zu geben, solche Einblicke zu haben oder Ausbli-
217 cke. Und ich kann nur sagen, mir war es immer sehr sehr wichtig oder schon von
218 Anfang an ist es mir ganz wichtig, dass Menschen mit Behinderung sich selber
219 auch so in politische Entscheidungsprozesse und auch in politische Gremien mit
220 einbringen, um ihre Expertise zu machen und eben manchmal auch einfach nur
221 zu wirken mit dem Rollstuhl. 2000, seit 2008 bin ich im Dienst, 2009 war dann die
222 erste Kommunalwahl, die ich als Behindertenbeauftragte erlebt habe. Und un-
223 sere, unser Stadtrat hat ja auch mehrere Fachausschüsse. Und in der Hauptsat-
224 zung ist geregelt, dass die Fachausschüsse, wie die sich zusammensetzen. Und
225 jeder Ausschuss sieht im Grunde genommen vor, dass auch ein Anteil sachkun-
226 diger Einwohner, die nicht Stadträte sind, sondern also Chemnitzer Bürger, sich
227 mit Sachkunde in diese Ausschüsse einbringen können. Und ich habe wirklich
228 von 2009 an sehr dafür geworben, dass sich Menschen mit Handicap finden, die
229 in diesen Gremien arbeiten. Und wir haben in der Vergangenheit schon auch die
230 schöne Praxis erleben können, dass also Gehörlose im Verwaltungs und Finanz-
231 ausschuss gesessen hat, der immer zwei Gebärdensprachdolmetscher brauchte,
232 die sich da auch abgewechselt haben. Wir haben also Rollstuhlfahrer, ganz ak-
233 tuell eine Rollstuhlfahrerin, in unserem Kulturausschuss und dann auch ein Inte-
234 ressenvertreter, also der Herr Becker hat als Landesgeschäftsführer vom Sozial-
235 verband VdK, der ist jetzt, das glaube ich, schon in der dritten Legislatur, also
236 sachkundige Einwohner für den Sozialausschuss und macht das mit ganz, ganz
237 großer Expertise, die er unter anderem auch daraus bezieht, dass er der Vorsit-
238 zende des Sächsischen Landesbeirates für die Belange von Menschen mit

239 Behinderungen ist. Also wo das Thema also immer auch präsent ist, welche Be-
240 dingungen brauchen wir, in welchen Lebenslagen oder für welche Lebenslagen?
241 Wo sind die Anknüpfungspunkte, die wichtigen Regelungsbedarf. Und ja, ich
242 empfinde es als unheimlich wichtig und deshalb gefallen mir auch so Angebote,
243 die unsere Stadt machen. Und da fallen mir sofort die mobile Behindertenhilfe,
244 aber auch das ASB Wohnzentrum ein, die eben sagen, wir sind Teil unserer Ge-
245 sellschaft und ab in die Mitte unserer Stadt. #00:18:20-6#

246

247 P1: Dankeschön! Viele, viele Teilfragen mit beantwortet. Haben Sie selbst schon
248 an Bürgerbeteiligungsformaten teilgenommen? #00:18:35-6#

249

250 P2: Ja, na klar. Also, tatsächlich, es ist noch gar nicht so lange her. Das war ja
251 unser Mobilitätsplan, der also mit großer Beteiligung, also geschrieben wurde,
252 vom Stadtrat jetzt erst mal noch nach hinten gestellt bzw. noch nicht beschlossen
253 wird, der beim OB wohl gerade wieder auf dem Tisch liegt. Also dort konnte ich
254 mitwirken. Bei Chemnitz inklusiv, da haben wir auch ganz aktuell mitgewirkt und
255 wo ich, also was wir uns ja auch nicht haben nehmen lassen ist, dass also zum
256 Aktionsplan der sächsischen Staatsregierung und zur Evaluation des Plans, also
257 da mache ich einfach mit, da will ich vorangehen, weil es mir schon lange auch
258 das Motto ist, nicht meckern, sondern machen. #00:19:28-5#

259

260 P1: Wie nehmen Sie Menschen mit Behinderungen da wahr? In diesen Prozes-
261 sen? #00:19:34-9#

262

263 P2: Wie die, wie die Menschen der breiten Bevölkerung auch. Es gibt die ganz
264 Aktiven, die ich immer ansprechen kann, die auch immer dabei sind und von sich
265 aus Impulse geben. Es gibt die Meckerer und es gibt auch die, die. also lasst
266 mich in Ruhe und ich will gar nicht und sich zurückgezogen haben von allen. Und
267 ich habe da mal so einen schönen, von einem aktiven Rollstuhlfahrer, also mal
268 so den Hinweis gekriegt, es gibt auch unter den behinderten Menschen Stern-
269 chen und Schweinchen. Ich fand das wieder schön. Aber, aber das wird also,
270 unter dem Menschen mit Behinderung bildet sich natürlich teilweise spiegelbild-
271 lich unsere Bevölkerung wieder. #00:20:21-5#

272

273 P1: Okay. Und noch eine Frage, weil ich es gerade hier sehe beim Aktionsplan
274 der Stadt Chemnitz. Da ist ja in der theoretischen Aufarbeitung, ist ja tatsächlich
275 über Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung bei politischen Entschei-
276 dungsprozessen, die sind da evaluiert worden, also ist geguckt worden, was pas-
277 siert da. Unter Punkt 8, glaube ich, ist das geschehen und da wurde ja auch

278 festgestellt, dass dort hoher Handlungsbedarf ist. Wenn ich mir allerdings die be-
279 schlossenen Maßnahmen im Aktionsplan anschau, taucht das tatsächlich nicht
280 oder noch nicht auf. Können Sie das erklären oder haben Sie eine Aussage
281 dazu? #00:21:02-4#

282

283 P2: Also ich sag jetzt mal zum Aktionsplan. Es steht nicht das drin, was ich mir
284 gewünscht habe und was ich wollte und es stehen auch ein paar Sachen drin,
285 die ich schätze, die ich selber nicht für erforderlich sehen würde und prioritär
286 ganz oben einordnen würde. Tatsächlich ist also in dem Aktionsplan niederge-
287 geschrieben, was aus den Arbeitsgruppen gekommen ist an Maßnahmen, die dort
288 Niederschlag finden sollen. Und ja, mir gefällt ne alles, muss ich sagen und und
289 manches hätte ich mir auch viel, viel mehr gewünscht und da ist schon, glaub ich
290 trotzdem ein erster wichtiger Schritt getan worden, um überhaupt diese Expertise
291 sich einzuholen? Da haben wir noch Luft nach oben. #00:21:45-0#

292

293 P1: Okay, was wäre für Sie so das Wichtigste, was man erstmal in der Stadt
294 bearbeiten müssten? #00:21:51-5#

295

296 P2: Bei was? #00:21:53-3#

297

298 P1: Was jetzt der Inklusionsplan an erste Stelle stellen sollte? Wenn Sie jetzt
299 sagen, das ist nicht alles bearbeitet worden oder es sind auch Dinge prioritär
300 behandelt worden, die sie aus Ihrer Position jetzt nicht so sehen. Was würden
301 Sie da sehen, was fehlt oder was man prioritärer hätte behandeln müssen?
302 #00:22:10-5#

303

304 P2: Die Frage kann ich jetzt sogar nicht beantworten, weil ich, das Leben ist breit
305 und bunt und es gibt viele Aspekte. Und was also? Was ich mir wünschen würde,
306 wäre einfach. Es gibt immer spannende Themen, die Stadtentwicklung betreffen,
307 die also Sport in unserer Stadt betreffen, Freizeitangebote und das. Wenn dort
308 also Beteiligung stattfindet, dann sollten wirklich auch Menschen mit Behinde-
309 rung per se politisch ordentlich einbezogen und eingebunden werden, ihre Ex-
310 pertise sich geholt werden, auch Hinweise aufgegriffen und umgesetzt werden.
311 Und dann sage ich mal auch für die weniger liebsamen Dinge, würden wir viel-
312 leicht da auch den einen oder anderen Interessenten zu finden, der seine Exper-
313 tise einbringt und uns darauf hinweist. Also wir haben viele schöne, schöne
314 Dinge, wo also ein guter Blick nicht zuerst auf Barrierefreiheit fällt und daran zu
315 arbeiten, dass es so als ganz großes Ding. Thema Europäische Kulturhauptstadt,
316 ich glaube, da haben wir breides Betätigungsfeld und da geht es nicht bloß um

317 Hochkultur. Und da geht es also um viele Dinge, wo einfach das Neue spielen
318 sollte und wo jeder auch im Blick behalten werden sollte, der zu unserer Stadt
319 Chemnitz gehört und sie bereichert. #00:23:42-3#

320

321 P1: Schöne Stadt, wo wir alle gern Teil davon sein wollen. #00:23:46-2#

322

323 P2: Ja. #00:23:46-9#

324

325 P1: Frau Liebrau, bis hierher vielen Dank. Eine letzte Frage, die Wunderfrage.
326 Stellen Sie sich vor, Sie wachen morgen früh in einer perfekten Welt auf. Und da
327 hat die Auseinandersetzung mit Inklusion und deren Realisierung überflüssig ge-
328 worden ist. Wie sähe diese Welt aus? Was müssten wir für diese Welt tun? Und
329 was hat uns bis jetzt abgehalten davon, dies zu tun? #00:24:11-9#

330

331 P2: Ach! Da muss ich sogar bissl überlegen. Also ich möchte gar keine wunder-
332 bare Welt haben. Also ich glaube, dass das Schöne am Leben und am Leben in
333 unserer Stadt ist ja, dass man sich so rubbeln kann und seine Meinung quasi auf
334 den Prüfstand stellen kann, auch revidieren kann, verändern kann. Und also das
335 gefällt mir schon, musst ich so sagen. Also das soll jetzt auch nicht so der Ein-
336 druck entstehen, dass es so im Rücken von nicht Barrierefreiheit und denen die
337 darauf angewiesen sind, sein soll so ist sondern, also für mich gehört, also so ein
338 bisschen rubbeln und und dazu. Also ich möchte Regen haben um die Sonne
339 genießen zu können, um das ganz plakativ zu sagen. Und klar träume ich davon
340 und halte es für ein großes Ziel, also Inklusion zu haben. Jeder wird wertge-
341 schätzt, jedem wird zugehört. Und und ich weiß, dass dahin ein langer Weg ist.
342 Da bin ich Realist genug. Und ich bin selber auch immer so, ich mag es, davon
343 zu sprechen, nicht Probleme zu haben, sondern Herausforderungen und diese
344 dann auch anzunehmen. Und ja, das lässt sich so, ich will die wunderbare Welt
345 gar nicht. #00:25:42-4#

346

347 P1: Okay. #00:25:43-2#

348

349 P2: Das. #00:25:44-9#

350

351 P1: Vielen Dank. Da werden wir schon beim Abschluss des Interviews. Ich be-
352 danke mich für Ihre Aussage für heute sehr interessanten Aussagen und bin sehr
353 froh, dass Sie sich die Zeit genommen haben. #00:26:00-6#

354

355 P2: Vielen Dank! Das habe ich sehr gerne gemacht und ich wünsche dir auch
356 viel Erfolg bei der Masterarbeit und Verteidigung und viel Freude bei allem, was
357 sie tun und auch tun müssen.

1 **Interview 4 – IP_4_SO**

2

3 P1: Schönen guten Tag. Mein Name ist Wagner, Silvio. Ich schreibe eine Mas-
4 terarbeit, mit dem Thema inklusive und barrierefreie Bürgerbeteiligung von Men-
5 schen mit Behinderung bei politischen Willensbildung und Entscheidungsprozes-
6 sen in der Stadt Chemnitz und führe dazu Expert:inneninterviews, um herauszu-
7 finden, wie der momentane Stand in Chemnitz um dieses Thema ist. Dazu habe
8 ich mir eine Gruppe von Expertinnen rausgesucht, unter anderem Sie. Ich be-
9 danke mich erst einmal, dass Sie sich bereiterklärt haben für dieses Interview
10 und wenn Sie, haben Sie fragen, sonst würde ich anfangen. Okay, es ist ein Leit-
11 faden gestütztes Interview und meine erste Frage wäre: Können Sie mir schil-
12 dern, welche Rolle als Experte Sie ausfüllen, was Ihre Aufgaben darin sind und
13 was aus dieser Perspektive Behinderung für Sie bedeutet? #00:00:51-9#

14

15 P2: Ich arbeite in der Stadtmission Chemnitz, leite die mobile Behindertenhilfe.
16 Das ist ein ambulanter Dienst für Menschen mit Behinderungen, der ein großes
17 Ziel verfolgt, dass Menschen, egal was sie für ein Handicap haben, in der eigenen
18 Wohnung wohnen können. Dazu gibt es hier drei große Arbeitsbereiche: einen
19 Pflege- und Assistenzdienst. Einen Fahrdienst und einer Beratungsstelle mit In-
20 klusionsdienst. Club Heinrich und verschiedenen Freizeit und Bildungsangebo-
21 ten. Ja, ich denke, daraus leiten sich auch unsere Aufgabe, meine Aufgaben und
22 unsere Aufgaben hier des Dienstes ab. Man sagt ja, wir möchten, dass Menschen
23 ganz normal in dieser Stadt in Chemnitz am Leben teilhaben können. Und das
24 geht vielleicht, wie ich das eingangs schon gesagt habe, beim Wohnen los. Aber
25 ich denke, ganz viel ist, dass das Thema Arbeit, das Thema Freizeit, das Thema
26 Bildung und in all diesen Bereichen einfach Zugänge zu schaffen, Möglichkeiten
27 zu schaffen, dass Menschen teilhaben können. Das würde ich als Überschrift
28 über unserer Arbeit stellen. Das ist natürlich im Alltäglichen viel Kleinklein, ist viel
29 Bürokratismus und viel ja auch Widerstände erzeugt. Das ist etwas, was wahr-
30 scheinlich jeder in dieser Arbeit auch bestätigen kann. Aber es ist auch eine Ar-
31 beit, die unheimlich viel Spaß macht, weil ich denke, und da komme ich auch auf
32 den zweiten Teil der Frage, was Behinderung für uns bedeutet.

33 Ich denke, wenn man eine Weile mit einem behinderten Menschen etwas unter-
34 nommen hat, zusammen ist, dann steht nicht mehr die Behinderung, sondern der
35 Mensch im Vordergrund. Also das ist egal ob das, ob ich da von einem sehbe-
36 hinderten Menschen, von einem Rollstuhlfahrer, Menschen mit einer geistigen
37 Einschränkung rede. Ich denke, dass dieses, ja das Bild wird sicher auch die Frau
38 Liebetrau gebracht haben: Behindert ist man nicht, behindert wird man. Das ist,
39 was, ein Satz, der für mich auch nicht bloß eine Phrase ist, sondern der sich
40 schon auch eingepägt hat und der auch die Arbeit prägt. Weil ich denke, wenn
41 wir das schaffen, an der Stelle aktiv zu werden und Behinderung in der

42 Gesellschaft abzubauen, dann kann das einfach dazu führen, dass Menschen
43 wirklich gleichberechtigt teilhaben können. #00:03:55-3#

44

45 P1: (...) Okay. Eine weitere Frage wäre es gewesen Haben Sie im Arbeitsleben
46 regelmäßig Kontakt mit Menschen mit Behinderung? Ich glaube, das erübrigt sich
47 in dem Moment. Ich würde jetzt nochmal nachfragen. Sie haben vielleicht...
48 #00:04:10-5#

49

50 P2: Vielleicht kann ich da doch kurz noch kurz, trotzdem noch kurz. Wir haben ja
51 insgesamt hier, ich leide ja den Dienst, sind insgesamt über 100 Mitarbeiter und
52 so und für mich ist es persönlich auch trotzdem ein großes Anliegen, diesen di-
53 direkten Kontakt bei Veranstaltungen, bei verschiedenen Angeboten immer wieder
54 zu suchen, um einfach auch zu wissen, warum macht man all die anderen, die
55 Leitungstätigkeiten, die bürokratischen Tätigkeiten? Es braucht immer diesen di-
56 direkten Kontakt zu den Menschen. So man sagt die Basis ja eigentlich, wer diesen
57 Kontakt verloren hat, der ist auch dann, der hat es schwierig in der Arbeit.
58 #00:04:54-6#

59

60 P1: Okay, haben Sie da, haben Sie darüber hinaus Kontakt mit Menschen mit
61 Behinderung? Also im Privatleben zum Beispiel. #00:05:04-5#

62

63 P2: Das ergibt sich natürlich, dass es Menschen gibt, zu denen man eine freund-
64 schaftliche Beziehung aufbaut, die man vielleicht sogar mal über diese Arbeits-
65 kontakte kennengelernt hat, die mittlerweile da nichts mehr zu tun haben, wo man
66 aber gemeinsam noch auch wegfährt oder so. Und ja, privat engagiere ich mich
67 auch für ein Projekt in Siebenbürgen. Und da war ich jetzt letzte Woche gerade
68 habe natürlich zu den behinderten Menschen dort auch eine ganz besondere
69 Beziehung, wo ich sage das ja, das ist für mich eine Beobachtung, wie die aus
70 ganz wenigen Mitteln viel machen können. Wie die Visionen haben, wo ich
71 denke, da sind wir hier in Deutschland schon müde. Ich habe immer das Gefühl,
72 ein Stückchen sind wir dort vor Ort, in einem Jahr in dem Gefühl, in dem Zeitraum,
73 wie wir 1990 waren, wo auf einmal viel möglich war, wo viel los ging und und in
74 diese, diese Aufbruchstimmung oder so was, das erlebe ich dort immer noch und
75 das deswegen ist es mir privat auch wichtig, Zeit mit den Menschen dort zu ver-
76 bringen, weil ich einfach auch dienstlich davon profitiere. #00:06:27-5#

77

78 P1: Okay, danke. Ich hätte tatsächlich zwei Nachfragen. Ähm, glauben Sie, dass
79 die Gesellschaft, in der wir hier leben jetzt, also speziell, ich sage jetzt mal Chem-
80 nitz und darüber hinaus Deutschland, weil sie gerade den Vergleich machten mit

81 Siebenbürgen. Glauben Sie, dass die Gesellschaft müde geworden ist, sich für
82 Menschen mit Behinderung zu engagieren oder dass das Thema durch irgend-
83 welche Gründe hinten runtergefallen ist? #00:06:54-0#

84

85 P2: Na, das denke ich gar nicht. Ich denke, es ist vieles auch zu bürokratisiert.
86 Und ja Gesellschaft. Ich erlebe schon, wenn man den direkten Kontakt sucht,
87 auch immer eine große Offenheit, wenn man mal mit Menschen mit Behinderun-
88 gen unterwegs ist bei Veranstaltungen oder so was, dass viele Dinge auch mög-
89 lich gemacht werden. Aber dieses darüber hinaus weiter zu denken und vielleicht
90 im Vorfeld schon zu denken ja, was sind denn Barrieren hier? Wie könnten wir
91 denn mit unserem Angebot, ist es beim, sei es bei Sportveranstaltungen, beim
92 Basketball, beim Fußball, bei anderen Dingen? Wird überhaupt damit gerechnet,
93 dass ein Rollstuhlfahrer, ein sehbehinderter Mensch da kommt? Und wird das in
94 der Vorbereitung gedacht? Das ist eher die Hürde, die bei uns in der Gesellschaft
95 da ist, weil wir drehen uns als Gesellschaft um viele andere Dinge. Aber das.
96 Dieses Alltägliche, das braucht die Begegnung und es braucht immer auch die
97 Herausforderung. Und da sehe ich einfach auch die Aufgabe von uns Experten,
98 dort immer wieder auch Brücken zu bauen und auf die Leute zuzugehen. Viel-
99 leicht. Also kommunikativ und nicht nur fordernd. Selbstverständlich gehört die
100 Forderung mit dazu. Aber einfach auch erst mal dieses Brücken bauen. Es ist für
101 beide Seiten da, aufeinander zugehen, aufeinander zugehen. #00:08:37-9#

102

103 P1: Das Wort habe ich tatsächlich im Kopf. Sie haben den Satz gesagt. Das ist
104 auch ein Leitsatz geworden. Oder ist es seit vielen Jahren Leitsatz? Wenn man
105 sagt, man ist nicht behindert, man wird behindert? Hätten Sie vielleicht mal so
106 ein oder zwei konkrete Beispiele aus Ihrem Alltag, wo das mal ganz prägnant so
107 rauskommt? #00:08:59-2#

108

109 P2: Also ich finde insbesondere im Umgang des kommunalen Sozialverbandes
110 Sachsen mit Menschen mit Behinderung. Dort erlebe ich massive Behinderun-
111 gen. Also wir selber versuchen seit vielen Jahren, für Menschen mit körperlichen
112 Einschränkungen Assistenzstunden zu beantragen. Das geht mittlerweile bis hin
113 zum Sächsischen, bis zum Landessozialgericht und jeder Richter sieht die Not-
114 wendigkeit und trotzdem braucht es erst mal diesen Weg und wie Menschen hier
115 behindert werden, einfach am Leben teilzunehmen. Es geht da nicht um täglich
116 acht Assistenzstunden, sondern es geht wirklich um einen kleinen Anteil, ein klei-
117 nes Budget, was die haben, wo sie sagen, da haben sie Anspruch auf einen ganz
118 individuellen Assistenten, mit dem sie in die Oper oder an die Chemnitz oder in
119 den Eisladen gehen können. Also dieses da, da sehe ich einfach, es gibt einen
120 Rechtsanspruch und es gibt inzwischen wirklich gute Gesetze in Deutschland.

121 Aber die Umsetzung dieser Gesetze nur über den Rechtsweg einklagen zu kön-
122 nen und so was, das ist was, das macht mich auch wütend. #00:10:33-5#

123

124 P1: Die nächste große Frage wäre, ich würde es einfach mal in die Mitte legen.
125 Ich hatte. Ich muss mich entschuldigen. Den Hinweis hatte ich tatsächlich in ei-
126 nem Interview vor ihn bekommen, dass das sehr hilfreich war. Und ich habe es
127 vergessen. Dafür muss ich mich jetzt entschuldigen. Also, was verstehen Sie un-
128 ter Inklusion und oder einer inklusiven Gesellschaft? #00:10:59-7#

129

130 P2: Inklusion heißt für mich Wahlmöglichkeiten schaffen. Dass jeder Mensch zwi-
131 schen verschiedenen Dingen aussuchen kann und selber entscheiden kann, was
132 möchte ich, was möchte ich nicht? Für mich war das ein Lernprozess beim
133 Thema Schule, wo ich dachte, für mich ist eine Inklusion, inklusive Schule eine
134 Schule, wo alle Kinder miteinander lernen können. Dann kam dieser Prozess,
135 dass die ehemalige Körperbehindertenschule einen Neubau bekommen sollte,
136 wo ich sehr dagegen war und dann aber auch bei Gesprächen mit den Eltern,
137 diesen massiven Widerstand gespürt habe, dass diese Eltern auch diesen ge-
138 schützten Raum für ihre Kinder weiter wollten. Und das war für mich so ein Lern-
139 prozess, wo ich gelernt habe, Ja, dann muss es in der Gesellschaft beides geben,
140 vielleicht diesen geschützten Raum, aber nicht alles Geld, darf für die eine Schule
141 draufgehen, sondern trotzdem muss es in jeder normalen Schule, auch ein Fahr-
142 stuhl und die Möglichkeiten geschaffen werden, dass nicht nur die Kinder, son-
143 dern vielleicht auch Eltern im Rollstuhl beim Elternabend dabei sein können. Und
144 das macht für mich eine inklusive Gesellschaft aus, dass solche Barrieren abge-
145 baut werden und dass jeder auch wählen kann. Wir hatten auch das Thema der
146 Rollstuhlfahrer, der zu den Niners zum Basketball geht. Der muss hinter dem
147 Korb sitzen. Aber egal, was er für die Karte ausgeben möchte, er hätte gar keine
148 Wahlmöglichkeiten. Er kann sich entscheiden, geht er dorthin oder geht er nicht
149 dorthin? Das sind ganz schwierige Fragen. Das zu lösen auch. Wie kriegt man
150 das anders hin? Aber es ist ein erster Schritt, dass es eine Rollstuhl Tribüne in
151 der Halle gibt und die, die prinzipiell die Möglichkeit haben, teilhaben zu können.
152 Aber das andere sind auch Lösungen, wo nicht nur Sozialarbeiter sich damit be-
153 beschäftigen müssen, sondern Architekten. Leute, die solche Hallen planen. Da zu
154 gucken, wie kriegen wir da noch eine inklusivere Bestuhlung für so was hin? Also
155 ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Es hat sich da überhaupt tatsächlich in
156 meiner Wahrnehmung viel getan in den letzten Jahren. Aber trotzdem braucht es
157 dieses Vordenken auch von uns, die wir Menschen mit Behinderung begleiten,
158 das auch immer wieder einzufordern. Ich denke, Menschen mit Behinderung kön-
159 nen das gar nicht so artikulieren, sondern sie haben gar nicht das Selbstbewusst-
160 sein. Es ist schwierig, von Menschen mit Behinderung allgemein zu reden, weil
161 ich denke, da gibt es eine große Bandbreite. Aber ich, ich, ich rede jetzt mal nicht
162 von dem Vorzeigepolitiker im Rollstuhl, der seine Dinge gut selber regeln kann,

163 sondern Menschen, die vielleicht auch dieses ganze soziale System über För-
164 derschule und Behindertenwerkstatt durchlaufen sind. Die haben selbst selten
165 erlebt, mal gefragt zu werden, was möchten sie denn und wie können sie? Kön-
166 nen sie denn überhaupt ihre Wünsche und ihre Ziele so artikulieren? Das ist ein
167 Prozess, der über viele Jahre geht und wo das Selbstbewusstsein erstmal aus-
168 gebildet werden muss und einfach auch im professionellen Umgang. Brauchen
169 von denen, die da als Assistenten, als Begleiter da sind, dort nicht, dass der Ge-
170 gegenüber schon weiß, was gut für mich ist, sondern dass derjenige die Zeit und
171 den Raum kriegt, selber zu entscheiden, was möchte ich denn? Und dass das
172 sich auch ändern kann und dass die Menschen ein Recht auf Fehler haben. Nor-
173 mal ist das auch. Das gehört für mich dazu, dass auszuhalten dort, wohlwissend,
174 dass das schief gehen muss und am Ende jetzt vielleicht noch nicht mal schief,
175 aber einfach Leute laufen zu lassen. #00:15:29-5#

176

177 P1: Okay, Danke. Was glauben Sie, bedeutet für Menschen mit Behinderung
178 Barrierefreiheit? #00:15:41-1#

179

180 P2: Das ist ganz unterschiedlich. Die würde wahrscheinlich ein blinder Mensch
181 ganz anders beantworten als ein spastisch gelähmter Mensch im Rollstuhl und.
182 Wenn es. Wenn ich wirklich inklusiv denke, dann muss natürlich der Körperbe-
183 hinderte auch für den geistig Behinderten mitdenken und auch dieser, dass In-
184 klusion auch unter verschiedenen Behinderungsgruppen funktionieren muss.
185 Das ist, denke ich, auch eine Herausforderung unserer Arbeit, was wir im alltäg-
186 lichen Leben sehen, das, dass man auch an manchen Stellen Egoismus erlebt.
187 Behindern, also Barrierefreiheit für den einzelnen Behinderten heißt, ich kann
188 ohne fremde Hilfe einen Brief lesen, an einer Veranstaltung teilnehmen. Kann
189 wählen gehen. Das wäre für mich so Kriterien von Barrierefreiheit, die ein Mensch
190 mit Behinderung als solche erlebt. #00:16:57-9#

191

192 P1: Okay, Danke schön. Wie schätzen Sie den momentanen Status Quo? Das
193 wäre in dem Bereich. Letzte Frage. Wie schätzen Sie den momentanen Status
194 Quo von Barrierefreiheit in Chemnitz ein? #00:17:10-8#

195

196 P2: Wenn ich die Post von Behörden lese, dann denke ich, dann sind wir noch
197 ganz unten. Einfach ein Brief mal in einfacher Sprache zu schreiben. Das wäre
198 eine Barrierefreiheit, wovon nicht nur vielleicht der angeblich geistig behinderte
199 Mensch profitieren würde, sondern viele andere würden dann einfach Behörden-
200 post viel leichter verstehen. Und an der Stelle denke ich, da haben wir noch viel
201 Nachholbedarf. Viel ist passiert aufgrund von Selbsthilfeinitiativen von Menschen
202 mit Behinderung, die losgegangen sind und die gesagt haben, ich komme hier

203 nicht rein, wir müssen hier die Türen vom Opernhaus oder andere Zugänge ge-
204 gestalten. Und dass ein Rollstuhlfahrer nicht immer durch den Hintereingang rein
205 will, das ist, glaube ich, auch so was. Eine Erkenntnis, die sich erst nach und
206 nach durchsetzt. Bauliche Barrieren sind sicher viele abgebaut, Barrieren in den
207 Köpfen, wir können nicht reingucken. Aber was wir erleben, das ist, denke ich,
208 es scheint so, dass wir da eine ganze Bandbreite erleben von Unwissenheit. Die
209 aber auch in Neugier umgewandelt werden kann und wo man Leute auch dafür
210 begeistern kann. Man kann über Perspektivwechsel, indem man Schüler, Politi-
211 ker, Entscheidungsträger in den Rollstuhl setzt, durch die Stadt fährt, einfach
212 auch sensibilisieren. Was kann Barrierefreiheit heißen? Und ich glaube einmal,
213 jeder, der das einmal mitgemacht hat, der denkt Entscheidungen dann anders.
214 Aber ich kann dir jetzt auf einer Skala von 1 bis 100 keine Zahl nennen. Ich denke,
215 das ist einfach zu zu differenziert. #00:19:27-9#

216

217 P1: Zur nächsten Frage. Wir haben ja über Inklusion gesprochen, gerade eben
218 über Inklusion und Barrierefreiheit. Das ist ja nun nicht von ungefähr gekommen,
219 dass wir uns als Gesellschaft das als Auftrag gegeben haben, sondern wir haben
220 als Gesellschaft einen klaren Auftrag bekommen und diesen auch mit der Ratifi-
221 zierung der UN-Behindertenrechtskonvention angenommen. Und das nun mitt-
222 lerweise vor 13, fast 14 Jahren. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung der
223 UN-BRK ein? #00:19:57-4#

224

225 P2: Ja da müsste man und ich rede da erstmal nur von mir. Ich habe mir da
226 wirklich sehr viel mehr erwartet. Das die guten geschriebenen Worte, die da zwei-
227 felsohne da sind. Na, vielleicht im Original ja noch viel mehr, als in der offiziellen
228 deutschen Übersetzung. Dass die umgesetzt werden, dass sie mit Leben gefüllt
229 werden. Aber, wir haben es ja hier und wir sehen, dass in unserer Stadt, hier in
230 Chemnitz, wie schwierig das ist, neben den alltäglichen Dingen so einen Teilha-
231 beplan voranzubringen, weil immer andere Dinge wichtiger sind als dieses visio-
232 näre Denken, dieses Vorausdenken, was so ein Plan, ja, wenn er irgendwann
233 umgesetzt werden sollte. Was so eine Konvention, die da umgesetzt werden
234 sollte, ja benötigt. Und aus dem Bauch heraus würde ich schon sagen, dass vie-
235 les noch hinter den Erwartungen ist. Aber es ist natürlich schwierig. Man müsste
236 sich jetzt wirklich konkret 15 Jahre zurückversetzen und überlegen, was ist in den
237 Jahren passiert? Und. Da ist schon manches passiert. Aber ja, und auch da wie-
238 derhole ich mich. Ich denke, solange wie sowas nur auf Papier steht, Papier ist
239 geduldig, solange wie Dinge nicht umgesetzt werden, gelebt werden, dann. Es
240 ist einfach schade und traurig und schade um die Zeit. Die Herausforderung, nicht
241 nur, dass die nicht nur bei den Menschen mit Behinderung ankommen müssen,
242 sondern dass die Herausforderung ja auch an Politiker:innen, Behörden und Äm-
243 ter gerichtet sind. Und man sagt ja, was tut, um bei dem Beispiel zu bleiben, ein

244 kommunaler Sozialverband Sachsen, um tatsächlich eine Behindertenrechtskon-
245 vention umzusetzen. #00:22:31-3#

246

247 P1: Okay, ich werde den nächsten Fragenkomplex mal nur unter die Überschrift
248 stellen. Und das wäre, welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung? Und da würde
249 ich schon mal anhängen, insbesondere für Menschen mit Behinderung für die
250 weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt
251 Chemnitz. Also was glauben Sie, welche Wichtigkeit hat das für die Stadt Chem-
252 nitz, dass Menschen mit Behinderung daran beteiligt werden? #00:23:06-5#

253

254 P2: Bürgerbeteiligung verbinde ich jetzt als Wort Bürgerbeteiligung bei politi-
255 schen Entscheidungen bei anderen Entscheidungen. Aber ich denke, Bürgerbe-
256 teiligung fängt vielleicht sehr viel eher an. Zur Verteidigung, das ist ja dieses Teil
257 wie in Teilhabe oder auch noch besser in Teilnahme mit drin, wo man sagt, es
258 sind denn Leute dabei, sind Leute mitgedacht sind Leute tatsächlich da, wenn
259 ein Konzert stattfindet, wenn verschiedene andere Dinge stattfinden. Das denke
260 ich, das ist der erste Schritt. Ser zweite Schritt ist sicher, wird nicht jeder Mensch
261 sich politisch einbringen wollen. Aber das ist ja ein Thema, was sich durch die
262 ganze Gesellschaft zieht und nicht nur durch die Menschen mit, durch diese
263 Gruppe Menschen mit Behinderung. Sondern, und es wird immer Leute geben,
264 die die sich für Politik interessieren. Ich sehe es auch ein Stückchen als unsere
265 Aufgabe, als Profis Angebote zu schaffen, wo wir Menschen mit Behinderung
266 sensibilisieren für das Thema. Was können Sie denn selber bewegen? Wo kön-
267 nen sie sich in Selbsthilfegruppen, in Vereinen organisieren und um ihre Belange
268 dort mit einzubringen. Denn oftmals ist es ja auch schwierig, Leute zu finden, die
269 dann für andere mitsprechen und die, das andere sind dann auch Formate, die
270 wir als Profis hier schaffen können. Ich für mich habe immer ein schönes Beispiel,
271 dass wir regelmäßig vor Wahlen, sei es kommunal, sei es der Landtags- und
272 Bundestagswahlen, einfach einladen, die Politiker, die sich hier vor Ort zur Wahl
273 stellen, ihr Wahlprogramm mal in einfacher Sprache vorzustellen und sich in ei-
274 ner Podiumsdiskussion den Fragen der behinderten Menschen zu stellen. Und
275 das, ich denke, dort geht politische Teilhabe für mich richtig los, weil das eine
276 Sache ist, wo beide Seiten sehr davon profitieren. Zum einen kommen die Fragen
277 dort, die ich mir dreimal überlegen würde, ungeschminkt raus und die Politiker
278 sind manchmal, mit was sie dort konfrontiert werden und zum anderen sind für
279 die Menschen mit Behinderungen die Politiker auf einmal nicht mehr nur die Men-
280 schen auf Wahlplakaten und irgendwo weit weg in irgendwelchen politischen
281 Gremien, die sie nicht mal aussprechen können, sondern es sind Menschen zum
282 Anfassen. Und ich glaube, wenn wir das schaffen, Ja, Politik so erlebbar zu ma-
283 chen und dort vielleicht auch die nötigen Räume, Rahmenbedingungen und As-
284 sistenzen zu geben, um Menschen dort zu beteiligen. Dann werden sich sicher
285 auch noch mehr finden, die dort sagen: Ja, das ist genau meins und ich möchte

286 hier nicht nur für mich, sondern auch vielleicht für viele andere Sprachrohr sein
287 und mich dort mit einbringen. #00:26:46-8#

288

289 P1: Perfekt. Danke, Herr Urish. Zum Schluss eine letzte Frage. Eine sogenannte
290 Wunder Frage, die ich mir habe Einfalles lassen, vielleicht auch eine ganz schöne
291 Frage. Stellen Sie sich vor, Sie wachen morgen früh in einer perfekten Welt auf,
292 in der die Auseinandersetzung mit Inklusion und deren Realisierung überflüssig
293 geworden ist. Wie sähe diese Welt aus? Was müssten wir für diese Welt tun?
294 Und was hat uns bis jetzt davon abgehalten, dass auch wirklich tun zu können
295 und zu wollen? #00:27:16-7#

296

297 P2: Ich würde, glaube ich, erst mal richtig schön ausschlafen. #00:27:22-4#

298

299 P1: Wie schön. #00:27:25-1#

300

301 P2: Ja, aber dann, wenn ich in dieser perfekten Welt aufwache. Dann wären ja
302 viele Sozialarbeiter arbeitslos, wahrscheinlich Aber auf einmal dreht sich bei mir
303 schon wieder die Gegenseite. An sich denke ich, es wäre ja schön, ich würde auf
304 meiner Arbeitsstelle auch drei, vier Menschen mit Behinderung treffen, die ge-
305 nau so gleichberechtigt hier mitarbeiten können mit ihren Assistenten. Die da in
306 dem Rahmen, wo Hilfe benötigt wird, auch da sind. Vielleicht ist es auch eine
307 Selbstverständlichkeit geworden, dass es gar keine professionellen Assistenten
308 mehr geben muss, sondern dass es zum Arbeitsumfang eines jeden Mitarbeiters
309 gehört, zu gucken, wo kann man die Stärken des Einzelnen fördern und nicht
310 die Schwächen hervorrufen. Sondern einfach zu gucken, Ressourcenorientiert.
311 Gemeinsam zu arbeiten, gemeinsam zu leben. Das kein Mensch mehr sieht, wo
312 ist eine Behinderung, sei es eine sichtbare, sei es eine unsichtbare? Das wäre
313 für mich schon so, dieses Bild einer Welt, für die wir arbeiten. Ja, was müssen
314 wir für diese Welt tun? Ich glaube im Kleinen anfangen ist immer das Allerwich-
315 tigste. Visionen zum Einsatz zu haben. Zu sehen. Die haben wir ja in dem Falle
316 schon, wie diese Welt aussehen könnte. Und dann? Wie können wir in kleinen
317 Schritten ein Stückchen dahin kommen. Wo kann ich in meinem direkten Umfeld
318 jetzt den ersten Schritt gehen? Das wäre für mich so Dinge, wo ich sage, das
319 braucht es. Was hindert mich daran?

320 Das sind oftmals die Strukturen, die Strukturen, die von außen kommen, die
321 Strukturen, die ich mir selber vorgebe, meine eigenen Begrenzungen im Denken,
322 wo ich doch denke, dass geht doch sowieso nicht, denn dann ist vieles schon
323 verloren. Es ist viel gewonnen, wenn einer aufsteht und sagt dennoch. Sich im-
324 mer wieder mal den Resetknopf zu drücken und zu gucken, wie könnte es denn
325 besser gehen? Für mich ist es einfach, dieses einfach auch mal Grenzen zu

326 überschreiten und zu sagen, das ist vielleicht auch ganz praktisch, im Ausland
327 mal zu gucken, in ganz anderen kulturellen Kontexten, wie wir dort mit Menschen
328 mit Behinderung umgehen und ein Stückchen zu sagen, meine eigenen Begren-
329 zungen dort immer wieder zu hinterfragen und zu sagen, ja, was wäre denn jetzt
330 der erste nötige Schritt? #00:31:02-9#

331

332 P1: Dankeschön. Ja, Herr Ullrich, ich bedanke mich für das Interview, für die sehr
333 schön interessanten Einblicke und für die Möglichkeit, dass wir ins Gespräch
334 kommen konnten. Danke schön. #00:31:18-7#

335

336 P2: Vielen Dank.

1 **Interview 5 – IP_5_IV**

2

3 P1: Schönen guten Tag. Ich bedanke mich direkt für die Zeit, die Sie für mich
4 nehmen. Ich schreibe eine Masterarbeit zum Thema barrierefreie und inklusive
5 Bürgerbeteiligung für Menschen mit Behinderungen bei politischen Willensbil-
6 dung und Entscheidungsprozessen der Stadt Chemnitz. Und zum Ziel hat die
7 Arbeit herauszufinden, wo Chemnitz in dieser Thematik im Moment steht und wie
8 die Meinungen und Äußerungen von professionellen Akteurinnen, die im Feld
9 tätig sind, dabei sind. Meine erste Frage wäre, haben Sie noch Fragen?
10 #00:00:33-0#

11

12 P2: Nein, ich bin ganz gespannt. Okay. #00:00:35-2#

13

14 P1: Meine erste Frage wäre: Können Sie mir schildern, welche Rolle als Experte
15 Sie ausfüllen, was Ihre Aufgaben darin sind und was aus dieser Perspektive Be-
16 hinderung für Sie bedeutet? #00:00:47-3#

17

18 P2: Ja, ähm, es ist ja so, dass wir innerhalb der Stadt oder ich innerhalb der Stadt
19 ja in mehreren Gremien aktiv bin und dort gerade die Belange von Menschen mit
20 Behinderungen natürlich immer mit in den Fokus zu nehmen. Das ist im Jobcen-
21 ter Beirat, wo ich Vorsitzender bin, als auch im Sozialausschuss als sachkundiger
22 Einwohner und daneben in den Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Stadt na-
23 türlich mittelbar oder unmittelbar, da auch mit beteiligt bin und da in der Rolle als
24 Vorsitzender des Sächsischen Landesbehindertenbeirat ist, natürlich meine
25 Sichtweise aus dem Land auch in die Stadt spiegeln kann. Und insofern, also als
26 Geschäftsführer des Sozialverbandes VdK Sachsen, haben wir ja knapp 25.000
27 Mitglieder und davon sind über 90 % der Menschen mit Behinderung. Also inso-
28 fern ist das die tägliche Arbeit, sich damit zu beschäftigen, um eben auch zu
29 schauen, welche Barrieren gibt es denn für Beteiligungen? Die Hinderung ist tat-
30 sächlich, weil die Frage steht, wann, welche Perspektive oder was aus dieser
31 Perspektive Behinderung für mich bedeutet. Ist tatsächlich die neue Behinde-
32 rungsbegriff im SGB IX, der sich auf die ICF abstellt und dort eben tatsächlich
33 sagt, es ist nicht nur die eigene körperliche Einschränkung, sondern auch die
34 Umweltbedingten Einschränkungen und Barrieren in der Teilhabe. Und das ist
35 für mich dann diese komplexe Sicht von Teilhabebeeinträchtigungen, die ich als
36 Behinderung bezeichne. #00:02:29-2#

37

38 P1: Okay, vielen Dank. Die Frage, ob Sie im Arbeitsleben regelmäßig Kontakt
39 haben, denke ich, die ist beantwortet. Aus Ihrer Rolle heraus haben Sie darüber

40 hinaus Kontakt zu Menschen mit Behinderungen oder haben Sie darüber hinaus
41 Kontakt mit Menschen mit Behinderung? #00:02:45-2#

42

43 P2: Eigentlich fast immer, weil man muss ja schon sehen, dass mehr als 1/4 aller
44 Chemnitzerinnen und Chemnitzer eine Behinderung haben, entweder sichtbar
45 oder nicht sichtbar. Und insofern hat man es natürlich auch im Freundes- und
46 Bekanntenkreis, im familiären Bereich auch. Aber überwiegend natürlich dienst-
47 lich. #00:03:01-6#

48

49 P1: Ein Ziel unserer gemeinsamen Profession ist ja Inklusion. Es ist. Ich denke
50 mittlerweile ein sehr besetzter Begriff geworden, auch ein sehr plakativer Begriff.
51 Was verstehen Sie unter Inklusion und oder einer inklusiven Gesellschaft?
52 #00:03:23-0#

53

54 P2: Relativ einfach zu sagen, dass ich, egal ob ich eine Behinderung habe oder
55 keine Behinderung habe, eine gesundheitliche Einschränkung oder nicht ob ich
56 alt bin oder jung, ich das im Rahmen meiner, meines Willens, meiner Tätigkeit,
57 meines Lebens um ja arbeiten kann. Teilhaben kann, wie und wann ich möchte,
58 ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob es da Einschränkungen gibt, ob es Barri-
59 eren gibt, also die gleichberechtigte Teilhabe, die Möglichkeit der Teilhabe am
60 Leben in der Gesellschaft. Das beinhaltet natürlich auch das Arbeitsleben usw.,
61 unabhängig davon, ob ich eben Einschränkungen oder andere Handicaps hätte
62 und dass das eben nicht nur auf das Bauliche gemünzt ist, sondern dass eben
63 dann auch die Gesellschaft so aufgeschlossen ist, dass ich mich nicht erklären
64 muss, wenn ich ein Handicap habe oder dass ich mich rechtfertigen muss, wenn
65 ich kein Handicap habe, sondern dass es normal ist, verschieden zu sein.
66 #00:04:24-4#

67

68 P1: Okay, Sie sprachen Barrierefreiheit an. Was bedeutet für Sie barrierefrei und
69 oder wo stoßen Sie im Alltag auf Barrieren? #00:04:36-3#

70

71 P2: Naja, das einfachste ist immer wenn ich einen Kollegen früh sehe, der auf-
72 grund seiner Geheinschränkung mit zwei Unterarmstützen es nicht schafft un-
73 sere Eingangstüre aufzumachen. Das ist so jeden Tag die erste Barriere, die ich
74 erlebe. Und dann gibt es im Prinzip zahlreiche. Also im Moment arbeitet ja der
75 Verband, also auch ich, natürlich an der baulichen Barrierefreiheit, wo man viel
76 tut, wo man auch die Rahmenbedingungen setzen kann. Man sagt dann auch die
77 Barrieren in den Köpfen, die man immer wieder mal feststellt. Was allerdings, ich
78 glaube in der Zukunft immer mehr zunimmt, ist die Frage der digitalen

79 Barrierefreiheit. Und da stößt man halt relativ schnell darauf, dass es gar nicht
80 jedem bewusst ist, was das bedeutet. Beste Beispiel aktuell das 49 € Ticket, was
81 in der Stadt nur online angeboten wird. Und da reden wir eben nicht nur von
82 Menschen, die eine Sehheinschränkung haben oder andere. Wenn ich eben als
83 Senior oder nicht in der Lage bin, ein Handy zu bedienen, kann ich schlichtweg
84 dieses Ticket nicht erwerben innerhalb der Stadt von unserem Verkehrsunter-
85 nehmen. Und wir sind nicht ausgegrenzt und das ist schon eine ganz einfach mir.
86 #00:05:48-3#

87

88 P1: (...) Was glauben Sie, bedeutet für Menschen mit Behinderung Barrierefrei-
89 heit? #00:05:54-8#

90

91 P2: Spannende Frage. Aber ich glaube, an der Stelle muss man einfach aus mei-
92 ner Erfahrung heraus schauen, welche Einschränkungen, welche Menschen mit
93 welchen Einschränkungen man betrachtet. Also die Erfahrung zeigt Menschen
94 mit Sinneseinschränkungen haben einen unheimlichen Fokus ausschließlich auf
95 ihre Barrieren, die sie tagtäglich erleben. Ob das die Gehörlosen sind oder aber
96 auch die blinden Menschen. Bei körperlich eingeschränkten, gerade auch bei
97 Rollstuhlfahrern ist der Fokus überwiegend natürlich in der Mobilität zu sehen.
98 Und dann haben wir so die Grauzonen, wo es diejenigen gibt, die mehrfache
99 gesundheitliche Einschränkungen haben und Behinderungen haben. Wo das
100 dann schwimmt. Und auch diejenigen, die gar nicht wissen, dass sie eine Be-
101 hinderung haben, weil sie vielleicht auch nicht wissen wollen und trotzdem dann
102 eben feststellen, dass sie eben die Treppen schwer steigen können und die Tü-
103 ren eben nicht mehr aufmachen und dergleichen oder schlichtweg eben die An-
104 zeige am Display des ÖPNV, dass sie nicht mehr lesen können, weil sie zu klein
105 ist oder die Kontraste zu schwach sind. Also und da sieht man die verschiedenen
106 Sichtweisen mal bewusst als bei als Behinderung oder als Barriere erkannt und
107 mal völlig unbewusst. Und das ist eben so etwas, wo man sagen kann, je nach-
108 dem welche Gruppe von Menschen da die Sicht auf hat, hat man auch ganz un-
109 terschiedliche Blickwinkel auf Barrieren. #00:07:26-5#

110

111 P1: Was glauben Sie, was da ein wertvoller Beitrag zum Abbau dieser Barrieren
112 sein kann? Vielleicht mal zum Hintergrund dieser Frage. Wir sind ja in Deutsch-
113 land eine Profession, auch in der Sozialen Arbeit, es wandelt sich zwar gerade,
114 so habe ich den Eindruck, die sich aber trotzdem irgendwo die Definitionshoheit
115 über Hilfebedarfe herausgenommen hat, also gesagt hat, ich sehe den Men-
116 schen mit der jeweiligen Einschränkung und ich glaube zu wissen, was wir als
117 Gesellschaft für ihn tun müssen, damit er diese Funktionseinschränkungen für
118 ihn nicht mehr so spürbar wird. Glauben Sie, dass das eine gute oder auch eine

119 wertvolle Herangehensweise ist? Oder wie müsste die Herangehensweise aus-
120 sehen? #00:08:21-0#

121

122 P2: Es ist, da kann ich jetzt wirklich nur sagen, aus den letzten 20 Jahren der
123 eigenen Arbeit und der eigenen Erfahrung, das ist wahrscheinlich die einzig rich-
124 tige Herangehensweise. Was nicht funktioniert, was zu oft schon festgestellt
125 wurde, ist, wenn ich nur allein, rein aus subjektiven Gesichtspunkten Barrierefrei-
126 heit betrachtet und die dann die Beseitigung sehe, weil dann beseitige ich Barri-
127 eren für ein Objekt für einen Menschen mit Behinderung, nämlich gerade für die
128 Personen, die das bewertet haben, aber keinerlei objektive Kriterien, ob das alle
129 gleichgelagerten Personen trifft. Und deswegen ist genau diese, diese Normset-
130 zung, diese Regulierung so wichtig und auch das Ziel, um Einheitlichkeit herzu-
131 stellen. Ganz bewusst. Natürlich können auch 6 % Rampensteigerungen, für ein-
132 nige zu steil sein. Aber es bietet zumindest eine Grundlage, um beginnen in der
133 Ausbildung, dann weiter in der Lehre oder auch im Studium entsprechend die
134 Gesellschaft ein Stück weit dahinzubringen, die Barrieren gar nicht erst aufkom-
135 men zu lassen, sondern dann im Vorhinein die schon abzubauen bei Planungen
136 usw.. #00:09:31-9#

137

138 P1: Okay, danke schön. Wie schätzen Sie als in Chemnitz Tätiger den momen-
139 tanen Status Quo der Barrierefreiheit der Stadt Chemnitz ein? #00:09:41-7#

140

141 P2: (...) Eine schwierige Frage. Das muss man, das muss man wirklich sagen,
142 weil das würde ja heißen, ich habe eine eine Skala von 1 bis 10. Eins ist gar nicht
143 barrierefrei. Zehn ist die vollkommene Barrierefreiheit. Da sage ich einfach, da
144 tue ich mich grundsätzlich schwer. Aber so eine Fragestellung hatte ich letztens
145 auch in einem anderen Gremium bekommen, das zu bewerten, weil, wenn man
146 weiß, wo wir vor zehn Jahren, 15 Jahren in der Arbeit in der Stadt Chemnitz
147 standen, dann sind wir heute riesige Schritte vorangekommen, in der Partizipa-
148 tion, in der Barrierefreiheit, also noch lange nicht am Ziel. Und da ist es eher für
149 mich zu sagen, wir sind auf einem sehr guten Weg, wo wir immer mehr Personen
150 mit einbinden. Aber da würde ich jetzt keinen Status Quo benennen.
151 #00:10:39-7#

152

153 P1: Mal off topic, glaub ich, dass Chemnitz da auf einem guten Weg ist, auch das
154 wir gute Vertreter in der Stadt haben und auf gute offene Ohren treffen. Auch in
155 der Verwaltung denke ich. Da ist man vielleicht sogar weiter als andere Städte
156 eben. Ja, also so ist es. #00:10:59-6#

157

158 P2: Aber wenn ich wie gesagt, so was dann eben aus einem reinen, aus einer
159 Sicht sehe, wenn ich von außen käme und sage, das ist das Optimum. Wir wuss-
160 ten, wir in Chemnitz, da werden wir sehr schnell Defizite sehen als das, was auch.
161 #00:11:11-7#

162

163 P1: Barrieren vollständig abbauen, wird man nie können. So heterogen wie Be-
164 hinderung und Funktionseinschränkung sind, wird sich das auch immer wandeln
165 und es wird es immer geben. Auch das hat man im Vorgespräch schon mal ge-
166 sehen, dass ist das Leben dann. Eine liebe Kollegin von mir sagte mal Leben ist
167 lebensgefährlich. Äh, wir haben über Inklusion gesprochen. Dieser Begriff kommt
168 ja nicht von ungefähr, das haben wir uns als Gesellschaft ja als Auftrag gegeben.
169 Und zwar. Die nächste Frage wäre dahingehend. Wir haben als Gesellschaft ei-
170 nen klaren Auftrag bekommen und diesen auch mit der Ratifizierung der UN Be-
171 hindertenrechtskonvention angenommen. Und das nun vor mittlerweile 13, fast
172 14 Jahren. Und jetzt kommt wieder so eine Frage. Wie schätzen Sie den Stand
173 der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ein. #00:12:03-8#

174

175 P2: Ähnliche, ähnliche Frage und insofern muss man sagen in verschiedenen
176 Bereichen. Also grundhaft, glaube ich, Wir haben als Gesellschaft die Herausfor-
177 derung angenommen. Wir haben allerdings als als Gesellschaft oder auch die
178 Bundesregierung ein Problem damit, dass sie auf der einen Seite zwar mit der
179 Ratifizierung der UN-BRK sich selbst, die Länder, die Kommunen bindet, aber
180 auf der anderen Seite sofort auch sah, die Umsetzung darf nicht so viel mehr
181 Geld kosten, wie unser System vorher war und das funktioniert schlecht. Also
182 das heißt, wir sind in unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich weit. Wir haben
183 Personen, die sagen, Die UN-BRK fordert die Abschaffung der Werkstätten für
184 Menschen mit Behinderung. Das ist ja auch im Staatenbericht so schön festge-
185 halten, dass das eine eine Forderung ist. Wo wir aber klar als Verband und ich
186 auch als Person sagt, das ist nicht zielführend, weil wir immer Menschen mit be-
187 sondern schweren Einschränkungen haben, die auf eine solche Einrichtung an-
188 gewiesen sind, die tatsächlich selber auch diesen geschützten Bereich für sich
189 wählen, selbst wählen. Und insofern ist das schon auch notwendig. Auf der an-
190 deren Seite sind die Institutionen nicht dafür da, erhalten zu werden, nur um des
191 Erhaltens willen, sondern eben auch die Durchlässigkeit zum Beispiel in den all-
192 gemeinen Arbeitsmarkt einfach noch viel stärker zu erhöhen. Und, und da sind
193 wir jetzt noch leider nicht so weit, dass ich unabhängig meines Wohnortes, glei-
194 che Teilhabemöglichkeiten an der Tagesstruktur habe. Gerade für Menschen mit
195 Behinderung, die eben keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen. Ob sie schon
196 im Rentenalter sind oder eben auch nicht. Da haben wir, glaube ich, noch relativ
197 viel Nachholbedarf. Gut und dann natürlich der komplette Teil der Partizipation
198 von Menschen mit Behinderungen, der Umsetzung der Teilhabemöglichkeit im
199 digitalen Bereich, der Anpassung der Verwaltungen. Leichte Sprache, einfache

200 Sprache. Und dann natürlich die unauflösbare Diskrepanz zwischen rechtlichen
201 Normierungen, die ich nicht in leichte Sprache bringen kann und der Aufforde-
202 rung der UN BRK natürlich trotzdem so zu kommunizieren, dass es jeder ver-
203 steht. Und das werden wir so nicht auflösen können. Aber ansonsten, Wir sind
204 auch hier auf einem guten Weg. Aber noch lange nicht angekommen.
205 #00:14:45-4#

206

207 P1: Glauben Sie, die Behindertenrechtskonvention stellt zum Teil unerfüllbare
208 Forderungen? Gerade auf das Thema Teilhabe am Arbeitsleben abgestellt?
209 Wenn man jetzt mal betrachtet, wie die Teilhabe an der Gesellschaft im Moment
210 wirklich funktioniert. Über Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt, also wie reel ich tat-
211 sächlich am Arbeitsmarkt teilhaben kann, um mir die Mittel zu beschaffen, die ich
212 tatsächlich benötige, um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Wie sie das
213 jetzt können oder wie ich das jetzt kann oder wie wir glauben, das zu können.
214 Glauben Sie, dass da die ein oder andere Forderung unerfüllbar ist, die da drin-
215 steht? #00:15:31-8#

216

217 P2: Nein, überhaupt nicht. Es ist eher so, dass ich natürlich eine Regelung habe,
218 die für sich allein gesprochen und für sich alleinstehend noch keine, keine Lö-
219 sungen, keine Veränderung bringt. Wir haben eine Betriebsstättenverordnung
220 zum Beispiel. Die schreibt auch heute schon vor, dass Arbeitgeber eben entspre-
221 chend alles tun müssen, um eben Menschen mit einer Behinderung, die Tätig-
222 keiten am Arbeitsplatz zu ermöglichen. Wir haben Unterstützungssysteme, die
223 über die Assistenzdienste und -leistungen es ermöglicht auch Menschen, Berufs-
224 felder zu erschließen, die bis vor einigen Jahren fast undenkbar waren. Insofern
225 sind das keine Forderungen einer Unmöglichkeit, sondern es sind Forderungen,
226 die sicherlich noch mehr Zeit brauchen, aber auch mehr Willen in bestimmten
227 Bereichen, die umzusetzen. #00:16:28-8#

228

229 P1: Sind die Forderungen der Behindertenrechtskonvention einzig als Auftrag an
230 die Gesellschaft zu stellen, um dieser Forderung für die dort betroffene Perso-
231 nengruppe zu erfüllen. Oder ist das ein Auftrag, der da weitergehen muss oder
232 wo oder da breiter ausgelegt sein müsste? #00:16:51-7#

233

234 P2: Na ja, am Ende ist ja die UN-BRK als eine Zustimmung der Bundesrepublik
235 Deutschland zu einer Regelung über die Anwendung von Menschenrechten. Das
236 heißt also, sie bindet ja nicht nur die Behörden und die Verwaltungen, sondern
237 sie sollte im besten Fall auch getragen werden vom Wunsch und vom Willen der
238 Bevölkerung. Aber sie bindet, und das ist natürlich jetzt wieder der Fokus, den
239 den ich und wir auch als Verband haben, ist natürlich auch es fordert auch die

240 Betroffenen auf, sich einzubringen, sich zu beteiligen und die Rechte, die sie dort
241 haben und benannt bekommen haben, eben entsprechend auch einzufordern
242 und sich eben auch einzubringen. #00:17:32-0#

243

244 P1: Wo sehen Sie da im Moment den größten Handlungsbedarf? #00:17:37-6#

245

246 P2: Die Schwierigkeit ist tatsächlich, das aus der praktischen Erfahrung heraus
247 wir immer wieder Schwierigkeiten haben, Menschen mit Behinderungen zu fin-
248 den, auch gerade mit schweren Behinderungen, die über längere Zeit konstant
249 aktiv sich mit einbringen können in die Meinungsbildungsprozesse. Nicht, weil sie
250 nicht wollen, sondern weil sie aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkung tat-
251 sächlich auch gehandicapt sind. Gerade im Landesbehindertenbeirat ist es so,
252 wir haben 28 Mitglieder und es ist, es wird immer schwerer, Personen zu finden,
253 die über drei Jahre, über vier Jahre sich an einem Thema beteiligen und das
254 wissen dann eben auch teilen. Da haben wir, denke ich, noch gemeinsam Arbeit
255 dran, mehrere Interessenten zu finden. #00:18:30-4#

256

257 P1: Das sind ja recht langwierige Prozesse, wenn man da was anstossen will.
258 Allerdings, man sieht das wir 14 Jahren nach der UN-BRK Ratifizierung. Und was
259 auch normal ist, dass solche Prozesse diese Zeiten bedürfen. Vielen Dank bis
260 hierher. Ich würde zur Bürgerbeteiligung noch ein Stück weit kommen wollen. Da
261 wäre meine nächste Frage: Welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung für die
262 weitere Entwicklung von gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der
263 Stadt Chemnitz? #00:18:58-8#

264

265 P2: Also. Bürgerbeteiligung. Also, dass Politik den Willen und den Wunsch der
266 Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln sollte. Ich glaube, das ist da der Kitt un-
267 serer Gesellschaft, der Kern einer Demokratie. Insofern ist Bürgerbeteiligung ein
268 wichtiger Part. Es gab innerhalb der Stadt Chemnitz ja auch schon Bürgerhaus-
269 halte, wo ich selber da schon gemeinsam mit dem jetzigen Bürgermeiste, Herrn
270 Birkhardt, wo wir daran gearbeitet haben, über lange Zeit. Es hat eben gezeigt,
271 wenn Bürgerinnen und Bürger unmittelbar Entscheidungen für sich, ihren Stadt-
272 teil treffen können, dann ist die die Beteiligung hoch. Aber zeitgleich ist es auch
273 wichtig, immer wieder in die in die Bürgerschaft hineinzuspiegeln, was unser de-
274 mokratisches System bedeutet, dass eben nicht nur alleine Bürgerbeteiligung
275 Politik macht. Und das ist eben sicherlich, aber da gehört das eine wie das andere
276 dazu. #00:20:06-8#

277

278 P1: Dankeschön. Welche Rolle spielen bei Bürgerbeteiligung Menschen mit Be-
279 hinderung? #00:20:13-3#

280

281 P2: Sie sind ein Teil unserer Gesellschaft und müssen natürlich dort auch als
282 solche entweder repräsentiert werden oder sich selbst mit einbringen. Aber zu-
283 mindest müssen ihre Belange mitberücksichtigt werden. #00:20:26-5#

284

285 P1: Welchen Stellenwert hat dabei Sichtbarkeit? #00:20:32-5#

286

287 P2: Aus meiner Sicht. Wenn ich über Inklusion rede, hat Sichtbarkeit überhaupt
288 keinen Stellenwert, weil es aus meiner Sicht völlig unerheblich ist, ob ich jeman-
289 den mit Autismus habe, den ich nicht ansehe oder jemanden im Rollstuhl, jeman-
290 den, der blind ist oder der gehörlos ist oder der Mensch mit einer psychischen
291 Erkrankung hat. Ähm, es ist wichtiger, die Belange der Betroffenen aufzuneh-
292 men, mit einzubringen. Aber die bloße Sichtbarkeit ist es eben nicht, weil dann
293 wird man natürlich auch gegebenenfalls auf nur bestimmte Positionen reduziert
294 und. Das wollen auch die Menschen mit Behinderung nicht. #00:21:18-1#

295

296 P1: Wie gelingt es der Gesellschaft in unserer Stadt Chemnitz, Menschen mit
297 Behinderungen am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen? Und
298 haben Sie dafür Beispiele? #00:21:30-5#

299

300 P2: Ja, ich denke, unser Behindertenbeirat ist eine gute, gute Möglichkeit, das
301 muss man sagen. Der Fest in der Gemeindeordnung oder ja in der Gemeinde-
302 ordnung festgeschrieben ist, wo dann die Beteiligungsprozesse laufen. Ich
303 glaube, wir haben auch über die Auswahl der Sachkundigen Einwohner in den
304 verschiedenen Ausschüssen einen guten Querschnitt durch Bürger und darunter
305 ja auch Menschen mit Behinderungen in den Ausschüssen. Und parallel dazu die
306 verschiedenen Arbeitsgruppen der Verbände gemeinsam mit der Stadt. Ob das
307 jetzt die AG Barrierefreies Bauen ist oder AG barrierefreier ÖPNV. Gerade für die
308 Stadt haben wir Gremien, wo tatsächlich die Beteiligung gut funktioniert und zu
309 einem guten Miteinander. #00:22:16-9#

310

311 P1: Danke schön. Wie werden die Interessen und Belange von Menschen mit
312 Behinderung in Chemnitz vertreten bzw. geschieht dies in einem momentan aus-
313 reichenden Maße aus Ihrer Sicht? #00:22:30-2#

314

315 P2: Na ja, also diejenigen, die sich in den Verbänden organisieren oder in den
316 Selbsthilfegruppen tätig sind, da bin ich mir ziemlich sicher, deren Interessen
317 werden gut kommuniziert und gespiegelt. Was wir natürlich auch in unserer Stadt
318 haben, wie in jeder größeren Stadt sind diejenigen Personen, die älter sind, die
319 vielleicht nicht ausreichend über das aktuelle Bildungspotenzial verfügen, die tat-
320 sächlich auch sich ausgegrenzt fühlen, weil sie ausgegrenzt sind. Oder anders-
321 herum, je nachdem, wie man's nimmt. Und deren Interessen findet man oftmals
322 noch nicht ausreichend in unserer Politik. Das ist auch ein Auftrag sowohl an uns
323 als Verbände, aber eben auch an die Politik, diesen Personenkreis nicht zu ver-
324 nachlässigen. Und da hat die Stadt ja mit ihren ja Bürgerzentren, diesen Bürger-
325 plattformen, denke ich einen guten Weg eingeschlagen, um eben vor Ort diese
326 Vernetzung noch stärker herbeizuführen, um vielleicht eben auch diejenigen, die
327 von Einsamkeit bedroht sind, einfach und damit aufzufangen. #00:23:38-2#

328

329 P1: Die letzten drei Stichpunkte würde ich mal in eine Frage zusammenfassen.
330 Sind Ihnen Bürgerbeteiligungsformate in Chemnitz bekannt? Haben Sie selber
331 schon dran teilgenommen? Und wie nehmen Sie Menschen mit Behinderung dort
332 wahr? #00:23:53-1#

333

334 P2: Ähm, ja. Ja und ja. Ähm. Also, das eine hatten wir ja jetzt schon. Die weiteren
335 Fragen vorher schon zum Teil beantwortet. Es ist natürlich auch bei der Beglei-
336 tung des Aktionsplans zur Umsetzung innerhalb der Stadt Chemnitz für die Um-
337 setzung der UN-BRK, wo wir mit dabei sind, wo natürlich aber auch Bürger ge-
338 fragt werden. Und da muss man sagen, dass wir auch als Verband unsere Auf-
339 gabe darin sehen, unsere Mitglieder, wir haben in der Stadt über 1500 eben ent-
340 sprechend dort mitzunehmen, ihre Wünsche mit einzubringen und insofern be-
341 steht dort die Möglichkeit, auch Sichtweisen, die hier aus der breiten, Gesell-
342 schaft kommen, mit einzubringen. Wie nehme ich doch Menschen mit Behinde-
343 rungen wahr. Vielfältig und auch in einem in einem Maße, wo man gut sieht, wel-
344 che Belange bestimmte Zielgruppen hatten. Wir hatten das vor uns in einer vor-
345 hergehenden Frage schon, Menschen mit einer Sinneseinschränkungen haben
346 eben einen besonderen Fokus und andere andere. Und gerade die Mischung
347 aus allen und da eben das Beste daraus zu machen, glaube ich, bringt die Stadt
348 insgesamt voran. #00:25:10-7#

349

350 P1: Okay. Sie haben den Aktionsplan erwähnt. Es ist das Instrument für Chem-
351 nitz, wo Maßnahmen festgehalten worden sind, die Behindertenrechtskonvention
352 umzusetzen oder die Umsetzung auf den Weg zu bringen, muss man sagen. Der
353 Artikel 29 der Behindertenrechtskonvention. Der fordert ja ganz konkret die Be-
354 teiligung von Menschen mit Behinderungen bei politischen Entscheidungspro-
355 zessen und Willensbildungsprozess ein. Es ist in der Vorarbeit für diesen

356 Aktionsplan, dieses Thema behandelt worden, taucht aber tatsächlich im Akti-
357 onsplan nicht auf. Zwei Fragen Haben Sie eine Idee, warum das so sein könnte?
358 Und finden Sie, dass dieser Aktionsplan, so wie er momentan vorhanden ist, ein
359 wirksames Instrument ist? #00:26:07-2#

360

361 P2: Ich fange mit Letzterem mal an Er kann ein wirksames Instrument sein, wenn
362 die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das muss man sa-
363 gen, denn die die Forderungen, die sich ja im Aktionsplan swiderspiegeln, sind
364 ja auch ein Ergebnis eines Prozesses, wo viele Akteure mitbeteiligt waren. Und
365 wenn die Stadt die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung zur Verfügung
366 stellt und aber eben auch den Willen in allen Ämtern hat, das mit positiv zu be-
367 gleiten, dann kann es wirklich ein Mittel sein, um die UN-BRK auch in Chemnitz
368 noch besser zur Umsetzung zu bringen. Das andere die Bürgerbeteiligung der
369 Menschen mit Behinderung. Das ist jetzt so zweischneidig, weil an der Stelle, sag
370 ich mal, ist es die Sache eines jeden, sich einzubringen. Und als Verband sind
371 wir sicherlich dafür, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Möglichkei-
372 ten bestehen, sich zu beteiligen. Aber eine Exklusivbeteiligung für Menschen mit
373 Behinderung halte ich persönlich auch für kritisch. Weil Inklusion heißt, ich kann
374 mich überall beteiligen. Und wenn ich das möchte, kann ich mich in jeder politi-
375 schen Partei mit einbringen und dort in der politischen Arbeit meinen Willen,
376 meine Interessen mit zu vertreten. Ich kann mich aber genauso in den Arbeits-
377 gruppen und den Verbänden mit einbringen. Und dann brauche ich aber die Un-
378 terstützungsmöglichkeiten. Wenn ich gerade noch Hinderungsgründe habe, noch
379 Barrieren habe, weil ich das ich nicht kann, die dann zu beseitigen. Deswegen
380 glaube ich, dass das nicht zwingend auch im Aktionsplan stehen muss, sondern
381 es muss von uns allen gelebt werden und. Das müsste vielleicht noch stärker in
382 die Gesellschaft gespiegelt werden. #00:27:55-3#

383

384 P1: Wie könnte das gehen? #00:27:58-5#

385

386 P2: Wie könnte das gehen? Ähm, das ist ein großes Thema. Wer das löst... Der
387 Politiker Politikwissenschaftler Patzelt aus Dresden hat ja auch gesagt, Politik-
388 verdrossenheit ist tatsächlich eine große Schwierigkeit. Und die trifft ja nicht nur
389 Menschen ohne, sondern auch Menschen mit Behinderung. Und umso wichtiger
390 ist es, zu zeigen, dass Beteiligung, aktives Mitarbeiten zu Verbesserungen führen
391 kann. Also ganz wichtig das haben wir jetzt, über über zehn Jahre bin ich Vorsit-
392 zender des Sächsischen Landesbehindertenbeirates. Und eins lernt man dort
393 auch. Man braucht einen langen Atem. Aber wenn man dann, Verordnungen,
394 Gesetze, Richtlinien novelliert bekommt über die vielen Jahre, die dann dazu füh-
395 ren, dass eben auch Vereine und Verbände in der Stadt Chemnitz jetzt seit die-
396 sem Jahr bei Förderungen über die Richtlinie Teilhabe keine Eigenmittel mehr

397 einbringen müssen, sondern tatsächlich Projekte, die sie gerne umsetzen wollen,
398 ohne finanzielle Eigenmittel bezuschusst werden vom Freistaat Sachsen. Dann
399 ist es was Gutes. Wenn wir eine Richtlinie Wohnraumanpassung im Freistaat
400 Sachsen haben, seit 2017, wo Menschen mit Behinderung, mit Mobilitätsein-
401 schränkungen Zuschüsse zum Wohnraumumbau haben, dann sind das Ergeb-
402 nisse, wo sich Menschen mit Behinderungen oder deren Vertreter dafür einge-
403 setzt haben. Und das muss man einfach kommunizieren. Das heißt, wenn ich
404 mitwirke, kann ich was verändern, auch zum Positiven. #00:29:30-3#

405

406 P1: Okay, danke. Wir sind schon am Schluss angekommen im Interview. Eine
407 letzte Frage, die sogenannte Wunderfrage. Stellen Sie sich vor, Sie wachen mor-
408 gen früh in einer perfekten Welt auf, in der die Auseinandersetzung mit Inklusion
409 und deren realer Realisation keine Rolle mehr spielt. Wie sähe diese Welt für Sie
410 aus? Was müssten wir für diese Welt tun? Und was hat uns bis jetzt davon ab-
411 gehalten, das tatsächlich auch zu tun? #00:30:00-2#

412

413 P2: Vielleicht vorab, wenn ich da aufwachen würde, würde ich es ja gar nicht
414 wissen, weil das war für mich ja dann schon, die darauf festgelegt ist, so entsteht
415 ja gar keine. Es gäbe ja keine Barrieren mehr, keine Einschränkungen und da
416 würden wir uns wahrscheinlich auch nicht zu diesem Interview stellen. Insofern,
417 ich will nicht mit einem alten Bundeskanzler sagen, wer Visionen hat, aber es ist
418 schon so, dass wir alleine das Bewusstsein dessen, dass wir sie haben, dass wir
419 uns selber in einer Frage so schön gesagt. Veränderung. Also. Menschen mit
420 Behinderungen verändern sich. Unsere Gesellschaft verändert sich und damit
421 auch die daraus entstehenden Barrieren verändern sich. Wir werden einen Groß-
422 teil der Barrieren abbauen können. Wahrscheinlich nicht alle. Aber diesen Pro-
423 zess im Miteinander voranzubringen, ist mir fast wichtiger, als irgendwo dann die
424 perfekte Welt mir vorstellen zu wollen. Weil das wäre dann irgendwo etwas lang-
425 weilig. #00:30:55-0#

426

427 P1: Herr Beckert, ich bedanke mich für die sehr interessanten Antworten für ihre
428 Zeit. Danke schön. #00:31:04-5#

429

430 P2: Gerne!

extrahierte Datensätze

Kategorie 1 - Inklusion

Datensatz: IP_2_P

(5 – 5)

Also ich bin Landtagsabgeordnete, seit 13 Jahren und habe seitdem auch den Sprecherposten, Sprecherin für Inklusion inne. Und in dieser Funktion habe ich es mir mit zur Aufgabe gemacht, neben vielen anderen Aufgaben, die ich habe, dass Menschen mit Behinderung auch meine Art von Politik nachvollziehen können sollen. Das heißt, ich versuche diejenige zu sein, die auch in meiner Partei darauf achtet, dass zum Beispiel Wahlprogramme auch mal angesprochen werden, dass ich die Abgeordnete bin, die auch eine halbwegs barrierefreie, vollständig würde ich jetzt nicht behaupten, aber einigermaßen barrierefreie Homepage hat und auch immer wieder Kolleginnen und Kollegen darauf hinzuweisen, an welcher Stelle wir Menschen auch nicht mitnehmen mit unserer Politik, weil es eben für sie überhaupt nicht möglich ist, da Zugang dazu zu finden.

(9 - 9)

Also, ich versuche natürlich gemäß dem Grundsatz: „nichts über uns, ohne uns!“ auch häufiger Rücksprache zu nehmen zu den politischen Entscheidungen, die wir treffen, wie die auch auf Menschen mit Behinderung wirken. Und besonders natürlich, wenn es Vorhaben sind, die für die Menschen mit Behinderung direkt, also Gesetzesvorhaben, die direkt direkt betreffen wie Inklusionsgesetze. Aber am Ende muss man sagen, sind ja Menschen mit Behinderung von allen politischen Entscheidungen betroffen, wie jeder andere Mensch auch. Und ja, deswegen versuche ich auch sonst gut in Kontakt zu kommen.

(12 - 12)

Also ich verstehe unter Inklusion, dass die Menschen, die ein Handicap haben, sich nicht anstrengen müssen oder keine gesonderte Leistung erbringen müssen, um ganz normal dabei zu sein.

(13 - 13)

Also ich verstehe unter Inklusion, dass die Menschen, die ein Handicap haben, sich nicht anstrengen müssen oder keine gesonderte Leistung erbringen müssen, um ganz normal dabei zu sein. Also dass gesellschaftliche Teilhabe, dass

da die Teilhabeleistungen von den nichtbehinderten Menschen erbracht wird, nämlich dass man die Bedingungen so gestaltet und nicht, dass man es den Menschen, die ein Handicap haben und ihren Angehörigen zusätzlich noch aufbürdet, da integrative Leistung zu vollbringen. Genau.

(14 - 14)

Was einem mitgegeben wird, ist ja auch eine Verpflichtung, finde ich. [P T P]
[SEP SEP]P1: Sind Sie die Verwirklichung von Inklusion nur auf gesellschaftlicher Seite verortet oder auch bei betroffenen Gruppen? [P T P]
[SEP SEP]P2: Na ja, natürlich können betroffenen Gruppen einen Beitrag leisten, zum Beispiel indem sie uns Hinweise geben, also indem sie nicht behinderten Menschen Hinweise geben, indem sie die Hinweise so geben, dass sie vielleicht auch gut umsetzbar sind, indem sie vielleicht auch den Menschen, die kein Handicap haben, mit Wohlwollen begegnen.

(25 - 25)

Man hat das Thema sehr, sehr lange nur von der schulischen Bildung her diskutiert. Ich fand es ganz lange und das fand ich sehr schade. Die Inklusionsdiskussion hat sich allein um Schule gedreht hat, weil das wahrscheinlich für die meisten Menschen am greifbarsten ist oder jeder war schon mal in der Schule und jeder irgendwie Kinder oder kennt Kinder, die behinderte Kinder kennen. Da ist viel falsch gemacht worden aus meiner Sicht. Und da ist tatsächlich aus meiner Sicht auch einfach der Personalbedarf und der Bedarf an spezialisierten Fachpersonal nach wie vor das Hauptproblem.

(46 - 46)

Eine letzte Frage zum Schluss. Eine Wunderfrage. Stellen Sie sich vor, Sie wachen morgen früh in einer perfekten Welt auf, in der die Auseinandersetzung mit Inklusion und deren Realisierung obsolet geworden ist. Wie sähe diese Welt aus? Was müssten wir für diese Welt tun und noch anhängend, das sind viele Fragen auf einmal, was hat uns bis jetzt davon abgehalten, das tatsächlich zu tun?

Datensatz: IP_1_VW

(12 - 12)

P1: Was verstehen Sie unter Inklusion und oder einer inklusiven Gesellschaft?
[P T P]
[SEP SEP]P2: Eine inklusive Gesellschaft fragt nicht mehr nach den Einzelnen.

(3 - 3)

Das ist ein ambulanter Dienst für Menschen mit Behinderungen, der ein großes Ziel verfolgt, dass Menschen, egal was sie für ein Handicap haben, in der eigenen Wohnung wohnen können. Dazu gibt es hier drei große Arbeitsbereiche: einen Pflege- und Assistenzdienst. Einen Fahrdienst und einer Beratungsstelle mit Inklusionsdienst. Club Heinrich und verschiedenen Freizeit und Bildungsangeboten. Ja, ich denke, daraus leiten sich auch unsere Aufgabe, meine Aufgaben und unsere Aufgaben hier des Dienstes ab.

12 - 12)

Was verstehen Sie unter Inklusion und oder einer inklusiven Gesellschaft?

[P T P]
[SEP I SEP] P2: Inklusion heißt für mich Wahlmöglichkeiten schaffen.

(13 - 13)

Was verstehen Sie unter Inklusion und oder einer inklusiven Gesellschaft?

[P T P]
[SEP I SEP] P2: Inklusion heißt für mich Wahlmöglichkeiten schaffen. Dass jeder Mensch zwischen verschiedenen Dingen aussuchen kann und selber entscheiden kann, was möchte ich, was möchte ich nicht? Für mich war das ein Lernprozess beim Thema Schule, wo ich dachte, für mich ist eine Inklusion, inklusive Schule eine Schule, wo alle Kinder miteinander lernen können.

(13 - 13)

Inklusion heißt für mich Wahlmöglichkeiten schaffen. Dass jeder Mensch zwischen verschiedenen Dingen aussuchen kann und selber entscheiden kann, was möchte ich, was möchte ich nicht? Für mich war das ein Lernprozess beim Thema Schule, wo ich dachte, für mich ist eine Inklusion, inklusive Schule eine Schule, wo alle Kinder miteinander lernen können. Dann kam dieser Prozess, dass die ehemalige Körperbehindertenschule einen Neubau bekommen sollte, wo ich sehr dagegen war und dann aber auch bei Gesprächen mit den Eltern, diesen massiven Widerstand gespürt habe, dass diese Eltern auch diesen geschützten Raum für ihre Kinder weiter wollten. Und das war für mich so ein Lernprozess, wo ich gelernt habe, Ja, dann muss es in der Gesellschaft beides geben, vielleicht diesen geschützten Raum, aber nicht alles Geld, darf für die eine Schule draufgehen, sondern trotzdem muss es in jeder normalen Schule, auch ein Fahrstuhl und die Möglichkeiten geschaffen werden, dass nicht nur die Kinder, sondern vielleicht auch Eltern im Rollstuhl beim Elternabend dabei sein können.

(15 - 15)

Die würde wahrscheinlich ein blinder Mensch ganz anders beantworten als ein spastisch gelähmter Mensch im Rollstuhl und. Wenn es. Wenn ich wirklich inklusiv denke, dann muss natürlich der Körperbehinderte auch für den geistig Behinderten mitdenken und auch dieser, dass Inklusion auch unter verschiedenen Behinderungsgruppen funktionieren muss. Das ist, denke ich, auch eine Herausforderung unserer Arbeit, was wir im alltäglichen Leben sehen, das, dass man auch an manchen Stellen Egoismus erlebt. Behindern, also Barrierefreiheit für den einzelnen Behinderten heißt, ich kann ohne fremde Hilfe einen Brief lesen, an einer Veranstaltung teilnehmen.

(22 - 22)

Zum Schluss eine letzte Frage. Eine sogenannte Wunder Frage, die ich mir habe Einfalles lassen, vielleicht auch eine ganz schöne Frage. Stellen Sie sich vor, Sie wachen morgen früh in einer perfekten Welt auf, in der die Auseinandersetzung mit Inklusion und deren Realisierung überflüssig geworden ist. Wie sähe diese Welt aus? Was müssten wir für diese Welt tun?

Datensatz: IP_3_VW_IV

(10 - 10)

Okay, vielen Dank für die Frage. Die zweite Frage wäre: Was verstehen Sie unter Inklusion und und oder einer inklusiven Gesellschaft?  P2: Inklusive Gesellschaftz, das ist mein Ideal.

(11 - 11)

Also wir alle sind Teil einer Gesellschaft und wir gehören dazu. Und wir verdienen, oder jeder verdient die gleiche Aufmerksamkeit wie sein Nachbar. Und Inklusion heißt also Bedingungen schaffen, damit gleichberechtigte Teilhabe möglich wird. Dass alle informiert werden, dass alle teilhaben können und aber auch die Chance haben, für sich zu entscheiden, ich möchte gerade mal nicht Teil sein. Also Inklusion ja, aber nicht um jeden Preis, sondern es dort auch jeder mal exklusiv für sich sein.

(11 - 11)

Und Inklusion heißt also Bedingungen schaffen, damit gleichberechtigte Teilhabe möglich wird. Dass alle informiert werden, dass alle teilhaben können und aber auch die Chance haben, für sich zu entscheiden, ich möchte gerade mal nicht

Teil sein. Also Inklusion ja, aber nicht um jeden Preis, sondern es dort auch jeder mal exklusiv für sich sein. ^P_{SEP}

(22 - 22)

Mittlerweile ist da in Dresden und Leipzig nicht so viel passiert, was die Nutzung dieses Förderprogramm betrifft, so war seine Aussage. Dankeschön. Wir haben über Inklusion gesprochen. Es ist ja nun nicht so, dass dieser Begriff von ungefähr herkommt oder wir uns überlegt haben, das machen wir jetzt mal. Wir haben da als Gesellschaft einen klaren Auftrag bekommen und die mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention auch angenommen.

(23 - 23)

Nicht gut genug. Um es mal diplomatisch auszudrücken. Was mir aber sehr gefallen hat, ich war ja schon im Dienst, als die Behindertenrechtskonvention hier in Deutschland ratifiziert worden ist und da hat sich zu dem Zeitpunkt der Ratifizierung, also ganz viel Diskussion, daran festgemacht, dass die deutsche Übersetzung nicht von Inklusion, sondern von Integration spricht. Wenn man nachliest integrative Bildung. Und das war ein großer Aufschrei, den es da unter den Experten in eigener Sache gegeben hat und ihren Interessenvertretungen.

(23 - 23)

Und das war ein großer Aufschrei, den es da unter den Experten in eigener Sache gegeben hat und ihren Interessenvertretungen. Und das hat sich alles nicht bewahrheitet. Also wir reden gar nicht mehr von Integration, wir reden immer von Inklusion. Das finde ich schon mal, also richtig gut und ich glaube das so immer größer werdend, also es schon auch das bewusst wird, was will UN-Behindertenrechtskonvention. Und ich war mal in einer Veranstaltung im Landtag und da war das auch so, so plakativ durch den, durch den Reformpädagogen Otto Herz dargestellt worden, was eigentlich die UN-Behindertenrechtskonvention ist, also an Größe, aber auch an Klarstellung weil es letzten Endes nichts anderes ist als die Aussage, dass die Menschen, oder die Menschenrechtskonventionen, die 1948 geschrieben ist, nach dem blöden Zweiten Weltkrieg mit seinen vielen, vielen Toten und den Menschen verachtenden Maßnahmen, also dass diese Menschenrechtskonvention genauso gültig ist für Menschen mit Behinderung.

(23 - 23)

Sicherlich in anderen Ländern auch noch viel viel mehr als von uns. Und wir mussten aber auch gesagt kriegen also, das ist abweichend vom Fürsorgeprinzip, also schon auch jeder soll mitwirken kann, soll und gleichberechtigtes

Mitglied unserer Gesellschaft ist. Und ich glaube es ist so so, die Zeit spielt für uns, spielt für Inklusion. Wir können es im Land Sachsen auch ganz einfach sagen, seit 2021 haben wir einen Beauftragten der sächsischen Staatsregierung für Inklusion der Menschen mit Behinderung, der im Hauptamt arbeitet. Bis dato war es ein Ehrenamtler.

(23 - 23)

Und wir mussten aber auch gesagt kriegen also, das ist abweichend vom Fürsorgeprinzip, also schon auch jeder soll mitwirken kann, soll und gleichberechtigtes Mitglied unserer Gesellschaft ist. Und ich glaube es ist so so, die Zeit spielt für uns, spielt für Inklusion. Wir können es im Land Sachsen auch ganz einfach sagen, seit 2021 haben wir einen Beauftragten der sächsischen Staatsregierung für Inklusion der Menschen mit Behinderung, der im Hauptamt arbeitet. Bis dato war es ein Ehrenamtler. Er ist auch an die sächsische Staatskanzlei angebunden, also wirklich an zentraler Position.

(38 - 38)

Eine letzte Frage, die Wunderfrage. Stellen Sie sich vor, Sie wachen morgen früh in einer perfekten Welt auf. Und da hat die Auseinandersetzung mit Inklusion und deren Realisierung überflüssig geworden ist. Wie sähe diese Welt aus? Was müssten wir für diese Welt tun?

(39 - 39)

Also das soll jetzt auch nicht so der Eindruck entstehen, dass es so im Rücken von nicht Barrierefreiheit und denen die darauf angewiesen sind, sein soll so ist sondern, also für mich gehört, also so ein bisschen rubbeln und und dazu. Also ich möchte Regen haben um die Sonne genießen zu können, um das ganz plakativ zu sagen. Und klar träume ich davon und halte es für ein großes Ziel, also Inklusion zu haben. Jeder wird wertgeschätzt, jedem wird zugehört. Und und ich weiß, dass dahin ein langer Weg ist.

Datensatz: IP_5_IV

(8 - 8)

P1: Ein Ziel unserer gemeinsamen Profession ist ja Inklusion. Es ist. Ich denke mittlerweile ein sehr besetzter Begriff geworden, auch ein sehr plakativer Begriff.

(8 - 8)

Es ist. Ich denke mittlerweile ein sehr besetzter Begriff geworden, auch ein sehr plakativer Begriff. Was verstehen Sie unter Inklusion und oder einer inklusiven Gesellschaft? P2: Relativ einfach zu sagen, dass ich, egal ob ich eine Behinderung habe oder keine Behinderung habe, eine gesundheitliche Einschränkung oder nicht ob ich alt bin oder jung, ich das im Rahmen meiner, meines Willens, meiner Tätigkeit, meines Lebens um ja arbeiten kann.

(20 - 20)

Auch das hat man im Vorgespräch schon mal gesehen, dass ist das Leben dann. Eine liebe Kollegin von mir sagte mal Leben ist lebensgefährlich. Äh, wir haben über Inklusion gesprochen. Dieser Begriff kommt ja nicht von ungefähr, das haben wir uns als Gesellschaft ja als Auftrag gegeben. Und zwar.

(33 - 33)

P2: Aus meiner Sicht. Wenn ich über Inklusion rede, hat Sichtbarkeit überhaupt keinen Stellenwert, weil es aus meiner Sicht völlig unerheblich ist, ob ich jemanden mit Autismus habe, den ich nicht ansehe oder jemanden im Rollstuhl, jemanden, der blind ist oder der gehörlos ist oder der Mensch mit einer psychischen Erkrankung hat. Ähm, es ist wichtiger, die Belange der Betroffenen aufzunehmen, mit einzubringen. Aber die bloße Sichtbarkeit ist es eben nicht, weil dann wird man natürlich auch gegebenenfalls auf nur bestimmte Positionen reduziert und.

(41 - 41)

Und als Verband sind wir sicherlich dafür, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Möglichkeiten bestehen, sich zu beteiligen. Aber eine Exklusivbeteiligung für Menschen mit Behinderung halte ich persönlich auch für kritisch. Weil Inklusion heißt, ich kann mich überall beteiligen. Und wenn ich das möchte, kann ich mich in jeder politischen Partei mit einbringen und dort in der politischen Arbeit meinen Willen, meine Interessen mit zu vertreten. Ich kann mich aber genauso in den Arbeitsgruppen und den Verbänden mit einbringen.

Kategorie 2 – UN-Behindertenrechtskonvention

Datensatz: IP_2_P

(21 - 21)

Vielleicht auch für die Stadt Chemnitz? ^{SEP}_{SEP}P2: Also ich finde schon, dass durch die UN-Behindertenrechtskonvention damit verbundene Gesetze, damit verbundene Finanzmittel sich wirklich viel, viel, viel zum Positiven verändert hat. Und ich glaube tatsächlich, ich habe das selbst vor 13 Jahren angefangen, das Thema politisch zu bearbeiten, dass es deutlich stärker auch Barrierefreiheit ins Bewusstsein gerückt ist. Aber es gibt trotzdem immer wieder diese Fälle von, dass es aus nicht bösem Willen vergessen wird.

(24 - 24)

Ja, ich glaube, das ist eine größere Aufgabe. Wir haben eben über Inklusion gesprochen, und der Begriff kommt ja nicht von ungefähr. Das ist ja nicht so, dass wir jetzt draufgekommen sind, wir machen jetzt mal Inklusion, sondern wir haben ja einen klaren Auftrag bekommen als Gesellschaft und oder wir haben den angenommen mit der Ratifizierung der UN Behindertenrechtskonvention. Wir haben schon kurz darunter gesprochen, aber das ist ja nun mittlerweile 13, fast 14 Jahre her, dass wir die ratifiziert haben. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung ein?

(25 - 25)

Und das ist nach wie vor nicht so, dass es diese Wunsch und Wahlfreiheit, die ich mir wünsche für Kinder und Eltern mit Behinderung, dass es die wirklich gibt. Also da haben wir noch eine große Lücke. Mein zweites Sorgenkind im Stand der UN Behindertenrechtskonvention Umsetzung ist das Arbeitsleben. Und wir haben ja die Entwicklung, dass sich seit der UN Behindertenrechtskonvention einerseits der Arbeitsmarkt total positiv entwickelt hat in dem Sinne, dass wir immer weniger Arbeitslose haben, aber von dieser positiven Entwicklung Menschen mit Behinderung nicht profitieren, obwohl sie zum Teil sehr gute Abschlüsse haben. Das ist nach wie vor ein Riesenproblem, dem wir überhaupt noch nicht Herr geworden sind.

(25 - 25)

Also da haben wir noch eine große Lücke. Mein zweites Sorgenkind im Stand der UN Behindertenrechtskonvention Umsetzung ist das Arbeitsleben. Und wir haben ja die Entwicklung, dass sich seit der UN Behindertenrechtskonvention

einerseits der Arbeitsmarkt total positiv entwickelt hat in dem Sinne, dass wir immer weniger Arbeitslose haben, aber von dieser positiven Entwicklung Menschen mit Behinderung nicht profitieren, obwohl sie zum Teil sehr gute Abschlüsse haben. Das ist nach wie vor ein Riesenproblem, dem wir überhaupt noch nicht Herr geworden sind. Es gibt da verschiedene Programme.

Datensatz: IP_1_VW

(44 - 44)

Wir haben über Inklusion, über Inklusion gesprochen. Das ist ja nun ein Begriff, der nicht von ungefähr kommt. Wir als Gesellschaft haben ja einen klaren Auftrag bekommen und diesen haben wir auch angenommen mit Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention. Das ist nun mittlerweile 13, 14 Jahre her, dass wir gesagt haben, Ja, wir wollen das, ja, wir machen das mit. Aus Ihrer Sicht wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung ein?

Datensatz: IP_4_SO

(18 - 18)

Zur nächsten Frage. Wir haben ja über Inklusion gesprochen, gerade eben über Inklusion und Barrierefreiheit. Das ist ja nun nicht von ungefähr gekommen, dass wir uns als Gesellschaft das als Auftrag gegeben haben, sondern wir haben als Gesellschaft einen klaren Auftrag bekommen und diesen auch mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention angenommen. Und das nun mittlerweile vor 13, fast 14 Jahren. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung der UN-BRK ein?

(19 - 19)

Es ist einfach schade und traurig und schade um die Zeit. Die Herausforderung, nicht nur, dass die nicht nur bei den Menschen mit Behinderung ankommen müssen, sondern dass die Herausforderung ja auch an Politiker:innen, Behörden und Ämter gerichtet sind. Und man sagt ja, was tut, um bei dem Beispiel zu bleiben, ein kommunaler Sozialverband Sachsen, um tatsächlich eine Behindertenrechtskonvention umzusetzen.

P	T	P
SEP	SEP	SEP

P1: Okay, ich werde den nächsten Fragenkomplex mal nur unter die Überschrift stellen.

Datensatz: IP_3_VW_IV

(22 - 22)

Wir haben über Inklusion gesprochen. Es ist ja nun nicht so, dass dieser Begriff von ungefähr herkommt oder wir uns überlegt haben, das machen wir jetzt mal. Wir haben da als Gesellschaft einen klaren Auftrag bekommen und die mit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention auch angenommen. Damals im Bundestag war ist es unisono beschlossen worden und das nur von mittlerweile 13, fast 14 Jahren. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung der Konvention ein?

(23 - 23)

Nicht gut genug. Um es mal diplomatisch auszudrücken. Was mir aber sehr gefallen hat, ich war ja schon im Dienst, als die Behindertenrechtskonvention hier in Deutschland ratifiziert worden ist und da hat sich zu dem Zeitpunkt der Ratifizierung, also ganz viel Diskussion, daran festgemacht, dass die deutsche Übersetzung nicht von Inklusion, sondern von Integration spricht. Wenn man nachliest integrative Bildung. Und das war ein großer Aufschrei, den es da unter den Experten in eigener Sache gegeben hat und ihren Interessenvertretungen.

(23 - 23)

Und das hat sich alles nicht bewahrheitet. Also wir reden gar nicht mehr von Integration, wir reden immer von Inklusion. Das finde ich schon mal, also richtig gut und ich glaube das so immer größer werdend, also es schon auch das bewusst wird, was will UN-Behindertenrechtskonvention. Und ich war mal in einer Veranstaltung im Landtag und da war das auch so, so plakativ durch den, durch den Reformpädagogen Otto Herz dargestellt worden, was eigentlich die UN-Behindertenrechtskonvention ist, also an Größe, aber auch an Klarstellung weil es letzten Endes nichts anderes ist als die Aussage, dass die Menschen, oder die Menschenrechtskonventionen, die 1948 geschrieben ist, nach dem blöden Zweiten Weltkrieg mit seinen vielen, vielen Toten und den Menschen verachtenden Maßnahmen, also dass diese Menschenrechtskonvention genauso gültig ist für Menschen mit Behinderung. Also einer Klarstellung, dieser hat es, so muss ich mal klarstellen, bedurft.

(23 - 23)

Also wir reden gar nicht mehr von Integration, wir reden immer von Inklusion. Das finde ich schon mal, also richtig gut und ich glaube das so immer größer werdend, also es schon auch das bewusst wird, was will UN-Behindertenrechtskonvention. Und ich war mal in einer Veranstaltung im Landtag und da war das auch so, so plakativ durch den, durch den Reformpädagogen Otto Herz dargestellt worden, was eigentlich die UN-Behindertenrechtskonvention ist, also an Größe, aber auch

an Klarstellung weil es letzten Endes nichts anderes ist als die Aussage, dass die Menschen, oder die Menschenrechtskonventionen, die 1948 geschrieben ist, nach dem blöden Zweiten Weltkrieg mit seinen vielen, vielen Toten und den Menschen verachtenden Maßnahmen, also dass diese Menschenrechtskonvention genauso gültig ist für Menschen mit Behinderung. Also einer Klarstellung, dieser hat es, so muss ich mal klarstellen, bedurft. Sicherlich in anderen Ländern auch noch viel viel mehr als von uns.

(24 - 24)

Gutes Stichwort. Das nächste Themenfeld, das ich gern besprechen würde, wäre tatsächlich Bürgerbeteiligung. Artikel 29 der Behindertenrechtskonvention fordert ja, dass die politische Teilhabe auch an Entscheidungsprozessen realisiert werden soll. Und da wäre meine Frage dazu: Welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt Chemnitz?

Datensatz: IP_5_IV

(20 - 20)

Und zwar. Die nächste Frage wäre dahingehend. Wir haben als Gesellschaft einen klaren Auftrag bekommen und diesen auch mit der Ratifizierung der UN Behindertenrechtskonvention angenommen. Und das nun vor mittlerweile 13, fast 14 Jahren. Und jetzt kommt wieder so eine Frage.

(20 - 20)

Und das nun vor mittlerweile 13, fast 14 Jahren. Und jetzt kommt wieder so eine Frage. Wie schätzen Sie den Stand der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention ein. [P1:P1][SEP:SEP]P2: Ähnliche, ähnliche Frage und insofern muss man sagen in verschiedenen Bereichen.

(22 - 22)

Aber noch lange nicht angekommen. [P1:P1][SEP:SEP]P1: Glauben Sie, die Behindertenrechtskonvention stellt zum Teil unerfüllbare Forderungen? Gerade auf das Thema Teilhabe am Arbeitsleben abgestellt? Wenn man jetzt mal betrachtet, wie die Teilhabe an der Gesellschaft im Moment wirklich funktioniert.

(24 - 24)

Insofern sind das keine Forderungen einer Unmöglichkeit, sondern es sind Forderungen, die sicherlich noch mehr Zeit brauchen, aber auch mehr Willen in bestimmten Bereichen, die umzusetzen. ^{P T P}_{SEP SEP}P1: Sind die Forderungen der Behindertenrechtskonvention einzig als Auftrag an die Gesellschaft zu stellen, um dieser Forderung für die dort betroffene Personengruppe zu erfüllen. Oder ist das ein Auftrag, der da weitergehen muss oder wo oder da breiter ausgelegt sein müsste? ^{P T P}_{SEP SEP}P2:

(40 - 40)

Okay. Sie haben den Aktionsplan erwähnt. Es ist das Instrument für Chemnitz, wo Maßnahmen festgehalten worden sind, die Behindertenrechtskonvention umzusetzen oder die Umsetzung auf den Weg zu bringen, muss man sagen. Der Artikel 29 der Behindertenrechtskonvention. Der fordert ja ganz konkret die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen bei politischen Entscheidungsprozessen und Willensbildungsprozess ein.

(40 - 40)

Sie haben den Aktionsplan erwähnt. Es ist das Instrument für Chemnitz, wo Maßnahmen festgehalten worden sind, die Behindertenrechtskonvention umzusetzen oder die Umsetzung auf den Weg zu bringen, muss man sagen. Der Artikel 29 der Behindertenrechtskonvention. Der fordert ja ganz konkret die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen bei politischen Entscheidungsprozessen und Willensbildungsprozess ein. Es ist in der Vorarbeit für diesen Aktionsplan, dieses Thema behandelt worden, taucht aber tatsächlich im Aktionsplan nicht auf.

Kategorie 3 - Barrierefreiheit

Datensatz: IP_2_P

(16 - 16)

P1: Sie haben die Barrieren angesprochen. Was bedeutet für Sie Barrierefreiheit und oder wo stoßen Sie in Ihrem Alltag auf Barrieren? P
SEP P2: Ja, ich unterscheide die Barrierefreiheit in kommunikative Barrieren und in bauliche Barrieren.

(17 - 17)

Was bedeutet für Sie Barrierefreiheit und oder wo stoßen Sie in Ihrem Alltag auf Barrieren? P
SEP P2: Ja, ich unterscheide die Barrierefreiheit in kommunikative Barrieren und in bauliche Barrieren. Ich glaube aber, dass es überdies auch noch soziale Barrieren gibt und vielleicht auch kognitive, also die baulichen Barrieren, ist ganz klar. Das ist all das, was an Gebäuden zugänglich gemacht werden muss, dass ein Mensch im Rollstuhl oder mit einer Gehhilfe in der Lage ist, das Gebäude zu betreten, dort auf eine Toilette zu gehen und dort alle Räumlichkeiten nutzen zu können.

(17 - 17)

So die Barrierefreiheit im kommunikativen Bereich, dass eben Audiodeskription zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise an Kultureinrichtungen, das in Brailleschrift auch Gebäude beschildert sind, aber eben auch das für gehörlose Menschen Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung stehen.

(17 - 17)

Das ist all das, was an Gebäuden zugänglich gemacht werden muss, dass ein Mensch im Rollstuhl oder mit einer Gehhilfe in der Lage ist, das Gebäude zu betreten, dort auf eine Toilette zu gehen und dort alle Räumlichkeiten nutzen zu können. So die Barrierefreiheit im kommunikativen Bereich, dass eben Audiodeskription zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise an Kultureinrichtungen, das in Brailleschrift auch Gebäude beschildert sind, aber eben auch das für gehörlose Menschen Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung stehen.

(17 - 17)

So die Barrierefreiheit im kommunikativen Bereich, dass eben Audiodeskription zur Verfügung gestellt werden, beispielsweise an Kultureinrichtungen, das in

Brailleschrift auch Gebäude beschildert sind, aber eben auch das für gehörlose Menschen Gebärdensprachdolmetscher zur Verfügung stehen. Soziale Barrieren gibt es, glaube ich, wenn Dinge für bestimmte Bevölkerungsgruppen zu elitär werden. Und soziale Barrieren gibt es meines Erachtens leider in unserem Bildungssystem ganz häufig. Also indem zum Beispiel auch Bildungsangebote kostenpflichtig sind. Um zum Beispiel Kinder mit Behinderungen an der staatlichen Schule keinen Platz finden, dann sich an eine private Schule wenden müssen.

Datensatz: IP_1_VW

(13 - 13)

Und ich denke, man denkt auch gar nicht so drüber nach. Na also, nimmt einfach jeden mit, so wie er ist und macht es auch jedem leicht mitzugehen. Sprich es gibt so wenig wie möglich Barrieren. Wir sind offen für alles. Wir sind nicht übermütterlich und wir sind auch nicht ignorant, sondern leben einfach zusammen und sehen den Menschen und sehen nicht die Behinderung.

(16 - 16)

P1: Sie sprachen schon von Barrierefreiheit. Was bedeutet für Sie Barrierefreiheit und oder wo stoßen Sie in Ihrem persönlichen Alltag auf Barrieren? ^[P T P]_[SEPISEPI]P2: (...) Also man denkt natürlich als erstes bei einem Rollstuhlfahrer an irgendwelche Ecken und Kanten, wenn der Fußweg nicht abgesenkt ist, was wir vorhin hatten, wenn das Pflaster huglisch ist, wenn es keinen Zugang gibt zu Gebäuden, was natürlich auch bei historischen Gebäuden besonders oft so ist.

(17 - 17)

Also ich habe ja die Rolli-Tour mitgemacht und mich da mit einer jungen Rollstuhlfahrerin unterhalten, die dann auch meinte „ich würde auch so gerne mal in die Kirche gehen. Aber ich komme da nicht rein.“ Das sind natürlich die Barrieren, die man auf dem ersten Blick sieht. Das ist aber jetzt bloß auf die die körperliche Behinderung. Aber es gibt ja auch geistige Behinderung.

(17 - 17)

Aber es gibt ja auch geistige Behinderung. Eine komplizierte Sprache ist zum Beispiel auch eine Barriere. Also da stoße ich auch manchmal an Barrieren, wenn wenn Dinge zu kompliziert und zu verschwurbelt erklärt sind. Eine einfache Sprache ist für mich auch barrierefrei. Na dann natürlich auch Sichtbeziehungen.

(38 - 38)

Ja. [P1]P1: Aber genau da gehen die Barrieren los. [P2]P2: Und das ist manchmal gar kein böser Wille.

(71 - 71)

P2: Wir haben ja nur. Wir müssen bloß gucken, dass wir die Barrieren dafür abbauen. Also das sehen wir ja an der Beteiligung allgemein, dass sich bei manchen Sachen auch viele Leute nicht beteiligen. [P1]P1:

Datensatz: IP_4_SP

(9 - 9)

Und ja Gesellschaft. Ich erlebe schon, wenn man den direkten Kontakt sucht, auch immer eine große Offenheit, wenn man mal mit Menschen mit Behinderungen unterwegs ist bei Veranstaltungen oder so was, dass viele Dinge auch möglich gemacht werden. Aber dieses darüber hinaus weiter zu denken und vielleicht im Vorfeld schon zu denken ja, was sind denn Barrieren hier? Wie könnten wir denn mit unserem Angebot, ist es beim, sei es bei Sportveranstaltungen, beim Basketball, beim Fußball, bei anderen Dingen? Wird überhaupt damit gerechnet, dass ein Rollstuhlfahrer, ein sehbehinderter Mensch da kommt?

(13 - 13)

Dann kam dieser Prozess, dass die ehemalige Körperbehindertenschule einen Neubau bekommen sollte, wo ich sehr dagegen war und dann aber auch bei Gesprächen mit den Eltern, diesen massiven Widerstand gespürt habe, dass diese Eltern auch diesen geschützten Raum für ihre Kinder weiter wollten. Und das war für mich so ein Lernprozess, wo ich gelernt habe, Ja, dann muss es in der Gesellschaft beides geben, vielleicht diesen geschützten Raum, aber nicht alles Geld, darf für die eine Schule draufgehen, sondern trotzdem muss es in jeder normalen Schule, auch ein Fahrstuhl und die Möglichkeiten geschaffen werden, dass nicht nur die Kinder, sondern vielleicht auch Eltern im Rollstuhl beim Elternabend dabei sein können. Und das macht für mich eine inklusive Gesellschaft aus, dass solche Barrieren abgebaut werden und dass jeder auch wählen kann. Wir hatten auch das Thema der Rollstuhlfahrer, der zu den Niners zum Basketball geht. Der muss hinter dem Korb sitzen.

(17 - 17)

Und dass ein Rollstuhlfahrer nicht immer durch den Hintereingang rein will, das ist, glaube ich, auch so was. Eine Erkenntnis, die sich erst nach und nach durchsetzt. Bauliche Barrieren sind sicher viele abgebaut, Barrieren in den Köpfen, wir können nicht reingucken. Aber was wir erleben, das ist, denke ich, es scheint so, dass wir da eine ganze Bandbreite erleben von Unwissenheit. Die aber auch in Neugier umgewandelt werden kann und wo man Leute auch dafür begeistern kann.

Datensatz: IP_3_VW_IV

(12 - 12)

P1: Okay. In diesem Zusammenhang was bedeutet für Sie Barrierefreiheit und oder wo stoßen Sie in Ihrem Alltag auf Barrieren? P2: Barrierefreiheit ist, also ich habe tatsächlich ja oft mit mit baulichen Maßnahmen zu tun und weiß dann auch so Gesetzesdefinitionen, dass also Barrierefreiheit heißt, dass Angebote, die in formeller Art sind, in technischer Art, in Einrichtungen also ein konzeptioneller Art, aber auch die Gebäudestruktur selber.

(13 - 13)

Barrierefreiheit ist, also ich habe tatsächlich ja oft mit mit baulichen Maßnahmen zu tun und weiß dann auch so Gesetzesdefinitionen, dass also Barrierefreiheit heißt, dass Angebote, die in formeller Art sind, in technischer Art, in Einrichtungen also ein konzeptioneller Art, aber auch die Gebäudestruktur selber. Also immer bedeutet das, ein Angebot muss erreichbar sein, zugänglich und auch nutzbar für alle. So, also so ganz plakativ mal hergestellt und selber erlebe ich natürlich auch Barrieren. Also schon alleine mal so, ich arbeite ja viel mit Behinderten zusammen. Und es gibt also auch eine große Personengruppe, die zu behinderten Menschen wenig Kontakt hat, wenig von ihnen weiß und dort vorzustoßen und vorzudringen und für die Anliegen der Barrierefreiheit zu werben.

Datensatz: IP_5_IV

(5 - 5)

Also insofern ist das die tägliche Arbeit, sich damit zu beschäftigen, um eben auch zu schauen, welche Barrieren gibt es denn für Beteiligungen? Die Hinderung ist tatsächlich, weil die Frage steht, wann, welche Perspektive oder was aus dieser Perspektive Behinderung für mich bedeutet. Ist tatsächlich die neue Behinderungsbegriff im SGB IX, der sich auf die ICF abstellt und dort eben

tatsächlich sagt, es ist nicht nur die eigene körperliche Einschränkung, sondern auch die Umweltbedingten Einschränkungen und Barrieren in der Teilhabe. Und das ist für mich dann diese komplexe Sicht von Teilhabeeinschränkungen, die ich als Behinderung bezeichne. ^{ P T P }_{ SEP SEP }P1:

(9 - 9)

P2: Relativ einfach zu sagen, dass ich, egal ob ich eine Behinderung habe oder keine Behinderung habe, eine gesundheitliche Einschränkung oder nicht ob ich alt bin oder jung, ich das im Rahmen meiner, meines Willens, meiner Tätigkeit, meines Lebens um ja arbeiten kann. Teilhaben kann, wie und wann ich möchte, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob es da Einschränkungen gibt, ob es Barrieren gibt, also die gleichberechtigte Teilhabe, die Möglichkeit der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Das beinhaltet natürlich auch das Arbeitsleben usw., unabhängig davon, ob ich eben Einschränkungen oder andere Handicaps hätte und dass das eben nicht nur auf das Bauliche gemünzt ist, sondern dass eben dann auch die Gesellschaft so aufgeschlossen ist, dass ich mich nicht erklären muss, wenn ich ein Handicap habe oder dass ich mich rechtfertigen muss, wenn ich kein Handicap habe, sondern dass es normal ist, verschieden zu sein.

(10 - 10)

P1: Okay, Sie sprachen Barrierefreiheit an. Was bedeutet für Sie barrierefrei und oder wo stoßen Sie im Alltag auf Barrieren? ^{ P T P }_{ SEP SEP }P2: Naja, das einfachste ist immer wenn ich einen Kollegen früh sehe, der aufgrund seiner Geheinschränkung mit zwei Unterarmstützen es nicht schafft unsere Eingangstüre aufzumachen.

(11 - 11)

Und dann gibt es im Prinzip zahlreiche. Also im Moment arbeitet ja der Verband, also auch ich, natürlich an der baulichen Barrierefreiheit, wo man viel tut, wo man auch die Rahmenbedingungen setzen kann. Man sagt dann auch die Barrieren in den Köpfen, die man immer wieder mal feststellt. Was allerdings, ich glaube in der Zukunft immer mehr zunimmt, ist die Frage der digitalen Barrierefreiheit. Und da stößt man halt relativ schnell darauf, dass es gar nicht jedem bewusst ist, was das bedeutet.

(13 - 13)

Spannende Frage. Aber ich glaube, an der Stelle muss man einfach aus meiner Erfahrung heraus schauen, welche Einschränkungen, welche Menschen mit welchen Einschränkungen man betrachtet. Also die Erfahrung zeigt Menschen mit Sinneseinschränkungen haben einen unheimlichen Fokus ausschließlich auf ihre

Barrieren, die sie tagtäglich erleben. Ob das die Gehörlosen sind oder aber auch die blinden Menschen. Bei körperlich eingeschränkten, gerade auch bei Rollstuhlfahrern ist der Fokus überwiegend natürlich in der Mobilität zu sehen.

(13 - 13)

Und auch diejenigen, die gar nicht wissen, dass sie eine Behinderung haben, weil sie vielleicht auch nicht wissen wollen und trotzdem dann eben feststellen, dass sie eben die Treppen schwer steigen können und die Türen eben nicht mehr aufmachen und dergleichen oder schlichtweg eben die Anzeige am Display des ÖPNV, dass sie nicht mehr lesen können, weil sie zu klein ist oder die Kontraste zu schwach sind. Also und da sieht man die verschiedenen Sichtweisen mal bewusst als bei als Behinderung oder als Barriere erkannt und mal völlig unbewusst. Und das ist eben so etwas, wo man sagen kann, je nachdem welche Gruppe von Menschen da die Sicht auf hat, hat man auch ganz unterschiedliche Blickwinkel auf Barrieren. [P1 P1 SEP SEP] P1: Was glauben Sie, was da ein wertvoller Beitrag zum Abbau dieser Barrieren sein kann?

(14 - 14)

Und das ist eben so etwas, wo man sagen kann, je nachdem welche Gruppe von Menschen da die Sicht auf hat, hat man auch ganz unterschiedliche Blickwinkel auf Barrieren. [P1 P1 SEP SEP] P1: Was glauben Sie, was da ein wertvoller Beitrag zum Abbau dieser Barrieren sein kann? Vielleicht mal zum Hintergrund dieser Frage. Wir sind ja in Deutschland eine Profession, auch in der Sozialen Arbeit, es wandelt sich zwar gerade, so habe ich den Eindruck, die sich aber trotzdem irgendwo die Definitionshoheit über Hilfebedarfe herausgenommen hat, also gesagt hat, ich sehe den Menschen mit der jeweiligen Einschränkung und ich glaube zu wissen, was wir als Gesellschaft für ihn tun müssen, damit er diese Funktionseinschränkungen für ihn nicht mehr so spürbar wird.

(15 - 15)

P2: Es ist, da kann ich jetzt wirklich nur sagen, aus den letzten 20 Jahren der eigenen Arbeit und der eigenen Erfahrung, das ist wahrscheinlich die einzig richtige Herangehensweise. Was nicht funktioniert, was zu oft schon festgestellt wurde, ist, wenn ich nur allein, rein aus subjektiven Gesichtspunkten Barrierefreiheit betrachtet und die dann die Beseitigung sehe, weil dann beseitige ich Barrieren für ein Objekt für einen Menschen mit Behinderung, nämlich gerade für die Personen, die das bewertet haben, aber keinerlei objektive Kriterien, ob das alle gleichgelagerten Personen trifft. Und deswegen ist genau diese, diese Normsetzung, diese Regulierung so wichtig und auch das Ziel, um Einheitlichkeit herzustellen. Ganz bewusst. Natürlich können auch 6 % Rampensteigerungen, für

einige zu steil sein. Aber es bietet zumindest eine Grundlage, um beginnen in der Ausbildung, dann weiter in der Lehre oder auch im Studium entsprechend die Gesellschaft ein Stück weit dahinzubringen, die Barrieren gar nicht erst aufkommen zu lassen, sondern dann im Vorhinein die schon abzubauen bei Planungen usw.. [P1] P1: Okay, danke schön.

(20 - 20)

Wir wussten, wir in Chemnitz, da werden wir sehr schnell Defizite sehen als das, was auch. [P1] P1: Barrieren vollständig abbauen, wird man nie können. So heterogen wie Behinderung und Funktionseinschränkung sind, wird sich das auch immer wandeln und es wird es immer geben. Auch das hat man im Vorgespräch schon mal gesehen, dass ist das Leben dann.

(41 - 41)

Ich kann mich aber genauso in den Arbeitsgruppen und den Verbänden mit einbringen. Und dann brauche ich aber die Unterstützungsmöglichkeiten. Wenn ich gerade noch Hinderungsgründe habe, noch Barrieren habe, weil ich das ich nicht kann, die dann zu beseitigen. Deswegen glaube ich, dass das nicht zwingend auch im Aktionsplan stehen muss, sondern es muss von uns allen gelebt werden und. Das müsste vielleicht noch stärker in die Gesellschaft gespiegelt werden.

(45 - 45)

P2: Vielleicht vorab, wenn ich da aufwachen würde, würde ich es ja gar nicht wissen, weil das war für mich ja dann schon, die darauf festgelegt ist, so entsteht ja gar keine. Es gäbe ja keine Barrieren mehr, keine Einschränkungen und da würden wir uns wahrscheinlich auch nicht zu diesem Interview stellen. Insofern, ich will nicht mit einem alten Bundeskanzler sagen, wer Visionen hat, aber es ist schon so, dass wir alleine das Bewusstsein dessen, dass wir sie haben, dass wir uns selber in einer Frage so schön gesagt. Veränderung.

(45 - 45)

Menschen mit Behinderungen verändern sich. Unsere Gesellschaft verändert sich und damit auch die daraus entstehenden Barrieren verändern sich. Wir werden einen Großteil der Barrieren abbauen können. Wahrscheinlich nicht alle. Aber diesen Prozess im Miteinander voranzubringen, ist mir fast wichtiger, als irgendwo dann die perfekte Welt mir vorstellen zu wollen.

Kategorie 4 – Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung

Datensatz: IP_2_P

(32 - 32)

P2: Also Bürgerbeteiligung wird immer wichtiger. Das merken wir dadurch, dass die Unzufriedenheit mit demokratischen Entscheidungsträger:innen oder auch politischen Prozessen steigt. Das Zutrauen in die Politik sinkt, wächst der Wunsch auch sich stärker als Bürgerinnen und Bürger einzubringen und der Wunsch auch danach nach neuen Beteiligungsformen.

(38 - 38)

Dort sind also aus meiner Sicht Umweltbedingungen geschaffen worden, die eine, die eine Behinderung auch obsolet machen können. Im Sinne von der Körperbehinderung zum Beispiel. Haben Sie selbst schon an Bürgerbeteiligungsformaten teilgenommen, von denen Sie jetzt gesprochen haben?

P	T	P
SEP	SEP	SEP

 P2: Ja.

Datensatz: IP_1_VW

(5 - 5)

P2: Also, meine Aufgaben sind: Ich bin die Koordinatorin für Kinder und Jugendbeteiligung hier in der Stadt und habe vorher als Koordinatorin für Bürgerbeteiligung im Baudezernat gearbeitet. Ja, meine Aufgaben liegen im Moment darin, die Beteiligung für Kinder und Jugendliche erstmal zu ermöglichen. Verwaltung, Politik und Bürgerschaft darauf hinzuweisen, dass es wichtig ist, Kinder und Jugendliche zu beteiligen.

(50 - 50)

Das sind eine ganze Menge Unterfragen. Aber die sich vielleicht doch im Gespräch beantworten. Welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt Chemnitz?

P	T	P
SEP	SEP	SEP

 P2: Also auf jeden Fall einen ganz großen Stellenwert.

(51 - 51)

Weil wir brauchen die Stadt, also die Verwaltung und Politik, braucht die Stadt hier nicht für sich zu gestalten, sondern die macht das eben für ihre Bürgerinnen und Bürger. Ganz wichtig ist auch das, dass es eben die jungen mitmachen, dass

sie ihre Selbstwirksamkeit erleben, dass sie sehen können, meine Stimme wird gehört, meine Stimme ist auch wichtig, gerade in den Angelegenheiten, die für mich da sind, aus meiner Rolle, die für Kinder und Jugendliche wichtig ist. Ja, also ohne Bürgerbeteiligung geht es nicht. Sagen wir mal so. [P1]

(55 - 55)

Welche Rolle spielen dabei Menschen mit Behinderung. [P2]: Und spielen die gleiche Rolle wie alle anderen, also Menschen mit Behinderung, die zählen für mich einfach zur Bürgerbeteiligung dazu. Das heißt Bürgerbeteiligung und nicht Beteiligung von gesunden Bürgern oder nicht behinderten Bürgern, sondern ja, sie gehören hundert Prozentig dazu. [P1]:

Datensatz: IP_4_SO

(21 - 21)

Also was glauben Sie, welche Wichtigkeit hat das für die Stadt Chemnitz, dass Menschen mit Behinderung daran beteiligt werden? [P2]: Bürgerbeteiligung verbinde ich jetzt als Wort Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen bei anderen Entscheidungen. Aber ich denke, Bürgerbeteiligung fängt vielleicht sehr viel eher an. Zur Verteidigung, das ist ja dieses Teil wie in Teilhabe oder auch noch besser in Teilnahme mit drin, wo man sagt, es sind denn Leute dabei, sind Leute mitgedacht sind Leute tatsächlich da, wenn ein Konzert stattfindet, wenn verschiedene andere Dinge stattfinden.

(21 - 21)

Also was glauben Sie, welche Wichtigkeit hat das für die Stadt Chemnitz, dass Menschen mit Behinderung daran beteiligt werden? [P2]: Bürgerbeteiligung verbinde ich jetzt als Wort Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen bei anderen Entscheidungen. Aber ich denke, Bürgerbeteiligung fängt vielleicht sehr viel eher an. Zur Verteidigung, das ist ja dieses Teil wie in Teilhabe oder auch noch besser in Teilnahme mit drin, wo man sagt, es sind denn Leute dabei, sind Leute mitgedacht sind Leute tatsächlich da, wenn ein Konzert stattfindet, wenn verschiedene andere Dinge stattfinden.

(21 - 21)

P2: Bürgerbeteiligung verbinde ich jetzt als Wort Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen bei anderen Entscheidungen. Aber ich denke, Bürgerbeteiligung fängt vielleicht sehr viel eher an. Zur Verteidigung, das ist ja dieses Teil

wie in Teilhabe oder auch noch besser in Teilnahme mit drin, wo man sagt, es sind denn Leute dabei, sind Leute mitgedacht sind Leute tatsächlich da, wenn ein Konzert stattfindet, wenn verschiedene andere Dinge stattfinden. Das denke ich, das ist der erste Schritt.

Datensatz: IP_3_VW_IV

(26 - 26)

Dankeschön! Viele, viele Teilfragen mit beantwortet. Haben Sie selbst schon an Bürgerbeteiligungsformaten teilgenommen? ^[P T P]_[SEP I SEP]P2: Ja, na klar.

Datensatz: IP_5_IV

(29 - 29)

P2: Also. Bürgerbeteiligung. Also, dass Politik den Willen und den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln sollte. Ich glaube, das ist da der Kitt unserer Gesellschaft, der Kern einer Demokratie.

(29 - 29)

Also, dass Politik den Willen und den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln sollte. Ich glaube, das ist da der Kitt unserer Gesellschaft, der Kern einer Demokratie. Insofern ist Bürgerbeteiligung ein wichtiger Part. Es gab innerhalb der Stadt Chemnitz ja auch schon Bürgerhaushalte, wo ich selber da schon gemeinsam mit dem jetzigen Bürgermeiste, Herrn Burkhardt, wo wir daran gearbeitet haben, über lange Zeit. Es hat eben gezeigt, wenn Bürgerinnen und Bürger unmittelbar Entscheidungen für sich, ihren Stadtteil treffen können, dann ist die die Beteiligung hoch. Aber zeitgleich ist es auch wichtig, immer wieder in die in die Bürgerschaft hineinzuspiegeln, was unser demokratisches System bedeutet, dass eben nicht nur alleine Bürgerbeteiligung Politik macht. Und das ist eben sicherlich, aber da gehört das eine wie das andere dazu. ^[P T P]_[SEP I SEP]P1:

(30 - 30)

P1: Dankeschön. Welche Rolle spielen bei Bürgerbeteiligung Menschen mit Behinderung? ^[P T P]_[SEP I SEP]P2: Sie sind ein Teil unserer Gesellschaft und müssen natürlich dort auch als solche entweder repräsentiert werden oder sich selbst mit einbringen.

(41 - 41)

Das muss man sagen, denn die die Forderungen, die sich ja im Aktionsplan widerspiegeln, sind ja auch ein Ergebnis eines Prozesses, wo viele Akteure mitbeteiligt waren. Und wenn die Stadt die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung zur Verfügung stellt und aber eben auch den Willen in allen Ämtern hat, das mit positiv zu begleiten, dann kann es wirklich ein Mittel sein, um die UN-BRK auch in Chemnitz noch besser zur Umsetzung zu bringen. Das andere die Bürgerbeteiligung der Menschen mit Behinderung. Das ist jetzt so zweiseitig, weil an der Stelle, sag ich mal, ist es die Sache eines jeden, sich einzubringen. Und als Verband sind wir sicherlich dafür, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Möglichkeiten bestehen, sich zu beteiligen.

Kategorie 5 – Die Lage von Menschen mit Behinderung, in den Kontexten der vorangegangenen Kategorie, in der Stadt Chemnitz.

Datensatz: IP_2_P

(45 - 45)

Von Ihrem Arrangement, sich beteiligen zu wollen? P1 P2
SEP SEP P2: Also wir haben ja den Behindertenbeirat der Stadt Chemnitz, und da habe ich den Eindruck, dass das gut funktioniert, dass es ein gutes Gremium ist. Allerdings ist auch mein Eindruck, dass wir wie überall Nachwuchsprobleme haben. Also viele Leute, die das machen, machen das auch schon sehr lange und werden jetzt alt und würden sich sicherlich auch wünschen, dass man zum Beispiel jüngere Menschen mit einer körperlichen Beeinträchtigung oder auch bei den Gehörlosen, ob jüngere mehr jüngere nachrücken.

Datensatz: IP_1_VW

(8 - 8)

P1: (...) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen? Gibt es einen spürbaren Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung hier in Chemnitz? P1 P2
SEP SEP P2: Also ich kenne einige natürlich, es gibt gerade, es gibt ja Schulen und auch integrative Kitas, wo eben Kinder mit verschiedenen Fähigkeiten ja einen Großteil ihrer Zeit verbringen.

(19 - 19)

Es soll ein Spielplatz entstehen. Im Pleißen-Park. Und die Vorgabe ist jetzt sowieso oder die Stadt Chemnitz hat sich vorgenommen, dass alle Spielplätze inklusiv gestaltet werden sollen. Dieser natürlich ganz besonders, weil dort auch die Landesschule für Blinde und Sehbehinderte ist. Deshalb haben wir uns im Vorfeld, also ich habe die Beteiligung organisiert und im Vorfeld haben wir uns mal den Spielplatz dort in der Schule angeschaut.

(35 - 35)

Schon um das nachzuempfinden. Ich weiß noch das war damals. Wir sind dann noch an der Brückenstraße langgelaufen und dort hat gerade Pro Chemnitz demonstriert. Das war so gruselig und ich wusste nicht, was da los war. Also einer hat immer geführt.

(36 - 36)

Okay, ich denke, ein gutes Beispiel für die Sensibilität sind immer solche Beispiele aus meiner Erfahrung. Es sind Toilettentüren. Natürlich die Erfahrung bei einem großen Veranstalter hier in Chemnitz, wofür wir den angesprochen haben und haben den angeboten, diese Toilettentüren zu automatisieren. Über dieses Förderprogramm Lieblingsplätze. Und da war am Anfang so die Meinung da, wir haben doch Personal, was die Toiletten öffnen, die Toilettentüren jederzeit öffnet.

Datensatz: IP_4_SO

(3 - 3)

P2: Ich arbeite in der Stadtmission Chemnitz, leite die mobile Behindertenhilfe. Das ist ein ambulanter Dienst für Menschen mit Behinderungen, der ein großes Ziel verfolgt, dass Menschen, egal was sie für ein Handicap haben, in der eigenen Wohnung wohnen können. Dazu gibt es hier drei große Arbeitsbereiche: einen Pflege- und Assistenzdienst. Club Heinrich und verschiedenen Freizeit und Bildungsangeboten. Ja, ich denke, daraus leiten sich auch unsere Aufgabe, meine Aufgaben und unsere Aufgaben hier des Dienstes ab. Man sagt ja, wir möchten, dass Menschen ganz normal in dieser Stadt in Chemnitz am Leben teilhaben können. Und das geht vielleicht, wie ich das eingangs schon gesagt habe, beim Wohnen los. Aber ich denke, ganz viel ist, dass das Thema Arbeit, das Thema Freizeit, das Thema Bildung und in all diesen Bereichen einfach Zugänge zu schaffen, Möglichkeiten zu schaffen, dass Menschen teilhaben können.

(11 - 11)

Also wir selber versuchen seit vielen Jahren, für Menschen mit körperlichen Einschränkungen Assistenzstunden zu beantragen. Das geht mittlerweile bis hin zum Sächsischen, bis zum Landessozialgericht und jeder Richter sieht die Notwendigkeit und trotzdem braucht es erst mal diesen Weg und wie Menschen hier behindert werden, einfach am Leben teilzunehmen. Es geht da nicht um täglich acht Assistenzstunden, sondern es geht wirklich um einen kleinen Anteil, ein kleines Budget, was die haben, wo sie sagen, da haben sie Anspruch auf einen ganz individuellen Assistenten, mit dem sie in die Oper oder an die Chemnitz oder in den Eisladen gehen können. Also dieses da, da sehe ich einfach, es gibt einen Rechtsanspruch und es gibt inzwischen wirklich gute Gesetze in Deutschland. Aber die Umsetzung dieser Gesetze nur über den Rechtsweg einklagen zu können und so was, das ist was, das macht mich auch wütend.

(19 - 19)

Na, vielleicht im Original ja noch viel mehr, als in der offiziellen deutschen Übersetzung. Dass die umgesetzt werden, dass sie mit Leben gefüllt werden. Aber, wir haben es ja hier und wir sehen, dass in unserer Stadt, hier in Chemnitz, wie schwierig das ist, neben den alltäglichen Dingen so einen Teilhabeplan voranzubringen, weil immer andere Dinge wichtiger sind als dieses visionäre Denken, dieses Vorausdenken, was so ein Plan, ja, wenn er irgendwann umgesetzt werden sollte. Was so eine Konvention, die da umgesetzt werden sollte, ja benötigt. Und aus dem Bauch heraus würde ich schon sagen, dass vieles noch hinter den Erwartungen ist.

(20 - 20)

Okay, ich werde den nächsten Fragenkomplex mal nur unter die Überschrift stellen. Und das wäre, welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung? Und da würde ich schon mal anhängen, insbesondere für Menschen mit Behinderung für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt Chemnitz. Also was glauben Sie, welche Wichtigkeit hat das für die Stadt Chemnitz, dass Menschen mit Behinderung daran beteiligt werden? P
SEPP2:

Datensatz: IP_3_VW_IV

(5 - 5)

Können Sie mir schildern, welche Rolle als Expertin Sie ausfüllen, was Ihre Aufgaben darin sind und was aus dieser Perspektive Behinderung für Sie bedeutet? P
SEPP2: Okay, also ich bin die berufene Behindertenbeauftragte der Stadt Chemnitz, jetzt aktuell in der Legislatur bis 2024. Seit 2014 wird die immer an die Legislatur des Stadtrates gebunden. Seit 2008 bin ich aber schon auch Behindertenbeauftragte, bin da sehr gern.

(21 - 21)

Ich bin jetzt 15 Jahre Behindertenbeauftragte. Als ich vor 15 Jahren den Dienst angetreten habe, war meine Kollegin in Dresden schon elf Jahre im Dienst und meine Kollegin aus Leipzig schon sechs Jahre und ich war die erste Behindertenbeauftragte hier von Chemnitz und zu dem Zeitpunkt schon manchmal schon ganz neidisch war, was so in Leipzig und Dresden passiert ist. Und wir in Chemnitz sind ja tatsächlich auch eine Großstadt, aber eine Großstadt von einer Größe, die also es ermöglicht, schöne Netzwerke zu knüpfen und am Leben zu halten. Das ich also ganz viel am Anfang auch meine Kontakte finden konnte und wir gemeinsam Sachen auf den Weg bringen konnten für Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung, so dass mir zum Stand heute aus meiner Sicht auf einem

richtig guten Weg sind. Immer auch weitermachen, diesen Weg beschreiten, aber uns keinesfalls hinter Leipzig oder Dresden verstecken müssen.

(25 - 25)

Welchen Stellenwert hat Bürgerbeteiligung für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Stadt Chemnitz? [P T P]
[SEP]P2: Wir haben also in Sachsen so generell, und ich glaube auch in Chemnitz ganz speziell, einen relativ hohen Anteil von Menschen mit einer Behinderung oder Schwerbehinderung. Und das muss sich natürlich bei solchen politischen Entscheidungsprozessen auch widerspiegeln. In der Wahrnehmung und auch in der in der Perspektive einfach, die die Entscheider einnehmen müssen, um ihre Entscheidungen tatsächlich treffen zu können.

(25 - 25)

Und unsere, unser Stadtrat hat ja auch mehrere Fachausschüsse. Und in der Hauptsatzung ist geregelt, dass die Fachausschüsse, wie die sich zusammensetzen. Und jeder Ausschuss sieht im Grunde genommen vor, dass auch ein Anteil sachkundiger Einwohner, die nicht Stadträte sind, sondern also Chemnitzer Bürger, sich mit Sachkunde in diese Ausschüsse einbringen können. Und ich habe wirklich von 2009 an sehr dafür geworben, dass sich Menschen mit Handicap finden, die in diesen Gremien arbeiten. Und wir haben in der Vergangenheit schon auch die schöne Praxis erleben können, dass also Gehörlose im Verwaltungs und Finanzausschuss gesessen hat, der immer zwei Gebärdensprachdolmetscher brauchte, die sich da auch abgewechselt haben.

(27 - 27)

Das war ja unser Mobilitätsplan, der also mit großer Beteiligung, also geschrieben wurde, vom Stadtrat jetzt erst mal noch nach hinten gestellt bzw. noch nicht beschlossen wird, der beim OB wohl gerade wieder auf dem Tisch liegt. Also dort konnte ich mitwirken. Bei Chemnitz inklusiv, da haben wir auch ganz aktuell mitgewirkt und wo ich, also was wir uns ja auch nicht haben nehmen lassen ist, dass also zum Aktionsplan der sächsischen Staatsregierung und zur Evaluation des Plans, also da mache ich einfach mit, da will ich vorangehen, weil es mir schon lange auch das Motto ist, nicht meckern, sondern machen. [P T P]
[SEP]P1: Wie nehmen Sie Menschen mit Behinderungen da wahr?

(35 - 35)

Also wir haben viele schöne, schöne Dinge, wo also ein guter Blick nicht zuerst auf Barrierefreiheit fällt und daran zu arbeiten, dass es so als ganz großes Ding.

Thema Europäische Kulturhauptstadt, ich glaube, da haben wir breides Betätigungsfeld und da geht es nicht bloß um Hochkultur. Und da geht es also um viele Dinge, wo einfach das Neue spielen sollte und wo jeder auch im Blick behalten werden sollte, der zu unserer Stadt Chemnitz gehört und sie bereichert. [P1] P1: Schöne Stadt, wo wir alle gern Teil davon sein wollen.

Datensatz: IP_5_IV

(7 - 7)

Aus Ihrer Rolle heraus haben Sie darüber hinaus Kontakt zu Menschen mit Behinderungen oder haben Sie darüber hinaus Kontakt mit Menschen mit Behinderung? P2: Eigentlich fast immer, weil man muss ja schon sehen, dass mehr als 1/4 aller Chemnitzerinnen und Chemnitzer eine Behinderung haben, entweder sichtbar oder nicht sichtbar. Und insofern hat man es natürlich auch im Freundes- und Bekanntenkreis, im familiären Bereich auch. Aber überwiegend natürlich dienstlich.

(17 - 17)

Zehn ist die vollkommene Barrierefreiheit. Da sage ich einfach, da tue ich mich grundsätzlich schwer. Aber so eine Fragestellung hatte ich letztens auch in einem anderen Gremium bekommen, das zu bewerten, Weil, wenn man weiß, wo wir vor zehn Jahren, 15 Jahren in der Arbeit in der Stadt Chemnitz standen, dann sind wir heute riesige Schritte vorangekommen, in der Partizipation, in der Barrierefreiheit, also noch lange nicht am Ziel. Und da ist es eher für mich zu sagen, wir sind auf einem sehr guten Weg, wo wir immer mehr Personen mit einbinden. Aber da würde ich jetzt keinen Status Quo benennen.

(18 - 18)

Aber da würde ich jetzt keinen Status Quo benennen. [P1] P1: Mal off topic, glaub ich, dass Chemnitz da auf einem guten Weg ist, auch das wir gute Vertreter in der Stadt haben und auf gute offene Ohren treffen. Auch in der Verwaltung denke ich. Da ist man vielleicht sogar weiter als andere Städte eben.

(19 - 19)

P2: Aber wenn ich wie gesagt, so was dann eben aus einem reinen, aus einer Sicht sehe, wenn ich von außen käme und sage, das ist das Optimum. Wir wussten, wir in Chemnitz, da werden wir sehr schnell Defizite sehen als das, was auch. [P1] P1: Barrieren vollständig abbauen, wird man nie können.

(29 - 29)

Ich glaube, das ist da der Kitt unserer Gesellschaft, der Kern einer Demokratie. Insofern ist Bürgerbeteiligung ein wichtiger Part. Es gab innerhalb der Stadt Chemnitz ja auch schon Bürgerhaushalte, wo ich selber da schon gemeinsam mit dem jetzigen Bürgermeister, Herrn Birkhardt, wo wir daran gearbeitet haben, über lange Zeit. Es hat eben gezeigt, wenn Bürgerinnen und Bürger unmittelbar Entscheidungen für sich, ihren Stadtteil treffen können, dann ist die die Beteiligung hoch. Aber zeitgleich ist es auch wichtig, immer wieder in die in die Bürgerschaft hineinzuspiegeln, was unser demokratisches System bedeutet, dass eben nicht nur alleine Bürgerbeteiligung Politik macht.

(39 - 39)

Also, das eine hatten wir ja jetzt schon. Die weiteren Fragen vorher schon zum Teil beantwortet. Es ist natürlich auch bei der Begleitung des Aktionsplans zur Umsetzung innerhalb der Stadt Chemnitz für die Umsetzung der UN-BRK, wo wir mit dabei sind, wo natürlich aber auch Bürger gefragt werden. Und da muss man sagen, dass wir auch als Verband unsere Aufgabe darin sehen, unsere Mitglieder, wir haben in der Stadt über 1500 eben entsprechend dort mitzunehmen, ihre Wünsche mit einzubringen und insofern besteht dort die Möglichkeit, auch Sichtweisen, die hier aus der breiten, Gesellschaft kommen, mit einzubringen. Wie nehme ich doch Menschen mit Behinderungen wahr.

(40 - 40)

Okay. Sie haben den Aktionsplan erwähnt. Es ist das Instrument für Chemnitz, wo Maßnahmen festgehalten worden sind, die Behindertenrechtskonvention umzusetzen oder die Umsetzung auf den Weg zu bringen, muss man sagen. Der Artikel 29 der Behindertenrechtskonvention. Der fordert ja ganz konkret die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen bei politischen Entscheidungsprozessen und Willensbildungsprozess ein.

(41 - 41)

Ich fange mit Letzterem mal an Er kann ein wirksames Instrument sein, wenn die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das muss man sagen, denn die die Forderungen, die sich ja im Aktionsplan widerspiegeln, sind ja auch ein Ergebnis eines Prozesses, wo viele Akteure mitbeteiligt waren. Und wenn die Stadt die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung zur Verfügung stellt und aber eben auch den Willen in allen Ämtern hat, das mit positiv zu begleiten, dann kann es wirklich ein Mittel sein, um die UN-BRK auch in Chemnitz noch besser zur Umsetzung zu bringen. Das andere die Bürgerbeteiligung der Menschen mit

Behinderung. Das ist jetzt so zweischneidig, weil an der Stelle, sag ich mal, ist es die Sache eines jeden, sich einzubringen.

(43 - 43)

Und eins lernt man dort auch. Man braucht einen langen Atem. Aber wenn man dann, Verordnungen, Gesetze, Richtlinien novelliert bekommt über die vielen Jahre, die dann dazu führen, dass eben auch Vereine und Verbände in der Stadt Chemnitz jetzt seit diesem Jahr bei Förderungen über die Richtlinie Teilhabe keine Eigenmittel mehr einbringen müssen, sondern tatsächlich Projekte, die sie gerne umsetzen wollen, ohne finanzielle Eigenmittel bezuschusst werden vom Freistaat Sachsen. Dann ist es was Gutes. Wenn wir eine Richtlinie Wohnraumanpassung im Freistaat Sachsen haben, seit 2017, wo Menschen mit Behinderung, mit Mobilitätseinschränkungen Zuschüsse zum Wohnraumumbau haben, dann sind das Ergebnisse, wo sich Menschen mit Behinderungen oder deren Vertreter dafür eingesetzt haben.